

Nr. 3/94

CUBA LIBRE

Oktober '94

DM 5,-

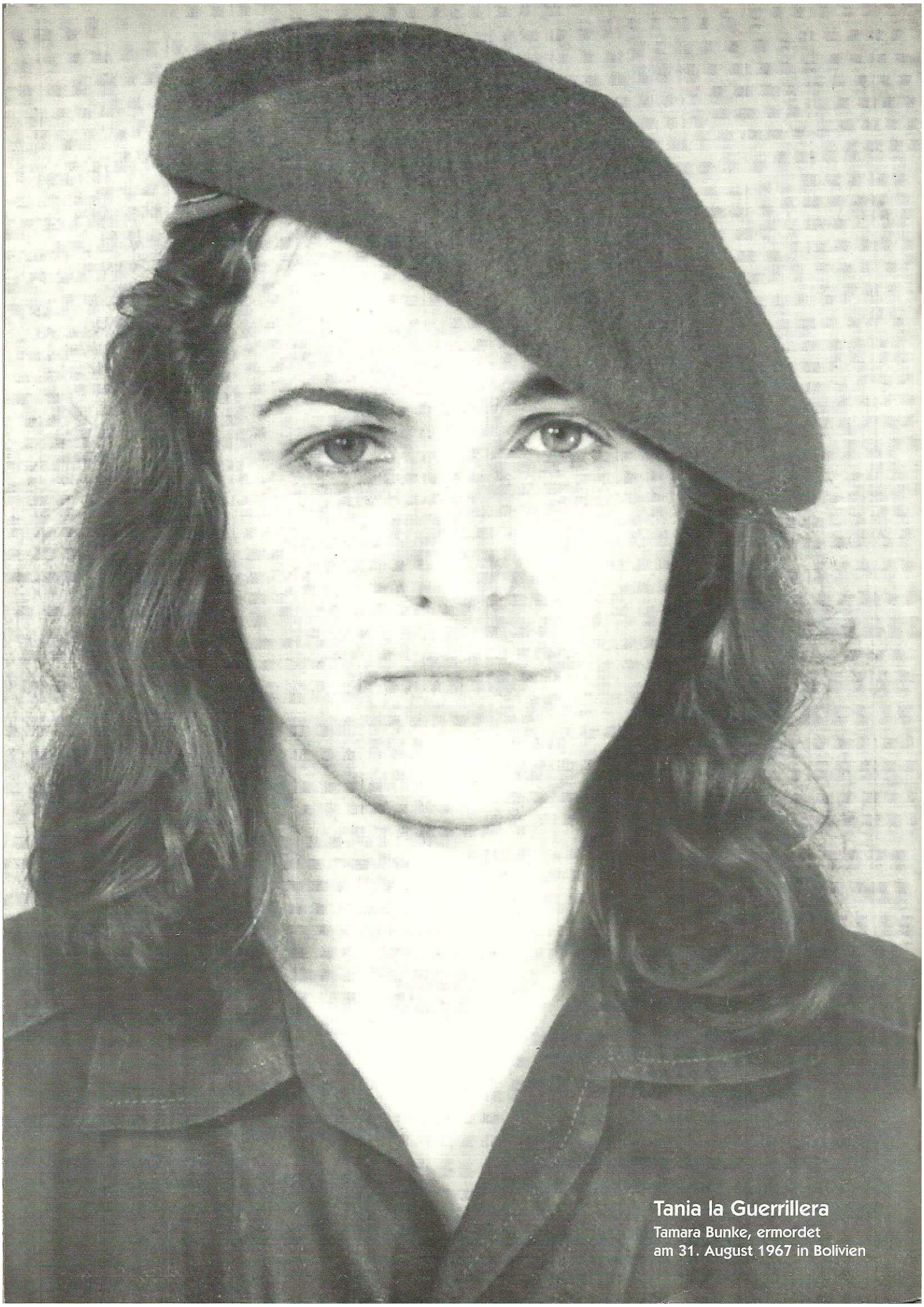
Vor 27 Jahren, am 8./9.
Oktober 1967 wurde
Ernesto **CHE** Guevara in
Bolivien gefangengenom-
men und ermordet.

aktuell

Botschaftsbesetzungen
5. August in Havanna
Guantánamo

solidarität

Südafrika, Guatemala,
Mexico



Tania la Guerrillera

Tamara Bunke, ermordet
am 31. August 1967 in Bolivien

August '94: Linke erinnern sich an Cuba

»Über Cuba wird geurteilt, als ob es nicht seit mehr als dreißig Jahren eine fortwährende Ausnahmesituation erlebte. Ein gerissener Feind, ohne jeden Zweifel, der die Folgen seiner eigenen Taten verurteilt.« Eduardo Galeano

...oder verurteilen läßt, z.B. vom BUKO, dem Bundeskongreß entwicklungsbezogener Aktionsgruppen, dessen Koordinierungsausschuss in einer Pressemitteilung zu Cuba fordert: »Menschen dürfen nicht als Verhandlungsmasse benutzt werden - weder von der kubanischen noch von der US-Regierung!« Da damit impliziert wird, daß Cuba eben jenes macht oder gemacht hat, sind sie dem gerissenen Feind auf den Leim gekrochen. Die ersten 10 Seiten dieser CUBA LIBRE zeigen deutlich, wie falsch und böswillig es ist, Parallelen zwischen der Ein- und Ausreisepolitik Cubas und der USA herbeizureden.

»Wir fordern die kubanische Regierung auf, eine umfassende Demokratisierung durchzuführen!« schreibt der BUKO weiter. »Ein immerwährender Skandal der Heuchelei: seit jenen Zeiten (seit mehr als 30 Jahren) wird Cuba ausgerechnet von denen einem Demokratie-Examen unterworfen, die sämtliche militärischen Diktaturen, die es je in Cuba gab, fabrizierten.« Natürlich meint Eduardo Galeano damit nicht den BUKO, sondern den gerissenen Feind, die USA. Allerdings entdecke ich jetzt gewisse Parallelen!

Gremliza aber, allerdings total unverdächtig, den Herren der unipolaren Welt in den Arsch zu kriechen, rät den CubanerInnen zum ehrenvollen Rückzug. Zugunsten einer *Garantie der schlichtesten sozialen Rechte* sollen sie den *chancenlosen Kampf* aufgeben und ihre Kraft in die Analyse der alten Revolution und in die Vorbereitung einer neuen Revolution investieren. Darüber läßt sich diskutieren. Am Besten mit den Betroffenen! ¡Buen viaje Herman!

Zum Schluß noch mal Eduardo Galeano: »Nie habe ich Cuba mit dem Paradies verwechselt. Warum sollte ich es denn jetzt mit der Hölle verwechseln? Ich bin einer der vielen, die glauben, daß man Cuba lieben kann, ohne zu lügen oder zu verschweigen.«

harry

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

An die AbonnentInnen und Mitglieder der FG:
Bitte teilt uns beim Umzug Eure neuen Adressen mit, da sich die Post nach sechs Wochen nicht mehr an Euch erinnern kann.

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA
Theodor-Heuss-Ring 26
50668 Köln

**CUBA
LIBRE**

Impressum:

Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba
Theodor-Heuss-Ring 26
50668 Köln

Tel.: 0221/ 13 18 36

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Postgiro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:

Heinz W. Hammer, Harry Hoppe, Stelios Pavlidis, Manfred Sill, Marianne Schweinesbein, Gaby Ströhlein
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:

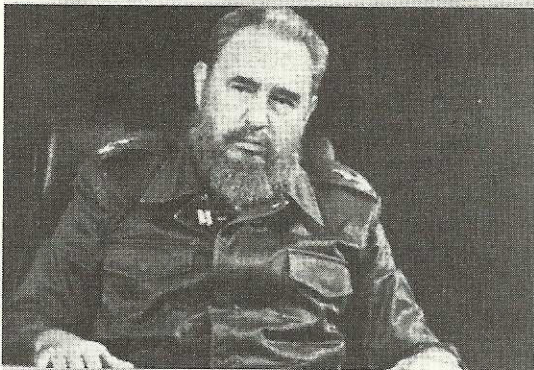
Drucktechnik Odenthal,
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Tel.: 040/ 393 201

Gestaltung, Satz, EBV:

schriftbild,
Zeißstraße 66a,
22765 Hamburg, fon 040/ 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier mal im Jahr
Jahresabo: DM 20,-
Einzelheft: DM 6,-
Abo-Preis pro Ausgabe:
DM 5,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Jahresende zum Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



aktuell

Botschaftsbesetzungen

Granma 29.7.'94	.6
Anmerkungen von L. Wilms	.7

August '94

Interview mit Fidel Castro	.9
Juventud Rebelde	.13
Botschaft der Republik Cuba	.14
Erklärung der Freundschaftsgesellschaft	.15
Interview mit a. Perez	.16

Guantánamo

Interview mit Raúl Castro	.18
Presseerklärung	.18

bericht

Im Zeitvergleich

Reisebericht	.23
--------------	-----

Reisefreiheit

aus »Militant«	.28
----------------	-----

Konferenz

aus »Militant«	.31
----------------	-----

Briefwechsel

mit Spranger	.37
--------------	-----

projekte

Cuba darf nicht verstummen	.35
Brigade José Martí	.39
Busse und Ersatzteile für Cuba	.58
Bremen: Cuba soll leben!	.64

kultur

Interview mit A. Prieto	.56
»Fresa y Chocolate«	.57
Rezension: Das indigene Amerika	.65



solidarität

Welttreffen

der Solidarität mit Cuba21

Südafrika

das neue Parlament66

Uruguay

Streiks und Demonstrationen67

Mexico

Wahlen70



o-ton

Weltfriedensrat 1959	22
ICAP zur Blockade	33
»Pharisäertum«	43
Interview mit C. Lage	45
Fidel zu Vietnam und China	50
Cuba und die dt. Entwicklungspolitik	51



rubriken

Editorial	3
Impressum	3
LeserInnenbriefe	42

aus der FG

Als die FG das Laufen lernte... ..	40
Stellenausschreibung	41
Cuba-Vietnam-Südafrika	59
20 Jahre FG-Veranstaltung	61
20. Bundesdelegiertenkonferenz	69



20 Jahre Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba

**20 Jahre Solidarität
mit Cuba**

o-ton

Der Fall Jesús Diaz	34
Kritische Solidarität?	66

Analysen, Meinungen und Dokumente zum Sommer '94

»Cuba hoy«



Cuba geriet in den letzten Wochen oft in den Brennpunkt der Medien. Jetzt, da diese CUBA LIBRE produziert wird, ist es wieder ruhiger geworden. Scheinbar gibt es nichts Aufregendes mehr zu berichten. Betrachtet man/frau rückblickend die Ereignisse, erkennt man ein Strickmuster. Gewisse Parallelen zu Ereignissen in den ehemals sozialistischen Ländern Europas werden sichtbar: Mediale Vorbereitung (Fernsehen, Radio Free Europe, usw.) – Botschaftsbesetzungen (Ungarn) – Unruhen («Wir sind das Volk») – Verschwinden (der DDR).

Gegen Cuba lief es ähnlich: sämtliche Yankee-Frequenzen forderten die CubanerInnen zu Botschaftsbesetzungen auf, und einige folgten der Stimme der Herren. Nach einiger Zeit kam es zu Unruhen, interessanter Weise zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten Havannas. Der erwartete Höhepunkt sollte dann zusammenfallen mit massiver Yankee-Flottenpräsenz in der Karibik (Haiti), aber er blieb aus. Nicht zuletzt deshalb, weil das cubanische Volk und die cubanische Führung nach 36 Jahren vor der Haustür der Bestie, ihre Lektionen gelernt haben. Stattdessen wurde die Clinton-Administration an den Verhandlungstisch gezwungen, um Verträge zu bestätigen, die längst geschlossen (1984, 1987), nur von den USA nie erfüllt wurden.

Die folgenden Seiten schildern und analysieren diese Ereignisse aus cubanischer Sicht und aus der Sicht derjenigen, die mit Cuba solidarisch sind. Hoffentlich trägt das dazu bei, daß beim nächsten Mal -und das ist sicherer als das Amen in der Kirche- weniger deutsche Linke in die Falle der CIA tappen, sondern solidarisch handeln statt zu warten.

harry

Granma Internacional vom 29. Juni 1994:

Der einzige Weg für die Botschaftsbesetzer:

Ohne Vorbedingungen dort herausgehen, wo sie hineingegangen sind

Seit einigen Tagen sind in den Botschaften von Belgien und Deutschland und im Konsulat von Chile etwas mehr als einhundert Personen zu Gast. Sie haben vor, in diese Länder zu reisen um von dort aus schließlich an ihr Ziel zu gelangen: die Vereinigten Staaten.

In diesem bereits langen Kampf unseres Volkes haben wir viele Formen erlebt, mit denen die verschiedenen Administrationen der USA versucht haben, die Desertion zu fördern und mit Pauken und Trompeten zu verkünden, wie notwendig es sei, das „schlechte Beispiel“, das Cuba darstellt, von diesem Kontinent zu vertilgen.

In der letzten Zeit haben sich die Anstachelungen zu illegalen Ausreisen und zum gewaltsamen Eindringen in diplomatische Vertretungen verschärft, fast im gleichen Maße, wie die wachsende Solidarität, die Cuba in der zivilisierten Welt wachruft, dank seiner unbeugsamen Haltung gegen eine aggressive und stupide Politik.

Um diese unverantwortlichen Handlungen zu fördern, werden denjenigen systematisch Visa verweigert, die auswandern wollen, werden die Auswanderungsabkommen nicht erfüllt; während sie immer höhere legale Hürden auftürmen, halten sie ihre Küsten offen, um mit großem

publizitären Aufwand diejenigen zu empfangen, die diese Odyssee überlebt haben. Nicht wenige in Miami machen ein einträgliches Geschäft mit diesem Menschenhandel.

Unser Volk ist davon überzeugt, daß, wenn die Ziele wirklich humanitärer Natur wären, es genügen würde, all denjenigen Visas zu geben, die sie beantragen, die Grenzen für illegale Einreisen zu schließen und denjenigen Möglichkeiten einzuräumen, die sich im gelobten Land niederlassen wollen.

Aber das gelobte Land wird nur versprochen und nicht gewährt, es sei denn unter Einsatz des eigenen Lebens. Das ist der Fall derjenigen, die heute die drei diplomatischen Vertretungen besetzt halten.

Wir wollen niemanden beleidigen, der ausreisen will. Wir respektieren das Recht zu leben, wo immer es jemandem gefällt, aber wir lassen uns nicht ein X für ein U vormachen und einfachen Auswanderern nicht existierende Gründe zuschreiben, die persönliche, familiäre, oder wirtschaftliche Gründe haben oder ein-

fach das Abenteuer suchen. Das ginge doch zu weit.

Unter den Gästen im belgischen Hotel sind 34, die wegen eindeutig antisozialen Verhalten verurteilt worden sind und 25 sind wegen gewöhnlicher Vergehen vor Gericht gewesen, darunter auch gewaltsamer Raub, eine Erfahrung, die sicherlich beim Eindringen in das Gebäude hilfreich war.

In dieses Abenteuer mit angekündigtem Ausgang wurden auch 25 Kinder hineingezogen, darunter der jüngste „politische Verfolgte“, der Welt, ein Baby von erst wenigen Monaten. Ungefragt in das Drama einbezogen, zu dem sie ihre unverantwortlichen Eltern gezwungen haben, leiden sie unter Nahrungsmangel und der Enge.

Viel schlimmer war, daß die angeblichen politischen Flüchtlinge, nachdem sie illegal und ohne Respekt in die Residenz des belgischen Botschafters eingedrungen waren, das Gebäude dazu benutzten, eine angebliche Organisation zu gründen, Propaganda zu verbreiten und Plakate aufzuhängen, das Ganze unter dem Dach der belgischen Residenz.

Man muß es wiederholen: die diplomatischen Vertretungen können nicht als politisches Aktionszentrum gegen das Gastland benutzt werden, denn damit werden die Funktionen, für die sie akkreditiert sind, verletzt.

Das belgische Außenministerium hat verantwortlich gehandelt und seinen Botschafter in Havanna angewiesen, seine Gäste auf die illegale Natur ihres Verhaltens aufmerksam zu machen, indem es das Territorium dieses Landes und die cubanischen Gesetze verletzt, und sie aufzufordern, sich der Provokationen in seinem Garten zu enthalten.

Es ist wichtig, die Gelassenheit unserer Wächter zu unterstreichen. Ihre ausgleichendes Verhalten half Verletzungen zu vermeiden, wenn auch ihr eigenes Leben in Gefahr stand.

Sechsvierzig Personen haben bereits das Anwesen verlassen und sind wieder zuhause.

Wir müssen festhalten, daß diejenigen, die sich vor oder während des brutalen Eindringens in die Botschaften eines Vergehens schuldig gemacht haben, dafür zur Verantwortung gezogen werden. So z.B. die Übeltäter, die einen Lastwagen gestohlen und das Staatseigentum beschädigt haben, indem sie ihn gegen den Zaun der deutschen Botschaft lenkten, werden sich dafür vor Gericht verantworten müssen, nicht wegen des illegalen Ein-

dringens als solchem — denn wir haben ja für dieses Mal sowohl an Belgien als auch an Deutschland Garantien als Geste des guten Willens ihren Regierungen gegenüber abgegeben — aber diese Garantien decken nicht die Straffreiheit für Vergehen anderer Art ab. Die Täter völlig unbehelligt zu lassen, würde sie nur dazu ermuntern, gewaltsam in diplomatische Vertretungen einzudringen. Einige sind schon Wiederholungstäter und das kann nicht hingenommen werden.

Cuba ist sich darüber im Klaren, daß die Mehrheit des in unserem Lande akkreditierten diplomatischen Korps die Haltung unserer Regierung versteht, mit ihr übereinstimmt und in dieser Richtung mit ihr zusammenarbeitet.

Hier müssen wir nun unser unabänderliches Prinzip deutlich und in Großbuchstaben betonen:

Absolut niemand, der gewaltsam in eine diplomatische Vertretung eindringt, wird die Ausreiseerlaubnis erhalten, weder jetzt noch später; dies ist eine unabänderliche Haltung die wir auf keinen Fall aufgeben werden.

Es wäre für Cuba einfach, denjenigen, die sich für das gewaltsame Eindringen in Botschaften entscheiden, die freie Ausreise zu gewähren. Aber wer würde den Schaden davon tragen? Wer wäre dann der Gewalt jedweden Eindringlings preisgegeben, der die Unverletzlichkeit seines Territoriums schändet, um auszuwandern?

Wie würden sich dieselben Regierungen verhalten, wenn die Haitianer, die heutzutage massenweise zurückgeschickt werden, nunmehr vorziehen würden, massenweise in ihre diplomatischen Vertretungen einzudringen? Und wenn die mexikanischen *espaldas mojadas*¹, die illegalen Grenzgänger in die USA, anstatt ihr Leben an dem mit Waffen gespickten Grenzzaun, wo sie den Gewehrschüssen ausgesetzt sind, zu riskieren, lieber über die Gitter in die europäischen oder lateinamerikanischen Botschaften in Mexiko, DF springen?

Cuba steht in der Verantwortung, die diplomatischen Anwesen zu schützen, in der Schuld, über die Immunität und Unverletzlichkeit derer Territorien zu wachen, und Cuba wird diese Verpflichtung bis ins kleinste einzuhalten wissen.

Die Erfahrung von mehr als drei Jahrzehnten Widerstand gegen Erpressung, Blockade und direkte oder indirekte Aggression hat uns gelehrt, daß man nicht einen Fingerbreit nach-

geben darf. Von dem Prinzip abzuweichen, heißt es zu verlieren. Das ist die beste Garantie für diejenigen, die ihr Land in Cuba vertreten.

Es bleibt noch die Frage: wozu das Ganze? Etwa um diesen Weg als legitime Methode zum Verlassen des Landes zu etablieren? In Cuba einen neuen Stil zur Erlangung von Einreisedokumenten für ein Land einzuführen, anders als in anderen Hauptstädten üblich? Wünscht man künstlich eine politische Situation herbeizuführen, mit Absichten, die denen von den USA vergeblich angestrebten verdächtig ähnlich sehen? Will man die Atmosphäre verderben, die auf der kürzlich abgeschlossenen vierten Iberoamerikanischen Gipfel in Cartagena de Indias gegenüber unserem Lande herrschte? Gegenüber mächtigen Feinden haben wir nicht gezittert. Inmitten der Feindseligkeit haben wir widerstanden. Wir sind kein Volk, das man in Angst und Schrecken jagen oder auf die Anklagebank setzen könnte.

Es wird Zeit, ein für allemal zu verstehen: Cuba gestattet keinen Druck, keine Pressionen, woher sie auch kommen mögen, und drücke wer auch drücken möge. Man hat uns in Standhaftigkeit erzogen und wir haben die Lektion gut gelernt. Man hat uns die Unverletzlichkeit von Prinzipien beigebracht und wir sind gute Schüler. Man hat uns gelehrt, daß man dem Feind auch nicht so ein kleines bißchen nachgeben darf, und wir sind treue Jünger.

Cuba ist ruhig und gelassen, niemand trübt das saubere Gewissen eines Volkes, das ohne Zittern seiner Glieder harte Proben bestanden hat. Unser Außenministerium hat ausführlich die Positionen unserer Revolutionsregierung dargelegt und steht voll und ganz zur Zusammenarbeit mit allen akkreditierten diplomatischen Missionen bereit, um die Konflikte, die sie haben, zu lösen und dabei auch zukünftige Schwierigkeiten auf vernünftiger Grundlage zu verhindern.

Die Gäste von Belgien, Deutschland und des Konsulats von Chile haben nur einen Weg: ohne Vorbedingungen dort herauszugehen, wo sie hineingekommen sind.

wetback in Englisch, oder feuchte Rücken auf Deutsch. Slang für die illegalen Einwanderer aus Mexiko in den USA.

Botschaftsbesetzungen

Persönliche Anmerkungen von Lüko Willms

Der Großgrundbesitzer Manuel de Céspedes begann im Jahre 1868 den ersten Krieg für die Unabhängigkeit Cubas von der spanischen Kolonialherrschaft, indem er seine Sklaven frei ließ. Am Ende dieses Krieges, 10 Jahre später, war Cuba zwar noch nicht unabhängig, aber die Sklaverei war in Cuba beseitigt — ein großer Sieg für die ganze Menschheit.

Manuel de Céspedes verankerte damit den Grundsatz, daß nur freie Menschen für eine freie Gesellschaft kämpfen können, in der cubanischen Revolution. Nur aus der freien Entscheidung, nicht aus der Unterwerfung unter Zwang, kann die Disziplin entstehen, die der gemeinsame Kampf erfordert. Man liebt nur, was man auch verlassen kann — ein Land, eine Frau, das Leben. Man kann zwar einigen Menschen zeitweilig ihr Erstgeburtsrecht der Freizügigkeit für ein Linsengericht von Verheißungen von Wohlstand und sozialer Sicherheit abkaufen, aber sie werden sich dann dem Herren zuwenden, der ihnen vollere Fleischtopfe verspricht.

Als nach dem Triumph der cubanischen Revolution die Hälfte der etwa 3000 Ärzte Cuba verlassen hatten, hat ihnen niemand Hindernisse in den Weg gelegt oder gar eine Mauer um Cuba herum gebaut. Die cubanische Revolution ist auch in ihrer sozialistischen Phase dem Beispiel von Céspedes gefolgt — der Aufbau des Sozialismus ist eine Aufgabe von freien Menschen, und wer da nicht mitmachen will, kann gehen. Der neue Mensch entsteht, indem wir Menschen uns selbst verändern, nicht indem eine aufgeklärte Elite uns ummodelliert.

Das Problem ist seit drei Jahrzehnten, daß die USA — und das Ziel der millionenstarken Emigration aus allen lateinamerikanischen Ländern sind die USA — nur sehr wenigen Cubanern, die ordnungsgemäß in der US-Interessenvertretung in Havanna ein Visum beantragen, die Einreise erlauben. Hingegen wird jeder Cubaner, der ein Boot oder Flugzeug raubt, das Leben anderer oder auch sein eigenes in Gefahr bringt, an der Küste Floridas als Freiheitsheld begrüßt und bekommt sofort alle nötigen Papiere. Die Revolution hat auch hier den Cubanern regelrechte Privilegien verschafft

— Haitianer, die über das Meer dem Elend und Morden in ihrem Heimatland entfliehen wollen, werden von der US-Küstenwache gleich wieder zurückgebracht. Nicht mal Deutsche können so leicht in den USA eingebürgert werden, wie Cubaner, sofern diese illegal ihr Land verlassen haben. Die USA wollen den Eindruck vermitteln, daß Cuba genauso die Freizügigkeit verweigert, wie seinerzeit die DDR oder die Sowjetunion. Dabei hat die US-Regierung den eigenen Bürgern Reisen nach Cuba praktisch verboten.

Zweimal ist die cubanische Revolution dieser Politik mit einer menschlichen Brücke entgegengetreten: Anfang der 60er Jahre und im Jahre 1980 lud die cubanische Regierung alle Leute aus den USA ein, in den Hafen von Camarioca (1965) bzw. Mariél (1980) zu kommen und Ausreisewillige abzuholen. Hunderte und Tausende von US-Cubanern, die wußten, daß sie sich auf das Wort der Revolution verlassen können, kamen mit ihren Booten und holten so auch ohne Genehmigung der US-Regierung über 100.000 Cubaner sicher über die Straße von Florida. Diese Aktionen bewirkten jeweils eine weniger restriktive Einreisepolitik der USA. Nach Mariél wurde ein Abkommen ausgehandelt, wonach die USA jährlich 20000 Cubanern die Einreise gestatten sollten, was aber auch nicht eingehalten wurde.

Nachdem Cuba im Zuge der *rectificación* oder Berichtigung der Fehler aus der Übernahme von wirtschaftlichen und politischen Modellen der Sowjetunion auch die Ausreise wieder weitgehend entideologisiert hat und mehr und mehr Cubaner die Möglichkeit wahrnehmen wollen, in andere Länder zu reisen, wird dort die restriktive Einreisepolitik verschärft. Kanada verlangt seit kurzem von allen Cubanern ein Transitvisum für eine Zwischenlandung in Gander, dem Flughafen auf Neufundland, obwohl dort die Reisenden nicht mal den abgeschlossenen Transitbereich verlassen (damit verbieten sie praktisch den Cubanern, mit der eigenen Fluglinie nach Europa zu reisen). Wenn ein Cubaner schließlich nach vielen Mühen ein Visum für Deutschland ergattert hat (er muß dazu ein behördlich abgestempeltes Formular aus Deutschland vorweisen, daß dort jemand für alle Kosten auf-

kommt), ist das mit dem Vermerk versehen, daß es in Deutschland nicht verlängert werden kann.

Es war für die Bonner Republik ja so bequem, als der Eiserner Vorhang und die Mauer die freie Reise in Europa verhinderten — man hatte sogar noch einen Sündenbock, den man dafür prügeln konnte. Jetzt, nachdem wir Menschen diese Hindernisse niedergelassen haben, müssen die Herrschaften selbst ihre Grenzen dichtmachen und bauen elektronische Barrieren auf, eine High-Tech Staatsgrenze-Ost. Sie versuchen aber weiterhin, die Last auf andere abzuschieben und damit auch den Frust auf diese anderen umzulenken. Weiterhin sollen schon die Nachbarländer die freie Reise nach Deutschland verhindern.

Ich weiß nicht genau, was die Cubaner, die in diesen Tagen die Botschaften von Belgien und Deutschland sowie das chilenische Konsulat besetzt haben, bewegt. Als vor ein paar Jahren Cubaner in die belgische Botschaft, die spanische und einige andere eindringen, hat Fidel Castro erklärt, daß er nichts dagegen hat, daß Leute ausreisen. Er hat angeregt, daß die europäischen Länder ein Büro in Havanna einrichten, um diese Einwanderung zu organisieren. Die Botschaften selbst jedoch, so sagte Fidel, können nicht als Reisebüros agieren, wenn sie ihre diplomatischen Aufgaben wahrnehmen wollen. „Unsere Türen stehen offen für alle, die reisen wollen,“ sagte Fidel Castro z.B. in seinem großen Interview mit dem italienischen Journalisten Gianni Minná im Januar 1987 und wiederholte dabei, was er vorher der französischen Zeitung *L'Humanité* erklärt hatte, „es sind [die anderen], die ihnen keine Reisegenehmigung geben, während sie gleichzeitig illegale Ausreisen fördern.“

Gelegentlich taucht auch diese Wahrheit in den deutschen Medien dieser Tage auf. Die großen Fernsehanstalten versuchen jedoch, das Bild zu verzerren und die Verantwortung für die Reisehindernisse der cubanischen Seite zuzuschreiben. Wir sollten dieser Propaganda mit Fakten und Ideen entgegenreten.

Für eine Welt ohne Grenzen!
19. Juni 1994

5. August 1994

»Diese Zwischenfälle sind Teil eines strategischen Plans der USA:«

Fidel Castro im cubanischen Fernsehen

(Auszüge)



5. August 1994, Fide in der Altstadt von Havanna (alle Fotos: Granma)

»Nun, für mich war die Anwesenheit in den Straßen der Stadt eine Prinzipienfrage. Ich erfuhr von den Problemen: Zuerst sei es im Hafen zu Zwischenfällen gekommen. Eine Gruppe von Personen versuchte, eine Fähre zu besetzen - ich glaube, sie hatte nicht einmal einen Motor, Bevölkerung und Polizei hatten die Entführung verhindert - und dann, nach 12 Uhr mittags, kamen Informationen über Unruhen, die offensichtlich an verschiedenen Punkten in Havanna-Zentrum und Alt-Havanna organisiert worden waren.

Von dem Augenblick an verfolgte ich alle Informationen sehr aufmerksam. Ich befand mich in meinem Büro und dort hörte ich auch, daß die Polizei mit Steinen beworfen wurde. Von Schüssen war ebenfalls die Rede. Nun, an mehreren Orten kam es zu Provokationen gegen die Polizei. Ich wollte wissen, was im Gange war. Man erklärte mir, am Abend zuvor habe es in Regla (ein Stadtteil Havannas) öffentlichen Aufruhr gegeben. Die Menschen hätten sich auf den Straßen mit den Unruhestiftern auseinandergesetzt und

9

Polizeieinheiten wären zur Wiederherstellung der Ordnung im Einsatz. Ich hielt es für meine Pflicht, am Ort des Geschehens zu erscheinen, auch wenn ich dafür Kritik verdiente. Wenn wirklich Steine und Schüsse fielen, wollte ich auch meinen Teil Steine und Schüsse abbekommen. Es ist nichts außergewöhnliches! Luisito, es ist eigentlich Gewohnheit: Wo das Volk kämpft und die Kämpfer Probleme haben, gehöre ich hin. Mir lag sehr daran, mit unseren Leuten zu sprechen, sie zu mahnen, Ruhe, Geduld und kaltes Blut zu bewahren, sich nicht provozieren zu lassen, denn ich kenne den Plan des Feindes, die gesamte imperialistische Konzeption zur Beseitigung der Revolution, seine jetzige Strategie, natürlich auswendig. Sie brauchen selbstverständlich blutige Bilder, Schießereien, Tote; zunächst als Propagandamittel und schließlich als Vorwand, unser Land zu überfallen. Ich finde wir alle haben viele Pflichten, und an erster Stelle steht die Pflicht, mit dem Volk zu kämpfen, mit dem Volk zu sterben, aber das Volk außerdem zu leiten, damit es intelligenter auf diese Situationen reagiert, denn wir wissen wie energisch das Volk ist, wie kämpferisch, wie mutig. Klar ist, daß wir Provokationen vermeiden müssen. Das war der Grund für meine Reaktion, dort zu erscheinen. Du fragst nach dem »Warum« für diese Ereignisse. Nun ja, es liegt eine Strategie für all diese Provokationen vor, eine Provokationsstrategie, die viele, viele Jahre vorbereitet wurde. Der Imperialismus nahm an, die Revolution bräche Wochen nach dem Untergang des sozialistischen Lagers zusammen, und nun stört ihn, daß die Revolution nicht aufgibt, daß sie nicht zusammenbricht. Darum will er sie mit allen Mitteln zerstören, will unsere Schwierigkeiten ausnutzen, um günstige Voraussetzung für seine Ziele zu schaffen. Diese Strategie stützt sich auf zahlreiche Mechanismen, in erster Linie auf die Blockade, auf die unglaublichsten Repressalien, unsere wirtschaftlichen Anstrengungen zu neutralisieren, unseren Prozeß der Öffnung zu komplizieren, unsere Verhandlungen mit allen ausländischen Unternehmern, die nach Cuba kommen, zu stören, zu versuchen, unsere Anstrengungen bei der Suche nach einem Ausweg aus der periodo especial (spezielle Periode seit 1990) zunichte zu machen. Er bemüht sich, die Blockade zu verschärfen, uns wirtschaftlich noch mehr zu schaden und Unzufriedenheit unter der Bevöl-

kerung zu sähen. Er ermutigt zu illegalen Ausreisen und verbietet die legalen. Sie (die USA) setzen alles daran, die Leute zur illegalen Ausreise zu bewegen, alle möglichen Zwischenfälle, wie die bereits vorgekommenen, zu verursachen. Ganz bewußt hetzen sie dazu auf.

★ Sieh, die Revolution hat denen, die legal auswandern wollten, die Ausreise ermöglicht. Das ist aber nicht neu, das war von Anfang an so. Der beste Beweis dafür ist, glaube ich, als von den 6 000 Ärzten und 3 000 weggenommen wurden und wir ihre Ausreise nicht verboten haben, wir nahmen die Herausforderung an. Wir haben uns der Entwicklung der Medizin gewidmet und haben die Medizin-fakultäten aufgebaut. Sie haben unserem Land tausende qualifizierte Kräfte weggenommen, und wir schufen Universitäten, um sie alle zu ersetzen. Nicht wir haben uns den Ausreisen entgegengestellt, sondern die USA hat sich in einem bestimmten Augenblick geweigert. Zuerst haben sie uns das technische Personal abgeworben, dann schränkten sie die Einreisen ein. Diese Taktik gegen die Revolution ist auch nicht neu. Die Geschichte der Revolution kann verschiedene Episoden berichten. Die Episode von Camarioca beispielsweise, und die berühmte Episode von Mariel. Doch nicht wir waren es, die die Ausreisen aus Kuba verhindert haben. Das Phänomen der Auswanderung ist universell. Menschen aus weniger entwickelten Ländern emigrieren in wirtschaftlich höher entwickelte Länder. Doch in



Provokateure werfen Steine

unserem Fall hat nicht Kuba die Ausreise verweigert. Aus Sicherheitsgründen gab es zunächst einen Reiseverkehr in beide Richtungen wie heute. Sieh, wie viele Maßnahmen haben wir in den letzten Jahren getroffen. Die Genehmigung für einen besuchsweisen Aufenthalt in den USA ist eine davon. Das stellte bereits eine Gefahr dar. Es werden immer Konspirationen organisiert, alle möglichen Sabotagen, Wirtschaftssabotagen, die biologische Kriegsführung. Ja, sie haben sogar einen biologischen Krieg gegen unser Land geführt. Ich weiß nicht, ob das viele Menschen bezweifeln. Liest man jedoch die Dinge, die sie mit dem eigenen Volk in den USA anstellen, von den Atombombenversuchen in den USA, von den Tests in den US-amerikanischen Krankenhäusern, in Altershei-

men, in Schulen, überall, dann kann es keinen Zweifel daran geben, daß sie zu einer biologischen Kriegsführung gegen uns fähig sind. Wir wissen vom biologischen Krieg gegen Pflanzen, gegen Tiere, gegen Menschen. Das Hin- und Herreisen ist immer ein Risiko. Wir haben es jetzt aus der Politik ausgeklammert, trotz der Risiken. Zunächst bekamen Personen über 60 Jahre die Reisegenehmigung zu einem Besuch, dann senkten wir das Alter und heute kann bereits jeder ausreisen, der den Wunsch hat und erwachsen ist, um selbst entscheiden zu können. Wir lassen alle ins Ausland reisen und zurückkommen. Das ist und bleibt in mancher Hinsicht immer eine Gefahr, da der Imperialismus es nicht unterläßt Pläne gegen uns zu schmieden. Noch etwas: Wir lassen jeden unser Land besuchen, ausgenommen ist nur eine kleine Personengruppe. Alle anderen können Cuba oder ihre Angehörigen besuchen. Drittens: Wir haben mit den USA ein Auswanderungsabkommen unterzeichnet (1984 und 1987), nach dem sie jährlich bis zu 20 000 Personen zur Familienzusammenführung zu akzeptieren hatten. Dazu wurde noch eine Anzahl von ehemaligen konterrevolutionären Häftlingen in die USA geschleust. Die USA haben das Auswanderungsabkommen nicht erfüllt, sie gewähren einfach nur eine bestimmte Anzahl Visa. Sie haben noch etwas schlimmeres getan, sie haben das Abkommen verletzt: Kubaner, die in Panama oder anderen Ländern lebten und von dort aus nach den USA wollten, gaben sie die Genehmigung und schlossen sie in die Ziffer mit ein, obwohl diese Personen nicht in Kuba waren. Jede illegale Ausreise jede Desertion unterstützen sie und



Spontane Demonstration gegen die Provokation



machen damit Propaganda um Unzufriedenheit zu stiften. Möchtest du legal reisen? Du kannst es nicht. Aber wenn du ein Flugzeug stiehlt oder ein Schiff oder ein Boot oder sonst etwas, wirst du willkommen heißen. Es ist

ihnen einerlei, ob diese Menschen unterwegs ertrinken. Ihnen geht es nur um Propagandamaterial. Cuba kann wirklich nicht mehr für die Emigration tun. Wir haben schon alles getan. Worum könnte man uns noch bitten? Für sie gibt es nur eine Politik: die Einschränkung der legalen Ausreisen; die Ermutigung zu illegalen Ausreisen, die Schaffung einer ganzen Organisation zur Unterstützung derjenigen, die Kuba illegal verlassen wollen. Das ist die Emigrationspolitik der USA.

Unsere Kaderakte ist sauber, absolut sauber. Hinzu kommt, daß wir enorme Summen zur Vermeidung der illegalen Ausreisen ausgegeben haben, um die Auswanderungsgesetze Cubas und der USA zu erfüllen. Eigentlich sind wir der Grenzschutz der USA, um die Gesetze der USA nicht zu verletzen. Von uns aus sollen sie gehen, wir haben nichts dagegen, wir legen kein Hindernis in den Weg. Wir erledigen alle Formalitäten. Und weil wir unsere internationale Pflicht erfüllen, weil wir unsere Gesetze erfüllen, sind wir Grenzwächter der USA geworden. Wir haben Treibstoff, Arbeitskräfte und auch sonst alles verbraucht, um illegale Ausreisen und die Ankunft von US-Booten, die Angehörige aus Kuba abholen wollen, zu unterbinden.

All das hat zugenommen. Mit der Verschlechterung unserer Wirtschaft vermehren sich diese Erscheinungen. Es handelt sich nicht nur um Propaganda, es ist ein Unterminierungsplan, ein Plan zur Anstiftung von Unruhen

und Konflikten in unserem Land. Zwanzig mal haben wir den US-Amerikanern gesagt, »zwanzig diplomatische Noten! - ich sage zwanzig, nur um eine Zahl zu nennen -, wir werden nicht müde, es zu wiederholen, wir können nicht mehr länger als Küstenschutz der USA fungieren. Sie müssen sich selbst darum kümmern. Diese Lage ist unhaltbar und darf nicht hinausgezögert werden.

Ich kann noch etwas sehr wichtiges hinzufügen: wir haben das Problem der Flugzeugentführungen in den USA gelöst, als wir harte, drastische Maßnahmen ergriffen, als wir ernste Strafen für die Flugzeugentführer aus den USA verlangten und sogar öffentlich davor gewarnt haben, und zwei Männer, die in die USA gegangen waren und dort ein Flugzeug kaperten, haben wir an die USA ausgeliefert. Wir fragten oft nach diesen Kubanern - sie



ArbeiterInnen schützen das Hotel Deauville...



... und ersetzen zerstörte Scheiben

waren zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nie erhielten wir eine Antwort! Ständig interessieren sie (die USA) sich für irgendeinen Gefangenen, und wir haben nur nach den beiden gefragt. Es waren zwei Bürger, die unsere Warnungen überhörten. Wir gaben das Flugzeug und auch die Urheber seiner Entführung zurück- danach war Schluß mit der Luftpiraterie der USA. Die USA hatten dieses Mittel gegen die Revolution erfunden - und heute noch sitzen einige Flugzeugentführer in unseren Gefängnissen ihre Strafen ab. Wieviel verlangt man von uns dafür, daß wir ihnen ein sehr ernstes Problem, das der Flugzeugentführungen, gelöst haben? Sie können sich gewiß ein Bild von unserer Geduld machen. Wir halten an dieser Politik fest, ganz gleich was sie anstellen. Und die Ursache? Diese Zwischenfälle sind alle Teil eines strategischen Planes der USA.

Übersetzung: Kollektiv de deutschsprachigen Granma internacional, Havana, Cuba

Dies ist ein Auszug aus einem Fernsehinterview mit Fidel vom 5.8.'94. Zusammen mit einem Interview vom 11.8.'94 ist es als Broschüre von der Freundschaftsgesellschaft herausgegeben worden. Siehe unten.



edition CUBA LIBRE

Die **edition CUBA LIBRE** wird von der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. herausgegeben. In ihr erscheinen wichtige Reden, Interviews und Dokumente aus Cuba.

Eine Ausgabe kostet 6 DM + 1 DM Spende für die Granma Internacional (zzgl. Porto).

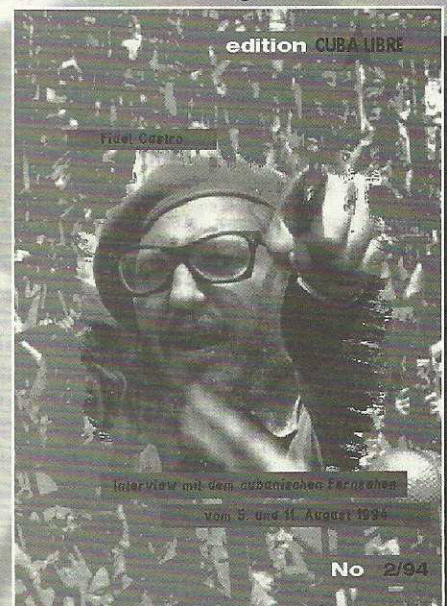
Zu bestellen bei der

Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.
Theodor-Heuss-Ring 26,
50668 Köln



No 1/94, Raúl Castro:
Interview mit »El Sol de Mexico«,
Frühjahr 1994

No 2/94, Fidel Castro:
Interviews mit dem
cubanischen Fernsehen
vom 5. und 11. August 1994



Juventud Rebelde, 7. August 1994

Ruhe in der Hauptstadt

Ergebnis der von asozialen Gruppen provozierten Ausschreitungen: 36 Verletzte, darunter 10 Angehörige der kubanischen Polizei

von Marcos Alfonso

Nach den von Gewalttätern provozierten Ausschreitungen, die mit maßgeblicher Hilfe der Bevölkerung und Kräften der Revolutionären Nationalpolizei beendet wurden, ist am vergangenen Samstag wieder Ruhe in der kubanischen Hauptstadt eingekehrt. Nach vorläufigen Angaben des kubanischen Innenministeriums sieht das Ergebnis der Krawalle folgendermaßen aus: ein Toter (der ermordete junge Polizist Gabriel Lamoth), 35 Verletzte (darunter 10 Polizisten) sowie geringfügige Sachschäden (18 zerschlagene Fensterscheiben und Plünderung von Schaufensterauslagen in drei Geschäften). Die Vorfälle, in deren Folge es zu sinnlosen Zerstörungen in Havanna kam, standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entführung von drei Passagierschiffen am 26. Juli bzw. am 3. und 4. August auf der Fährverbindungsstrecke zwischen der Hauptstadt und den Orten Regla und Casablanca.

Am 5. August rotteten sich bereits am frühen Morgen etwa 300 bis 400 Unruhestifter an der Parkanlage Alameda de Paula zusammen. Die Ansammlung wurde von den Behörden aufgelöst. Gegen sechs Uhr morgens überfielen 21 Personen den Schlepper Dos Ríos (der nicht einmal über einen eigenen Motor verfügt). Sie wurden in einer gemeinsamen Aktion von Hafentarbeitern und Revolutionärer Polizei von dort vertrieben und festgenommen. Unmittelbar danach kehrte zunächst wieder Ruhe ein. Am selben Tag versammelten sich kurz nach sieben Uhr ca. 100 Personen gegenüber der Parkanlage. Aufgehetzt von Provokateuren begannen sie, konterrevolutionäre Parolen zu rufen. Die Ansammlung wurde von der Polizei aufgelöst,

ohne daß es dabei zu Festnahmen kam. Daraufhin zogen die Demonstranten in kleinen Gruppen durch die Straßen in Richtung Hafenfestung La Punta. Dabei kam es während des ganzen Morgens wiederholt zu Plünderungen. Gegen 15 Uhr versammelten sich erneut etwa 700 Personen in der Nähe der Festung. Auffällig ist, wie gegen 14.30 die Ausschreitungen begannen, und zwar nicht am Malecón, der Küstenpromenade von Havanna, sondern in den Straßen Galiano, Escobar, Neptuno und San Lázaro, insbesondere in der Nähe des Hotels Dauville. Dabei nutzten die Demonstranten aus, daß ein Großteil der Polizeikräfte in der Gegend des Malecón zusammengezogen war. Die Krawalle begannen in den genannten Straßen und wurden zunächst von einzelnen Polizisten niedergeschlagen, die sich dort in der Nähe befanden, sowie von Mitarbeitern des Hotels, die den Schutz ihres Betriebes übernahmen, nachdem dort mehrere Fensterscheiben eingeschlagen worden waren. Die Gewalttäter brachen einem Polizisten das Genick (er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert) und zerschlugen die Fensterscheibe eines Patrouillenfahrzeugs. Es wurde festgestellt, daß auch von einigen Balkons am Malecón Steine und Flaschen geworfen wurden (die beteiligten Täter wurden verhaftet). Danach kam es zu ähnlichen Zwischenfällen in der Gegend der Hafenfestung, die jedoch rasch unter Kontrolle gebracht werden konnten, ohne daß dabei Opfer zu beklagen waren.

Polizeikräfte, Hafentarbeiter, das Personal der angegriffenen Einrichtungen sowie zahlreiche Mitarbeiter anderer Betriebe konnten die Provokateure in einer raschen Aktion unter

Kontrolle bringen. In den Abendstunden das 5. August bzw. am frühen Morgen des 6. August war in den von den Krawallen betroffenen Vierteln der Altstadt und des Zentrums von Havanna abgesehen von vereinzelt Zwischenfällen die Ruhe wiederhergestellt. Die Gewalttaten, Verwüstungen und Plünderungen wurden erwiesenermaßen von gewöhnlichen Kriminellen verübt. Ermutigt durch die Politik der US-Regierung, die solche Personen mit offenen Armen empfängt, versuchen sie, auf diesem Wege in die USA zu gelangen.

Nach Berichten des kubanischen Innenministeriums und direkten Recherchen von Juventud Rebelde vor Ort blieb die Stadt am Samstag völlig ruhig. Die Bevölkerung zeigte sich besonnen und kämpferisch.

Erste Ermittlungen zu den Vorfällen haben ergeben, daß die Krawalle mit der Entführung dreier Fährschiffe der städtischen Reederei in Zusammenhang stehen, ebenso mit den ständigen Radioangriffen, mit denen die Insel von US-amerikanischem Territorium aus überzogen wird.

Einige der verhafteten Tatbeteiligten haben ausgesagt, daß sie sich an den genannten Orten spontan zusammengefunden hätten, einzig um in die USA auszureisen. Die kubanischen Behörden haben versichert, daß die Passagierschiffe für den Fährverkehr in der Bucht von Havanna demnächst wieder ihren Betrieb aufnehmen werden. Es sollen darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Passagiere zu gewährleisten. Juventud Rebelde konnte erfahren, daß ein Großteil der Gewalttäter verhaftet worden ist. Sie sollen vor Gericht gestellt und schwer bestraft werden.

Stellen des kubanischen Innenministeriums haben mitgeteilt, daß die Lage unter Kontrolle sei. An einigen Schlüsselpunkten werden entsprechende Maßnahmen ergriffen, um weitere Verwüstungen zu verhindern.

Die Stadtbezirke, in denen es zu den Krawallen kam, sind von Kräften des kubanischen Innenministeriums unter ständige Beobachtung gestellt worden. Dabei kommt es gelegentlich zu Vergeltungsaktionen besonders unversöhnlicher Anwohner. Sie werden ermutigt durch eine offensichtliche Destabilisierungspolitik der US-Regierung gegenüber Kuba, die in diesen Personen einen unvergleichlichen Nährboden findet.

27. August 1994

Clinton:

Sinkende Popularität

Ursache der verschärften

★ Aggressionen gegen Cuba?

Die neuen Eskalationen der Bedrohung Cubas durch die US-Administration waren zentrale Thema bei dem Gespräch des Vorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba mit Botschafter Rodney Lopez und Botschaftssekretär Marcelino Medina in der Cubanischen Botschaft.

Tatsächlich scheint der ständig abnehmende Beliebtheitsgrad von Bill Clinton in den USA diesen dazu zu veranlassen, sein Heil in verschärften Provokationen gegenüber Cuba zu suchen. Da hat er zunächst in Florida seine Anhänger unter den Exil-CubanerInnen gewonnen aber natürlich haben die außenpolitischen Drohgebärden auch immer wieder erfolgreich Signalwirkung für große Bevölkerungsteile nach dem Motto - jetzt muß dem Präsidenten aber der Rücken gestärkt werden! So sollen es derzeit etwa 42% sein, die in den USA die getroffenen Maßnahmen gegen Cuba o.k. finden.

Man muß sich erst einmal vergegenwärtigen, wenn man die ständigen Zahlenangaben über cubanische »Bootsflüchtlinge« hört, daß die Emigration in ganz Lateinamerika gen Norden gerichtet ist, und die Zahlen aus Cuba prozentual noch deutlich unter denen anderer lateinamerikanischer Staaten liegen. - Trotz der Mauer, die die USA z.B. an der Grenze zu Mexiko hochgezogen haben.

Daß diese Emigration aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen eine »normale« Erscheinung in der heutigen Weltordnung ist, dem trägt man in Cuba längst Rechnung - erinnert sei an den Kongreß »Nation und Emigration« in diesem Jahr. Im übrigen wurde bereits vor etlichen Jahren zwischen Cuba und den USA eine Quote von 20.000 Visa pro Jahr vereinbart, die cubanischen Bürgern erteilt werden sollten. Diese Zahl wurde von den USA seit langem nicht eingehalten. Gerade mal knapp 2.000 jährlich (10% !) wurden vergeben.

Hofiert wurde dagegen bekanntermaßen bis August jede/r CubanerIn (anders z.B. als die Flüchtlinge aus Haiti) die/der sich illegal mit Schlauchboot etc. auf den Weg nach Florida machte. Sie wurden sofort mit Visum und Startkapital ausgestattet. Der Anreiz wirkte. Umso mehr, da die Dauerschrauben der Handelsblockade immer weiter angezogen wurden damit die Versorgungssituation in Cuba sich nicht verbessern könne.

Companero Rodney, der anfang August selbst noch in Cuba war, konnte über die Schiffsentführungen und die Unruhen in Havanna authentisch berichten, wie die Bevölkerung selbst, sich gegen die Provokateure stellte, und gemeinsam mit Sicherheitskräften und Fidel, der bereits eine Stunde nach Beginn der Auseinandersetzung vor Ort war den Ausschreitungen ein schnelles Ende setzte. Wobei es unter den Verteidigern der Revolution zwei Tote und zahlreiche Verletzte gab, da die Unruhestifter mit enormer Brutalität vorgegangen waren bei dem Versuch, möglichst große Sachschäden anzurichten. Bis in den Abend hinein gab es anschließend massenhafte Demonstrationen in den Straßen für die Revolution und Fidel. Rodney betonte, daß das Cubanische Volk nach wie vor großes Vertrauen in die Regierung setzt und ihre Trauer um die beiden Toten mit riesigen Demonstrationen in Havanna (600.000) und Camagüey zum Ausdruck brachte.

Das diese Vorfällen mit einer »Hungerrevolte« (bspw. in Caracas 1992 - blutig niedergeschlagen, viele Tote unter der Bevölkerung), wie von einigen hiesigen Artikelschreibern vermutet, nicht das geringste zu tun haben, zeigte sich vor allem darin, daß hauptsächlich zu Zerstörungen kam, jedoch kein einziges Geschäft geplündert wurde. Angeregt wurde in dem Gespräch, daß es interessant wäre, statistische Daten über die soziale Her-

kunft der Provokateure vom Malecon zu erfahren.

Nach den Sommerferien wurden auch in Havanna, trotz großer Schwierigkeiten, wieder alle Schulen geöffnet, keine einzige blieb geschlossen, berichtete Companero Rodney und betonte noch, daß ebenfalls kein einziges Krankenhaus bisher geschlossen wurde, sondern enorme Anstrengungen gemacht werden, die umfassende Gesundheitsversorgung beizubehalten und zu verbessern.

Wir vom Vorstand schilderten, wie wir innerhalb der Solidaritätskarawane »Ein Schiff für Cuba« versuchen, mit den gespendeten Bussen (bundesweit bereits Ende August 12 Stück!), Medikamenten und vielen anderen Spendengütern, den Kampf des Cubanischen Volkes mit unseren bescheidenen Kräften so gut wie möglich zu unterstützen. Gerade bei den gegenwärtigen Entwicklungen wird diese Aktion mit den damit verbundenden Cuba-Veranstaltungen in vielen Städten der BRD, umso mehr zum Politikum, da sich die bundesdeutschen Medien zu einem Feldzug gegen Cuba entschlossen haben der seinesgleichen sucht.

Um diesem Medienkrieg, der bei uns derzeit gegen Cuba geführt wird, etwas entgegenzusetzen, waren wir übereinstimmend der Meinung, daß es unsere Aufgabe ist, wo immer dies möglich ist, mit LeserInnenbriefen, eigenen Artikeln, Interviewangeboten etc. an Regionalzeitungen, alternative Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender heranzutreten. Es gibt unendlich viele Lügen die derzeit verbreitet werden, Geschichtsverfälschungen, etc. denen wir entgegengetreten sollten. Wir sollten zumindest versuchen, auch die cubanischen Positionen in die Medien zu bringen. Das derzeitige Interesse an Cuba ist uns dabei durchaus nützlich, wie zahlreiche bereits erschienene Artikel und LeserInnenbriefe belegen. Jedes Mitglied unserer FG, könnte in seinem Bereich wertvolle Unterstützung leisten. Bitte sendet Kopien eurer Briefe oder Zeitungsartikel auch an die cubanischen Freunde in der Botschaft, sie freuen sich sehr darüber, wenn sie jede Form internationalistischer Unterstützung auch nach Havanna berichten können!

(Cubanische Botschaft
Kennedyallee 22-24,
53175 Bonn)

10. September 1994

Erklärung

des Vorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V. zur gegenwärtigen Situation.

Wir beobachten mit großer Sorge die letzten Entwicklungen hinsichtlich die Politik der USA.

Die derzeitige Situation ist das Ergebnis der seit über 30 Jahre währenden Politik der Kriegführung gegen dieses Land. Einer Politik des Medienkrieges, der wirtschaftlichen Strangulation und der bewaffneten Aggression. Diese Politik ist nie darauf gerichtet gewesen, Cuba zu »demokratisieren« oder die »Menschenrechte« in Cuba zu schützen, sondern darauf, Cuba den ökonomischen und politischen Interessen der Großmacht USA unterzuordnen.

Sie sagen Demokratie aber sie meinen Kapitalismus

- sie sagen Menschenrechte aber sie meinen vollständige politische Kontrolle über das cubanische Volk.

Wir verurteilen die heuchlerische und und doppelzüngige Flüchtlings-

politik der USA, illegal ausreisende Cubanerinnen und Cubaner zu Freiheitskämpfern hochzustilisieren und die legale Einreise unter Verletzung des Vertrages mit Cuba zu behindern.

Wir verurteilen die Nutzung des durch die USA illegalerweise besetzten Territoriums in der Provinz Guantánamo als Militärstützpunkt und Internierungslager für cubanische und haitianische Flüchtlinge.

Wir verurteilen die von den USA betriebene Politik der Konfrontation gegen Cuba und die Unterstützung derselben durch viele der kapitalistischen Länder insbesondere die BRD.

Diese Politik dient einzig und allein der Schaffung von Spannungen, der

Legitimation einer militärischen Intervention in Cuba und der Vernichtung eines gesellschaftlichen Projektes, das der Bevölkerung über Jahrzehnte ein menschenwürdiges Leben und soziale Gerechtigkeit garantiert hat.

Wir fordern daher

- die sofortige Beendigung der Wirtschaftsblockade durch die USA
- die sofortige Aufnahme normaler Beziehungen mit Cuba durch die USA
- die sofortige Räumung des Militärstützpunktes Guantánamo
- die Einhaltung aller Verträge zwischen den USA
- die Wiederaufnahme bzw. Fortführung aller vertraglichen Vereinbarungen durch die BRD, die zwischen Cuba und der DDR bestanden haben
- die Einstellung aller Aggressionen der USA und ihrer Verbündeten gegen Cuba
- die Aufnahme normaler Beziehungen zu Cuba seitens der USA und aller anderen Länder dieser Welt

Es lebe das Volk von Cuba! Es lebe die cubanische Revolution

Münchner Initiative zur
Verenigung der revolutionären Jugend

Antifaschismus-Referat
des ASTA Uni München

An die
Unión de Jóvenes Comunistas (UJC)
Casa de la Juventud
Ave de la Misiones No. 5 y 7
La Habana vieja
CUBA

München, den 24. August 1994

Zur Kenntnisnahme an die Botschaft der Republik Cuba, Bonn

wir verurteilen das Verhalten der wenigen Konterrevolutionäre in Havanna am 5.8.94, die die Güter des cubanischen Volkes plünderten und raubten, und danken der Revolutionären Polizei und den revolutionären Arbeitern. Ihr schnelles und konsequentes Eingreifen sowie die Massendemonstrationen von 600.000 Menschen am 6.8.94 in Havanna, die ihre Unterstützung für die Revolution zum Ausdruck brachten, zeigten der Welt, daß das kubanische Volk bereit und in der Lage ist, die Ermutigungen der Revolution zu verteidigen. Wir bedauern, daß es der imperialistischen Propaganda gelungen ist, einen kleinen Teil Eures Volkes aufzuhetzen.

Einige von uns waren Teilnehmer einer Jugenddelegation im Januar dieses Jahres. In Havanna erlebten wir zwei Wochen lang durch das Gespräch mit Arbeitern, Studenten, Wissenschaftlern und Lehrern, daß der Großteil des kubanischen Volkes hinter seiner Regierung und der Revolution steht. Verschiedene Vertreter des UJC, PCC, CTC, CDR und der Blas-Roca-Stoßbrigaden erklärten uns, über welche organisatorischen Waffen Cuba verfügt, um sich zu verteidigen und Probleme zu lösen.

Wir werden diesen Brief zusammen mit weiteren Informationen über Cuba, die hier zurückgehalten werden, veröffentlichen und nicht aufhören, Euren Kampf zu popularisieren und zu unterstützen.

Hoch die internationale Solidarität!

30.8.1994

Interview

mit Arsenio Rodriguez Perez, Verwaltungsdirektor der Granma

★ *Viele Stimmen in den Medien hierzulande sprechen derzeit von den letzten Tagen Fidel Castros. Was meinst Du als Cubaner dazu?*

Wieder einmal wird von den letzten Tagen Fidels gesprochen. Das tut die Presse seit mehr als dreißig Jahren. Es ist nicht das erste Mal und es wird auch nicht das letzte Mal sein. Angesichts der Krisensituation, in der sich das Land befindet, sprechen die USA ein weiteres Mal mehr vom Verschwinden eines Regimes, vom Verschwinden eines Mannes.

Wovon sie nicht sprechen können, und das ist das Entscheidende, ist das Verschwinden eines Volkes. Und das Volk, das in diesem Augenblick in Cuba unter der Führung von Fidel Castro kämpft ist ein ganzes Volk. Die Bilder von Menschen, die Cuba in kleinen Booten in Richtung USA verlassen, werden als der Exodus eines ganzen Volkes dargestellt. Aber das entspricht nicht der Realität.

Vielleicht gehen Tausende - aber Millionen bleiben in Cuba. Ich glaube, das ist das Entscheidende. Und zwar deshalb weil in schlimmeren Situationen, in noch schwierigeren Situationen, als wir uns am Rande eines Atomkrieges befanden, wie in der Oktoberkrise, dieses Volk bereit war, sich zu opfern. Und heute, mit Fidel oder - wenn er eines Tages aus ganz natürlichen Gründen verschwunden sein wird - ohne ihn, wird das Volk nicht aufhören, die Fallen und die Lügen des Imperialismus zu entlarven.

Die cubanischen Revolutionäre haben ein ganz klares Bewußtsein: Solange einer von ihnen existiert, lebt die Revolution weiter. Wir sind 11 Millionen Cubaner, und es ist nicht leicht, ein Volk zu vernichten.

Die Medien in den parlamentarischen Demokratien sind ein wichtiges Instrument zur Manipulation der öffentlichen Meinung - und leider arbeiten sie meistens gegen Cuba. Könntest Du etwas über Deine Erfahrungen mit der Presse in kapitalistischen Ländern sagen? Gibt es da große Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den verschiedenen Ländern?

Ich bin über Madrid hierher gereist, und ich habe nicht nur spanische sondern auch deutsche, US-amerikanische und andere Presse gelesen. Und es gibt eine Konstante in all diesen Medien. In der sogenannten Freien Presse. Sie enthält dieselbe Information, weil diese Information aus derselben Quelle stammt. D. h., das was ein Deutscher in Bonn, in München oder in Berlin liest, ist dasselbe, was ein Spanier in Madrid oder ein Franzose in Paris liest. Weil der Redakteur Nordamerikaner ist. Und die Fotos und die Texte erreichen auf dem gleichen sehr mächtigen Weg jedes Land der Welt.

So verwandelt sich - wie ein chinesisches Sprichwort besagt - eine Lüge in Wahrheit, wenn sie nur oft genug wiederholt wird. Und das merkte ich auch, als ich hier mit deutschen Freunden sprach, daß sie sehr besorgt sind, und sie fragten mich: »Bleibst Du hier, jetzt wo Du hier zu Besuch bist?« Und ich erklärte ihnen, daß ich nicht hierbleiben würde, daß ich einer von Millionen bin, die zurückkehren«

Alles wird aus US-amerikanischer Sicht dargestellt. Der cubanische Standpunkt wird verschwiegen. Und in diesem Moment heißt es: »Fidel Castro ist Schuld, die Revolution ist Schuld« aber niemals sagt man, daß die USA diesen Leuten die Visa verweigert und sie darüber hinaus aufgefordert haben, Cuba in kleinen Schiffen zu verlassen und ihnen sagten, daß sie, wenn sie drüben ankämen, wie Helden empfangen würden.

Jetzt wollen sie sie nicht. Weil sie vorher die »Gefangenen Castros« waren und jetzt Gefangene der Vereinigten Staaten sind.

Welche Rolle spielen die ausländischen Solidaritätsbewegungen für Cuba in den cubanischen Medien? Kann die Berichterstattung - z. B. über die derzeit in Deutschland laufende Karawane - der cubanischen Bevölkerung etwas Mut geben, ihren Weg weiterzugehen?

Ich will zuerst davon sprechen, daß die Anwesenheit von Freunden aus aller Welt in Cuba eine Ermutigung, einen Ansporn für die Bevölkerung darstellt, die mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß Menschen, die ihren Wohlstand, ihr Wohlbefinden aufgeben und nach Cuba kommen, sei es um zu arbeiten oder auch einfach um uns zu besuchen und sei es als Touristen, uns dadurch zeigen, daß wir nicht allein sind und daß wir überall Freunde haben. Aufgrund meines Berufes war ich Zeuge vieler internationaler Brigaden, die dort gearbeitet haben, und unter ihnen waren auch viele deutsche Gruppen. Und das sind Menschen, die, wenn sie nach Cuba kommen nicht nur die Realität der cubanischen Revolution, sondern auch das cubanische Volk entdecken. Weil ihnen in diesem Volk Menschen begegnen, die aufrichtig sind, die überzeugt sind, die optimistisch sind. Und leider können diese kleinen Gruppen selbst mit all ihrer Kraft diese Erfahrungen nicht weitertragen. Und sie sehen sich wieder einmal von den Massenmedien unterdrückt.

In Cuba ist die Tatsache, daß eine Solidaritätskarawane in Deutschland existiert und die wir über unsere Medien bekanntmachen werden, bin ich davon überzeugt, daß dies ein großer Ansporn sein wird. Es gibt einen Vorgänger dieser Aktion: Die Karawane in den USA. Diese erfuhr große Beachtung in der cubanischen Öffentlichkeit.

Ich glaube, daß dies im Falle der Karawane in Deutschland noch viel mehr der Fall sein wird. Warum? Weil diese Aktivität auf eine Übereinkunft der erklärten Freunde Cubas zurückgeht, und weil diese Aktion unmittelbar vor einem anderen großen Kongreß stattfindet, der im November in Havanna durchgeführt wird und wo erneut die Solidarität mit dem cubanischen Volk bekräftigt wird.

Ich glaube, daß die Karawane sowie jede Spende, die nach Cuba gelangt, vor allem einen moralischen Wert hat, viel mehr als eine materielle Bedeutung. Der materielle Hilfe ist zwar wichtig, sie kann die eine oder andere Wunde schließen, sie kann den einen oder anderen Mangel beheben, sie kann das eine oder andere praktische Problem lösen helfen, wie z. B. ein Ersatzteil für einen Bus oder was auch immer. Aber viel wichtiger als diese materielle Unterstützung ist der moralische Wert. Weil die Materialspenden zwar eine Hilfe darstellen aber das Problem letztendlich nicht lösen.

Und die Cubaner sind davon überzeugt, daß die Solidarität das wichtigste von allem ist. Vor allem deshalb, weil sie über viele Jahre solidarisch

gewesen sind. Während 35 Jahren sind die Cubaner Solidarität mit vielen Völkern der Welt geübt, und sie tun dies weiterhin.

Sie haben ihr Blut gegeben als Soldaten, und sie haben in vielen Ländern der Welt ihr Gesundheitswesen und ihr Bildungswesen weitergegeben, als Lehrer, als Ärzte und als Techniker. Zeitweise waren Cubaner in mehr als 30 Ländern beschäftigt.

Und sie taten dies oftmals unter den ungünstigsten Bedingungen unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit und unter Zurücklassung ihrer Familien für ein oder zwei Jahre, um diese Solidarität zu demonstrieren.

Angesichts dieser Tatsache kann ich Dir versichern, daß die Cubaner diese Geste zu würdigen wissen.

Wie schätzt Du die Bedeutung der Herausgabe der Granma in deutscher Sprache ein - sowohl in Bezug auf die deutschen Touristen in Cuba als auch hinsichtlich ihrer Wirkung im deutschsprachigen Raum ein?

Ich glaube, es ist eine große Errungenschaft, daß die Granma jetzt auch in Deutsch erscheinen kann. Ich glaube außerdem, daß dies eine Notwendigkeit war. Der Aufenthalt von Touristen aus Deutschland in Cuba ist sehr bedeutungsvoll. Man muß berücksichtigen, daß es überhaupt sehr wichtig ist, daß Menschen aus europäischen Ländern Cuba besuchen. Das gilt natürlich auch für die anderen deutschsprachigen Länder wie z. B. Österreich, die diese Zeitung bekommen.

Ich glaube, daß diese Zeitung eine große Anstrengung unternimmt, und mit der Hilfe der Freunde aus Deutschland wurde bereits einige Nummern veröffentlicht. Ich denke, die Bedeutung liegt darin, daß sie auf einfache und angenehme Weise etwas über das Denken und die Realität in Cuba in ihrer eigenen Sprache vermitteln kann.

Ich glaube auch, daß diese Zeitung einen alten Wunsch erfüllt: Bis jetzt erschien die Granma International in Englisch, in Spanisch, in Französisch und in Portugiesisch, und ich wiederhole, daß das Erscheinen der Zeitung in Deutsch einen alten Wunsch erfüllt.

Wo sind die Versorgungsschwierigkeiten im Bereich des Druck- und Zeitungswesens in Cuba am größten, und wie können ausländische Organisationen Euch in dieser schwierigen Zeit am ehesten helfen?

Das Pressewesen verursacht für Cuba große Probleme. Zumal die Herstellung von Zeitungen und die dafür benötigten Materialien sehr teuer sind.

Durch den derzeitigen Mangel an Papier mußten z. B. die Auflagen reduziert werden und das Erscheinen von Zeitungen eingestellt werden. Zeitungen mußten von täglichem auf wöchentliches bzw. von wöchentlichem auf monatliches Erscheinen reduziert werden. Außerdem mußte die Auflage und der Umfang der Zeitungen verringert werden. Dies trifft auch für die Granma zu.

Die Granma erschien früher in einer Auflage von 800.000 Stück. Heute kann sie nur noch in einer Auflage von 400.000 Stück erscheinen, und sie ist die einzige Tageszeitung. Sie besitzt ein kleines Format und hat einen begrenzten Umfang.

Über die meiste Zeit hinweg wurde die Granma mit eigenen Papierreserven hergestellt. Zur Zeit arbeiten wir mit Papierkontingenten, die irgendwo gekauft oder von Freunden gespendet wurden.

Wenn wir nicht auf die Hilfe der Solidarität der Freunde Cubas zählen können, glaube ich, daß wir im Zeitungswesen, insbesondere im grafischen Bereich, in den nächsten Monaten noch schlimmeren Zeiten entgegensehen. Das wären Probleme, die alle Aspekte des Zeitungswesens betreffen würden: Das Fehlen von Schreibmaschinen, das Fehlen von Papier, das Fehlen von Farbbändern, der Mangel an Kugelschreibern, das Fehlen von Tonbandgeräten. Weil Cuba, wie bekannt ist, eine sehr tiefgehenden Wirtschaftskrise durchläuft.

Und logischerweise muß die Führung der Revolution angesichts dieser Situation die Prioritäten in den Bereichen Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung setzen, während wir im Zeitungswesen mit dem arbeiten, was wir haben.

Ich will Dir ein Beispiel dafür geben, was für uns in diesem Bereich die Solidarität bedeutet.

Im vergangenen Jahr haben die Franzosen uns eine bedeutende Spende zukommen lassen. Und diese Spende bestand aus Geld.

Dieses Geld wurde zur Beschaffung von notwendigen Materialien für das Zeitungswesen verwendet, wie zum Beispiel Filme. Dinge, die für das tägliche Erscheinen einer Zeitung notwendig sind.

Ich denke, daß unsere Freunde in Deutschland uns auf viele Arten helfen können.

Vielleicht dadurch, daß sie mit uns über unsere Bedürfnisse reden und uns in materieller Hinsicht helfen. Angefangen bei Papier und Bleistift bis hin zu Schwarzweißfilmen und dergleichen mehr. Es geht dabei weniger um Papier für den Druck, weil es sehr teuer und sehr schwer ist. Hier wäre eine finanzielle Hilfe sinnvoller, um das Papier von nahegelegenen Orten zu kaufen. ★

Die Situation der Presse ist auch aus einem anderen Grund sehr schwierig, und ich möchte dies wieder an dem Beispiel Granma verdeutlichen: Als die Granma noch in einer Auflage von 800.000 Stück erschien und es noch weitere Zeitungen gab, stand für jeweils sieben bis acht Cubanerinnen und Cubaner eine Zeitung zur Verfügung. Ein Verhältnis, das schätzungsweise dem eines entwickelten Landes entspricht. In einem Land wie Cuba, dessen Volk ein gewisses Niveau im Bereich der Bildung und der Kultur erreicht hat, gibt es einen großen Bedarf an Lesestoff. Und derzeit ist die Zahl der Exemplare bestenfalls auf etwa eines pro 40 Personen gesunken. Und daher setzen wir Mittel ein, die einfach Mittel der »periodo especial« sind. Wenn z. B. eine Zeitung in eine Fabrik geht, dann wandert diese Zeitung von Hand zu Hand, damit alle sie lesen können.

Wir nutzen auch den Rundfunk, der auch die Informationen weitergibt, die in der Zeitung stehen. Auch das Fernsehen zitiert oftmals die Granma, damit die Informationen eine möglichst große Zahl von Personen erreichen kann.

Das sind im wesentlichen die Schwierigkeiten, die wir haben, und ich wiederhole, daß die Freunde Cubas überall auf der Welt und in diesem Fall in Deutschland, viel für das Medienwesen tun können. Das kann die Sendung von Materialien sein oder andere Formen der Hilfeleistung sein, die gerne entgegengenommen werden.

Die Meinung der Führung des Landes und aller Journalisten des Landes ist es, daß die Granma weiterhin erscheinen wird, unter welchen Bedingungen auch immer. Wenn sie auch nur aus einem Blatt bestehen sollte, wenn auch in geringem Umfang aber sie wird erscheinen. Auch in Kriegzeiten war immer klar, daß die Granma erscheinen würde, denn die Granma ist die Stimme der Revolution.

Arsenio, wir danken Dir für dieses Gespräch.

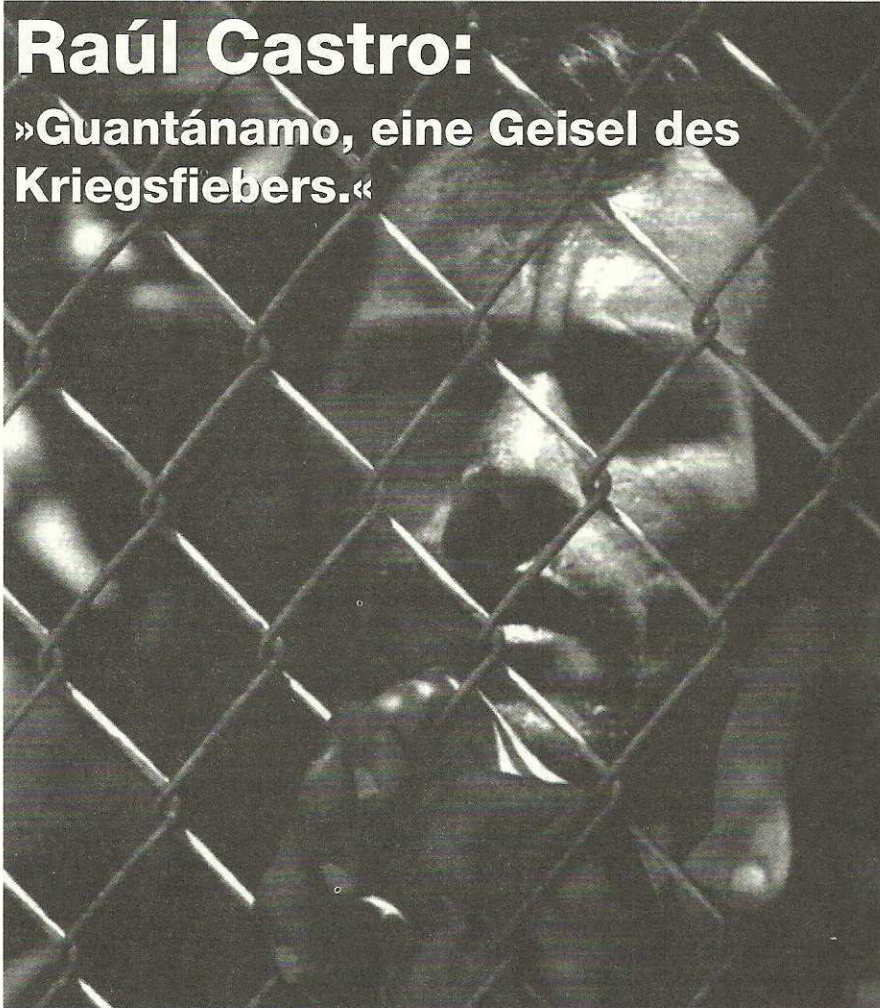
Wem gehört Guantánamo?

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Cuba taucht oft der Name Guantánamo auf. Einige Texte dazu sollen einige Fragen beantworten.



Raúl Castro: »Guantánamo, eine Geisel des Kriegsfiebers.«

»Freier« Flüchtlings in der US-Basis Guantánamo



*Auszüge aus einem Interview
mit »El Sol de Mexico«*

» ...

Auf eine merkwürdige Weise wurde in den Vereinigten Staaten das Projekt zur Schließung einer großen Zahl von Stützpunkten auf dem Kontinent und außerhalb desselben zwecks Senkung der Militärausgaben (31 bzw. 24 Stützpunkte) verlegt.

Um auf Deine Sorge zu antworten, muß ich die verschiedenen Bestandteile dieses Problems berühren.

Wenn Du den historischen und juristischen Hintergrund dieser Angelegenheit untersuchst, wirst Du finden, daß die Einrichtung dieses Stützpunktes dem kubanischen Volk gegen seinen Willen aufgezwungen worden ist. Nach der opportunistischen Intervention der Nordamerikaner in den kubanisch-spanischen Krieg von 1898, als unsere Mambises in heldenhaftem Kampf den Befreiungskrieg gegen Spanien schon fast gewonnen hatten, legte der Kongreß der Vereinigten Staaten unserer Landesverfassung einen Zusatz auf - die Platt-Klausel.

Kraft dieser Klausel waren die Kubaner gezwungen, einige Maßnahmen durchzuführen, mit denen eine Abhängigkeit auf Lebenszeit von den Interessen der USA gewährleistet werden sollte. Das heißt, sie sagten ungeniert,

Presseklärung

zur rechtswidrigen Nutzung des Marinestützpunktes von Guantánamo/Kuba durch die USA

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat einen Beschluß seiner Regierung verkündet, nach dem illegal ausgereisten kubanischen Staatsbürgern nicht mehr gestattet wird, auf US-amerikanisches Territorium einzurufen. Diejenigen, die auf dem Meer aufgegriffen werden, sollen zum Marinestützpunkt Guantánamo gebracht werden.

Die Regierung der Republik Kuba protestiert energisch gegen die rechtswidrige Nutzung eines Teiles des kubanischen Staatsgebietes in der Bucht von Guantánamo durch die USA, auf dem diese mit Gewalt einen Marinestützpunkt aufrechterhalten. Die US-amerikanische Regierung hat in diesem Zusammenhang ihre Absicht erklärt, den Stützpunkt als Konzentrationslager für kubanische Staatsbürger nutzen zu wollen, die ihr Land auf illegalem Wege verlassen. Sie werden ermutigt durch die schmutzige, feindselige Politik, die die Vereinigten Staaten seit 35 Jahren ungestraft verfolgen, vor allem aber durch eine verbrecherische Blockade, die unter den gegenwärtigen Bedingungen zu massiver Auswanderung treibt.

Die willkürliche Nutzung dieses Teils kubanischen Bodens ist wiederholt Gegenstand energischen Protestes der Regierung und des Volkes von Kuba gewesen. Dabei

daß die Kubaner, wenn sie eine Republik und außerdem den Abzug der Okkupationsarmee haben wollen, die erniedrigenden Bedingungen dieser Klausel annehmen müßten.

So kam es zur Pachtvereinbarung für die Errichtung von Kohlenmeilern oder Seestützpunkten, die 1903 unterzeichnet wurde. Der Fakt, daß die Vereinigten Staaten es in den letzten 35 Jahren abgelehnt haben, die Normen des Völkerrechts zu erfüllen und ihre Militäreinrichtungen abzuziehen und Kuba dieses Stück seines Landesterritoriums zurückzugeben, ist eine Haltung, die auf der Stärke beruht und eine arrogante Herausforderung des gemeinsamen Willens des kubanischen Volkes und des Beschlusses seiner legitimen Regierung darstellt.

Laß uns dies nun vom wirtschaftlichen Standpunkt her betrachten. Ich würde sagen, die Situation ist sogar paradox für die Nordamerikaner. Eine der Säulen des Wirtschaftsprogramms der Clinton-Regierung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Schließung dieser Stützpunkte auf dem Kontinent. Letzteres hat in den Ländern, in denen sie sich befinden, schon Proteste hervorgerufen und zu einem gewissen Druck seitens einer Gruppe von Kongreßmitgliedern, die den Verlust von Arbeitsplätzen und andere finanzielle Auswirkungen für die lokalen Wirtschaften voraussehen.

Jedoch, wie Du ganz richtig sagst, wird der Stützpunkt von Guantánamo mit keinem Wort erwähnt, obwohl dieser sich in Übersee befindet und nur Ausgaben bedeutet, denn seine Aufrechterhaltung ist sehr teuer, weil alle Lebensmittel vom Kontinent hergeschafft werden müssen, einschließlich eines Teils des Trinkwassers. Die Schließung des Stützpunktes von Guantánamo brächte den Vereinigten

Staaten reinen Gewinn. Wäre es, ökonomisch gesprochen, nicht vernünftiger, auf dem Territorium der USA Arbeitsplätze zu schaffen und außerdem einen Stützpunkt zu schließen, der sehr teuer ist und nur Probleme einbringt?

Herr General, welche militärische Bedeutung hat dieser Stützpunkt für die Vereinigten Staaten?

Vom militärischen Standpunkt aus, für die Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten ist Guantánamo völlig veraltet. Es ist, sagen wir mal, eine »Mausefalle«. Der Stützpunkt befindet sich in einem Tal, das von Bergen umgeben ist, in denen die Kubaner liegen. Im Falle eines Konflikts würde er also mit einem Kräfteminimum schnell neutralisiert werden. Aber das Pentagon weiß auch, daß sie hier kein strategisches Ziel haben und daß die Nutzung der Installation dieses Stützpunktes vom militärpraktischen Standpunkt her sehr begrenzt ist, da sie keine großen Einheiten von Landeschiffen empfangen können. Dem mußt Du noch einen weiteren, sehr widrigen Faktor hinzufügen und zwar ist für den US-Soldaten der Dienst in diesem Stützpunkt fast eine Strafe aufgrund der feindseligen Spannungen, aufgrund so langer Verbannung an diesen Ort, wo man sich, im Vergleich zu anderen US-Stützpunkten in anderen Teilen der Welt, kaum vergnügen kann.

Während der Regierungen Ronald Reagans und George Bushs hat sich Guantánamo in eine »Geisel« des Kriegsfiebers verwandelt, von dem das Weiße Haus und einige Falken wie Colin Powell, ergriffen worden waren, die in diesem Stützpunkt ein Instru-

ment sahen, um weitere Zwischenfälle zu produzieren und die Spannungen in der Zone zu verschärfen.

In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Kriegsmanöver und es verstärkte sich auch die US-Militärpräsenz. Und ich kann Dir noch mehr sagen, Mario. Diese antikubanische Besessenheit führte zu einem provokativen, sehr gefährlichen Fakt, daß bis zum vergangenen Jahr in diesem Stützpunkt Übungen stattfanden, die dynamische Übungen für einen massiven Empfang von konterrevolutionären Elementen einschlossen, die nach ihrer Meinung in diese Militäreinrichtung gehen würden, um das Land zu verlassen. Diese Anstiftung zum Verbrechen des illegalen Verlassens des Landes über eine offizielle amerikanische Einrichtung fand statt, obwohl sie wußten, wie gefährlich dies für diejenigen wäre, die versuchten, Kuba auf diesem Weg zu verlassen, denn es handelt sich um eine Militärzone, die aufgrund der großen Spannungen, harte Verteidigungsmaßnahmen ergriffen hat und unzählige Minenfelder umfaßt. Eine Handlung solcher Art kann man nur dadurch erklären, daß sie verzweifelt nach einem Auslösefaktor für eine Provokation suchen, um so die Kampagne über die Verletzung der Menschenrechte zu verstärken und einen Grund für unabsehbar große Gegenmaßnahmen seitens der Vereinigten Staaten zu schaffen.

Diese Absichten wurde auch von einigen Anzeichen bestätigt, die wir im vergangenen Jahr hinsichtlich des Auftretens einiger hoher US-Militärchefs vor den Kommissionen der Waffen Dienste des Senats und des Repräsentantenhauses wahrgenommen haben, wo diese über eine Hypothese argu-

wird nicht nur die Unterhaltung eines Marinestützpunktes gegen ihren Willen verurteilt, sondern auch der Mißbrauch des Staatsgebietes zur Abfertigung von Haitianern und Kubanern, die in die Vereinigten Staaten einreisen wollen und auf hoher See aufgegriffen werden.

In den letzten Tagen hat die Regierung der Republik Kuba öffentlich ihre tiefste Sorge über die gewalttätigen Zusammenstöße zum Ausdruck gebracht, zu denen es am vergangenen 13. August und noch einmal in den letzten Stunden zwischen dem Militärpersonal des Stützpunktes und den darin eingesperrten Haitianern gekommen ist, die dort unter extrem schlechten hygienischen Bedingungen zusammengepfercht sind.

Trotz dieser gefährlichen Lage hat der Präsident der Vereinigten Staaten angekündigt, daß in der Militärenklave auch kubanische Staatsbürger untergebracht werden sol-

len, denen ab sofort die Einreise verweigert wird. Ein solcher Schritt läßt mögliche Konsequenzen außer acht und beeinträchtigt überdies die Gesundheit, Stabilität und Ruhe der benachbarten kubanischen Orte, wie dies bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die Regierung der Republik Kuba erklärt, daß die kubanische Bevölkerung der neuen Entscheidung des Weißen Hauses entschieden entgegentritt und wiederholt erneut ihren energischen Protest gegen die rechtswidrige Militärpräsenz der Vereinigten Staaten auf ihrem Territorium.

Bonn, 22. August 1994
 Presseabteilung
 Botschaft der Republik Kuba
 Bonn

mentieren und den Kongreßmitgliedern und der Öffentlichkeit der USA unbegründeterweise einen möglichen, gewalttätigen sozialen Aufstand in unserem Land und eine mögliche unorganisierte Emigration aufgrund der »möglichen Verschlechterung« des Landespanoramas (vor allem im Stützpunkt) ankündigten.



Gleichzeitig erklärten sie, wie diese Situation sich in ein Problem der Sicherheit der USA verwandeln würde. Auf diese Weise rechtfertigten sie gewisse Beschlüsse des Teams von Colin Powell zur Vorbereitung sogenannter Pläne der »humanitären Intervention«.

Dies alles geschah jedoch am Ende des sogenannten Kalten Krieges, als einige Persönlichkeiten aus den USA, wie der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara, zugaben, daß Kuba in keiner Hinsicht eine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellte und daß dies in der aktuellen Militärdoktrin der US-Armee keine Rolle spiele.

...

Zu den größten Spannungen aufgrund des Einsatzes militärischer Kräfte in der Nähe unsres Landes kam es im Mai 1990, als das Pentagon drei große Übungen mit kombinierten Kräften gleichzeitig durchführte. Ihre Durchführung umfaßte auch Truppenmanöver in Guantánamo und Puerto

Rico, was uns zwang, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, die die Mobilmachung von tausenden Armeeangehörigen und Reservisten einschloß. Diese Aktion erhielt den konventionellen Namen »Kubanisches Schild«.

Obwohl in den letzten Monaten das gewohnte Niveau der in unsere Region versetzten Kräfte besteht, haben wir die Information erhalten, daß in der ersten Maihälfte wieder drei Übungen auf einmal durchgeführt werden sollen, was die Region erneut in Spannungen versetzen könnte.

Aus all diesen Gründen komme ich nicht umhin zu denken, daß die Beibehaltung des Stützpunktes in Guantánamo gegen alle Logik nichts anderes ist als das Ergebnis der virulenten politischen Aggression, die alle Regierungen der USA - von Eisenhower bis Bush - im Hinblick auf Kuba ausgezeichnet hat.

Während dieser Periode haben tausende von Provokationen stattgefunden, einschließlich der Ermordung kubanischer Grenzsoldaten. Allerdings muß ich ganz aufrichtig sagen, daß im ersten Viertel dieses Jahres völlige Ruhe war. Hoffentlich bleibt es dabei!

Ich habe am Anfang die Art und Weise, wie dieses Projekt der Schließung vorgelegt wurde, merkwürdig genannt. Ich sage merkwürdig, weil nach dem Lesen der Pressekommen-

ture Les Alpíns, des Verteidigungssekretärs der Clinton-Regierung, über die Voraussetzungen, nach denen das Pentagon die Schließung dieser Einrichtungen vorschlug, klar wird, daß gerade Guantánamo die erwähnten Voraussetzungen erfüllt.

Trotz allem werden wir in dieser Angelegenheit nicht unverantwortlich handeln, aber wir werden unseren festen Standpunkt beibehalten und unsere Forderung nach unserem souveränen Recht auf dieses Stück Boden unseres Vaterlandes nicht aufgeben.

Wie ich kürzlich in der Stadt Guantánamo sagte, die sich nur ein paar Kilometer von dieser Einrichtung entfernt befindet, ist für uns der US-Stützpunkt ein Dolch, der unserem Vaterland in die Seite gestochen wurde. Wir wollen uns diesen Dolch friedlich und zivilisiert herausziehen. Die Forderung nach der Rückgabe des Territoriums des Stützpunktes ist nicht nur eine einstimmige Reklamation Kubas, sondern auch eine der Weltöffentlichkeit.

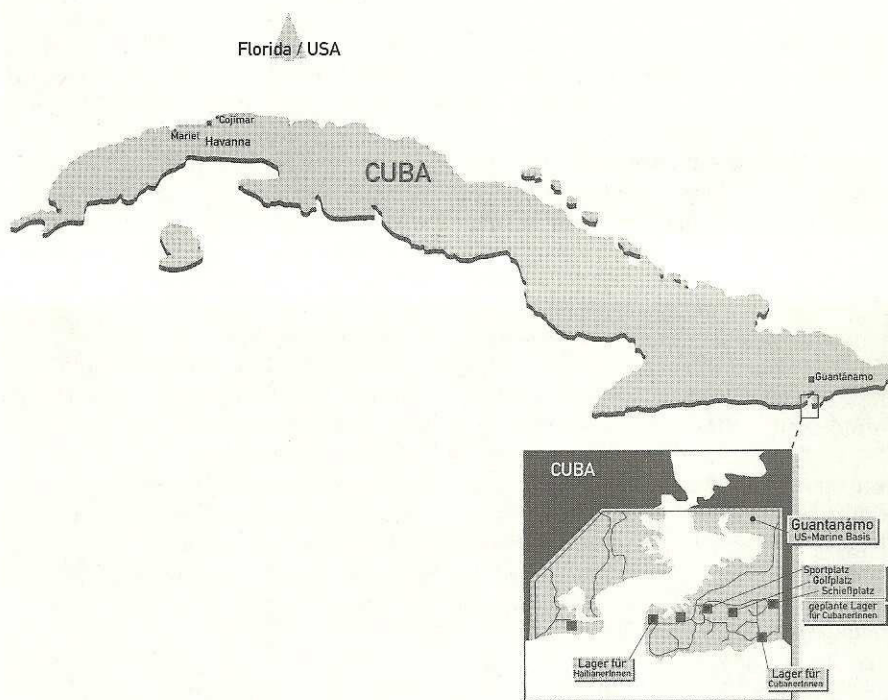
Herr General, wenn ich richtig verstanden habe, hat die amerikanische Union das Territorium des Stützpunktes gepachtet. Bezahlen die USA irgendeine Summe?

Mario, genau wie bei dem Vertrag, der Kuba 1903 aufgezwungen worden ist, stehen wir hier vor dem absurden Fall, daß der Pächter den Pachtpreis festlegt, also aufgezwungen hat. Er belief sich auf 2.000 Golddollar im Jahr. Wir wissen nicht, warum das heute 2.085 Dollar sind, etwa 540 Dollar im Monat. Wie Du weißt, könnte man mit dieser lächerlichen Summe in den Vereinigten Staaten nicht einmal eine erbärmliche Dachstube mieten.

Natürlich hat die revolutionäre Regierung keinen einzigen dieser Schecks, die wir ja auch jährlich erhalten, eingelöst. Wir sammeln sie, um sie nach dem Wiedererringen des Territoriums dieser Einrichtung im Museum des Seestützpunktes auszustellen. Wenn es Dich interessiert, schicke ich Dir per Fax die Kopie eines dieser Schecks.

...

(Das ungekürzte Interview ist in der edition CUBA LIBRE als No 1/94 erschienen und kann bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA bestellt werden.)



Aufruf zum Welttreffen der Solidarität mit Cuba

Die gesellschaftlichen Organisationen rufen in Vertretung der cubanischen Nation und des gesamten Volkes zur Teilnahme am Welttreffen der Solidarität für Cuba auf. Wir wenden uns, gestützt auf die Forderungen der internationalen Solidaritätsbewegung, an alle diejenigen, die mit uns ihren Widerstand gegen die Blockade deutlich zum Ausdruck bringen wollen. Dieses Treffen wird vom 21. bis 25. November 1994 in Havanna stattfinden.

In aller Welt verurteilen nationale Parlamente und internationale Gremien, Organisationen unterschiedlicher ideologischer

Ausrichtung sowie maßgebliche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und religiösen Institutionen die Blockade als völkerrechtswidrig und menschenverachtend; dennoch hält die US-Regierung ihren Belagerungsring gegen das cubanische Volk aufrecht und zieht ihn noch enger zusammen. In ihren letzten beiden Sitzungsperioden hat die UNO-Vollversammlung klar und offen die Blockade verurteilt, dennoch ignoriert

Washington diese Abstimmungsergebnisse und bekräftigt wiederholt, daß seine Isolationspolitik gegen Cuba fortgeführt wird. Die cubanische Regierung zeigt sich nach wie vor bereit, auf gleichberechtigter Grundlage und ohne Vorverhandlungen über ihre Differenzen mit der US-Regierung Gespräche zu führen; dennoch mußten im Laufe der Zeit verschiedene Vorwände für den Versuch erhalten, die unausgesprochene Absicht zu ver-

schleiern: Cuba soll das Recht auf seine volle Souveränität verweigert werden. Die vielfältigen und kraftvollen Stimmen der Weltöffentlichkeit können von der US-Regierung nicht für alle Zeiten ignoriert werden.

Aus diesen Gründen

- * rufen wir all jene zusammen, die sich ungeachtet unterschiedlicher Weltanschauungen oder Glaubensbekenntnisse in aller Welt der Blockade widersetzen. Sie sollen an diesem Welttreffen der Solidarität teilnehmen, um dadurch erneut eine unleidliche Politik zurückzuweisen, die der Notwendigkeit eines zivilisierten Zusammenlebens der Völker auf diesem Planeten Hohn spricht;
- * rufen wir all jene zusammen, die den Vormachtsanspruch einer Regierung verurteilen, den Willen eines Volkes durch Hunger und Elend zu brechen, das unter so widrigen Umständen für das Recht kämpft, sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.

Nach einem Dichterwort ist jedes Sterben in einem Schweigen verborgen. Aber für uns hat weder die Stunde des Sterbens noch die des Schweigens geschlagen. Die Zeit ist für uns reif, um auf jede mögliche Weise zu fordern, daß endlich diese unmenschliche Politik aufhört; gerichtet gegen eine Nation, die lediglich ihre Unabhängigkeit und das Recht ihres Volkes auf menschliches Wohlergehen verteidigt.

Unterzeichnende Organisationen:

Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) ★ Cubanischer Frauenverband (FMC) ★ Cubanischer Gewerkschaftsbund (CTC) ★ Kommunistischer Jugendverband Cubas (UJC) ★ Nationale Vereinigung der kleinen Landwirte (ANAP) ★ Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) ★ Vereinigung der Universitätsstudent/innen (FEU) ★ Nationaler Verband der Schriftsteller/innen und Künstler/innen Cubas (UNEAC) ★ Vereinigung der Mittelschüler/innen (FEEM) ★ Vereinigung der Revolutionskämpfer/innen Cubas (ACRC) ★ Casa de las Americas (Haus der Kunst und Kultur der 'beiden Amerikas') ★ Cubanische Bewegung für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker ★ Nationaler Jurist/innen Verband Cubas ★ Journalist/innen Verband Cubas (UPEC) ★ Nationaler Verband der Architekt/innen und Bauingenieur/innen (UNAIC) ★ Vereinigung der Wirtschaftswissenschaftler/innen Cubas (AEC) ★ Ökumenischer Rat Cubas (CEC) ★ Gedenkzentrum für Martin Luther King jr. ★

Informationen zu den Kosten:

Aus verständlichen Gründen müssen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die entstehenden Kosten selbst aufkommen bzw. diese Frage in und mit den sie delegierenden Organisationen klären.

Die cubanischen Gastgeber/innen bieten allerdings für den Aufenthalt auf Cuba ein Gesamtpaket für die Unterbringung und sonstigen Dienstleistungen an, das -dem Anlaß angemessen- im Preis weit unter einem normalen Touristik-Aufenthalt liegt.

Preise pro delegierter Person US-Dollar:

Villa Panamericana (Appartementhotels mit Blick aufs Meer):250,-
Hotel Panamericano:300,
Hotel Presidente:310,
Hotel Copacabana:380,

In den Preisen inbegriffen sind:

- * Frühstück und Abendessen (Halbpension)
- * Transfer in-out (vorausgesetzt, Ankunft- bzw. Abflug erfolgen gruppenweise am 19. oder 20. bzw. 25. oder 26.11.1994)
- * Sämtliche Transfers zum offiziellen Kongreßprogramm
- * Die Zahlung erfolgt in bar bei der Ankunft in der Hotelrezeption.

Verbindliche, schriftliche Anmeldungen werden ab sofort entgegengenommen beim

NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.,
Reuterstraße 44,
53113 Bonn

Günstige Flüge zum Welttreffen

können über die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. gebucht werden.

Bitte melden bei:

Wolfgang Peter
Kufentstraße 47
89129 Langenau
Tel.: 07345 / 53 52

Aus dem »Bulletin des Weltfriedensrates« vom 1. September 1959:

Für die Unabhängigkeit und Souveränität Kubas und für den Frieden im Gebiet des Karibischen Meeres

In einem an den Weltfriedensrat gerichteten Brief* ersuchte und ermahnte Juan Marinello, Mitglied desselben, die Friedenskämpfer der ganzen Welt, dem kubanischen Volk ihre Sympathie und Solidarität zu bekunden, da „es die Pflicht aller Demokraten der Welt und übrigens aller friedliebenden Menschen ist, die Handlungsweise jener anzuprangern und zu bekämpfen, die in Kuba die Herrschaft der Willkür, der Auslieferung und des Terrors wiederherzustellen versuchen.“

Herr Marinello zeigt in seinem Brief die Gefahren auf, die die Unabhängigkeit und Demokratie Kubas bedrohen. Nachstehend größere Abschnitte aus seinem Brief:

„Wie weltweit bekannt ist, stürzte das kubanische Volk zu Beginn dieses Jahres die blutige Diktatur Fulgencio Batistas. Seither geht eine tiefe Revolution vor sich, die vor allem in der Wiederherstellung der demokratischen Rechte, in Maßnahmen zum Nutzen des Volkes, in der fortschrittlichen Entwicklung der Wirtschaft, in der Festigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität und in der Durchführung des Bodenreformgesetzes Ausdruck findet.

In dem Maße, in dem die kubanische Revolution vorwärtsschreitet, verschärft sich das Vorgehen des amerikanischen Imperialismus gegen sie. Die Imperialisten, in Verbindung mit den rückschrittlichsten nationalen Gruppen, entfalten eine klare Aktion der Einmischung und Unterdrückung gegen Kuba. Diese kommt auf sehr verschiedene Weise zum Ausdruck: man finanziert eine große Pressekampagne, in der über die Vorgänge in Kuba Lügen, Verwirrung und Argwohn verbreitet werden; man bedient sich der Hilfe der Gewaltherrschaft von Regierungen im Raum des Karibischen Meeres und Mittelamerikas, um den Willen des kubanischen Volkes zu unterdrücken. In La Habana befinden sich so bekannte Elemente der Subversion wie Oberst Knight, Fachmann für die gewaltsamsten politischen Provokationen, und Journalisten von trauriger Berühmtheit wie Jules Dubois, der seinerzeit von den Demokraten in Venezuela ausgewiesen wurde. In den Kuba benachbarten Ländern werden vorgetäuschte Invasionen angezettelt, um nachher zu behaupten, daß sie von der Regierung des Ministerpräsidenten Fidel Castro geschürt und organisiert wurden. Wie in dem be-

kannten Fall Guatemalas versuchen die Imperialisten, die Organisation der amerikanischen Staaten (OEA) zum Werkzeug ihrer interventionistischen Ziele zu machen. Unter einem fadenscheinigen Vorwand will man die Völker Lateinamerikas überzeugen, daß die Einmischung der OEA in ihre inneren Angelegenheiten keine Einmischung mehr ist, da sie mit der Zustimmung der Mehrzahl der Regierungen erfolgt...“

Nach der Ankunft des Briefes, den Juan Marinello an den Weltfriedensrat gerichtet hatte, veröffentlichte der Schriftsteller und Politiker in der Presse einen Artikel mit dem Titel: „Die imperialistische Verschwörung gegen die kubanische Revolution.“ Nachstehend einige Absätze des besagten Artikels:

„Das Jahr 1959 begann mit einem sehr positiven Ereignis... die von Fidel Castro befehligten Guerillas hatten mit der vollen Unterstützung des kubanischen Volkes die blutige Gewaltherrschaft Batistas gestürzt. Da die Truppen des gestürzten Diktators bis zur letzten Stunde die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten genossen, bedeutete der bewundernswerte Sieg des Volkes eine historische Niederlage des Imperialismus und damit einen Triumph aller Völker. Mit dem Sieg der Revolution kam in Kuba eine Regierung zur Macht, die zum ersten Male ohne Zwang des Imperialismus dem wirklichen Willen der Nation entsprach.

... Es wurden wichtige Maßnahmen durchgeführt, die dem nationalen Interesse Genuge tun und im diametralen Gegensatz zu den Zielen des Imperialismus stehen. Die

Bodenreform, die in einem Lande von großen Latifundien — viele von ihnen im Besitz von amerikanischen Gesellschaften — wichtig ist, macht entschlossene Fortschritte; die Mietzinse in den Städten wurden beträchtlich herabgesetzt; die alte und ernste Frage der Diskriminierung der Neger wurde von der revolutionären Regierung mit klarer Energie in Angriff genommen; die Herrschaft der Demokratie ist wieder errichtet worden; die Telefon- und Elektrizitätsgebühren wurden gesenkt; es wurde eine Armee und eine Polizei organisiert, deren Grundlage die Kräfte bilden, die die Revolution durchführten. Beide Institutionen stehen im Dienst des Volkes.

Die Antwort des Imperialismus und der reaktionärsten Gruppen der kubanischen Bourgeoisie mußte folgen. Der besiegte Imperialismus begann sein Werk und begann ein großes Kriegsgeschrei über die Strafmaßnahmen, die den von Batista eingesetzt Polterern und Mördern auferlegt wurden. Die Regierung von Washington und die in ihrem Dienst stehende Presse hatten Schweigen bewahrt, während Batista mehr als 20.000 Kubaner tötete. Als die Henker des Volkes für ihre Schuld zahlten, fühlte sich die Empfindsamkeit der Imperialisten ernst getroffen...

Im Laufe der Begebenheiten nahm die Tätigkeit des Imperialismus gegen die kubanische Revolution an Bösartigkeit, Ausmaß und Intensität zu. Innerhalb der Insel wurden die schlimmsten Elemente benützt (die kubanische Regierung hat von den amerikanischen Monopolen bezahlte Leute erteilt, die in verschiedenen Städten Unruhen organisierten), von außerhalb wurden Aktionen durchgeführt, die eindeutig provokatorischen Charakter haben.

Die imperialistische Verschwörung versucht, eine internationale Provokation anzuzetteln, die ihr als Vorwand für die Durchführung ihrer Ziele in Kuba dienen soll.

Allen ist die erfundene und vorher ausgeheckte ‚Invasion‘ von Panama bekannt, die das Ziel hatte, zu verbreiten, daß Fidel Castro ‚Revolutionen exportiert‘ und sich in andere Länder einmischte. Die an dieser ‚Invasion‘ wesentlich Beteiligten waren deklassierte Elemente, die in Städten Kaliforniens rekrutiert wurden... Die kubanischen Behörden entdeckten vor kurzem einen Agenten von Somoza, der verkommene Elemente anwarb, um die Rolle von Invasoren Nikaraguas im ‚Auftrag‘ von Castro zu spielen.

In Verbindung mit diesen Ereignissen verkündete Trujillo, der Gewaltherrscher der Dominikanischen Republik, den ‚Ausnahmezustand‘, um ‚sich gegen die kubanische Aggression zu verteidigen‘. Und zur Krönung der derben Spiegelfechtereerie verlangte der amerikanische Senator Smathers die Organisation einer von der OEA überwachten Polizeitruppe, ‚die im Karibischen Raum die Ordnung herstellt‘...“

Juan Marinello beendete seinen Artikel mit den folgenden Sätzen: „Kuba ist für die Imperialisten ein gefährliches Beispiel für die Länder Lateinamerikas, und die Revolution muß daher in ihren Augen hinweggefegt werden. Das macht es notwendig, daß alle Völker von Kuba bis Feuerland auf der Wacht sind und ihre Wachsamkeit verstärken.“

* Die hier veröffentlichte Information ist einem Brief von Juan Marinello sowie einem Artikel des gleichen Verfassers entnommen, der zur Zeit der Tagung der Organisation der amerikanischen Staaten in Santiago (Chile) und zur Zeit der Ereignisse in Kuba erschien. (Ann. d. Rel.)

Ein Vortrag des kubanischen Dichters Nicolas Guillen

im Internationalen Institut für den Frieden

Der große lateinamerikanische Dichter Nicolas Guillen hielt am 5. August im Internationalen Institut für den Frieden einen interessanten Vortrag über die kubanische Revolution und die derzeitige Situation in Kuba. In seinen gewohnten herzlichen und begeisterten Worten sprach unser Freund Nicolas Guillen, Mitglied des Weltfriedensrates, über den Kampf des kubanischen Volkes gegen die Batista-Diktatur und über die Bedeutung und Reichweite der erreichten Erfolge. Der Vortragende befaßte sich mit den Merkmalen der kubanischen Revolution, die er als agrarisch-antimperialistische Volksrevolution bezeichnete. Er erklärte, diese Revolution bedeute eine Niederlage für den amerikanischen Imperialismus, der bis zum letzten Augenblick die blutige Diktatur Batistas unterstützt hatte. Die Revolution in Kuba sei ein leuchtendes Beispiel für die Völker Lateinamerikas, betonte er.

Der kubanische Dichter verwies unter anderem auf die im nationalen Interesse von der revolutionären Regierung Fidel Castros unternommenen oder eingeleiteten Maßnahmen, gegen die sich der nordamerikanische Imperialismus und die Reaktion wenden.

Nicolas Guillen sprach auch über die inneren und äußeren Gefahren, die die kubanische Demokratie bedrohen, und prangerte die Machenschaften des amerikanischen Imperialismus an. Er unterstrich, daß das kubanische Volk lebendig am Kampf für die Erhaltung des Friedens interessiert ist, da es nur in Frieden und mit dem Frieden seine demokratischen Errungenschaften für das Volk unterbauen kann. Ein Konflikt im Raum des Karibischen Meeres würde dem amerikanischen Imperialismus als hinterlistiger Vorwand für eine Militärintervention in die inneren Angelegenheiten Kubas dienen und könnte das auf der Insel herrschende demokratische Regime beseitigen. Dagegen würde ein Weltkrieg Kuba in ein Heerlager der nordamerikanischen Imperialisten verwandeln, die in Verbindung mit der mittelamerikanischen Reaktion die Errungenschaften des kubanischen Volkes zunichte machen würden.

Nicolas Guillen betonte, daß in Kuba reale Voraussetzungen für die Entwicklung einer starken Friedensbewegung vorhanden sind, da die Tätigkeit für die Erhaltung des Friedens mit der Verteidigung der lebenswichtigen täglichen staatlichen und Volksinteressen der kubanischen Nation übereinstimmt und sich deckt. Das gleiche gilt unter Berücksichtigung der verschiedenen Besonderheiten der einzelnen lateinamerikanischen Länder für ganz Lateinamerika. Aus diesem Grunde dürfen die nationalen Friedensbewegungen in Lateinamerika die Verteidigung des Friedens nicht als etwas voneinander losgelöstes betrachten, sondern sie mit den Problemen verbinden, die die nationale Unabhängigkeit und Souveränität und die wirtschaftliche Befreiung dringlich auf die Tagesordnung setzen. Der Kampf für den Frieden muß daher in inniger Verbindung mit den Interessen der Völker stehen.

Der Dichter Guillen schloß seinen Vortrag mit den Worten, die Friedenskämpfer aller Länder müßten ihre Sympathie und Solidarität mit der kubanischen Revolution zum Ausdruck bringen und über die Erhaltung des Friedens im Raum des Karibischen Meeres wachen.

Auf Wiedersehen Cuba

Im Zeitvergleich

Text und Fotos: Bill Mahl

Erinnerung an Che, Platz der Revolution in Havanna



Im September 1963 - nach Schweinebucht und Raketenkrise - nahm ich zusammen mit zwei weiteren BRD-Kollegen am Weltkongreß der Architekten in Havanna teil, und meine Spanisch/Deutsch-Dolmetscherin war ein faszinierendes dunkelhäutiges Mädchen von 17 Jahren: Miranda Caridad. Keine Ahnung hatte ich, daß dieselbe Miranda Caridad heute Herausgeberin von »BOHEMIA« ist. Ein Lebenszeichen von ihr war jedoch Anlaß, Cuba erneut zu besuchen. Inzwischen konnte ich mich über die letzte Ausgabe von CUBA LIBRE freuen, mit einem Artikel von Miranda Caridad.

Zwei gegensätzliche Schlagzeilen der bundesdeutschen Presse hatte ich im Kopf. Einmal »In Cuba gehen die Lichter aus« und zweitens »Die Cubaner leben immer noch einhundertmal besser als die Durchschnittsbrasilianer«. Ich konnte selbst die Realität erleben. Bei der nächtlichen Busreise vom Flugplatz Varadero über Matanzas nach Havanna konnten wir erkennen, daß die Lichter noch brennen, selbst unnötigerweise über den Hauseingängen. Trotzdem mußte ich von Stromsperrern hören: letztes Jahr noch 10 Stunden pro Tag; dieses Jahr im allge-

meinen 5 Stunden. Ich mußte auch erfahren, daß der Stromverbrauch in Cuba im Sommer besonders hoch ist, bedingt durch die Klimaanlage. Schließlich beträgt die Tagesdurchschnittstemperatur 34 Grad Celsius und noch um Mitternacht zeigt das Thermometer 30 Grad an.

Neu für mich waren die vielen Radfahrer und wie bei uns ohne Licht. Neu war auch der Stand des Tourismus. Im ersten Hauptstadthotel, im wenig genannten doch besonders lobenswerten »Comodoro«, durften wir sogleich gastronomische Leistungen

kennenlernen, die es vor 10 Jahren auf Cuba nicht gab: höchster westlicher Tourismusstandard und dazu meine persönliche Überraschung: Mein damaliger Gesprächspartner, Architekt und Bauminister Osmani Cienfuegos, ist heute Vizepräsident des Ministerrates und Tourismus-Minister. Er hilft mit, den Tourismus zum Hauptdevisenbringer auszubauen. ★

CUBANACAN, eine Aktiengesellschaft neuer Form, zum Teil mit internationaler Beteiligung, regelt heute auf erfolgreiche Art den Fremdenverkehr, auch mit begründeten Privilegien in den »tiempos especiales«. Für dieses Jahr ist ein Gewinnansatz von 700 Millionen US-Dollar im Haushaltsplan vorgesehen. Bei den Touristen stehen die Kanadier an erster Stelle. Die Kanadier sind dafür bekannt, daß sie nur Badeaufenthalte buchen und weniger Rundreisen. Deutschland sandte letztes Jahr 83.000 Touristen; dieses Jahr sollen es 110.000 werden. Ich zweifle jedoch an der von LTU in GRANMA INTERNACIONAL genannten Zahl, nachdem in den Werbeanzeigen der Tourismus-Unternehmen Cuba als Reiseziel so gut wie nicht mehr angeführt wird. In der Reihenfolge der Touristen kommt dann Spanien an dritter Stelle und dies speziell in den Ferienmonaten Juli und August; sodann Mexico, Italien, Argentinien und Frankreich.



Hotelneubau in Havanna

Was wesentlich ist, Cuba gilt als sicheres Land. Derzeit stehen 20.000 Hotelzimmer zur Verfügung und 6.000 Hotelzimmer sind in Bau. 30.000 Zimmer sind angestrebt. Dies ist minimal im Vergleich zu Tunesien, das weniger Küsten und Sandstrände besitzt, jedoch schon mehr als 100.000 Zimmer für den Fremdenverkehr erstellt

hat. Ausflugsmöglichkeiten nach Jamaika, in die Dominikanische Republik und nach Mexiko machen den Cuba-Aufenthalt noch interessanter. Nirgendwo in der Welt traf ich bisher so viel und so hochqualifiziertes Personal im Hotel- und Gastgewerbe. Verschiedene Hotels sind von ausländischen Gesellschaften gemangt; so das größte Haus in Havanna, das »Habana Libre«. Dieses Haus, kurz vor der Revolution mit Geldern des cubanischen Gewerkschaftsbundes erstellt, wurde ursprünglich von Hilton geführt und gehört heute zur spanischen Guitart-Gruppe. Das neue Hotel-Management hat aus wirtschaftlichen Gründen Personalreduzierungen vorgenommen, wogegen die cubanischen Gewerkschaften protestieren.

Öffentliche Meinung und Auswirkungen der besonderen Situation

Beim Altstadttrudgang zeigte sich gegenüber meinem letzten Besuch vor 12 Jahren zusammen mit italienischen Journalisten manches unterschiedlich. Die großartige alte Kolonialarchi-

der Fabrik«. Inzwischen weiß ich, daß es sich um gestohlene Ware handelte aufgrund des Drittelsanteils an Fehlbeständen. Ich frage mich, ob dabei nicht doch die Betriebsführungen der Zigarrenfabriken mitmischen, um zu Dollars zu kommen und wenns im Interesse der Gesamtbelegschaft ist. Manche dieser trotz Tourismuspolizei aktiven Schorner sprechen die Touristen mit dem Argument an, Regierungsgegner zu sein und mit dem Ziel, Devisen zu erbetteln. Einem in Castros Alter, d.h. in meinem Alter, stellte ich die Frage, was ihm denn nicht gefalle. Seine Antwort: die schwierige Wirtschaftssituation und die Allgegenwart der Polizei. In meiner Entgegnung, hinweisend auf die Kriminalität kapitalistischer Städte, erinnerte ich ihn, daß während der Zeit von Batista die Zahl der Ermordeten größer war, als die Zahl der Polizisten. In diesem Sinne fand ich es richtig, daß ich dem cubanischen Fernsehen eine Filmkassette mitbringen konnte, über die Kriminalität in Los Angeles und über die neue Mafia im ehemals sozialistischen Moskau.

Bei anderer Gelegenheit hörte ich eine weitere Contra-Stimme von einer jungen Mutter, deren Mann vom Militärdienst in Angola nicht zurückgekehrt

getroffen haben, viele, die voller Hoffnung waren, daß es wieder schrittweise besser gehen würde und viele, die zum Ausdruck brachten, daß man nie mehr auf die gesellschaftlichen Errungenschaften verzichten dürfe. Mehr denn je wurde mir bewußt, daß Cuba ein Land der freien Meinungsäußerung ist. Mir imponierte auch die Tatsache, daß trotz der Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet und den spürbaren Versorgungsschwierigkeiten, freie und geheime Parlamentswahlen ausgeschrieben wurden und zugelassen waren inmitten der schlimmsten Wirtschafts- und Versorgungskrise und daß die Cubaner nicht auf Miami hörten. 55 Radiostationen im Ausland versuchten, den Cubanern einzuhämmern, ihre Stimmzettel leer oder ungültig in die Urne zu legen. Dieser mögliche Protest fand nicht statt. Bei den Wahlen im Februar 1993 gab es einen Vertrauensbeweis von 90% der Bevölkerung.

Überhaupt: Wieviele sind dafür, wieviele sind dagegen? Es gibt bestimmte Zahlen aus Quellen westlicher Geheimdienste, doch diese haben sich im Falle Cuba schon zu oft getäuscht. Auch unsere Reisegruppe war kein systematisches Befragungsinstitut. Jedenfalls konnten wir erkennen, daß trotz der schwierigen »speziellen Periode« sich die Mehrheit der Cubaner für das sozialistische Cuba aussprach; jedenfalls prozentual mehr, als sich Bundesbürger für die Kohl-Regierung aussprechen.

Nach der Parlamentssitzung vom 1. und 2. Mai hatte ich den Eindruck, daß die Mehrheit der Cubaner in Fidel Castro den Bewahrer der sozialen Errungenschaften sieht, im Gegensatz zu den Auffassungen bestimmter Wirtschafts- und Finanzexperten.

Und wieder zu der Frage, was anders war: Die in den Touristenzentren schon eingeführte Mehrklassengesellschaft. Die Hotel-Tiendas einschließlich Benetton waren voller Cubaner, nicht nur in Havanna, sondern auch in Cienfuegos. Unter den Käufern mit Valuten waren wenig Touristen und nicht zu übersehen waren die vielen Menschen, die in die neu eröffneten »Tiendas Panamericanas« strömten. Nicht zu übersehen waren auch die langen Menschenschlangen, die vor ihrem Geschäft anstanden als es endlich mal wieder Kaffee gab und immer noch keine Seife. Waschmittel und Seife gibt es seit 4 Monaten nicht mehr auf Cuba, trotz des Anspruchs auf den Versorgungskarten. Ein Schiff voller Seife für Cuba wäre dringend erforderlich. Die



Havanna: Den prächtigen Bauten im Kolonialstil fehlen die wünschenswerten Sanierungen

tektur war geblieben und wurde in Ansätzen überzeugend saniert. Doch es gab etliche Cubaner, die offensichtlich davon leben Touris anzuschmornen. Als erstes wurden mir »Montechristos« angeboten und andere Puros, »billiger als im Geschäft oder in

war. Er hatte sich damals freiwillig gemeldet, wohl weniger wegen des cubanischen Engagements für den Internationalismus, sondern eher für das Versprechen der Verkürzung des Wehrdienstes von 3 auf 2 Jahre. Daneben gab es bei den Cubanern, die wir

cubanischen Frauen tragen in der »besonderen Situation« die größten Lasten und erweisen sich als einfallsreiche Improvisateurinnen. Nur für die Umwelt ist es gut, die Kleider ohne Waschmittel zu waschen. Doch wie gut angezogen sind auch heute noch die Menschen in Cuba. In der Versorgungslage ist es wirklich so, wie es die Cubaner selbst formulieren: »Wir sind im Krieg, auch wenn dieser ohne Waffen geführt wird.« Die Versorgungsschwierigkeiten sind vergleichbar mit der Versorgungslage Deutschlands nach dem Krieg, im schlimmsten Jahr 1947.

Das Bild der Hauptstadt mit ihrer Internationalität täuscht, denn zur Zeit meines Aufenthaltes fand in Havanna gerade die 5. Kunstbiennale statt. Auch der Verkehr innerhalb der Stadt täuscht. Auf der achtspurigen Stadtautobahn, deren beide äußeren Spuren jetzt für Fahrräder reserviert sind, hatte ich prompt einen Unfall mit Blechschaden mit meinem vollklimatisierten Leihwagen, einem in Mexico gefertigten Japaner mit der seltsamen Bezeichnung »Ex-Saloon«. Auf das Rätsel der vielen Privatautos auf den Straßen von Havanna bin ich auch gekommen (gelbe Kennzeichen). Bei den geringen Benzinzuteilungen, die gegen Pesos zu haben sind, handelte es sich offensichtlich um Devisenbesitzer. Außerhalb der Stadt nimmt der Verkehr rasch ab. LKWs und Bussen fehlen die erforderlichen Ersatzteile, wie Autoreifen usw. Auf der Autobahn in Richtung Pinar del Rio und noch deutlicher in Richtung Santiago de Cuba gibt es mehr Radfahrer, mehr Pferde, mehr Ochsen und Kühe und mehr Schwarzhändler als Autos. Auf-



Bild von der 5. Kultur-Bienale, Havanna



Vorgefertigte Wohnbauten in Havanna-Vedado.
Großplattenbauweise in überzeugender Form

fällig die Haltestellen mit vielen wartenden Menschen und der gelb uniformierten Verkehrspolizei. Diese Verkehrspolizisten sorgen für die Auslastung der Fahrzeuge. Touristenfahrzeuge mit braunem Verkehrszeichen werden nicht angehalten. Wir hatten dabei ein schlechtes Gewissen: Mein Vorschlag wäre, daß auch Touristenbusse auf freien Plätzen wartende Cubaner mitnehmen sollten. Auf dem Land sahen wir viele defekte Maschinen und Fahrzeuge und waren überrascht über die vielen Büffel und Stiere, die in der Landwirtschaft eingesetzt waren.

Wir sahen auch viele nicht rauchende, nicht in Betrieb befindliche Fabriken. Von den 6 Zementfabriken arbeitet nur noch eine, die »Spartakus«, die seinerzeit von der DDR geliefert worden ist. Dies führt dazu, daß Hochhausbauten nicht mehr erstellt, bzw. nur wenige fertig gebaut werden und daß die Großtafelbauweise im Wohnungsbau weitgehendst am Boden liegt, trotz des drängenden Wohnungsproblems. Stattdessen werden, wie beispielsweise in Santa Clara, kleinere Wohnbausiedlungen - ein-, maxi-

mal zweigeschossig - in handwerklicher Bauweise hergestellt, mit Architektenaugen gesehen, auf überzeugende Art. Der Mangel an Zement und Stahl, der Mangel überhaupt, bringt seltsamerweise als Ergebnis disziplinierte Bauleistungen.

Ich erinnere mich dabei an eine ähnliche Situation auf dem Bausektor in den ersten Jahren der Blockade, als auf dem Golfplatz in Havanna die Kunstschule geschaffen wurde. Nur ganz nebenbei, ein neuer Golfplatz wird derzeit von einer deutschen Investorengruppe projektiert und zur Förderung von Auslandsinvestitionen wurde ein neues Investitionsministerium geschaffen. Daher wohl auch die funktionierenden Neubauten im gepflegten Diplomatenviertel Miramar und die Fertigstellung der Ferienwohnanlagen bei der Marina Hemingway, auf dem Yachtclubgelände.

Zwei Fotoaufnahmen mußte ich unbedingt nachholen: eine von einem großen Wohnbau im Bezirk Vedado, der beweist, daß Großtafelbauweise auch auf überzeugende Art ausgeführt werden kann. Die zweite Pflichtaufnahme galt der ex-sowjetischen Bot-

schaft, fertiggestellt zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Auf dem Rückweg nahm ich ein junges Pärchen mit. Es waren Spanier, die in Havanna studieren. In Spanien zu studieren, wäre ihnen finanziell nicht möglich, erklären sie. Sie erzählen mir auch von anderen Investitionen von spanischen Landsleuten, die in Cubas Hauptstadt Wohnungen und ganze Häuser erwerben würden, zu Preisen zwischen 5.000 und 10.000 Dollar. Für die Umschreibung müßten sie sich eines cubanischen Strohmannes bedienen; ob das wohl gut geht?



Wiederum zum Fotografieren mußte ich zurückkehren zum Kolumbus-Friedhof, diesem steinernen Meer aus weißem Marmor und mir begegnete ein Bild der besonderen Situation. Zur Beerdigung kam ein Lastwagen angefahren, darauf der Sarg und die Beerdigungsteilnehmer.

Über Land mit neuen Erfahrungen

Eine Rundreise unserer Reisegesellschaft führte uns in die Provinz Pinar del Rio, früher eine der ärmsten des Landes, heute hochqualifizierte Landwirtschaft mit Zuckerrohr- und Tabakanbau. Prächtig die Königspalmen; interessant die weniger hohen »schwangeren« Palmen und als dritte Palmensorte die Jahresringpalmen. Begeistert die vielen Binnenseen, die nach der Revolution angelegt worden sind, speziell für die Wasserversor-

gung, jedoch gleichermaßen für die Fischzucht genutzt, sowie von den Sportlern und für die panamerikanischen Spiele. Auffällig der geringe Verkehr auf der »carretera nacional«. Viele Reiter sind unterwegs und zu Ersatzbussen umgebaute Lastwagen. Halt bei einem campesino individual, einem Privatbauern, der als Attraktion für die ankommenden Touristen ein conjunto engagiert hat, im Sinne der cubanischen Auffassung: mit Musik geht alles besser. Ich erinnere mich zurück an die Nachkriegszeit, als die privaten Landwirte die Könige waren und angeblich die Kuhställe mit Perserteppichen auslegen konnten. Bei der Besichtigung des Tabaklagers erwerbe ich drei wunderbare Puros für 1 Dollar.

Weiterfahrend begeistern wir uns an der Sierra Rosario und von unserem cubanischen Reisebegleiter Pedro erfahre ich, daß in diesen Bergen EL CHE trainiert hat, bevor er nach Bolivien ging, also kurz nachdem ich ihn kennengelernt hatte. Die »sierra de los organos« war für uns alle besonders begeisternd. Schon lange hatte ich mir gewünscht, in das Tal von Vinales zu kommen, landschaftlich das Schönste in Cuba und ich frage mich, ob ich je Schöneres gesehen habe. Wir essen echt cubanische »Chisten und Mohren« und dieses so schmackhafte, scharf angebratene Schweinefleisch das nur von frei laufenden Schweinen stammen kann. In Pinar del Rio (110.000 Einwohner) besuchen wir eine Tabakfabrik, in der ich endlich Ramón Allones-Zigarren wiederfinde

und eine Likörfabrik, bei der wir den Goave-Früchtelikör probieren. Im Stadtbild interessant: die schattigen Säulengänge und insbesondere die prächtigen Menschen, die es offensichtlich überzeugend fertigbringen, die Spezialperiode durchzustehen. Mit Musik in der Luft: »CUBA VA«.

Wir sehen viele Fahrräder im Straßenbild, bald wie in Holland, nur sind die Fahrräder neueren Datums. Trotz der drei eigenen Fahrradfabriken war es notwendig, 6 Millionen Fahrräder aus China zu importieren. Ein Fahrrad ist erhältlich für 130 Pesos auf Abzahlung. Auf dem Schwarzmarkt werden 1.300 Pesos bezahlt. In Pinar del Rio sehen wir ungarische Busse und erfahren erst hinterher, daß es sich um eine neue Spende von »Cuba sí« handelt. Unsere eigenen Touristenbusse sind japanischer Herkunft. Die Lastwagen auf den Straßen sind meist russische Marken, Kama, auch Liads.

Außerhalb der Städte sind die Bauten grundsätzlich eingeschobig. Erscheint im Ortsbild ein zweigeschobiges Haus, so handelt es sich im Regelfall um das Haus des Arztes, der im Erdgeschoß seine Praxis untergebracht hat. Und bei dieser Gelegenheit erfahren wir mehr als Schlagworte, die Realität. Ein sogenannter Familienarzt kommt auf 120 Personen. Dabei gab es zu Beginn der Revolution nur 6.000 Ärzte; heute zählt Cuba 60.000 Ärzte und schickt viele Ärzte in andere Entwicklungsländer. Der erste Arztbesuch, Laboruntersuchungen und ein Krankenhausaufenthalt sind kostenlos, auch für Touristen. Nur Medikamente sind kostenpflichtig, jedoch besonders preisgünstig. Die Medikamente mußten auf 500 der wichtigsten reduziert werden. Imponierend die große Anzahl von Polikliniken und Fachkliniken. In der Hauptstadt gibt es ein Ausländerkrankenhaus, u.a. mit cubanischen Augenärzten und Schönheitschirurgen, die Weltruf haben. Wichtiger jedoch ist die Vielzahl von Kinderkliniken und, im Stadtbild auffallend, das vor 10 Jahren geschaffene 1250-Betten-Großkrankenhaus der Stadt Havanna. Gerade im Gesundheitswesen ist erkennbar, daß Cubas Revolution eine Revolution des Volkes für das Volk war. Zu Batistas Zeiten hatten die Cubaner eine Lebenserwartung von 58 Jahren. Noch immer hat Cuba die beste Gesundheitsversorgung Amerikas und der Staat erlaubt sich, diesen Fortschritt bei einem Haushaltsdefizit von 4,2 Milliarden Dollar - Cuba rechnet nicht - oder noch nicht - kapitalistisch. Dabei



Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Wer schafft die Ersatzteile nach Cuba?

Wir suchen ständig Cuba-FahrerInnen, die bereit sind, Briefe und Ersatzteile für Betriebe und Institutionen in Havanna im Handgepäck mitzunehmen.

Voraussetzungen sind lediglich: etwas Zeit, einige Sprachkenntnisse und Engagement.

Bitte meldet Euch bei uns.

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax (0 6151) 6 40 66
E-Mail: Taller@link-f.comlink.de



Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60
Konto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

denke ich an den CUBA LIBRE - Bericht vom Juni 94 mit dem Fidel-Wort »Ökonomen erschrecken mich ...«.

Richtung Santiago und das Erdöl

La Habana, seit 1552 die Hauptstadt der Insel und mit den Aussenbezirken die größte Stadt des Landes mit 3 Millionen Einwohnern, verlassen wir Richtung Mittelcuba. Unweit der US-Gesandtschaft lesen wir die Parole »Sehr geehrte Herren Kapitalisten, wir haben keine Angst vor euch!« Gegenüber von dem prächtigen Kolonialarchitekturgebäude der spanischen Botschaft sehen wir die Ciclo-Busse für den Stadttunnel und werden überrascht von dem Anblick eines »cubanischen Kamels«, eines 300 Personen-Busses, hergestellt unter Verwendung eines Tiefladers. Noch kostete die Busbenutzung 10 Centavos; bald werden die Beschlüsse vom 2. Mai Korrekturen bringen. Alles eine Frage des Energiemangels. Zwischen Matanzas und Varadero und später auch bei Moron sahen wir die Pumpanlagen der einheimischen Erdölförderung. Schon beim Anflug hatte ich Ölförderstationen im Meer entdeckt. Immerhin 1,2 Millionen Tonnen Öl werden derzeit jährlich in Cuba gefördert; bisher leider nur stark schwefelhaltiges Öl, das entsprechend aggressiv ist und nur in Kraftwerken verwendet werden kann. Auf eigene Kosten führen nunmehr ausländische Ölfirmen Untersuchungen zur Erschließung neuer Ölvorkommen durch. Die neuesten Funde von hoch- und höchstwertigen Ölvorkommen lassen hoffen, doch die Ausbeute wird nicht von heute auf morgen sein. Die Kanadier waren nunmehr fündig geworden in der Bucht von Cardenas. Auch Franzosen, Briten und Schweden perforieren schon seit einiger Zeit den Untergrund der Insel und den vorgelagerten Meeresgrund.

Früher bezog Cuba von der Sowjetunion pro Jahr 13 Millionen Tonnen Erdöl im Austausch gegen 4 Millionen Tonnen Zucker. Nach dem Zusammenbruch gab es nur noch ein gutes Drittel davon, mit katastrophalen Folgen: Fabriken mußten schließen und Bewässerungsanlagen ruhen und dergleichen mehr. Ab diesem Sommer will Kolumbien Erdöl an Cuba liefern und die russische Regierung wird entscheiden, ob das alte Vierecksgeschäft Rußland/Deutschland/Venezuela/Cuba wieder hergestellt werden kann (Rußland schickte das von Cuba geordnete Öl nach Deutschland, und Ven-

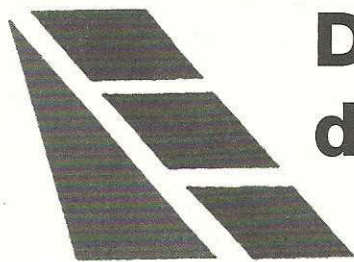
zuela das für Deutschland bestimmte, nach Cuba). Dieses Geschäft lief recht gut, bis die US-Administration ihren Einfluß geltend machte und davor muß man die Clinton-Regierung schon fürchten. Schreibt doch gerade die Pariser Zeitung »Le Monde«: »Mit der Clinton-Administration haben sich die amerikanischen Methoden geändert. Sie sind brutaler geworden, und das oft auf Kosten anderer Aspekte der US-Politik.« Nicht zu vergessen, Clinton ist mit den Stimmen und der Unterstützung durch militante Exil-Cubaner gewählt; das verpflichtet. In den Diskussionen mit Cubanern gebe ich das zu bedenken. Heute liefert Mexico den Cubanern Erdöl und Matratzen und vieles mehr ... Und morgen vielleicht haben die USA das Sagen im Wirtschaftsverbund Mexico, USA, Kanada; da könnten dunkle Wolken am Horizont aufziehen.

Interessant und vielleicht positiver die Meldung über die »Vereinigung karibischer Staaten« als viertgrößte Wirtschaftsgemeinschaft mit der Beteiligung Cubas ohne die der USA. Dafür ein Hoffnungsschimmer am Horizont.

Wir sehen »macheteros« beim Zuckerrohrschneiden; wir erleben die großen Erntemaschinen, die in Cuba gebaut und auch exportiert werden. Auch hier sehen wir wieder den Einsatz von Büffeln in der Landwirtschaft. Es gäbe genug Arbeit im landwirtschaftlichen Bereich; doch das wollen viele nicht, die ihren Arbeitsplatz verlieren. 3 Monate erhalten sie noch Gehaltszahlungen, bzw. Arbeitslosengeld. Wenn sie dann nicht aufs Land gehen zum Arbeiten, verlieren sie weitere Unterstützung. Aber, was soll das, bei diesem Währungsverfall, wenn irgendein Dollargeschäft soviel bringt wie der ganze Monatslohn oder mehr. Angeboten sollen angeblich heute 300 - 500 Pesos für 1 Dollar werden. Was uns unterwegs aufgefallen ist: Es bestehen 3.000 Landschulen, deren Schüler neben der schulischen Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich arbeiten, insbesondere bei den Zitrusfrüchten. Die Jungen und Mädchen sind zwischen 12 und 17 Jahren alt. Ohne die Arbeitskräfte dieser Internatsschulen könnte die Zitrusproduktion und der Zitrusexport nicht funktionieren. Im Export allgemein gilt folgende Reihenfolge: 1. Zucker, 2. Nickel, 3. Zitrusfrüchte, 4. Tabak, 5. Seefrüchte (Fische und Lobster).

Fortsetzung folgt

Der Flug nach Cuba für die Reisefreiheit



Artikel von Chris Hoepfner und Jon Hillson, *The Militant*, 25.7.94

Havanna, Cuba - Nachdem sie sich dem Bundesgesetz widersetzen, das ihren einwöchigen Aufenthalt in Cuba verbot, errangen fast 200 US-BürgerInnen einen Sieg über das Reiseverbot Washingtons, das seit drei Jahrzehnten in Kraft ist. Sie kehrten am 30. Juni und 1. Juli zurück durch den Zoll, lediglich unter geringeren Belästigungen durch Regierungsbeamte. Hunderte von Menschen in den ganzen USA stimmten ein in die Forderung, das US-amerikanische Reiseverbot aufzuheben und viele kamen zu den Flughäfen in Florida, New Jersey und Texas, um die Herausforderer/innen, die aus Cuba zurückkamen, willkommen zu heißen.

»Dies ist eine erneute Schlappe für die Clinton-Regierung. Das Recht, nach Cuba zu reisen, wird errungen,« erklärte Pam Montanaro, Koordinatorin der Kampagne für Reisefreiheit.

Im Flughafen Houston, wo die größte Gruppe der ReisetilnehmerInnen in die USA zurückkehrten, wurden sie sowohl von Nachrichtenmedien, wie von den GegnerInnen des Reiseverbots begrüßt.

Eine begeisterte Gruppe von 30 Aktiven aus der Cuba-Solidarität hießen die New Yorker TeilnehmerInnen willkommen auf dem Newark Flughafen in New Jersey. Ein Arbeiter-Immigrant, Vertreter der Dominicanischen FreundInnen Cubas, sagte als Teilnehmer der Willkommens-Delegation: »Ich bin hier, weil ich das Reiseverbot von Reisen nach Cuba für die US-BürgerInnen, für ungerecht halte.« Ein Hochschullehrer stellte fest: »Als Cubaner bin ich gegen die Blockade gegenüber Cuba. Ich bin gegen das Washingtoner Verbot bezüglich des Rechtes auf Reisen nach Cuba. Ich bin hier, um diesen Einzelpersonen, die in Ablehnung des Reiseverbotes mutig nach Cuba gereist sind, moralische Unterstützung zu geben.«

An dem Empfangskomitee nahmen weiterhin Aktive der Pastoren für den Frieden, der Sozialistischen ArbeiterInnenpartei, des Organisationsko-

mitees der Sozialistischen Jugend, Mitglieder der Vereinigten TransportarbeiterInnen-Gewerkschaft und der Internationalen Gewerkschaft für ArbeiterInnen der Damenoberbekleidungsindustrie teil.

Dies war die zweite Reise, die im Rahmen der Kampagne für Reisefreiheit durchgeführt wurde, die durch »Global Exchange« (Globaler Austausch) geleitet wird, einer in San Francisco ansässigen Organisation für soziale Gerechtigkeit.

Etwa 60 TeilnehmerInnen der vorangegangenen Reise, die im Oktober 93 durchgeführt wurde, waren die Pässe von Zollbeamten eingezogen worden.

Die Clinton-Regierung versuchte die erneute Reise zu sabotieren, indem sie durch das US-Finanzministerium 45.000 Dollar auf dem Bankkonto der Organisation einfrieren ließ - Geld, das für Flugkosten, Verpflegung und Übernachtung verwendet werden sollte.

Eine Kampagne zur Einrichtung eines Not-Fonds erbrachte mehr als 20.000 Dollar an Beiträgen, um die Fortsetzung der Aktion abzusichern.

Proteste gegen das empörende Verhalten der Regierung erhielten während der ganzen Dauer der Reise eine bemerkenswerte Berichterstattung in den US-Nachrichten.

Als Sprachrohr derjenigen in US-Regierungskreisen, die das jahrzehntelange Handelsembargo und die Reisebeschränkungen lieber abschwächen würden, schrieb die New York Times-Redaktion, daß die Reisenden für Reisefreiheit »sich jetzt dem Verbot widersetzen, indem sie sagen, ihr Besuch hat Bildungscharakter« - und wäre demnach legal - »aber warum sollten sie irgendwelche solcher Behauptungen aufstellen müssen? Der Kalte Krieg ist vorbei.« Aber, lamentierte der Leitartikel: »Cuba ist noch kommunistisch.«

Indem sie den US-Abgeordneten Don Edwards, einen Demokraten aus Californien, zitierten, bekräftigte die Redaktion der Times: »Die beste Art, den Fall des Totalitarismus auf Cuba zu beschleunigen, ist es, den Informationsfluß, den Meinungs austausch und die Entwicklung von Freundschaften zwischen Durchschnittsamerikanern und Cubanern zu fördern.«

Die Ankunft der Gruppe machte Schlagzeilen in Cuba, auch das cubanische Fernsehen berichtete über den Besuch der 200 TeilnehmerInnen. Fast ein Viertel davon waren Teenager oder Jugendliche, wenig älter als 20 Jahre.

Dies war für die meisten die erste Reise nach Cuba. Aber für sie alle war es eine Begegnung mit einer Revolution, die gegen ihre bisher schwierigsten ökonomischen Probleme ankämpft.

Diese Schwierigkeiten wurden ausgelöst durch den Zusammenbruch der Unterstützung von und des Handels zu Vorzugspreisen mit der ehemaligen Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern - Cubas Haupthandelspartnern bis 1989.

Ein Hauptanliegen der Regierung ist es, harte Devisen zu erhalten, die benötigt werden, um Öl und andere Dinge zu importieren, die nötig sind für die Aufrechterhaltung der sozialen Programme der Revolution. Die Regie-

zung versucht, ausländisches Kapital heranzuziehen, insbesondere für die Entwicklung der Touristik-Industrie. Das Anwachsen von kapitalistischen Investitionen und ein bourgeoiser Schwarzmarkt haben Havanna dazu veranlaßt, den Gebrauch und den Umlauf des Dollars und anderer Auslandswährungen zu legalisieren, die nun in Cuba weit verbreitet sind.

Diese schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hinterließen starke Eindrücke bei den TeilnehmerInnen der Aktion Reisefreiheit, die Kinder betteln sahen und Prostituierten begegneten, die hauptsächlich um die Hotels und andere touristischen Bereiche herum in den letzten paar Jahren wieder aufgekommen sind. Diese Erfahrungen schürten eine ständige Debatte und Diskussion in der Gruppe.

Einige teilten ihre Eindrücke den Militant-Reportern mit, die an der Reise teilnahmen. »Die Dinge sind schwierig,« sagte Yazmin Garcia, eine 17jährige Studentin an der Universität von

Californien, »die Errungenschaften der Revolution sind bedroht. Lehrer wollen Fremdenführer werden, um Geld zu bekommen.«

»Viele Leute sind hungrig, aber nicht ausgehungert,« bemerkte Archie Blumhorst, ein 58jähriger Bauarbeiter der Gewerkschaft in Missouri und Teilzeitfarmer. Blumhorst war früher ein Koordinator des Präsidentschaftswahlkampfes von Ross Perot. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, so sagte er, »gibt es die Bemühung darum, die Dinge auszugleichen. Sie haben bei weitem nicht diese Oberschicht, die es in den USA gibt, um die Mehrheit des Volkes auszubeuten. Sie sind wie David gegen Goliath. Sie ertragen diese Krise, sie halten durch.«

»Die Revolution,« so Jeremy Scahill, ein 19jähriger Student der Universität von Wisconsin, der eine Studentenzeitung herausgibt, »verschafft ihrem Volk die zum Überleben notwendigen Dinge, lediglich das Lebensnotwendige. Wenn man mehr will, muß man sich anstrengen.«

Treffen mit Folgen

Nachspann eines Dialogs von Kubanern

Von LEO BURGHARDT,
Havanna

Wer hat am 24. April die Begegnung Fidel Castros mit den 227 Emigranten, die an einem Dialog in Havanna teilnahmen, gefilmt und die Kassette in Florida unter die Leute gebracht? Es war ja verboten, Kameras mitzubringen. Nun, natürlich sind bei solchen Veranstaltungen Kameramänner dabei, die für das kubanische Fernsehen drehen. Und das brachte am 25. April auch ein paar Minuten von dieser Begegnung. Niemand konnte sich wohl vorstellen, daß »ihre Verbreitung in Miami verheerende Folgen haben« würde, so Jose Per tierra, ein kubanischer Rechtsanwalt aus Washington. »Keiner spricht mehr von der Konferenz. Es geht nur noch um diese Filmfragmente, und es wird sehr schwierig werden, wieder solch ein Treffen zu organisieren.«

Doch was war denn da so Schauriges zu sehen? – Kubaner unter sich, entspannt und angeregt. Es war ihnen in drei Tagen immerhin gelungen, auf dem langen Weg zur Normalisierung des Verhältnisses »Nation und Emigration« die ersten Schritte zu tun. Castro fas-

zinierte offensichtlich alle, wie gewohnt. Schließlich stehen 423 Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen auf der Warteliste, weil sie mit ihm reden wollen. Warum sollten kubanische Emigranten dieses Bedürfnis nicht haben? Magda Montiel z. B., Tochter eines bekennenden Antikommunisten, Ex-Kandidatin für den US-Kongreß, die Kuba mit ihren Eltern als Kind verließ. Die Rechtsanwältin umarmte den kubanischen Präsidenten. Seither ist sie ihres Lebens nicht mehr sicher. Ihre Kinder wurden in der Schule verprügelt. Sie steht unter Polizeischutz.

Das ist der größte Fall, aber auch andere Konferenzteilnehmer mußten untertauchen, nachdem sie per Telefon und Brief mit Morddrohungen terrorisiert worden waren. In Miami nichts Neues. Schon im August 1992 hatten *American Watch* und die *Stiftung für freie Meinungsäußerung* in einem 30-Seiten-Dokument belegt, daß »gewisse Gruppen des kubanischen Exils die Hauptstadt Floridas in ein gefährliches Pflaster für Andersdenkende verwandelt haben und jeder viel riskiert, der moderate Ansichten vertritt.«

Schon weil das cubanische Volk den Kapitalismus abgeschafft hat, sagt Scahill: »Cuba erschreckt die US-Regierung, weil es die Basis für eine kommunistische Gesellschaft gelegt hat. Die USA fürchten den Tag, an dem Cuba seine Probleme überwindet. Cuba gibt ein Beispiel, daß es möglich ist, vom Elitendenken zur Gleichheit zu gelangen, ein weltweites Beispiel dafür, daß wir das auch tun können.«

»Ich sah zwei unterschiedliche Bilder von Cuba: das Cuba der ArbeiterInnen und das der TouristInnen,« erläuterte Jeri Oakes, eine Vollzeit-Krankenschwester und Studentin der Universität von Louisville, die 36 Jahre alt ist. »Ich frage mich, wie das touristische Cuba das Cuba der ArbeiterInnen beeinträchtigen wird. Es gibt eine ungeheure Spannung und eine starke Solidarität. Ich frage mich, wie lange das andauern wird.«

Bill McCarthy, ein 52jähriger Wirtschaftsreporter für *Fresno Bee* (Californische Stadtzeitung), betrachtete die fortgesetzten Beschränkungen der Revolution für kapitalistischen Handel als ein Manko. »Die Cubaner sind geborene Händler und Kaufleute,« meinte er, aber das Geschäftsleben wird eingeschränkt. »Es gibt nicht genug zu essen in einem der fruchtbarsten Länder der Welt. Alle die Bestandteile für eine Lösung sind vorhanden, aber es gibt keine Lösung. Natürlich haben die Leute Angst, etwas zu sagen.«

Übereinstimmend damit sagte Noel Hansen, ein 22jähriger Frachtdisponent für Federal Express in Milwaukee: »Die Menschen auf dem Lande, die Arbeiter und die Bauern, sehen die Dinge anders als die Menschen in der Stadt. Sie sehen die Dinge anders als Menschen in Havanna, Professoren an der Universität, die Fachkräfte, die wissen, daß sie hungrig sind, aber sich natürlich nicht damit befassen warum und daher an der Revolution zweifeln.«

In einem lebhaften Austausch mit ReisetilnehmerInnen erklärte ein Mitarbeiter und Mitglied einer landwirtschaftlichen Cooperative in Alquizar, in der ländlichen Provinz Havannas, daß das Land, das sie gemeinsam bearbeiten, »uns gehört, uns durch die Revolution übergeben wurde und der Revolution gehört. Wir werden es niemals verkaufen.«

Nach einer Reihe von Fragen und Antworten zwischen cubanischen GewerkschafterInnen und ReiseaktivistInnen in der Kantine eines Werkes zur Herstellung von Stahlcontainern,

erzählte der junge Leiter der cubanischen Gewerkschaft der Metall- und ElektronikarbeitsrInnen der Gruppe, daß das Werk nicht verkauft wird.

»Hier sind wir die BesitzerInnen der Fabrik«, sagte er.

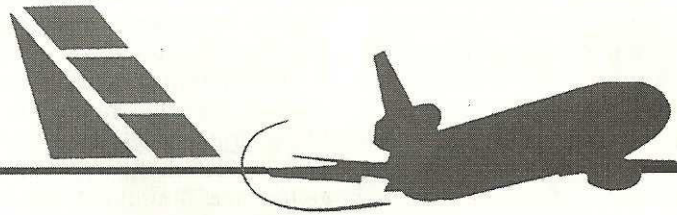
Und in dem einfachen, nahegelegenen Haus eines Familienarztes, der 800 Menschen in der Nachbarschaft umsonst behandelt, erklärte ein jugendlicher Doktor, daß das Berechnen von Gesundheitsfürsorge ein »Relikt der Vergangenheit war. Vor langer Zeit verzichteten wir auf Profite aus der Behandlung von Leiden.«

Solche Erlebnisse bewegten viele ReiseaktivistInnen dazu, zurückzukehren und dafür zu wirken, daß noch mehr Menschen gewonnen werden für die Verteidigung der Cubanischen Revolution.

Der studentische Herausgeber Scahill, sowie Lisa Rottach und Jack Willey des Organisationskomitees der Sozialistischen Jugend und andere beschlossen, in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Junger KommunistInnen in Cuba, die Vorbereitungen zur Bildung einer US-Jugendbrigade in Cuba im Januar 1995, in Angriff zu nehmen. Ziel ist, so Scahill, »ein gut bemessenes Kontingent zustandezubringen, um Hand in Hand mit cubanischen Jugendlichen zu arbeiten, über die Revolution etwas zu lernen und das Embargo zu bekämpfen.«

Auf dem Abschlußmeeting der StreiterInnen gegen das Reiseverbot kündigte die Leiterin der Kampagne, Pam Montanaro, eine dritte Reise für Reisefreiheit an, zwischen Weihnachten 1994 und dem Neujahrstag.

(AdEngl. msw)



65. JAHRESTAG

1929-1994

● WÖCHENTLICH LINIENVERKEHR
ZWISCHEN BERLIN UND HAVANNA SEIT
MEHR ALS 20 JAHREN

● VERBINDUNGEN VON/NACH HAVANNA:

MONTREAL · TORONTO · MEXICO · MERIDA · CANCUN
STO. DOMINGO · KINGSTON · PANAMA · GUAYAQUIL
SANTIAGO DE CHILE · SAO PAULO · BUENOS AIRES · PARIS
LONDON · BRÜSSEL · MADRID · MAILAND · BASEL · WIEN
KÖLN · FRANKFURT · BERLIN · MOSKAU · CARACAS

● MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER
TELEFON 030/589 41 10/TELEFAX 030/589 17 41

● UNSERE POSTANSCHRIFT: CUBANA DE AVIACION
FRANKFURTER TOR 8A, 10243 BERLIN

CUBANA

ERFAHRUNG UND GASTFREUNDSCHAFT

Adelante Cuba

Eine Aktion der
Jugend
in der
IG Medien

Ein Zusammenwirken der IG Medien und der IG Kultur

Ein Land braucht seine Geschichte

Über 100 Historikerinnen und Historiker Cubas haben, gemeinsam mit ca. 600 örtlichen "Heimatkundern", in jahrelanger Arbeit die Geschichte des cubanischen Volkes aufgeschrieben. Herausgekommen ist dabei ein fünfbandiges Werk mit über 2.000 Seiten Umfang, das bereits seit einiger Zeit im Manuskript fertig vorliegt.

Diese Geschichte kann bislang nicht gedruckt werden, weil es in Cuba, aufgrund der dramatischen Situation, an Papier mangelte, bzw. an Devisen, um Papier im Ausland zu kaufen. Ursprünglich hatte das Historische Institut in Havanna, als Herausgeber, eine Auflage von 15.000 Exemplaren geplant.

Auf Grund des Mangels mußten die Planungen auf die Auflagenzahl von 5.000 beschränkt werden. So kann wenigstens jede öffentliche Bibliothek Cubas zwei Ausgaben bekommen.

Geplant ist später außerdem ein 6. Band, der nach Erscheinen der ersten fünf Bände Kritik und Ergänzungen der Leser beinhalten soll.

Diese Geschichte ist die des ganzen Volkes, nicht etwa nur die Geschichte der Partei. Sie ist für das Selbstverständnis des cubanischen Volkes von großer Bedeutung, denn die Wurzeln des Widerstands gegen Kolonialismus und Ausbeutung zu kennen, ist für Cuba und seine Menschen überlebenswichtig. Unterstützen wir Cuba mit Spenden für Papier!

Spendenkonto:

IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!

CUBA
LIBRE

Geisteswissenschaftler aus USA und Cuba...

... debattieren auf einer Konferenz in Havanna über Sozialismus contra Kapitalismus

Artikel von Laura Garza, *The Militant*, 25.7.94

Havanna, Cuba - US-Politik gegen Cuba, das Auseinanderbrechen der Sowjetunion, AIDS, Landwirtschaft, Frauen in den ländlichen Gebieten und die Beziehungen zwischen den Rassen in Cuba - diese Themen wurden unter vielen anderen während der 6. Konferenz Nordamerikanischer und Cubanischer PhilosophInnen und SozialwissenschaftlerInnen diskutiert. Das jährliche Zusammentreffen wurde an der Universität von Havanna von 13. bis 17.6.94 durchgeführt. Über 100 CubanerInnen, meist ProfessorInnen und ForscherInnen, trafen zusammen mit mehr als 60 TeilnehmerInnen aus Nordamerika, von denen die meisten aus den USA kamen, einige aus Canada. Verschiedene VertreterInnen aus Argentinien, Irland und Südafrika nahmen ebenfalls teil.

Unter den TeilnehmerInnen waren in diesem Jahr zahlreiche AkademikerInnen, die zum ersten Mal Cuba besuchten, sowie auch StudentInnen u.a. der Universitäten von Syracuse, Michigan und Maryland. Ist es möglich, in der heutigen Welt für den Sozialismus zu kämpfen? Gibt es irgendeine Grundlage für Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten, dem Angriff auf den Lebensstandard, der derzeit von den kapitalistischen Regierungen in aller Welt durchgeführt wird, Einhalt zu gebieten? Die meisten TeilnehmerInnen vertraten die Ansicht, daß das Auseinanderbrechen der Sowjetunion einen Schlag gegen die SozialistInnen bedeute, da es die Machtverhältnisse zum Nachteil der arbeitenden Klasse und zugunsten des Imperialismus, insbesondere Washingtons, verschob.

Renée Marie Croose Parry aus Florida erklärte, daß die Dominanz der Vereinigten Staaten in der Welt es immer schwieriger macht, optimistisch zu bleiben. Andere folgerten, daß die objektive Bedeutung der Arbeiterklasse in der heutigen Welt zurückgeht, aufgrund der kapitalistischen Neuorganisation. Harry Targ, von der

Purdue Universität in Indiana, erläuterte z.B. in einem Papier, daß der Imperialismus charakterisiert wurde durch »den globalen Charakter des Kapitalismus, die nachlassende Bedeutung der Arbeitskraft für die Produktion. ... Die Lateinamerikanische Arbeiterklasse wird verblassen hinter einem anwachsenden Lumpenproletariat, da Zahlen von Arbeitslosigkeit und Minderbeschäftigung emporschnellen. Der Neoliberalismus ... wird weiterhin in den meisten Ländern die Tagespolitik bestimmen,« schloß er.

Der cubanische Ökonom Héctor Castano, war andererseits unter der Minderheit, die den Marxismus verteidigte. Er sagte, daß »jene, die die sowjetischen Leitlinien vorgaben, keine Schwierigkeiten mit der Veränderung hatten, nunmehr Leitlinien für den Kapitalismus vorzugeben. Angesichts des Zerfalls stalinistischer Erscheinungsformen in der UdSSR argumentierte Castano, »wir sollten den Marxismus nicht aufgeben.« Er rief dazu auf, »die marxistischen Klassiker mit neuen Augen wieder zu lesen.«

Debatte über sozialistischen Markt

Die TeilnehmerInnen stellten in Cuba eine Vielzahl von Meinungen über wirtschaftspolitische Fragen zur Diskussion.

Einige verwiesen auf die Politik, die von den Regierungen in China und Vietnam verfolgt wird - die Wirtschaft in beschleunigter Gangart den kapitalistischen Marktverhältnissen zu erschließen - als Möglichkeit, die gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten in Cuba zu überwinden. Viele Cubanische Ökonomen interessieren sich für den kapitalistischen Markt. Von der Universität Havanna studieren im Rahmen eines Austauschprogrammes ein halbes Dutzend ProfessorInnen Ökonomie an der Universität von Chicago.

»Die sogenannte Chinesische Alternative ist ... im großen und ganzen die verheißungsvollste und erfolgversprechendste Möglichkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen,« argumentierte Enrique Baltar Rodríguez in seinem Papier mit dem Titel: »Wird Cuba dem Chinesischen Modell folgen?« Baltar, ein Professor für Asiatische Studien an der Universität Havanna, lehnte die Sozialistische Perspektive ab, wie sie von Fidel Castro und anderen zentralen Persönlichkeiten in der Führung der Kommunistischen Partei vertreten wurde, während des Prozesses der 'Rectification'. Die Rectification führte zu einer »Stagnation im Rhythmus des Wirtschaftswachstums,« so behauptete er.

Der Rectificationsprozess, der 1986 begonnen wurde, hatte zum Ziel, die demoralisierenden und entpolitizierenden Einflüsse politischer Erscheinungsformen zu überwinden, die den Bürokratismen ähnlich waren, wie sie in der Sowjetunion, Osteuropa und China vorkamen. Die Rectification begann, das Bewußtsein und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in Cuba zu stärken und die Bedeutung ihrer Führungsaufgabe zu auszuweiten durch die Organisierung von freiwilligen Arbeitsbrigaden, die Wohnungen, Kinderbetreuungs- und medizinische Einrichtungen bauten, sowie Bewässerungs-Anlagen und andere Projekte. Sie begannen das Problem der Nahrungsmittelversorgung und andere soziale Notwendigkeiten anzupacken.

Baltar redete den Mittelstands-Ideologen in aller Welt das Wort, indem er die »Entideologisierung der Begriffe 'Plan' und 'Markt'« forderte, sowie einen Wandel hin zum »Sozialistischen Markt«. Baltar setzte Demokratie und individuelle Freiheiten mit Kapitalismus gleich und lobte »einen kleinen, vorwärtsweisenden Sektor (in der cubanischen Wirtschaft), der in Verbindung mit ausländischem Kapital und entsprechend den Gesetzen des Marktes funktioniert.«

Baltar sagte, daß, »bis jetzt die Wirtschaftspolitik, die von den Führern der Revolution verfolgt wird, keinen wirklichen Geist der Veränderung widerspiegelt, und noch viel weniger ein Verständnis dafür, daß der Markt ein Weg zur Erneuerung des Sozialismus sein könnte.

»Heute setzt sich die Parteiströmung durch die für die Verteidigung des Sozialistischen Projektes eintritt,« schätzte Baltar ein.

Aber, so sagte er, »der Verschleiß seitens Partei und Staat, aufgrund von deren ineffektiven Antworten auf verbreitete Mangelerscheinungen, ist dabei, eine Krise der Glaubwürdigkeit hervorzurufen, die mittelfristig die Kräfteverhältnisse verändern könnte.«

»Nicht einmal die sozialistische Mehrheit hat eine einheitliche bzw. eine einzige Perspektive hinsichtlich der derzeitigen Situation. Man kann sogar grundlegende Differenzen feststellen in Bezug auf die konkrete Beschaffenheit des zu verteidigenden Projektes,« sagte Baltar.

Dr. Arnaldo Silva León, Professor an der Universität von Havanna, stellte eine andere Sichtweise dar. Nach Erörterung der Gründe für die Entartung der Russischen Revolution, zog Silva den Schluß, daß der Kapitalismus eine Sackgasse für die Menschheit ist.

In seiner Darstellung mit dem Titel »Sozialismus: System und Modelle: Die Krise« erwähnte er besonders, daß es in den frühen Jahren der Russischen Revolution offene Debatten und Meinungsaustausch gegeben hatte.

Aber, »nach Lenins Tod, nachdem Stalin die Macht innehatte, verschwanden diese heftigen Debatten« sagte er. Stalins Meinung sei zur offiziellen gemacht und, schlimmer noch, für unfehlbar gehalten worden. ... Alles was dazu im Gegensatz stand, sei als anti-sowjetisch und anti-sozialistisch eingestuft worden.«

»Wenn wir die Probleme untersuchen, die den Sozialismus in der UdSSR und anderen europäischen Ländern

zerstörten, sollten wir uns von unzurüchlichen Vorurteilen freimachen und die Ereignisse objektiv analysieren.« Er konstatierte, »daß in der ehemaligen Sowjetunion, »Die Teilnahme der Massen an bedeutenden Entscheidungen völlig aufgehoben war. Die Menschen waren nicht mehr das Subjekt der sozialen Umgestaltung.«

Silva schätzte ein, daß für »die Völker der Dritten Welt ... der Kapitalismus keine wirkliche Lösung darstellt. ... Er hat die Probleme der Auslandsverschuldung, des ständigen Arbeitsplatzmangels und des niedrigen Lebensstandards verschärft.« Er legte dar, daß der Sozialismus die einzige Alternative bleibt. In diesem Kontext liegt die wachsende Bedeutung von Cuba. Die tatsächliche Zukunft des Sozialismus für diese Dritte Welt hängt in beträchtlichem Umfang - vielleicht ausschlaggebend - davon ab, was wir CubanerInnen fähig sind zu tun,« stellte Silva fest.

Weltweite Krise des Kapitalismus

Verschiedene Konferenz-TeilnehmerInnen diskutierten über die Erscheinungen der Wirtschaftsdepression auf die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern.

Peter Burns, von der Universität Südkaliforniens, stellte eine Ausarbeitung vor über »Weltweiten Thatcherismus angesichts der Britischen Erfahrung.« Burns griff, wie einige andere RednerInnen, die Angriffe der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Welt auf. Er führte aus, daß in Großbritannien seit der Krise in den 30er Jahren die höchste Arbeitslosigkeit und die anhaltendste Wirtschaftskrise zu verzeichnen sei. »Das reale Wachstum des Produktionsumfangs seit 1979 kam bei 2,5 % zum Stillstand, einer der schlechtesten Werte weltweit. ... Die Einkommensunterschiede sind heute größer als jemals seit etwa 1880 und die Anzahl derer, die in Armut leben, hat sich mehr als verdoppelt, von fast 5 Millionen 1979 auf jetzt 12 Millionen,« so Burns.

»Aber der Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Angriff der Bosse beginnt zu wachsen, in den USA und in anderen kapitalistischen Ländern,« sagte Aaron Ruby, Bürgermeister-Kandidat der Sozialistischen Arbeiter in Washington. »Dieses Anwachsen der Abwehrkämpfe seitens der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften ermöglicht es, junge Menschen und

viele weitere zu gewinnen für die Idee, daß die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Hauptkraft darstellt, die die Gesellschaft verändern kann.« Ruby verwies auf die Streiks unter den ArbeiterInnen bei Caterpillar, den Widerstand unter ArbeiterInnen und Jugendlichen in Frankreich, der die Regierung überraschte, die wachsenden Arbeitskämpfe in Argentinien und den Widerstand von Arbeitern und Bauern in China. Die eröffnete die Möglichkeit, daß sich eine kommunistische Führung im Weltmaßstab an die Spitze setzen könne, die in der Lage sei, die Erfahrungen der Russischen und der Cubanischen Revolution weiterzuführen.

Ruby wies auf den Sieg von Oliver North im Staat Virginia hin, bei dem Rennen um die Nominierung der Republikaner für den Senat und auf die Beteiligung einer faschistischen Partei in der italienischen Regierungskoalition, beides Beispiele dafür, wovon die kapitalistischen Herrscher zunehmend Gebrauch machen werden, angesichts einer immer instabileren Welt und wachsenden Widerstandes in der Arbeiterklasse.

Ruby erläuterte, daß das kapitalistische System sich in einer weltweiten

Solidarität 1987/1988

NETZWERK CUBA

- informationsbüro - e.V.

reuterstraße 44, 53113 bonn
tel / fax: 0228 - 24 15 05
e-mail: CUBARED@PDSLL.ZER
Konto: 46 953
Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

Cuba braucht Presse. Das Netzwerk Cuba schafft Öffentlichkeit. Dazu braucht es Geld. Deswegen spende ich auf das o.a. KontoDM.

Ich/Wir möchte/n

Fördermitglied

Mitglied als Organisation/Gruppe werden
Der monatliche Mitgliedsbeitrag für Fördermitglieder beträgt 5,- DM und für Vollmitglieder (Organ./Gruppen) 20 DM

Ich/Wir abonnieren die Netzwerk Cuba - nachrichten. Die Kosten für ein Jahresabonnent betragen 10 DM.

Bitte schickt mir unverbindlich Informationen über das Netzwerk zu

Bitte schickt mir die deutschsprachige Granma Internacional für DM 2,- zu

Krise befindet, die keinen anderen Weg bietet, die Profitraten der Unternehmer in der gegenseitigen Konkurrenz um Marktanteile zu steigern, als durch Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnen in ihren eigenen Ländern, indem diesen immer härtere Bedingungen auferlegt werden. Der sich vertiefende Konkurrenzkampf wird zu mehr Konflikten führen wie den Krieg gegen den Irak. »Das Aufsteigen von Rechten, von Bonapartisten, in Regierungen kapitalistischer Mächte wird auch die Möglichkeit eines nochmaligen Krieges zwischen imperialistischen Staaten akut werden lassen,« äußerte Ruby.

Seine Darstellung löste einige Diskussionen aus. Ein Teilnehmer stimmte nicht mit Rubys Aussage überein, daß die durchschnittliche Profitrate in der Industrie gerade im sinken sei, und er argumentierte, daß der Kapitalismus heute stabiler sei.

Später wurde Ruby eingeladen, einen ähnlichen Vortrag eine Woche später am Institut für Philosophie in Havanna zu halten.

Nach Abschluß der Sitzungen im Rahmen der Tagung an der Universität von Havanna, besuchten die Konferenz-TeilnehmerInnen andere Provinzen, eine Tabakfabrik, eine Kindertagesstätte, und sie trafen sich mit führenden VertreterInnen der Studenten- und der Frauenorganisation. Ähnliche Zusammenkünfte wurden an Universitäten in den Städten Matanzas, Holguín und Santiago de Cuba organisiert.

Einige Delegierte, sowohl aus den USA wie aus Cuba, betonten, daß das Treffen eine Gelegenheit bot, mehr über verschiedene politische Perspektiven und Kämpfe in aller Welt zu erfahren.

Zwischen zwei Sitzungen erklärte die teilnehmende Ellen Schweitzer, eine 21jährige Studentin der Universität von Michigan: »Ich bin gekommen, weil Cuba der einzige Ort ist, wo ein sozialistisches System, ein nicht-kapitalistisches System, durchgeführt wird. Cuba macht gerade eine Menge Veränderungen durch. Ich wollte es aus erster Hand erleben. ... Die Menschen neigen nicht dazu, die Ideen der Revolution verantwortlich zu machen für die Einschränkungen, die zweifellos Härten erzeugen ... Aber den Kapitalismus begrüßt keine/r als Lösung.« Sie fügte hinzu: »Dies alles hat mir den Anstoß gegeben, mich nach weiteren Möglichkeiten umzusehen, wie ich Solidarität mit Cuba leisten kann.«

Blockade gegen Cuba - Isolation der USA



Zum zweitenmal nacheinander blieb die Regierung der Vereinigten Staaten praktisch allein hinsichtlich der Abstimmung über die Resolution zur Verurteilung der Blockade, die von cubanischer Seite in die Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt wurde. Auf neue wurde die Unrichtigkeit der »Theorie der Isolation Cubas« bekundet, als mehr als die Hälfte der Nationen, die in diesem Forum vertereten sind, mit ihrer Stimmabgabe die brutalste Politik aller Zeiten verurteilten: die Blockade gegen Cuba.

Was dieses Thema betrifft, stehen die USA als »Modell von Demokratie und Streiter für die Menschenrechte« heute vor einer akuten Krise an Glaubwürdigkeit, die sich nicht nur im internationalen Bereich widerspiegelt, sondern stärker als jemals auf ihr eigenes Land zurückfällt.

Ein Teil des unternehmerischen Bereiches in den USA hat sein Interesse bekundet, mit Cuba Handel zu treiben, trotz der verhängten Verbote. Nicht gerechnet, daß sich so wesentliche andere Bereiche, wie der Intellektuelle, der wissenschaftliche oder der kulturelle, sich gemeinsam mit religiösen, humanitären und sozialen Institutionen öffentlich gegen eine so unmenschliche Politik ausgesprochen haben.

Einige Beispiele aus dem letzten Jahr bestätigen diese Aussage durch Taten:

- Am 8. Oktober rief eine Gruppe von Nicht-Regierungsorganisationen zu einer Solidaritätsveranstaltung mit Cuba im Dempsey Center von Harlem in New York auf. Dort nahm neben anderen Persönlichkeiten, der Kongreßabgeordnete Charles Rangel teil, Initiator eines Entwurfes zur Beendigung der

Blockade, der dem Kongreß der USA vorgelegt wurde.

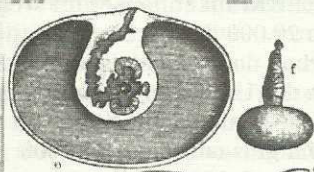
- Im gleichen Monat reiste eine Gruppe von 175 NordamerikanerInnen aus 22 Staaten nach Cuba mit einer Insulinspende für cubanische Krankenhäuser im Wert von 20.000 Dollar. Sie trotzten dem Verbot, nach Cuba zu reisen, das von der US-Regierung verhängt wurde (unter Androhung von Gefängnis oder bis zu 25.000 Dollars Geldstrafe).
- Am 14. Oktober war es, als eine große Kundgebung vor dem Sitz der Vereinten Nationen stattfand. Bei dieser Gelegenheit erklärte Lucius Walker von den Pastoren für den Frieden: »Wir haben eine besondere Verantwortlichkeit, weil unsere Regierung dafür verantwortlich ist, daß die Blockade aufrechterhalten wird.«
- Am 19. des gleichen Monats übergab das medizinische Projekt USA Cuba (eine humanitäre Initiative mit Sitz in New York) im Krankenhaus William Soler die vierte Sendung von Medikamentenspenden im Wert von insgesamt 320.000 Dollar. Leslie Cagan vom Verwaltungskomitee des Projekts sagte »... sein mehr als 30 Jahren sind die nordamerikanischen Kommunikationsmedien davon geprägt, Lügen zu erzählen und die cubanische Wirklichkeit zu verzerren ...«

Diese und viele andere Beispiele sind ein unumstößlicher Beweis für den Anachronismus einer Politik, die sich auf die Gewalt stützt, und jedes vernünftige und überlegte Empfinden übergeht.

ICAP
(AdSp msw)

Der Fall Jesus Diaz - der kurze Mythos vom linken Dissidenten!

★ Es sind knapp 2 Jahre her, da entbrannte ein heftiger Streit in der damals schon zusammengeschmolzenen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung. Auslöser war ein Streitgespräch zwischen dem uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano und Jesus Diaz, daß die Schweizer 'Wochenzeitung' veranstaltete. Damals beschwor Diaz das baldige Ende der kubanischen Revolution und bezeichnete Galeano als Illusionisten, weil der weiter an deren Idealen festhielt.



7. Bewaffneter Bandwurm (Taenia solium) 3/4.
a b Stüle des geschlechtsreifen Wurmes mit Kopf (a), c Kopf und reines Glied, d Larve mit Eiern, e Stüle mit eingekleidetem Kopf, f Stüle mit ausgefülltem Kopf. (Art. Bandwürmer.)

Wie es weiterging, hier nur noch mal in Stichworten: Der kubanische Kultusminister Armando Hart schrieb an Diaz einen sehr persönlichen Brief, der in den biblischen Worten gipfelte: »Du hast Dich für ein Linsengericht verkauft, Jesus. Du müßtest eigentlich Judas heißen.«

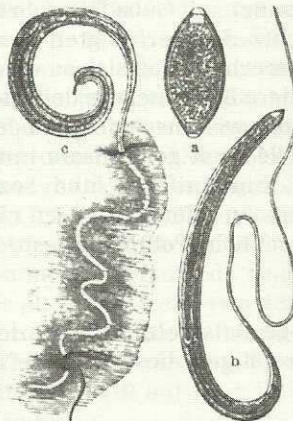
Prompt sah sich Diaz in Lebensgefahr, wenn er nach Kuba zurückkehren würde und ließ sich als kubanischer Dissident in Berlin nieder. Nicht nur die FAZ widmete Diaz eine ganze Kulturseite. Die linksalternativen Lateinamerika-Nachrichten zogen Parallelen zum Todesurteil gegen Salman Rushdie und verglichen Castro mit Khomeini.

Der LN-Autor Bert Hoffmann beschimpfte Galeano als rückratlosen Opportunisten, weil der erklärte, daß er das Gespräch mit Diaz abgebrochen hatte und auch nicht mehr mit ihm zu diskutieren gedenke. Galeano schrieb dazu: »Ein lebendiger Dialog setzt den Widerspruch voraus. Aber damit der Dialog fruchtbar sein kann, muß er von beiden Seiten mit Respekt gegenüber der jeweils anderen Seite geführt werden. Wenn Beschimpfun-

gen Argumente ersetzen, verliert er seinen Sinn.« Außerdem stufte Galeano den Brief des kubanischen Kultusministers an Diaz als bedauerlich ein, verwahrte sich aber gegen die Aufregung, die von interessierter Seite hervorgerufen wurde. Nicht zuletzt von Diaz selbst, der ihn zu einem Todesurteil umlog.

Fortan war Diaz der Shooting-Star derer, die immer die kritische Solidarität im Munde führten, dabei aber die Kritik groß schrieben, die Solidarität dabei ganz vergaßen. Die Brüder Hoffmann (beide LN-Redakteure) waren die ständigen Übersetzer von Diaz-Texten, die dann im Freitag, der taz, der WOZ etc. auftauchten. Anders als durch Diaz Brille nahmen die die kubanischen Probleme nicht mehr wahr. Selbst die Cuba Libre blieb von der Diskussion nicht unberührt. Überall gab es Leute, die von Diaz das Bild eines kritischen Freundes der kubanischen Revolution zeichneten, der von den Betonköpfen aus Havanna mundtot gemacht werden sollte.

Der Inhalt von Diaz Texten und Interviews paßte sich immer den Hardlinern aus Miami an, was von seinen AnhängerInnen gerne übersehen wurde.



1. Reitschneckenwurm (Trichocephalus trichiurus) 3/4. a G1, b Weibchen, c Männchen, 1. Z. in der Schleimhaut des Darmes, a stärker vergrößert. (Art. Reitschneckenwurm.)

Zum Beweis einige Zeilen Originalton Jesus Diaz aus der taz vom 7.8.94: Bert Hoffmann interviewte ihn zur aktuellen Situation nach den Unruhen in Havanna. Auf die Frage des friedlichen Wandels auf Kuba kam die offene Antwort: »Was heißt hier

friedlich, wenn jegliche Opposition auf brutale Weise unterdrückt wird? Man kann doch gar nicht mehr von einem friedlichen Wandel reden...« Eine unverhohlene Rechtfertigung für einen gewaltsamen Umsturzversuch.

Aber die Schuld für das Blutbad ist schon vorsorglich abgeladen: »Fidel Castro wird vor nichts zurückschrecken. Und die internationale Linke merkt das immer noch nicht, sondern unterstützt ihn weiterhin, spricht von Dialog und nimmt eine konziliante Haltung ein. Was kann es mit einer kriminellen Regierung wie dieser für einen Dialog geben?... Dafür muß sich Diaz schon die extremste Rechte von Miami als Bündnispartner ausgesucht haben. Die scheut sich ja bekanntlich nicht dialogbereite Kreise in den eigenen Reihen mit Bomben zum Schweigen zu bringen.«

Castros Forderung an die USA, die Blockade sofort aufzuheben, bezeichnet Diaz als »die anti-nationalste Haltung, die man sich vorstellen kann.«

Als Hoffmann offensichtlich selbst etwas erschrocken über die Tiraden des eigenen Lieblingsdissidenten zaghaft einwirft, daß sich doch die USA in Bezug auf das Embargo bewegen müsse, schon um Castro die Argumente für seine Politik zu nehmen, kommt Diaz noch mal so richtig in Fahrt: »Was sie hören wollen, werde ich nicht sagen, denn das interessiert mich nicht! Was sie hören wollen, ist die elendige Haltung der internationalen Linken. Die USA sind schuld!«

Es ist doch lehrreich, die Wandlungen dieses 'kritischen Freundes der kubanischen Revolution' zu sehen. Oder waren das am Ende nur die Wunschträume unserer alternativen KritikerInnen, die natürlich nie einen Hardliner aus Miami hofiert hätten. Es wird auch spannend sein, weiter zu beobachten, ob diese Kreise Diaz auch jetzt weiter unterstützen, nachdem er sich ganz offen auf die Linie der Miami-Boys begeben hat. Aus der jüngeren deutschen Geschichte gibt es leider Befürchtungen, das die meisten mitgehen, so wie auch die meisten Biermann-FreundInnen ihrem Idol treu blieben, der in den 70ern als Bänkelsänger einer besseren DDR anfing und mittlerweile ganz weit rechts gelandet ist.

Peter Nowak

Cuba darf nicht verstummen!

Wir (1) hatten Sergia Martinez 1992 bei unserem ersten Aufenthalt in Cuba kennengelernt. Wir hatten Briefe in Havanna zu bestellen von Genossen. Es stellte sich heraus: Sergia ist Historikerin am »Instituto de Historia de Cuba«, eine Genossin, die den Sieg der cubanischen Revolution als Studentin erlebte (mit u.a. den Schriftstellern Carpentier und Barnet als Lehrern), als Funktionärin im Studentenverband, als Milizionärin, als Lehrerin in der Alphabetisierungskampagne.

Sie berichtete uns von dem Projekt, eine fünfbändige Geschichte Cubas herauszugeben, deren Veröffentlichung durch den Mangel an Papier im Zusammenhang mit der US-Blockade und der Auflösung des RGW zu scheitern drohte. Das Werk, das über 100 Wissenschaftler und 600 örtliche »Heimatkundler« erarbeitet hatten, lag fertig vor und stellt die Geschichte Cubas von den Anfängen bis 1985 dar. Die einzige bisher vorliegende zusammenfassende Darstellung der Geschichte Cubas von cubanischer Seite endet mit dem Jahr 1933. Gerade die Zeit nach dem Sturz der Machado-Diktatur, der Versuch, bürgerlich-demokratische Verhältnisse in einem vom US-Imperialismus abhängigen Land zu erkämpfen, die Stellung Cubas im 2. Weltkrieg (u.a. als Asylant für vom deutschen Faschismus Verfolgte), die Entwicklung des Battista-Regimes zur offenen Diktatur, und die gesamten Erfahrungen im revolutionären Pro-

zeß, im Kampf um die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität und Unabhängigkeit waren nur in Ansätzen aufgearbeitet und höchstens in verstreuten Monographien zugänglich.

Doch selbst eine bescheidene Auflage von 5000 Exemplaren, um wenigstens die Cubaner mit ihrem eigenen Werdegang bekannt zu machen, und ein paar Exemplare für andere Länder, um die Erfahrungen Cubas kennenzulernen, sollten an der verfluchten »Neuen Weltordnung« scheitern.

Als Christian Lehsten und seine Freunde 1993 das »Instituto de Historia de Cuba« aufsuchten, hatten wir Berechnungen angestellt, daß das notwendige Papier etwa 70-80.000 DM kosten würde. In einem Gespräch mit Sergia und dem Präsident des Instituts, dem Genossen Enrique Mendoza, Mitglied des ZK der PCC, erfuhr er, daß französische Freunde bereits über 20.000 DM gesammelt hatten und

damit die Herausgabe der ersten beiden Bände ermöglichen. Außerdem sei die Einleitung eines Diskussionsprozesses um die »Geschichte Cubas« auf allen Ebenen der Gesellschaft geplant. Ein sechster Band soll die Ergebnisse dieser Diskussionen wiedergeben. ★

Im Juli 1993 wurde ein Spendenkonto eingerichtet und wir verfaßten den nachstehenden Aufruf in Form einer Anzeige. An verschiedene fortschrittliche Zeitungen und Magazine in der BRD wurde diese Anzeige gegeben und auch veröffentlicht, u.a. in der »Cuba Libre«, in den »Nachrichten« von Netzwerk Cuba, in der UZ und in der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ). Schließlich machte sich die Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba im November 1993 das Projekt zu eigen. Die Jugend der IG Medien nahm es im Frühjahr 1994 in ihre Aktion »Adelante Cuba« auf.

Bis Ende Februar 1994 waren 21.000 DM auf das Spendenkonto eingegangen.

Diese respektable Summe konnte der Genosse Corell am 31.3.94 bei einem offiziellen Empfang im wissenschaftlichen Rat des Instituto de Historia de Cuba übergeben. Leider war Enrique Mendoza verstorben. Sein Nachfolger und früherer Stellvertreter, Präsident Lopez Díaz (Oberst im Rebellenheer), dankte in bewegten Worten allen, die dazu beigetragen haben, für die Unterstützung, die jetzt die Herausgabe der Bände 3 und 4 ermöglichen. Er hob vor allem hervor: Unsere Aktion zeige, daß Cuba in seinem Kampf nicht allein stehe und daß die Anerkennung ihrer Arbeit, durch eine solche Spende, ihnen nicht nur

Aufruf:

Cuba darf nicht verstummen!

Es ist wahr, Cuba leidet Not an vielem: an Brennstoffen, an Ersatzteilen, an Medikamenten, an Lebensmitteln. Es ist wahr: In Cuba ist die Pressefreiheit bedroht - durch Papiermangel. Der Papiermangel ist so groß, daß eine seit längerem vom Historischen Institut in Havanna vorgelegte fünfbändige »Geschichte Cubas« nicht gedruckt werden kann.

Auf diese Weise soll Cuba stumm gemacht werden. Das cubanische Volk soll seine Geschichte nicht mehr kennen und damit sei-

ne Identität, die Wurzeln seiner Widerstandskraft.

Eine geplante Auflage von 5.000 Stück zur Ausstattung der öffentlichen Bibliotheken wird ca. DM 80.000,- an Papierkosten ausmachen. Bisher konnten über 20.000,- DM gesammelt werden.

Bitte spenden Sie auf das Konto: Christian Lehsten, »Geschichte Cubas«, Hypobank München, BLZ 700 200 1, Kto-Nr.: 6400187256.

Nähere Information bei Christian Lehsten, Zenettistr.45a, 80337 München

Ansporn, sondern auch Verpflichtung sei: Nicht nur das Werk »Geschichte Cubas« herauszugeben, Verpflichtung auch, die Lehren der revolutionären Geschichte Cubas für die Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Cubanischen Revolution zu nutzen. Er zitierte Brecht:



»Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.«

(Kantate zu Lenins Todestag)

Corell dankte für den herzlichen Empfang durch den Präsidenten, durch den wissenschaftlichen Rat des Instituto de Historia de Cuba und durch alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Spende, die er hier überbringe, habe kämpfende Menschen bei uns zusammengeführt und so uns genutzt, in der Solidarität mit Cuba zusammenzufinden, ein Stück Einheit herzustellen. Arbeiter, Intellektuelle und nicht zuletzt Hanne Hiob, die Tochter von Bert Brecht, wollen zum Ausdruck bringen: Cuba darf nicht verstummen, das revolutionäre Cuba muß in der Lage sein, seine reichen Erfahrungen im Widerstand gegen Kolonialismus und Imperialismus im eigenen Volk zu festigen und allen Völkern weiterzu-

geben. So ist diese Spende kein Almosen, keine milde Gabe vom

reichen an den armen Bruder. Es ist ein bescheidener Dank für die Mühen, die heute Cuba auf seine Schultern nimmt, um der scheinbaren Allmacht des Imperialismus die Stirn zu bieten. Wir stehen in der Schuld Cubas, das nicht kapituliert hat. So möge die Veröffentlichung der Geschichte Cubas dazu beitragen, daß der revolutionäre Funke, der Funke des Widerstands, der Funke von Baraguá (2) bewahrt bleiben, um wieder - auch bei uns - entfacht zu werden. Denn so wie es ist, kann es nicht bleiben. No pasarán, pasaremos!

Corell überreichte auch eine kleine Broschüre, in der die bisherige Arbeit dokumentiert ist. In einem Brief vom 5. Mai 1994 schreibt Sergia Martinez, daß sie diese Broschüre gerade zum Übersetzen gegeben hat, damit alle sich darüber informieren können, wie das Geld zusammengekommen ist, damit etwas, was schon nicht mehr für möglich gehalten wurde - die Herausgabe der Geschichte Cubas -, doch noch wird.

Jetzt muß noch Band 5 der Geschichte Cubas finanziert werden. Spendet bitte! (Konto siehe Kasten)

Corell

(1) »Wir« das ist Corell und seine Familie. Corell ist Mitglied der Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung.



(2) Am Ende des ersten 10jährigen Befreiungskriegs gegen Spanien im Jahre 1878 hatte ein Teil des Rebellenheeres kapituliert und ein Abkommen mit den Spaniern geschlossen. Der andere Teil, unter Führung von Antonio Maceo, erklärte - in scheinbar aussichtsloser Lage - in Mangos de Baraguá, daß es keinen Frieden ohne Unabhängigkeit geben werde. Viele verließen das Land. Sie kehrten 1895 mit Maceo, Martí und Gomez an der Spitze zurück. 1898 waren die Spanier besiegt. - Heute sieht man in Cuba gelegentlich ein Plakat: »Unsere Zukunft ist ein immerwährendes Baraguá«, also ein lebendiger Protest gegen Kapitulation vor Versklavung und erniedrigender Abhängigkeit.

ANTIFASCHISTISCHER KALENDER



Informationen,
Service, Adressen und
natürlich interessante
Diskussionsbeiträge
für mehr als 365 Tage

1995



Jetzt in linken Buch- und Infoläden
oder bei: UNRAST, Postfach 8020 48043 Münster
256 Seiten, 11.50 DM, Hosentaschenformat

ISBN: 3-928300-23-7

Sehr geehrter Herr Bundesminister

An den Bundesminister
Dr. Carl-Dieter Spranger

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Bundesminister, angesichts des bedrohenden Wirtschaftskrieges der USA gegen Cuba und angesichts der Unterstützung dieser Politik des Aushungerns durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wende ich mich in ernster Sorge um das Wohlergehen der cubanischen Bevölkerung an Sie, in der Gewißheit, auch die Meinung vieler anderer MitbürgerInnen wiederzugeben, die aus welchen Gründen auch immer nicht den Weg finden, sich direkt an die gewählten VertreterInnen im Bundestag und in den Regierungsgremien zu wenden.

Seit 34 Jahren ist es dem cubanischen Volk, den politischen Organisationen in Cuba und der cubanischen Staatsführung gelungen, in friedlicher Partnerschaft und Solidarität mit den Nationen der Welt und insbesondere Lateinamerikas ein menschenwürdiges Leben in sozialer Ausgewogenheit und mitmenschlicher Fürsorge, ohne Armut, Krieg und lebensbedrohliche Verletzung der Rechte der Einzelnen zu führen. Die sozialen Errungen-

schaften in Cuba waren und sind immer noch einzigartig in Lateinamerika und wegweisend für die ganze »Dritte Welt«. Diese Erfolge sind seit dem Wegfall des größten Teils aller Handelsbeziehungen nach dem Zusammenbruch der ehemaligen RGW-Staaten und seit der Verschärfung der Handelsblockade aufgrund des »Torricelli-Gesetzes« aufs Höchste bedroht.

1992 hat die US-Administration ihre Beziehung zu Cuba in einer Weise verschlechtert, die an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Cubanische Angebote mit der nordamerikanischen Regierung zu verhandeln, wurden ignoriert. Eine weitere Verschärfung der Wirtschaftsblockade wurde beschlossen und durchgesetzt. Damit sollen Cuba die letzten, nötigen Warenlieferungen genommen werden, die die Grundversorgung der Bevölkerung sicherten.

Die US-Regierung zielt deutlich darauf ab, eine Bevölkerung verhungern zu lassen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht aufgeben will. Diese Politik der USA wird auch von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt. So wurden unter anderem die mit der DDR vertraglich vereinbarten Lieferungen von Milchpulver an Cuba von

der Bundesregierung ersatzlos gestrichen.

Meine Kenntnisse und persönlichen Erfahrungen aus anderen Ländern der »Dritten Welt«, insbesondere Lateinamerikas und Afrikas veranlassen mich das politische System Cubas gewiß anders zu bewerten als Sie und Ihre Partei dies tun. Aber hat die Bundesregierung das Recht, das cubanische Volk den Weltmachtsansprüchen Nordamerikas zu opfern? Die Bundesregierung wird von Parteien angeführt, die sich zu christlichen Wertvorstellungen bekennen. Und dennoch sah sie sich nie veranlaßt, andere Staaten in ähnlicher Weise wirtschaftlich zu bestrafen, obwohl dort im Gegensatz zu Cuba Korruption, Unmenschlichkeit, soziale Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen erheblichsten Ausmaßes seit Jahrzehnten und trotz wechselnder Regierung oder Militärdiktatur offen zu Tage treten.

Warum diese inhumane Härte gerade gegen das cubanische Volk? Warum die hohen Geldforderungen an Cuba, die aus DDR-Verträgen hergeleitet werden, wo doch die Bundesregierung für die Nichterfüllung derselben Verträge und die dadurch für Cuba entstandenen Verluste nicht geradestehen will? Wie Sie wissen haben über eine Million cubanischer Kinder als einzige in Lateinamerika das Recht, pro Tag einen Liter Milch zu erhalten. Warum verweigert die Bundesregierung dieses Recht gerade jetzt? Warum blieb eine großzügige Katastrophenhilfe der BRD nach dem verheerenden Wirbelsturm des letzten Jahres und den Überschwemmungen dieses Jahres aus, wo diese Hilfe doch stets zu Recht und großzügig sogar vollends undemokratischen und die Menschenrechte mit Füßen tretenden Regierungen nicht vorenthalten wurde?

Im Juli 1993 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der 15 Lateinamerikanischen Staaten, Spaniens und Portugals auf eine gemeinsame Verurteilung der US-Handelsblockade gegen Cuba. Auf dem 3. Iberoamerikanischen Gipfel in Salvador de Bahia (Brasilien) schlossen sich die Staats- und Regierungschefs der Forderung internationaler Foren an, wonach politisch motivierte Wirtschafts- und Handelsmaßnahmen gegen einen Staat aufzuheben seien.

Am 16.9.1993 verabschiedete das Europäische Parlament einstimmig

Adelante Cuba

Eine Aktion der
Jugend
in der
IG Medien

In Zusammenarbeit mit "Mujer de la Solidaridad" Darmstadt

Journalisten müssen informieren

"Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich Cuba ausgesetzt sieht, haben ernsthaften Einfluß auf die Medienlandschaft genommen, was sich an einer Reduzierung der Printmedien um 80% und der Bildschrimedien um 35% ablesen läßt." (Julio Garcia Luis, Vorsitzender der Journalisten-Union - "UPEC") Die "UPEC" - Unión de Periodistas de Cuba - hat 3.400 Mitglieder. Das sind fast 90% der Journalistinnen und Journalisten Cubas.

Die Journalistinnen und Journalisten haben zunächst die gleichen Probleme wie alle: Den Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und fast allen Dingen des täglichen Bedarfs, die Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs und der Stromversorgung. Zudem wird ihre Arbeit durch defekte Telefonverbindungen, Benzinmangel und fehlende Arbeitsmittel eingeschränkt. Die schwerwiegendsten Auswirkungen hat aber der Papiermangel. Von 700 Zeitungen und Zeitschriften erscheinen nur noch 70. Eine große Zahl von Journalistinnen und Journalisten arbeiten nun bei Rundfunk und Fernsehen, andere in Forschungsprojekten.

Ein weiteres Problem ist die Arbeit der "UPEC", die sich bisher vom eigenen Verlag finanziert hat. In diesem Zusammenhang bat der Kollege Julio Garcia Luis von der "UPEC" die IG Medien Jugend um Unterstützung. Kontakte und Zusammenarbeit mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen werden genauso erhofft, wie auch die Unterstützung der täglichen Arbeit der Journalistinnen und Journalisten Cubas durch die Finanzierung von Batterien, Tonbandkassetten, Notizblöcken, Stiften, Markern und Büromaterial, das alles dringend benötigt wird.

Spendenkonto:

IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!

eine Entschließung, in der die Blockade Cubas sowie in diesem Zusammenhang insbesondere das sogenannte »Torricelli-Gesetz« der US-Regierung verurteilt wurde und die Mitgliedsländer aufgefordert wurden sich der Blockadepolitik nicht zu beugen. Am 3.11.1993 verabschiedete die

★ UNO-Vollversammlung die Entschließung »Über die Notwendigkeit einer Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Cuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade«. Bei 88 Ja-Stimmen gab es nur 4 Nein-Stimmen. 59 Länder enthielten sich, darunter die BRD. Warum?

In der Resolution vom 3.11.9~ erinnert die UNO-Vollversammlung an die Resolution 47j19 vom 24.11.1992 und zeigt sich besorgt darüber, daß die neuen Maßnahmen der USA und der mit ihr verbündeten Länder darauf abzielen, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Cuba zu verstärken und die negativen Auswirkungen auf die cubanische Bevölkerung zu verschärfen.

Im Juni 1993 forderten mehrere Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen zusammen mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit WILPF vor der UN Commission on Human Rights die sofortige Beendigung der Handelsblockade gegen Cuba.

Ich erwarte von Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie sich in der Bundesregierung und in ihrer Partei energisch dafür einsetzen, der Menschlichkeit zum Durchbruch in unserem immer kälter werdenden Land zu verhelfen. Verwenden Sie sich für die Wiederaufnahme der humanitären nicht-militärischen Hilfe für Cuba und die Wiederaufnahme der abgebrochenen Handelsbeziehungen. Unterstützen Sie alle Initiativen, die zur Beendigung der Blockade führen und sprechen Sie der cubanischen Bevölkerung das Recht nicht ab, unabhängig über ihre eigene Staats- und Wirtschaftsform zu entscheiden.

In Erwartung Ihrer Antwort auf meine Anregungen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Die Antwort

Sehr geehrter Herr Egeter,

im Namen von Herrn Bundesminister Spranger danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 30. Dezember 1993.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß eine bilaterale entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kuba deshalb nicht stattfindet, weil es hierfür weiterhin an den unabdingbaren Rahmenbedingungen fehlt (z.B. fehlen einer parlamentarischen, pluralistischen Demokratie; Verletzung der politischen Grund- und Freiheitsrechte; staatlich gelenkte ineffiziente Planwirtschaft).

Die Opposition wird nach wie vor verfolgt und ist eher noch zunehmenden Repressalien ausgesetzt. Nach den hier vorliegenden Informationen ist die Menschenrechtslage weiterhin äußerst kritisch.

Bundesregierung und Bundestag sind sich darin einig, an Kuba keine Entwicklungshilfe zu leisten, die als Unterstützung der Diktatur verstanden werden konnte.

Es besteht jedoch hinsichtlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Kuba die grundsätzliche Bereitschaft, den Ärmsten Hilfe über kirchliche oder andere nicht-staatliche Organisationen zukommen zu lassen. Mangels unabhängiger Nichtregierungsorganisationen gibt es jedoch auch hierfür noch kaum Ansätze. Bisher wurde lediglich ein Pilotvorhaben mit der evangelischen Kirche (DÜ) mit der Zielsetzung einer Unterstützung der armen ländlichen Bevölkerung begonnen.

Neben der vom Auswärtigen Amt gewährten Katastrophenhilfe in Höhe von 100.000,— DM hat kürzlich das BMZ einem Antrag des Deutschen Roten Kreuzes über ca. 180.000,— DM

zugestimmt, der im Rahmen der Unterstützung von Krankenhäusern die Versorgung von Patienten mit Nahrungsmittelhilfen vorsieht.

Bezüglich des zwischen der DDR und Kuba vereinbarten Abkommens über die Lieferung von Magermilchpulver hatte die Bundesregierung angeboten, über Nichtregierungsorganisationen aus humanitären Gründen zu liefern. Auch dieses konnte wegen der fehlenden Infrastruktur leider nicht realisiert werden.

Im Hinblick auf das von Ihnen angesprochene US-Embargo haben sich die Bundesregierung und die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nie den Sanktionen der USA angeschlossen. Das von den USA verhängte Embargo wird primär als bilaterale Angelegenheit zwischen den USA und Kuba betrachtet. Dies war im übrigen auch der Grund für die Stimmenthaltung der Bundesregierung für die von Ihnen zitierte UNO-Beschlußresolution.

Neben diesen Unterstützungen bemüht sich die Bundesregierung weiterhin im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten um einen positiven Wandel in Kuba und unterstützt daher u.a. die politischen Stiftungen bei ihren Bemühungen, Demokratisierungsprozesse in Kuba zu fördern bzw. zu beginnen und eine Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu ermöglichen.

Ich hoffe allerdings, daß mit dem vorsichtig begonnenen Transformationsprozeß eine politische und ökonomische Öffnung begonnen werden kann, in deren Prozeß u.a. die Achtung der Menschenrechte und die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen eingeleitet bzw. realisiert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag
Reimann

Eine Aktion der Jugend in der IG Medien

Adelante Cuba

In Zusammenarbeit mit "Taller de la Solidaridad" Darmstadt

Spendenkonto:
IG Medien Hauptvorstand
Konto: 107 200 2900
BFG Stuttgart - BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

projekte

Presseerklärung der TeilnehmerInnen
an der Internationalen Arbeitsbrigade
José Martí 1994 09.09.1994

Wir fahren nach Cuba

Wir sind Menschen unterschiedlicher politischer Anschauungen und Berufe im Alter von 16 bis 56 Jahren.

In der Brigade José Martí werden wir gemeinsam mit Menschen aus sechs anderen europäischen Ländern in der Landwirtschaft arbeiten. Wir finanzieren unseren Aufenthalt selbst.

Es ist uns wichtig, gerade jetzt nach Cuba zu fahren: in einer Zeit, in der die verschärfte Wirtschaftsblockade ein Gesellschaftssystem bedroht, das seit Jahrzehnten aufgrund seiner enormen sozialen Errungenschaften als Entwicklungsmodell gilt.

Aus der Erfahrung einzelner Mitglieder, die bereits im vorigen Jahr an der Brigade José Martí teilgenommen haben, wissen wir, daß die CubanerInnen sehr aufgeschlossen über ihre schwierige Situation sprechen und nach Lösungsansätzen suchen, um die Errungenschaften der cubanischen Revolution zu retten.

Wir fahren nach Cuba, um uns im Zusammenleben und in der gemeinsamen Arbeit mit CubanerInnen ein eigen-

nes, differenziertes Bild der politischen Situation machen zu können: Ist dies Bild doch bisher dominiert von Fernsehbildern flüchtender Menschen. Wir wissen aber, daß Cuba sämtliche Voraussetzungen für die legale Ausreise cubanischer StaatsbürgerInnen in die USA geschaffen haben. 1987 wurde mit den USA ein Abkommen vereinbart, daß eine jährliche Einwanderungsquote von 28000 CubanerInnen in die USA vorsieht. Jedoch nur 2000 Einreisegenehmigungen wurden von der US-Botschaft erteilt. Die USA tragen die Verantwortung für die Art und Weise, wie CubanerInnen zur Zeit ihr Land verlassen, um in die USA zu gelangen.

Wir möchten nicht mit leeren Händen aus einem reichen Land in das Cuba materieller Not fahren: Wir sammeln deshalb Geld- und Sachspenden, (Schreibmaterialien, Seife, Bettwäsche, Gehhilfen, Rollstühle etc.) die zur Hälfte an die Gesellschaft motorisch Behinderter, und zur anderen Hälfte an das ICAP, das auf cubanischer Seite Veranstalter der Brigade ist, gehen.

Dafür bitten wir um Spenden!

Geldspenden:

Freundschaftsgesellschaft
BRD - Kuba e.V.
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln
Postgiroamt Köln,
(BLZ 370 100 50) 307 984-507
Stichwort José Martí

Sachspenden:

Bedarfgüter und Sammelstellen-Info:
Netzwerk Cuba,
Telefon 0228/241505

Medikamentenspenden:

Dr. med. Fritz Geisthövel
Schulstraße 26, 46286 Dorsten
Telefon 02369/7102

Erinnerungen an den Anfang der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Als die FG das Laufen lernte

Teresita Averhoff und Rafael Fernandez, genannt »Tito«, waren schon seit 1973 in der Bundesrepublik. Das kubanische Ehepaar, beide ausgebildete Diplomaten, hatten die Aufgabe das Terrain in Westdeutschland zu sondieren, denn es galt auch in diesem Land der organisierten Solidarität mit Kuba eine feste Struktur zu geben. Diplomatische Beziehungen zwischen der BRD und Kuba existierten nicht mehr. Bonn hatte heersam den Abbruch vollzogen, nachdem die USA ihren speziellen Kalten Krieg gegen eröffneten.

Der Geist der »68er« war nach wie vor im politischen Leben an den westdeutschen Universitäten zu spüren und Che-Bilder fehlten auf kaum einer Vietnam-Demonstration. Es hatte sich der marxistische Studentenverband MSB konstituiert und seit vier Jahren gab es wieder eine legale Kommunistische Partei, die DKP, die Beziehungen zur KP Kubas aufgenommen hatte. Ich war im Dezember 1970 Teilnehmer des IOJ-Kongresses in Havanna - eines internationalen Journalistenverbandes - und bei dieser Gelegenheit konnte ich im Auftrage meines damaligen Parteivorsitzenden Kurt Bachmann, die ersten Kontakte zur KP Kubas knüpfen.

In manchen Universitätsstädten der Bundesrepublik hatte sich ein »Komitee zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Kuba« (KOWIZUKU) gebildet. Jusos bemühten sich ebenfalls um Kontakte zu dem revolutionären Kuba. Magnus Enzensberger und andere Intellektuelle waren gerade enttäuscht aus Kuba zurückgekehrt, weil man dort nicht bereit war, allen »Ratschlägen« der westdeutschen Intellektuellen zu folgen.

In Vietnam bezogen die Amis eine Niederlage nach der anderen und auf der deutsch-deutschen Bühne hatte die SPD unter Brandt mit der Konzeption der neuen Ostpolitik begonnen. So etwa läßt sich in groben Kreidestrichen die Situation skizzieren, in der wir uns befanden, als wir darangingen, die Weichen für eine Freundschaftsgesellschaft mit Kuba zu stellen. Wohl gemerkt in einer Zeit, da die Linke untereinander in bittersten Feinden um den alleingültigen Weg waren, wo die

einen davon träumten, die Kämpfe Ches und Fidels aus der Sierra an den Ufern der Isar nachzuvollziehen und andere dem revolutionären Kuba die Beziehungen zur Sowjetunion und der DDR vorwarfen.

Im Sommer 1973 war die erste deutsche Arbeitsbrigade nach Kuba gefahren und hatte sowohl mit dem ICAP, unserer kubanischen Partnerorganisation, als auch mit anderen westeuropäischen Freundschaftsgesellschaften in Berührung gekommen. Erste Kuba-Aktivistinnen und -Aktivisten waren gewonnen. Gespräche mit Teresita Averhoff und »Tito« vertieften die Entschlossenheit, hier endlich eine deutsche Partnerorganisation für das revolutionäre Kuba aus der Taufe zu heben.

Ich begann nun damit, nach Mitstreitern zu suchen, nicht nur in den eigenen Reihen. Dr. Wilhelm Breuer, ein in der Friedensbewegung engagierter Freund und Horst-Eckart Groß, Mathematiker aus Bielefeld, in Südamerika aufgewachsen, dem Spanischen ebenso mächtig wie dem Deutschen, waren meine ersten Partner. Wir gingen auf die Suche nach weiteren Aktivisten und wurden fündig. Da waren die evangelischen Pfarrer aus dem Ruhrgebiet, Michael Höhn und Jochen Schwabe-Dissem, da war der Betriebsratvorsitzenden der Duisburger Eisengießerei Meiderich, Heinz Lukrawka, Ferdinand Zinn aus Dinslaken, ein Geschäftsmann, Germuthe von Müller, Giv von Körber aus Köln, Isabella von Schönberg, damals noch Studentin in Marburg, da war John Küster, ebenfalls aus Marburg, Sabine

Großkopf aus Hamburg, Willy Huisman aus Bremen.

Es war im Frühjahr 1974 in einem Gelsenkirchener Restaurant, als wir die FG BRD-Kuba gründeten. Dr. Wilhelm Breuer wurde unser erster Vorsitzender. Ferdi Zinn wurde Schatzmeister, Horts-Eckart Groß und ich waren ebenfalls wie einige weitere Beisitzer im Vorstand. Was muß nicht alles bedacht werden, bei einer solchen Gründung: Eine Geschäftsstelle muß her, eine Plattform über die Ziele veranschiedet und eine Satzung beschlossen, die Gemeinnützigkeit des eingetragenen Vereins beantragt werden. Kurz, wir eröffneten in Bonn unsere erste Geschäftsstelle.

Doch wichtiger als die organisatorischen und juristischen Voraussetzungen war uns schon am Beginn der Überlegung, wir müssen die Solidarität für Kuba auf eine politisch möglichst breite Basis stellen. Im ersten Jahr ging es uns vor allem um den Aufbau der Gesellschaft und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Havanna, für die wir uns politisch einsetzten. Und das konnte ja nicht nur ein Ziel von Kommunisten sein. Wie überhaupt die gesellschaftliche Breite der Solidarität für Kuba damals wie heute die größte Unterstützung für Kuba darstellt.

Wie erfolgreich waren wir? Es gelang uns eine beachtliche Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Beleg dafür sind sicher die späteren Vorsitzenden der Gesellschaft, Klaus Thüsing, SPD-Bundestagsabgeordneter, Herbert Meyer, Reisekaufmann aus Hamburg und Manfred Bissinger, Journalist und Herausgeber. Nicht unwichtig zu erwähnen, daß der Finanzminister im Schmidt-Kabinett Matthöfer ebenfalls Mitglied der FG wurde.

Wir hatten schon in kurzer Zeit beachtliche wissenschaftliche Positionen in den Universitätsstädten. Natürlich wurde das von den Reagierenden bekämpft. Horts-Eckart Groß erhielt Berufsverbot, weil Mitglied der DKP und im Vorstand der FG war. Der

Verfassungsschutz observierte die FG, wir erschienen im jährlichen Bericht der Bundesregierung.

Die andere Seite war unser rasches Wachstum. Die Gruppen in den Städten formierten sich rasch. Eigene Aktionen und Initiativen vor Ort konnten verzeichnet werden. Veranstaltungen und Aktionen wie Kuba-Abende und Kubanische Nächte in Hamburg, München, Bremen, Krefeld, Marburg wurden ebenso erfolgreich wie Tourneen mit kubanischen Künstlern und Sportlern, die im Lande waren.

Auf die Durchführung der jährlichen Arbeitsbrigaden nach Kuba legten wir von Anfang an den größten Wert. Gewannen wir doch dadurch neue Kräfte. Ulla Krüger aus Frankfurt oder Harald Meinke aus Hamburg seien dafür stellvertretend genannt.

Ab 1975, als Bonn die Beziehungen zu Kuba wieder aufnahm - wir sahen auch unseren Anteil an diesem Erfolg - konnten wir unsere Arbeit vertiefen. Ich erinnere mich meines ersten Besuches in der Bonner Dienstvilla des Außenministers Genscher, wo Hort-Eckart und ich, den Plan für eine Ausstellung bundesdeutscher bildender Künstler in Havanna vortrugen. Der kubanische Außenminister war gerade zu Gast bei Genscher. Es gelang uns mit der tatkräftigen Mithilfe von Ulla Krüger aus Frankfurt, die verantwortlichen Beamten im Auswärtigen Amt von diesem Projekt zu überzeugen. 52 Künstler, darunter Getrude Degenhardt, Hap Grieshaber, Franz Kochseder, Walter Kurowski, Joachim Palm, Mathias Prechtel, Enric Rabaseda, Jörg Scherkamp und Klaus Staeck stellten in Havanna aus. Transport und Versicherung der Bilder, Flug der Künstler, Druck eines zweisprachigen und ausgezeichnet gestalteten Kataloges, der mit dem Signet der FG und dem Bundesadler versehen war und in dem es heißt:

»Eine Ausstellung der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland - Kuba und dem Auswärtigen Amt in Havanna« - das alles wurde von der Bonner Regierung bezahlt. Trotz Berufsverbote, trotz Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Ich hatte die Ehre neben dem bundesdeutschen Botschafter in Havanna das Vorwort für die FG im Katalog zu schreiben und zu zeichnen.

Auf keinem UZ-Pressfest fehlte das große Kuba-Zelt der FG. Wir führten die Installierung eines eigenen Reisedienstes der FG. Wir führten eine Menge bundesdeutscher Journalisten nach Kuba. Mit einigen von ihnen brachten

wir beim Lamuv-Verlag einen eigenen Reiseführer heraus. An diesen und vielen anderen Aktivitäten waren unsere Geschäftsführerinnen, von Isabella v. Schönberg bis zu Elisabeth Toelke, maßgeblich beteiligt. Was heir ziemlich glatt klingt, war nicht ohne Widersprüche in den eigenen Reihen zu realisieren. Es gab genügend Auseinandersetzungen um Richtung und Ziele - dennoch war immer der übergeordnete Gedanke, wie können wir dem kubanischen Volk, das seinen eigenen revolutionären Weg gewählt hat, helfen. Gegen den imperialistischen Giganten im Norden, gegen seine Helfershelfer in Europa. Damals wie heute sollte das die oberste Maxime unseres Handelns in der Solidaritätsarbeit sein.

Die Erinnerungen wären unvollständig, würden wir nicht die große Hilfe erwähnen, die uns und unsere Arbeit durch die Companeros der kubanischen Botschaft in Bonn zuteil wurde. Ob wir uns mit dem ICAP in Madrid oder im Taunus zu Europa treffen mit den anderen Gesellschaften

unseres Kontinents trafen, ob wir Reisen von politischen und künstlerischen Persönlichkeiten aus Kuba in unserem Land betreuten, stets standen wir in einem engen Verhältnis zu den Frauen und Männern aus der Bonner Kennedy-Allee.

Manche der Freunde Kubas, die mit uns die FG gegründet haben, leben nicht mehr, wie Harald Meinke und Ulla Krüger, denen wir noch einmal gedenken. Andere haben sich zurückgezogen oder sind beiseite getreten. Aber von keinem oder keiner habe ich je gehört, daß sie ihren Respekt vor der kubanischen Revolution und den Menschen, die sie tragen, verloren hätten. Wieder andere und jüngere haben sich in die FG eingereiht. Trotz allen politischen Druckes, trotz der Hungerblockade durch die USA - die Revolution des kubanischen Volkes lebt, sie wird weiter leben auch und gerade durch unsere Solidaritätsarbeit.

Fritz Noll

Stellenausschreibung

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. sucht

eine/n Sekretär/in

für ihre Geschäftsstelle in Köln.

Aufgabenbereiche:

- Allgemeine Büro- und Verwaltungsarbeiten
- Mitgliederverwaltung
- Gruppenbetreuung
- Abonnentenverwaltung der Vereinszeitschrift *cuba libre*
- Technische Unterstützung der Vorstandsarbeit.
- Reise-Aquirierung und -Betreuung

Mitgebracht werden sollten u.a.:

- * Professionalität und Erfahrung im Verwaltungs- und Vereinswesen
- * Aktives Engagement in der Cuba-Solidarität
- * Einfühlungsvermögen bei der Betreuung der Gruppen und Mitglieder
- * Kooperationsfähigkeit im Kontakt mit Interessenten, befreundeten Gruppen und bei offiziellen Kontakten

Geboten werden

- * tarifliches Gehalt und die allgemeinen Sozialleistungen

Außerdem erwarten Dich:

- * die Sicherheit, für eine sinnvolle Sache zu arbeiten
- * die konstruktive und solidarische Zusammenarbeit mit einem aktionsorientierten Vorstand
- * eine ebensolche mit aktionsfreudigen und aktiven Regionalgruppen

Bewerbungen

mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an unsere Geschäftsstelle:

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V.
- Bundesvorstand -
Theodor-Heuss-Ring 26
50668 Köln.

Wie oft...

...muß man beteuern, daß das cubanische Gesellschaftssystem Mängel hat, daß es in Cuba auch Ungerechtigkeiten gibt, daß es auch Korruption gibt, daß es auch Prostitution gibt, daß es auch in Cuba auf allen gesellschaftlichen Gebieten Entwicklungen gibt, die das cubanische Modell eher von seinem Ideal entfernen als es ihm näherbringen, um reinen Gewissens für Cuba und die cubanische Revolution kämpfen zu dürfen?

Auch wenn diese Zeitschrift und ebensowenig die Organisation, die sie herausgibt es sich zur Aufgabe machen sollte, auf diese Frage eine Antwort zu finden, so beweisen die Vorgänge bei der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e. V., daß es eine Reihe von Menschen gibt, die dieser Frage eine erhebliche Bedeutung beizumessen scheinen.

Eines muß für alle klar sein: Es gibt keine Gesellschaft auf dieser Welt, die auf die Eingebungen und gutgemeinten Ratschläge der westdeutschen Linken besonderen Wert legt. Das fatale dabei ist, daß viele Menschen in ihrem Streben nach Redlichkeit und schonungsloser Offenheit sich objektiv wähnen, in einer Welt, in der es keine Objektivität geben kann.

Die Konsequenz daraus kann nur sein: Entweder ich unterstütze ein gesellschaftliches Projekt so wie es ist oder wie es im Begriff ist, sich zu ent-

wickeln oder ich lasse es einfach bleiben. Diese Entscheidung muß ich unabhängig davon treffen, wie ich persönlich zu einzelnen Aspekten der gesellschaftlichen Realität des betreffenden Landes stehe. Die internationale Politik, die - wie im Falle Cuba - das Wohl und Wehe »meines« gesellschaftlichen Traumes bestimmt, ist nicht selektiv. Es wird bei der Isolierung Cubas nicht von Fall zu Fall unterschieden, ob denn nun diese oder jene gesellschaftliche Realität eine partielle Änderung der Blockadepolitik sinnvoll erscheinen läßt. Die Bestimmungsgrößen für die Außenpolitik kapitalistischer und imperialistischer Staaten sind deren eigene Interessen und nicht die der Adressaten dieser Politik. Durch die niedrige Kindersterblichkeit oder die Abwesenheit von Hunger auf der Insel kann Cuba bei den USA keine Punkte sammeln. Und ebensowenig kann Solidarität mit Cuba gleichzeitig Forderungen an die dortige Regierung und Aufrufe an die Solidaritätsbewegung enthalten, solche Forderungen zu stellen. Mit einem solchen Spagat läßt sich keine schlagkräftige politische Bewegung aufbauen. Man stelle sich solches Tun z. B. im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Vietnamkrieg vor.

Der Maßstab, an dem die Handlungen von einzelnen Personen oder - im Vergleich zu dem Objekt, auf das sich die Handlung bezieht, kleinen Gruppen - gemessen werden, ist nicht das individuelle Wertesystem des handelnden Subjektes, sondern die tatsächliche Wirkung, die die Hand-

lung verursacht. Und diese hängt von der gesellschaftlichen Realität und damit von der »öffentlichen Meinung« hinsichtlich des Objektes ab. Bei jeder Kritik an Cuba oder einzelnen Aspekten der cubanischen Gesellschaft, mit der ich mich an »die Öffentlichkeit« wende muß ich mir über die Beschaffenheit dieser Öffentlichkeit und ihrer Meinung bewußt sein. Einem deutschen »Durchschnittsbürger« klarzumachen, daß in Cuba vieles falsch läuft, ist die einfachste Sache der Welt. Nur: Was erreiche ich damit? Daß sich der Adressat künftig für die Verbesserung der cubanischen Gesellschaft einsetzt? Wohl kaum. Daß sich die Cubaner/innen künftig anstrengen, es besser zu machen? Ebensowenig.

Analyse und Kritik können nur einem Zweck dienen: Lehren für den eigenen politischen Kampf zu ziehen. Die Entscheidung, für eine Sache einzutreten oder nicht, muß davon unabhängig getroffen werden. Meine Entscheidung lautet: Ja, ich will dieses Cuba unterstützen, dieses Land, dieses Volk, diese Regierung, die bewiesen haben, daß es möglich ist: Daß die menschliche Vernunft siegen kann über den Kapitalismus, in dem das Recht des Stärkeren und des Skrupellosen Gesetz ist. Das schlimmste für mich, was in bezug auf Cuba passieren kann, ist nicht, daß sich die cubanische Gesellschaft von ihren einst gesteckten Zielen noch weiter entfernt, um zu überleben, das schlimmste wäre, wenn sie unterginge, weil sie von ihren Freunden im Stich gelassen wird.

Manfred Sill

Adelante Cuba

Eine Aktion der
Jugend
in der
IG Medien

in Zusammenarbeit mit "Folios de la Solidaridad" Darmstadt

Journalisten müssen informieren

"Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich Cuba ausgesetzt sieht, haben ernsthaften Einfluß auf die Medienlandschaft genommen, was sich an einer Reduzierung der Printmedien um 80% und der Bildschirmmedien um 35% ablesen läßt." (Julio Garcia Luis, Vorsitzender der Journalisten-Union - "UPEC")
Die "UPEC" - Unión de Periodistas de Cuba - hat 3.400 Mitglieder. Das sind fast 90% der Journalistinnen und Journalisten Cubas.

Die Journalistinnen und Journalisten haben zunächst die gleichen Probleme wie alle: Den Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und fast allen Dingen des täglichen Bedarfs, die Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs und der Stromversorgung. Zudem wird ihre Arbeit durch defekte Telefonverbindungen, Benzinmangel und fehlende Arbeitsmittel eingeschränkt. Die schwerwiegendsten Auswirkungen hat aber der Papiermangel. Von 700 Zeitungen und Zeitschriften erscheinen nur noch 70. Eine große Zahl von Journalistinnen und Journalisten arbeiten nun bei Rundfunk und Fernsehen, andere in Forschungsprojekten.

Ein weiteres Problem ist die Arbeit der "UPEC", die sich bisher vom eigenen Verlag finanziert hat. In diesem Zusammenhang bat der Kollege Julio Garcia Luis von der "UPEC" die IG Medien Jugend um Unterstützung. Kontakte und Zusammenarbeit mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen werden genauso erhofft, wie auch die Unterstützung der täglichen Arbeit der Journalistinnen und Journalisten Cubas durch die Finanzierung von Batterien, Tonbandkassetten, Notizblöcken, Stiften, Markern und Büromaterial, das alles dringend benötigt wird.

Spendenkonto:
IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!

Pharisäertum

von Felix Pita Astudillo

Am vergangenen 20. Mai war es 92 Jahre her, daß die Militärintervention der USA eine kastrierte Regierung in Havanna einsetzte. Für die Kubaner auf der Insel ist das Datum ein unheilvoller Moment in der Geschichte.

Aber Präsident William Clinton, der kein Kubaner ist und auch nichts hätte, warum er es tun sollte, beschloß, der Kastration zu gedenken und widmete dem eine Botschaft von 400 Worten, die von den antikubanischen Radio- und Fernsehsendern ausgestrahlt wurde. Vier kümmerliche Abschnitte waren das, was die arrogante Supermacht zustande brachte, um ein Urteil über das Kuba von heute zu fällen und die nicht erwünschten Meinungen seiner Regierung zu verbreiten. Nicht mehr als dies verdient die kleine Nation aus der Karibik für das unipolare Imperium.

Gerne hätte er sich diese Botschaft sparen können, aber William Clinton entschied sich dafür, sie zu verfassen und er verfasste sie voller Anhänglichkeit an das alte annektionistische Gedankengut, das sich heute in der Begierde, uns vermittlels einer neuen Weltordnung zu annekieren, manifestiert.

Ihr grober Inhalt läßt an eine Wahlbotschaft denken, eher an Miami als an Kuba gerichtet. Im nächsten November werden die Einwohner Floridas zu den Urnen schreiten, und in diesem Kampf sind verschiedene Interessen vertreten.

Daher kommt es, daß er in dem ersten der vier Abschnitte die 35 Jahre der kubanischen Revolution als eine Periode »unmenschlicher Diktatur« beurteilt und »zutiefst« wünscht, daß »das kubanische Volk in Freiheit lebt.« Er will glauben, daß wir Kubaner leichtgläubige Schafe sind, die diese »unmenschliche Diktatur« mit der Regierung identifizieren, die zum ersten Mal die ganze Würde des Menschen zurückgewann; die alle Kubaner daran gewöhnte, sich zu ernähren und zu kleiden; die ihnen Arbeit gab, die der vorhergehende Kapitalismus nur einem Drittel seiner Arbeiter bot; die mehr Ärzte und Lehrer ausbildete als in der ganzen, vorherigen Republik; die

den ganzen Unterricht und die medizinische Betreuung unentgeltlich und effizient machte; die die teuren Dienstleistungen wie die Sonderausbildung finanzierte; die hunderttausende Kinder der Schwester Lateinamerika und der Welt unterrichtete; die die Türen der Kultur und der sportlichen Entwicklung öffnete und die alle und jeden einzelnen seiner Bürger schützte, wenn eine Sonderperiode die ökonomischen Aktivitäten einengte, um nur einige von den vielen »diktatorischen« Taten im Verlauf dieser Jahre zu erwähnen.

Wenn es nötig ist, damit »das kubanische Volk in Freiheit lebt«, dazu zurückzukehren, daß 31% der Bevölkerung ohne irgendeine Schulbildung sind, daß 24% Analphabetismus unter den Erwachsenen und 66% unter den Kindern bis zum zehnten Lebensjahr vorherrschen; daß 49% fast permanent arbeitslos sind; daß 32% der Häuser des Landes mit Palmenblättern gedeckt sind und gestampfte Erde als Fußboden haben; daß 65% von ihnen ohne fließendes Wasser und 72% ohne sanitäre Anlagen sind; daß 36% der Bauern Parasiten, 31% Sumpffieber und 14% Tuberkulose haben - um nur einige Zahlen zu nennen - diese »Freiheit« interessiert uns wirklich nicht, denn sie ist inhuman, weil die Philosophie des »Rette sich, wer kann« dahintersteckt.

Hier hat die »unmenschliche Diktatur« eine ethische und soziale Solidarität entwickelt, damit es nicht wie in den USA Arbeitslosigkeit in den größten Betrieben aufgrund von 3000 Monatsarbeitern gebe; oder Personen ohne Wohnung, die ihre Arbeitskraft für einen Teller Essen anbieten und deren Zahl sich in drei Jahren verzehnfacht hat; oder Einwanderer, denen nach einem schweren Erdbeben wie in Los Angeles nur deshalb keine Hilfe gewährt wird, weil sie ihre Papiere nicht in Ordnung haben; oder

mehr als 30 Millionen ohne irgendeine medizinische Absicherung; oder die anderen, vielen Millionen Drogenabhängige und Kriminelle, für die man nur mehr Gefängnisse zu bauen und mehr Polizisten, die sie bekämpfen, zu rekrutieren gedenkt, um nur einige wenige der Erscheinungsformen dieser »Freiheit«, die der Präsident uns wünscht, zusammenzufassen. ★

Im zweiten Abschnitt seiner Botschaft sagt Clinton, daß die Überwachung »der Demokratie, der Menschenrechte« und »eine Regierung, die gegenüber ihrem Volk Rechenschaft ablegt« die Ecksteine sind, die bei den Beziehungen der USA mit Lateinamerika berücksichtigt werden. Und er fügt hinzu, daß Kuba diese Gebote nicht erfüllt.

Er sagt dies über die einzige Regierung dieser Hemisphäre, einschließlich der USA, die nicht nur gegenüber ihrem Volk Rechenschaft ablegt, sondern unter demokratischer Beteiligung von Millionen Personen - auch einzigartig in ihrer Art - die gesamte Politik wie die Finanzen der Insel öffentlich zur Debatte stellt. Wo stimmt der durchschnittliche Nordamerikaner über die Finanz- und Steuerpolitik Washingtons ab, um die Entscheidungen des Kabinetts, der Legislative oder ausgewählter Gruppen plutokratischer Körperschaften zu bestätigen oder abzulehnen? Gegenüber welchen Wählern oder welchem Volk legt die Regierung der USA Rechenschaft ab, wenn sie entscheidet, den bewaffneten Weg zu beschreiten oder einen Krieg der Sterne vorzubereiten? Wo sind die demokratischen Mechanismen und wo wird Rechenschaft abgelegt?

William Clinton sagt, er wünsche uns »das gleiche wie für alle Völker Lateinamerikas«, und erstattet Bericht über den Fortbestand dieser Wünsche: »Presse- und Meinungsfreiheit, Schutz gegen willkürliche Verhaftungen, das Recht auf einen legalen, legitimen Prozeß und ein Rechtsstaat.«

Es gibt keine Erwähnung, weder für Kuba noch für seine lateinamerikanischen Nachbarn, des Rechts auf Leben, Arbeit, Bildung, Brot, Gesundheit und Wohnung. Es gibt kein Wort über die Behebung der Armut, die eine gleiche, ökonomische Entwicklung und eine bessere Verteilung der Reichtümer hemmt. Dies alles läßt sich zu den altbekannten, individuellen, bürgerlichen Freiheiten - die relativ wenig für

die besitzlose Mehrheit bedeuten - und zu einer vagen Erwähnung des Rechtsstaats zusammenfassen. Die gleiche Rhetorik wie immer.

Und dies kommt davon, daß er keine anderen Perspektiven haben kann, weil der Kapitalismus als System sie nicht anbietet.



Im Wesentlichen stellt er das Überleben weniger über das Elend vieler.

Nachdem er dies gesagt hat, nimmt Clinton keinen Anstoß an dem Fehltritt, den er einige Zeilen später begehen wird. Da die Botschaft für die Kubaner in Miami und für die Annexionisten oder Furchtsamen, die sich wünschen, dies auf der Insel zu hören, ist, fügt er hinzu, daß er auch für Kuba das »Gleiche wie für uns« (die USA) wünscht. Und genau an dieser Stelle spricht er von »Wohlstand«, von einer »Umgebung, in der der Grundbedarf befriedigt werden kann und in der unsere Kinder wachsen und sich geistig und in Sicherheit entwickeln können.« Das heißt etwas viel Substanztieleres und Konkreteres als das, was er soeben für den Rest Lateinamerikas wünschte.

Für diese realen Ziele kämpfen wir Kubaner trotz der kriminellen, nordamerikanischen Politik - zu deren Fortsetzer sich Clinton gemacht hat - die versucht, den Wohlstand für uns unerreichbar zu machen, die Befriedigung unseres Grundbedarfs zu verhindern und uns dem Hunger zu überlassen. Deshalb folgt im dritten Absatz der Botschaft ein zynisches Argument für die Verteidigung der Blockade »gegen das Regime Fidel Castros«, die »wir aufrechterhalten (...) weil die USA nicht wünscht, etwas zu tun, um die Diktatur zu unterstützen.«

Die Blockade - wenn wir es genau wissen wollen - richtet sich nicht gegen eine Regierung, sondern gegen elf Millionen Menschen, darunter Kinder und Alte. Clinton gibt natürlich keine Werturteile über die Legalität und Moral der von den Vereinten Nationen verurteilten Blockade ab. Er beschränkt sich zum Beweis auf ein Wortspiel, das sagt, daß die Aufhebung der Blockade dem gleichkommen würde, etwas zu tun, »um die Diktatur zu unterstützen.«

»Zur gleichen Zeit« fügt er hinzu - verteidigt (span.: aboga, Anm. d. Übers.) das Torricelli-Gesetz »die humanitäre Hilfe und den freien Fluß der Kommunikation«, um »die Isolation und die Leiden des kubanischen Volkes zu lindern.« Clinton verwechselte die Worte. Das Torricelli-Gesetz

»verteidigt« (span.: aboga, Anm. d. Übers.) nicht sondern »erwürgt« (span.: ahoga, Anm. d. Übers.). Die Zergliederung in eine Blockade, die erstickt, und ein Gesetz, das vermeintlich Atemluft bietet, widersteht keiner moralischen Analyse. Nicht einmal als geschickte Karikatur der Bibel, wenn diese sagt, daß deine linke Hand nicht wissen muß, was die rechte tut. In diesem Fall nehmen beide Hände an der Erwürgung teil.

Die Botschaft des Präsidenten versichert, mit der Unterstützung für die antikubanischen Radio- und Fernsehsender fortzufahren, und er sagt, daß zwischen unseren zwei Ländern »eine lange Geschichte der Zusammenarbeit und Bewunderung besteht.« »Allein die Diktatur steht zwischen unseren zwei Nationen« - versichert Clinton. Schließlich begeht er im letzten Absatz die Kühnheit Jose Marti als festen Bestandteil der Politik zu zitieren, die Clinton soeben schilderte.

Unter diesen Umständen ist es unerlässlich, den Herrn Präsidenten zu informieren, daß vor 105 Jahren - dreimal mehr als das groteske Datum, das er in seiner Botschaft feiert - Jose Marti und kein anderer die Intentionen der USA gegenüber Kuba und die nordamerikanische Bewertung des kubanischen Volkes in aller Deutlichkeit beschrieb.

Marti sagte :

»Niemals (...) war Kuba für die Vereinigten Staaten mehr als eine wünschenswerte Besetzung, mit nichts Unnützlicherem als seiner Bevölkerung, die sie für unruhig, schwach und gering hielten.«

Es ist tatsächlich eine »lange Geschichte«, aber nicht der »Zusammenarbeit« und »Bewunderung«. Es ist eine Geschichte räuberischer Habgier und Geringschätzung gegenüber den »unsittlichen Zwergen«, wie sie uns seit dem vergangenen Jahrhundert beurteilen.

Die Botschaft ruft uns ins Gedächtnis zurück, daß der andere Gründervater, Carlos Manuel de Cespedes, mit dem gleichen kaum zwei Jahre, bevor er mit dem Krieg der zehn Jahre anfang, übereinstimmte : »Das wonach die Vereinigten Staaten, ihre Regierung, trachten, ist, sich Kubas zu bemächtigen. Das ist das Geheimnis ihrer Politik.«

Und sie läßt uns andere Verteidiger der Unheil verkündenden Idee heraufbeschwören, die mehr oder weniger verhüllte Entschuldigungen anboten. Seit dem »Nichts wäre nützlicher«

von Jefferson und den »dreizehn vorherbestimmten Regierungen« von Adams, fortschreitend zu der »propheatischen Vision« von Clay, »dem großen Licht des Nordens« von Webster, »der Ausgangist sicher und der Handelsteuerpflichtig« von Summer, das »unser ist der ganze Kontinent und ohne Grenzen« vom Dichter Sawall, »die kontinentale Vereinigung« von Everett, »das unausweichliche Resultat bis zum Isthmus und zum Pol« von Ingalls, die »kommerzielle Vereinigung« von Douglas oder »die Notwendigkeit in Kuba den Herd des gelben Fiebers auszurotten« von Blaine.

Als Kubaner haben wir ein Gedächtnis, auch die wilden Kommentare, »das Land zu sanieren, obwohl das Mittel, das die göttliche Vorsehung auf Sodom und Gomorrha anwandte, anzuwenden sei«, des General Beckenridge treten dann zu Tage, oder die Versprechungen es zu erreichen, daß die Flagge der zerlumpten Mörder aus der Schweinebucht »über einem Freien Kuba wehe« von Kennedy. Oder noch viel näher die politischen Bankette von Reagan und Bush im Südwesten von Miami aus Anlaß des 20. Mai.

William Clinton hatte die Gelegenheit, sich diese Vergangenheit der Schande nicht aufzubürden. Aber er scheint das alte orientalische Sprichwort zu erfüllen, das sagt, daß es das Schwierigste für einen Tiger ist, sein Fell abzulegen, weil er dann aufhörte ein Tiger zu sein. Es ist sicher, daß etwas zwischen uns steht und nicht »zwischen unseren zwei Nationen.« »Uns trennen zwei verschiedene Welten : die der Eroberungs- und Annexionspolitik und die derjenigen, die wie wir ein gebildetes, freundschaftliches und hilfsberechtigtes Volk sind, aber wild und unversöhnlich, wenn man seine am meisten geliebten Symbole mit der Sprache des Pharisäers beleidigt. Und genau das hat man mit dieser Botschaft getan.

*Übersetzung des Artikels
»Fariseismo« aus der Granma
vom 26. 5. 1994*

Interview mit Carlos Lage

Sekretär des Ministerrates Kubas

Mario Vazquez Rana für die Zeitung „El Sol de Mexico“, entnommen aus einer Broschüre der Arbeiterbundes, München 1994

Herr Doktor Carlos Lage, vielen Dank dafür, daß Sie mir dieses Interview gewährt haben. Sie sind ein junger Politiker, der sowohl vom Alter her als auch hinsichtlich Ihrer intellektuellen Bildung aus dem System der kubanischen Revolution hervorgegangen ist. Sie hatten das höchste Amt in der revolutionären Jugendorganisation inne, und jetzt sind Sie ein hervorragendes Mitglied des Staatsrates, der Partei und der Regierung Kubas. Wie hat sich beim Durchlaufen der Strukturen des öffentlichen Dienstes Ihre persönliche Perspektive entwickelt?

In erster Linie muß ich der Dankbarkeit Ausdruck geben, die ich spüre, weil du mir erlaubst, mich an das mexikanische Volk zu wenden - etwas, was für alle Kubaner angenehm ist, denn wir kennen die fruchtbaren Wurzeln unserer Geschichte, die auf dem Boden dieses Bruderlandes ernährt wurden, das uns deshalb sehr nah und sehr lieb ist. Um deine Frage zu beantworten, muß man erst einmal daran denken, daß wir eine Zeit voller intensiver Tagesarbeit durchleben und unser Blick auf die Zukunft des Landes gerichtet ist. So bleibt sehr wenig Zeit, und man denkt kaum oder gar nicht an die persönlichen Perspektiven. Ich kann dir versichern, daß sich mein Leben nach und nach kompliziert hat - ich könnte sagen, ohne daß ich es merkte. Ich habe Aufgaben erfüllt, die man mir übertragen hat. So hat sich meine persönliche Perspektive nach und nach erweitert. Früher als Vorsitzender der Studenten- und später der Jugendorganisation hatte ich sozusagen ein unvollkommenes Bild meines Landes. Im Laufe der Jahre und mit den neuen Funktionen erwarb ich logischerweise einen vollkommeneren, tiefgründigen Einblick in mein Land. Ich wollte Arzt werden wie mein Vater. Es waren eher sein Edelmut und der des Berufes, die mich auf diesen Weg brachten, als eine wirkliche Berufung. Diese kam aber mit der Zeit.

Schon als Student ließen meine Studienkollegen und die intensiven politischen Ereignisse Kubas andere Beweggründe in mir entstehen. So bestätigte der kollektive Wille mit jeder neuen Etappe meinen persönlichen Entschluß. Sicher ist, daß ich mich an die Zeit, da ich meinen Beruf in einem Kinderkrankenhaus in Havanna und in Äthiopien ausübte, mit großer Genugtuung und einer gewissen Wehmut erinnere. Meine Familie, meine Freunde, meine Kollegen und alle Menschen, zu denen ich Kontakt hatte, haben im großen Maße einen Einfluß darauf gehabt, was ich bin, denn ich denke, daß sich jeder Mensch durch seine Beziehungen zu anderen Menschen bereichert, und in meinem Fall habe ich das Glück gehabt, sehr wertvolle Menschen kennengelernt und mit ihnen zusammengelebt zu haben; dazu zählen meine drei Kinder. Es ist mir nicht möglich, dir in wenigen Worten zu erklären, was für meine Bildung als Mensch und Revolutionär - verzeih die Weitschweifigkeit - der Kontakt zu Fidel bedeutet hat. Und ich muß noch etwas hinzufügen, Mario.

Du weißt, wir Kubaner haben uns vorgenommen, eine Gesellschaft zu errichten, die sich völlig von denen unterscheidet, die die heutige Welt kennt und anerkennt. Diejenigen, die in meinem Land Führungämter bekleiden, sind keine herkömmlichen Politiker, sondern Revolutionäre. Wir übernehmen Verantwortungen im Dienste des kollektiven Interesses, und eines Tages übergeben wir unser Amt, ohne daß es uns weh tut, ohne Resentiments, um weiter als Revolutionäre zu wirken, und sei es in der bescheidensten Funktion. Unsere einzige wahre Berufung ist es, unserer Nation, unserem Land, unserem Volk zu dienen. Dies ist unsere Pflicht, und wie Marti sagte, erfüllen wir sie einfach und selbstverständlich. Aus diesem Grund ist die Entwicklung meiner persönlichen Perspektive wirklich unwichtig.

Welche Bedeutung hat für Sie als Führungskader und Kubaner, daß die vorhergehende Generation Ihnen diesen Raum gibt, und wie wollen Sie ihn nutzen? Nach dem Sieg der Revolution haben neben Ihnen einige andere junge Führungskader, wie Roberto Robaina, führende Funktionen im Land übernommen. Sie sind Vertreter einer anderen politischen Generation. Würden Sie sagen, daß hier nur Leute gewechselt wurden, oder handelt es sich um eine Erneuerung des Führungsstils und der Ideen über den Kurs, den die kubanische Revolution verfolgen soll? ★

Nicht erst jetzt, Mario, gibt es in Kuba Beförderungen und Ablösungen. Der Prozeß der Einbeziehung neuer Kader war stets ein Wesensmerkmal der Revolution. Nicht alle, die an Bord der „Granma“, stiegen, hatten am Sturm der Moncada-Kaserne teilgenommen, und in der Sierra Maestra schlossen sich dem anfänglichen Kern mit nur sieben Gewehren neue Kämpfer an. Die meisten, die die Schweinebucht verteidigten, sind nicht in der Sierra gewesen, und die junge Generation, die in Angola war, hat nicht in der Schweinebucht gekämpft. Ich betrachte die Generation, die die Revolution gemacht hat, nicht als „vorhergehende“, Generation, sondern als eine gegenwärtige, gültige. Diese Generation war, als sie an die Macht kam, im allgemeinen sehr jung. Denk daran, daß Fidel 1959 gerade 33 Jahre alt war, und es gab Minister, die 22 oder 25 Jahre alt waren. Die damals Ältesten hätte man in jedem anderen Land höchstens als reife Männer betrachtet. Von ihrem eigenen Ursprung und ihren eigenen Merkmalen her hatte die Revolution stets die Türen offen für die Jüngsten. Niemals hatte sie Angst vor der Jugend, weil die Jugend die Revolution gemacht hat. Auf diese Art und Weise leben und arbeiten jetzt Revolutionäre verschiedener Etappen zusammen, und das ist gesund und weise. Die Söhne lösen die Väter auf natürliche Weise ab, ohne jegliches Trauma. In seiner kurzen Geschichte hat der Sozialismus „Vatermorde“, und Brüche gesehen, vielleicht aus Eigensinn, aus Egoismus oder aus Herrschsucht. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß der Sozialismus alle Möglichkeiten für die natürlichste Nachfolge bietet. Ich kenne die Kubaner gut, dieses Volk, für das Marti - ein Mann aus dem vorigen Jahrhundert -

nah und lebendig ist. Und ich bin sicher, daß sie niemals diejenigen, die ihr Leben dem Vaterland gewidmet haben, vergessen und noch weniger verraten werden. Nun fragst du mich, wie die Jüngeren diesen Raum nutzen. Ich würde ganz allgemein sagen, daß sie ihn zur Fortführung, Verbesserung und Vergrößerung des begonnenen Werkes nutzen. Meine Generation ist mit dem gesunden Neid herangewachsen, nicht Teil der Legende der Moncada und der Sierra Maestra gewesen zu sein, und jetzt hat sie das Gefühl, ihre Moncada-Kaserne stürmen, in ihrer Sierra kämpfen zu können, indem sie das Meer von Problemen, dem wir gegenüberstehen, bekämpft. Man darf eine Revolution auch nicht wie ein Theaterstück sehen, in dem nach einem Akt der Vorhang fällt und der nächste beginnt. Ein revolutionäres Werk entwickelt sich auf einer offenen Bühne, auf der alle Teilnehmer gleichberechtigt, ohne Beachtung der Altersunterschiede, diskutieren, arbeiten und ihre Meinung sagen. In unserem Land gibt es viele junge Führungskader, in allen Sphären und auf allen Ebenen. Wie ich dir schon sagte, ich betrachte uns nicht als eine „andere“, Generation, sondern als eine Fortsetzung eines größeren gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses, welcher logischerweise die kurze Zeit eines Menschenlebens übersteigt und so tiefgründig ist, daß er nicht stehbleibt. Natürlich bringt jeder Mensch seinen Stil, seine Energie, seine Ideen ein, und das Leben selbst zwingt zu jedem Zeitpunkt zu unterschiedlichen Lösungen, denn jeder Moment ist durch unterschiedliche Probleme gekennzeichnet. In unserer Revolution werden die Ideen erneuert, bereichert, aber die Grundlagen, die Wurzeln, die politischen Voraussetzungen, die sozialistische Option, die vom Volke gewählt und von der großen Mehrheit angenommen worden ist, werden mit jeder Erneuerung konsolidiert.

Ihnen war es bestimmt, eine Konsolidierungsphase der kubanischen Revolution zu erleben, aber auch eine Phase der Wirtschaftskrise, die durch den Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Osteuropa und die Formalisierung der westlichen Wirtschaftsblockade durch das sogenannte Torricelli-Gesetz verursacht wurde. Manche meinen, daß Kuba heute ähnliche Probleme durchlebt wie in den 60er Jahren, mit dem Unterschied, daß damals von der UdSSR Hilfe kam, während heute

das Ende des Kalten Krieges keine Alternative läßt. Wie bieten Ihr Land und Ihre Regierung diesen Mißständen die Stirn?

Von einem gewissen Gesichtspunkt her, Mario, hast du völlig recht mit dem, was du sagst, aber zum Glück gibt es nicht nur Ähnlichkeiten, sondern auch Unterschiede zu den 60er Jahren. Wäre der europäische Sozialismus in den 60er Jahren zusammengebrochen, hätten wir vielleicht das selbe Schicksal erlitten wie die Kommunisten von Paris, aber es geschah in den 90er Jahren, da unser Volk schon eine politische Kultur, ein wissenschaftlich-technisches Niveau besitzt, da es viel gebildeter ist, und diese Herausforderung mit enggeschlalltem Gürtel, aber voller Optimismus und Sicherheit über den künftigen Erfolg annehmen kann. Ich glaube, daß du mit „Mißstand“, noch nicht das ganze Ausmaß der riesigen Anstrengungen ausdrückst, die wir unternehmen müssen, um voranzukommen. Gleichzeitig muß ich hier anmerken, daß Kuba zum Zeitpunkt der Katastrophe des Sozialismus, nachdem es in praktisch allen Bereichen große Fortschritte erreicht hatte, sich mitten in einem tiefgründigen Berichtigungsprozeß von Fehlern befand, der große Erfolge versprach. Wir brauchten nicht ein Werk zerstören, um es zu vervollkommen, mußten nicht glauben, daß es perfekt war, um es zu lieben. Bis zu diesem Punkt war das, was geschehen war, schmerzhaft. Wir haben dadurch Märkte verloren, gerechte Preise für unsere Produkte, die einzigen Kreditmöglichkeiten für unsere Entwicklung, die Technologie und Ersatzteile für unsere Anlagen und Industriebetriebe, und wir haben die Beziehungen zu einer Gruppe von Ländern verloren, mit denen wir uns seit 30 Jahren wirtschaftlich zusammengeschlossen hatten, und außerdem werden wir von den Vereinigten Staaten auf kriminelle Weise boykottiert. Wir haben schwerwiegende Probleme, und unser Volk erleidet unverdienterweise ernste Entbehrungen und muß große Opfer bringen. Könntest Du dir vorstellen, was hier passieren würde, wenn wir unter diesen Umständen auf den Sozialismus verzichten und eine Krisenpolitik der Kürzung der Sozialausgaben, der Preiserhöhungen, der Schließung von Fabriken, Schulen, Krankenhäusern einführen würden? Das kann man sich vorstellen, denn viel reichere und entwickeltere Nationen leiden gegenwärtig unter den Folgen dieses Weges. In allen Richtungen

unternehmen wir Anstrengungen. Die Hauptlinien konzentrieren sich auf die Lösung der Ernährungsprobleme der Bevölkerung. Unsere Bevölkerung konzentriert sich vor allem in den Städten, und wir hatten eine Landwirtschaft mit einem hohen Mechanisierungsgrad entwickelt, in der in großem Maße Chemikalien zur Anwendung kamen. Und plötzlich hatten wir keinen Treibstoff, keine Anlagen, keine Ersatzteile, keine Insektizide mehr. Aus diesem Grund ist das Ernährungsproblem, das wir geplant hatten, eine komplexe Aufgabe des Wandels der landwirtschaftlichen Produktion geworden. Wir müssen unsere Exportproduktion mannigfaltiger gestalten, ohne dabei das Zuckerrohr, das unsere Haupteinnahmequelle darstellt, oder die anderen traditionellen Exportprodukte unseres Landes zu vernachlässigen. Andererseits behandeln wir einige neue Bereiche mit Vorrang, wie die Biotechnologie und die pharmazeutische Produktion. Die erreichte wissenschaftliche Entwicklung ist im allgemeinen beeindruckend, und wir haben Gründe zu glauben, daß die direkt in Produktivkraft verwandelte Wissenschaft in nicht ferner Zukunft bedeutende Dividenden einbringen wird. Wir fördern den Tourismus und programmieren seine allseitige Entwicklung. Alle Welt kennt das Potential an Naturreserven, das wir besitzen. Wir haben vor, diese zivilisiert zu nutzen und unter Berücksichtigung der besten internationalen Erfahrungen den Bau von touristischen Einrichtungen mit dem Umweltschutz in Einklang zu bringen. Dies wird durch das Bestehen einer zentralen Planwirtschaft möglich. Bisher gibt es erst bescheidene Erfolge, aber du mußt berücksichtigen, daß der Tourismus - trotz aller Widrigkeiten - 1992 im Vergleich zum Vorjahr um 33% hinsichtlich der Anzahl der Touristen und um 58% hinsichtlich der Einnahmen angestiegen ist. Wir entwickeln ein anspruchsvolles Programm, um unser Land allmählich aus der Abhängigkeit von Treibstoffimporten zu befreien, denn ein großer Teil unserer geringen Einnahmen geht uns verloren, weil wir Treibstoff kaufen müssen. Die nationale Rohölproduktion wächst an, und vor kurzem haben wir ein internationales Angebot ausgeschrieben, welches ausländischen Firmen alle Möglichkeiten gibt, nach verfügbaren, auf Erdölvorkommen weisenden geologischen Informationen, nach Erdöl zu suchen und es zu fördern. Zweifels- ohne wird auch die Nickelförderung

und-veredelung, und es sei daran erinnert, daß wir eins der größten Vorkommen der Welt dieses Metalls haben, eine wichtige Rolle bei unserer Strategie spielen. Nur zwei Jahre nach einer praktisch völligen Stilllegung dieser Industrie haben wir nun neue Märkte und neue Zulieferer von Rohstoffen und Ersatzteilen gefunden. In diesem Bereich liefern wir also der Blockade einen verbissenen Kampf. Da wir nur begrenzte Möglichkeiten haben, über Kapital zu verfügen, haben wir in praktisch allen Bereichen und Modalitäten den ausländischen Investitionen breite Möglichkeiten eröffnet.

Das Hauptgewicht unserer Arbeit liegt in der Umwandlung unserer internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die wir bisher mit den einst zum europäischen sozialistischen Block gehörenden Staaten hatten. Wir haben das Ziel, nach neuen Märkten zu suchen und sie inmitten der anwachsenden Feindseligkeit des nordamerikanischen Imperialismus auszuweiten. Und wir werden es schaffen, denn die ganze Welt ist nicht bereit, sich dem beschämenden Rechnungsvergleich unterzuordnen, den die Vereinigten Staaten gegen unser Land geplant haben. Letztendlich haben wir dieses ganze Programm, wir haben Dutzende Zement-, Papier- und Textilfabriken, Raffinerien, usw., die mit unseren eigenen Mitteln oder mit Hilfe von Auslandskapital wieder voll in Betrieb gesetzt werden können. Wir besitzen eine von der Revolution geschaffene Infrastruktur von Landstraßen, Kraftwerken, Flughäfen, Staudämmen, Häfen, Eisenbahnlinien, die für ein Land der Größe Kubas bedeutend ist.

Wir haben ein hochqualifiziertes Menschenpotential, eine junge, leistungsstarke Wissenschaft, die es uns erlaubt, der Zukunft optimistisch entgegenzusehen, und ein Volk, für das die Werte der Revolution und des Sozialismus keine leeren Worte sind, sondern erlebte Realität, auf die wir nicht gewillt sind zu verzichten.

Nehmen wir an, Doktor Lage, man würde die Blockade heute aufheben. Wenn dies geschähe, hätte Kuba die Freiheit, Handel zu treiben, mit wem es will. Es bliebe aber das Problem des Devisenerwerbs, um alles Nötige kaufen zu können, denn die Handelsbilanz Kubas weist in diesem Sinne ein Defizit auf. Glauben Sie nicht, daß das gegenwärtige Problem Kubas vom wirtschaftlichen Standpunkt her schwieriger ist als vom politischen?

Wenn man die Blockade aufheben würde, könnten nicht alle Probleme sofort gelöst werden, aber ihre Lösung würde sehr erleichtert werden, denn wir könnten jährlich Hunderte von Millionen Dollar zusätzlich erwerben, ohne auch eine Tonne mehr Waren zu produzieren. Du mußt sehen, daß wir heute viele Produkte auf sehr fernen Märkten suchen müssen, was die Transportkosten erhöht. Gleichzeitig zwingt uns dies, große Bestände zu lagern oder einzufrieren, was ebenfalls die Ausgaben vergrößert. Andererseits kaufen wir teuer ein, da wir wenig Angebote bekommen und man sich von uns das Risiko bezahlen läßt, das der jeweilige Partner eingeht, wenn er mit einem Feind der Vereinigten Staaten handelt. Aus denselben Gründen müssen wir mit Preisnachlaß verkaufen. Das ist nicht Gesetz, aber der Markt reagiert sehr sensibel auf politische Konjunkturen. Laß mich dir, Mario, einige Fakten geben, die ich auf dieser Karte notiert habe und zur Berechnung des Schadens dienen, den die Blockade anrichtet. 1992 hat Kuba für Getreide, Geflügel und Milch aufgrund von Preisunterschieden einen Überwert von 41,5 Millionen Dollar bezahlt. Über 85 Millionen Dollar verloren wir in Frachtkosten. Die Frachtkosten für Treibstoff sind für uns um 45% teurer geworden und für andere Produkte um das Dreifache. Die ungesetzliche Einfrierung der kubanischen Einnahmen aus dem Fernmeldewesen kostet uns über 102 Millionen Dollar, und diese Verluste steigen jedes Jahr hinsichtlich des Hauptkapitals und der entsprechenden Zinsen um über sieben Millionen Dollar. Aus diesem Grund, und weil sie sich weigern, den uns gesetzlich zustehenden Teil der Telefonanrufe zu zahlen, mußten wir zum Schaden vieler Familien den Telefonverkehr mit den Vereinigten Staaten einschränken. Dieser Telefonverkehr bedeutet für die Dominikanische Republik zum Beispiel jährlich Einnahmen von über 300 Millionen Dollar. 1958 hatte Kuba 228 000 Touristen empfangen. Würde diese Zahl von US-Bürgern heute Kuba besuchen, so könnte unser Land unter den gegenwärtigen Bedingungen der Einnahmen pro Tourist etwa 200 Millionen Dollar verdienen. Hier sollte erwähnt werden, daß heute über sechs Millionen Amerikaner im Jahr die karibischen Inseln bereisen. Die Einnahmen wären viel größer, wenn unser Land auch nur die Hälfte des relativen Anteils des Jahres 1959 erreichen könnte. Erhielte Kuba auch nur ein

Drittel der Zuckerquote, die es auf dem US-Markt hatte, dessen Kaufpreis sich 1992 auf 21,30 Cents pro Pfund belief, hätte es dafür 205 Millionen Dollar mehr eingenommen. So kann Kuba auch nicht einen Teil seiner Exporte in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterbringen, die den Zucker zu 22 Cents kaufte, und muß alle seine Exportprodukte auf den Restmarkt bringen. Da unser Land aber seinen Zucker aufgrund der Blockade nicht auf der Zuckerbörse von New York im Preis einstufen lassen kann, muß es seinen Kunden einen Preisablaß gewähren, durch den der Zuckerpreis noch unter dem Weltpreis liegt, was Kuba eine Einbuße von weiteren 39 000 000 Dollar einbringt. Es kommt zu operativen Schwierigkeiten, die zusätzliche Ausgaben zur Folge haben. So führt zum Beispiel die fehlende Möglichkeit, den US-Dollar in den kubanischen Exportgeschäften anzuwenden, zu zahlreichen Schwierigkeiten für Kunden, Banken und kubanische Exportunternehmen. Es wird geschätzt, daß allein durch Kursverluste Millionen von Dollar verloren gehen.

Obwohl die Festlegung der Torricelli-Klausel noch nicht in Kraft getreten sind, verlieren wir viele Millionen Dollar. Materielle und finanzielle Mittel stehen im Ausland und Verträge müssen verändert werden. Es entstehen unnötige Lagerungskosten, da wir nicht über die notwendigen Schiffe verfügen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der UdSSR erhält Kuba in der Regel von keiner Finanzinstitution oder keinem Land milde Kredite. So man muß auf viel ungünstigere, teurere und kurzfristige Kredite zurückgreifen. Man gibt uns auch keine Teilnahme am Nutzen der Möglichkeiten, die die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der Initiative für den karibischen Raum oder der Vereinbarung von San José den karibischen Ländern bietet. Kuba hat die qualifiziertesten Arbeitskräfte des Kontinents. Wir nehmen keine Bruttoeinnahmen- oder persönliche Einnahmesteuern ein. Die Gewinne können frei aus unserem Land geschafft werden. Es besteht eine soziale Stabilität, und in praktisch allen Produktionsbereichen fand eine Öffnung für das Privatkapital statt. Doch trotz all dieser Erleichterungen haben wir aufgrund des Drucks, den die USA auf alle ausüben, die in Kuba investieren wollen, nur einen sehr geringen

Kapitalfluß erreicht. Während der Bush-Regierung wurde die Behinderung unserer gesamten Wirtschaftstätigkeit als eine Aufgabe der Botschafter angesehen, was äußerst ungewöhnlich, ja - man könnte sogar sagen - lächerlich war. Das Kapital, das in unser Land flösse, wenn es diesen Druck nicht mehr gäbe, ist unberechenbar. Ohne die Blockade hätten wir uns um ein Problem weniger kümmern müssen. Wir müßten nicht die Tausendundeine Erfindungen machen, die wir jetzt entwickeln müssen, um eine Anlage oder ein Ersatzteil amerikanischen Ursprungs zu ersetzen. Unser Land erleidet kein Embargo, sondern eine brutale Blockade. Und diese Blockade ist viel mehr als bloß ein Gesetz oder eine Gruppe von Gesetzen, sondern all die Aktionen, die die USA in der ganzen Welt gegen Kuba unternehmen, sind die Blockade. Du sagst in deiner Frage ganz richtig, daß unsere Probleme ökonomischer und nicht politischer Art sind. Wenn da also jemand von uns politische Veränderungen fordert, kennt er entweder unsere Realität nicht oder will dem Imperialismus das Spiel erleichtern. Unsere ökonomischen Probleme mit Hilfe politischer Veränderungen lösen zu wollen, ist dasselbe, als wolle man ein Magenleiden mit Aspirin heilen, auf die Gefahr hin, eine Gastritis hervorzurufen und die Probleme noch weiter zuzuspitzen. Zu wirtschaftlichen Veränderungen sind wir bereit. Wir akzeptieren Investitionen mit Privatkapital. Wir sind auch bereit, am freien internationalen Handel teilzunehmen. Wir sind Willens, uns mit Lateinamerika wirtschaftlich zusammenzuschließen, aber die Blockade legt uns Hindernisse in den Weg. Die Blockade ist ein krimineller Akt, ist der Versuch, ein ganzes Volk durch Hunger und Krankheiten zur Kapitulation zu zwingen. Die Blockade ist der höchste Ausdruck der Scheinheiligkeit, den man sich denken kann. Denn bei all dem proklamieren sie die Menschenrechte, die freie Konkurrenz, den Pluralismus und die Demokratie. Ich frage mich, ob für sie Pluralismus und Demokratie nur eine nationale Frage sind, während sie auf internationaler Ebene weder den politischen Pluralismus noch die demokratische Freiheit einer Nation, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, zulassen. Wir bleiben dabei, daß Demokratie, politischer Pluralismus und Menschenrechte Begriffe sind, die nur in einem Klima sozialer Gleichheit

wirklich eine Gültigkeit haben, denn ohne soziale Gleichheit kann es keine wahre Gerechtigkeit, keine wahre Demokratie geben. Deshalb fordern wir die anderen auch nicht auf, ihr System zu verändern, sondern nur, unseres zu respektieren. Von einem anderen Gesichtspunkt her ist die Blockade eine der illegalsten internationalen Aktionen, die je in der Geschichte realisiert wurden. Abgesehen von der Moral sprechen gegen sie uralte Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten und ganz aktuelle internationale Vereinbarungen und Verträge. Es handelt sich um einen klaren Fall von Völkermord, für den die Menschheit früher oder später die Vereinigten Staaten verurteilen wird. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat dies schon fast einstimmig getan. Die Geschichte wird diejenigen anerkennen, die fähig waren, solch eine ruchlose Handlung unbedingt und unverzüglich zu verurteilen.

Wenn der Wahlsieg der Kandidaten der Kommunistischen Partei so überwältigend war und die Opposition so unbedeutend, wie die offiziellen Wahlergebnisse anzeigen, woran liegt es dann, daß unabhängige Kandidaten aufgestellt werden können, aber keine Aspiranten aus anderen Parteien als der Kommunistischen?

Ich möchte vor allem etwas Grundlegendes erklären: Die Partei hat niemanden postuliert. Ich weiß, daß es Erstaunen hervorrufen kann, daß eine Partei existiert, die keine Kandidaten aufstellt, aber so ist es in Kuba festgelegt worden und so wird es gemacht. Das Volk stellt die Kandidaten auf. Die Massen haben die Kandidaten in ihren Wohnvierteln benannt und vorgeschlagen, und von diesen Massen wurden alle Kandidaten für die Kreisversammlungen, etwa die Hälfte der Abgeordneten der Provinzversammlungen und des Parlaments gewählt. Die andere Hälfte wurden von den Kandidaturkommissionen, deren Vorsitz die Gewerkschaften führten und sich aus Mitgliedern der Frauen-, Jugend-, Studenten- und Bauernorganisation zusammensetzte, benannt. Dazu wurden in den genannten Organisationen hunderte von Versammlungen durchgeführt, auf denen die Vorschläge unterbreitet und diskutiert wurden. Unter den Kandidaten waren alle Berufsgruppen, von Wissenschaftlern bis Studenten, vom Sportler bis zum Künstler. Es war ein breiter demokratischer Prozeß, in dem über eine

Million Menschen befragt wurden, um ihre Kandidatur vorzuschlagen. Aus diesen zwei Quellen, den Delegierten der Wohnbezirke und den Vorschlägen der Kandidaturkommissionen, wurden die endgültigen Wahllisten angefertigt. Danach mußte die vom Volk gewählte Kreisversammlung ihre Zustimmung für die Kandidatur der Abgeordneten der Provinzversammlungen und der Nationalversammlung geben, über die dann die Bevölkerung direkt und geheim abstimmte. Was du Opposition nennst, hatte die Möglichkeit, in seinem Wohngebiet vorgeschlagen und gewählt zu werden. Wenn sie sich nicht vorgestellt hat, wenn sie sich selbst nicht vorgeschlagen hat, wenn sie nicht gewählt worden ist, so geschah dies nur aus einem Grund: Sie hatte einfach nicht das nötige Prestige, die Unterstützung und daher nicht die kleinste Chance, postuliert zu werden. Einige führen im Ausland eine politische Kampagne gegen Kuba, aber das ist, als wollten sie im Meer pflügen. Falls es eine Opposition gäbe, die sich politisch ausdrücken wollte, müßte sie sich entscheiden, einen Wahlkampf zu führen. Dazu müßte sie in Kuba leben und kubanische Staatsbürgerschaft haben, was nach unseren Gesetzen eine unbedingte Voraussetzung ist, um gewählt zu werden.

Die Wahlen sind ein augenscheinlicher Beweis dafür, daß diese Opposition nichts weiter als eine Erfindung der Vereinigten Staaten ist, deren Propaganda, die von nicht wenigen verfolgt und als Partei bezeichnet wird, selbst eine Gruppe, die von einem Herrn, seiner Frau und einem Neffen in Kuba gebildet wird. Das Bestehen einer einzigen Partei in Kuba entspricht der Realität, in der wir leben, den Zielen unseres revolutionären Projektes und unserer eigenen Geschichte. José Martí hat eine einzige Partei gegründet, um die Revolution durchzuführen. Unsere Partei ist keine Wahlpartei, sondern eine organisatorische Kraft, eine führende Kraft der Gesellschaft, und unsere Verfassung und unser Wahlgesetz beinhalten ein Wahlsystem, welches die breiteste Teilnahme des Volkes gewährt, ohne daß Parteien notwendig sind, ohne die Vermittlung von Parteien, sondern direkt. Und da dies so ist, fließt hier das Geld nicht von Hand zu Hand, um die Wahlkampagne zu finanzieren. Bei unseren Wahlen kann jeder einfache Mensch aus dem Volke Abgeordneter werden, da es seine Verdienste sind, die ihn fördern und nicht das Geld, das ihn unterstützt. Die

Politiker stellen sich nicht auf die Tribüne, um Dinge zu versprechen, von denen sie nicht wissen, ob sie sie erfüllen können. Es gibt keinen Betrug, keine oft gewalttätige und gemeine Rivalität unter den Wahlkandidaten. Unser Wahlsystem bewahrt uns vor allem, was es anderswo gibt und die USA als einziges Modell der Demokratie aufzwingen wollen. In Kuba ist die Existenz einer einzigen Partei nicht nur kein Hindernis für die Demokratie, sondern auch eine Garantie für die absoluteste Demokratie. Das Argument dieser einzigen Partei wird auch benutzt, um die Blockade zu rechtfertigen. Da müßte man sich fragen, warum sie über andere Länder mit einem Einparteiensystem keine Blockade verhängt haben oder warum sie so gute Freunde der absolutistischen Monarchien des Nahen Ostens sind, die ihnen so zweckmäßig und vertretbar erscheinen. Dies ist ein spürbarer Beweis ihrer doppelten Moral, ihres doppelten Standards und auch dafür, daß hinter all dieser Rhetorik über die Menschenrechte - in einer karikaturhaften Reduktion der Bürgerrechte oder eines Teils derselben - nur eine große Scheinheiligkeit steht. Unser Volk weiß sehr wohl, daß der Kampf sich hier zwischen der Partei der Nation und der Partei des Imperialismus vollzieht, daß dies die reale Option, und alles andere nur Fiktion ist. In unserem Falle wissen wir, daß in den verkümmerten Reihen der Gegner der Revolution derselbe Annexionismus vertreten ist, der schon vor fast 100 Jahren mit den amerikanischen Okkupanten kollaboriert hat und mit ihnen zusammengearbeitet hat, um die Nation zu spalten und sie ihnen einzuhändigen. Unter den Bedingungen der Aggression und Feindseligkeit, in denen wir leben, wäre es ein Selbstmord der Nation, wenn wir diejenigen, die die Aggression und die Feindseligkeit stimulieren, tolerieren würden. Wenn du mir erlaubst, komme ich noch einmal auf den Gedankengang über Parteien und Demokratie zurück. Stimmt es, daß es keine Demokratie geben kann, wenn es keine Parteien gibt, die die Wahlkandidaten postulieren? Ist es nicht offensichtlich, daß in vielen Ländern die Parteien sich in wirkliche Hindernisse für die Demokratie verwandeln? Wer kann verleugnen, daß in vielen Fällen die Parteien nicht die wirkliche Meinung der Mehrheit des Volkes vertreten, sondern den Willen und die Interessen der Mächtigen? Wenn wir es richtig beschauen, sind wir der Traum der griechischen Demokratie,

Paradigma der westlichen Demokratie, die, als sie sie zum Vorbild nahm, natürlich die Sklaven vergaß. Damals versammelte sich das Volk in der Agora und wählte seine Führer direkt. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es damals keine vermittelnden Parteien, in deren Schatten Machtgruppen diejenigen benannten, die später gewählt werden sollten. Zu dieser Angelegenheit ist Kuba bereit, seine bescheidenen Erfahrungen in jeder ernsthaften, vernünftigen, stereotypenfreie Diskussion darzulegen.

Doktor Lage, wir alle haben uns irgendwann einmal vorgestellt, wie wir unser Land haben wollten. Könnten Sie mir sagen, wie Sie sich Kuba im Jahre 2000 vorstellen?

Bis zum Jahre 2000 sind es von unserem Gespräch an nur noch sieben Jahre. Ich stelle mir das nicht nur vor, son-

dern ich unternehme auch Anstrengungen dafür, wie mein Land im Jahr 2000 aussehen soll, damit wir bis dahin die jetzige Situation überwunden haben, damit wir Lateinamerikaner einiger sind. Dann werde ich 48 Jahre alt sein und dir ein weiteres Interview geben. Dieses Interview werden wir entweder im Revolutionspalast oder an einem anderen Ort führen, denn ich habe dir schon gesagt, daß wir Revolutionäre uns nicht Ämtern verpflichtet fühlen, sondern wir haben Pflichten, und deshalb kann ich Dir den Ort unseres Treffens nicht voraussagen. Eins ist es aber sicher, es wird in Kuba sein und in der Hitze der Revolution. Vielen Dank, Mario, für diese Möglichkeit, die Du mir gegeben hast.

Ihnen vielen Dank für die Zeit, die Sie uns gewidmet haben.

Granma INTERNACIONAL

deutschsprachig

- Bitte senden Sie mir die bisher erschienenen monatlichen Ausgaben der deutschsprachigen Granma Internacional und die in '94 noch folgenden (insgesamt 6) zum Paketpreis von DM 12,- incl. Porto.
- Ich möchte die deutschsprachige Granma Internacional ab 1995 abonnieren. Da der Abo-Preis noch nicht feststeht, werde ich vor endgültigem Vertragsabschluß nochmals angeschrieben. Das Abo ist erst verbindlich, wenn ich mit dem Abo-Preis einverstanden bin.
- Bitte senden Sie mir die aktuelle Ausgabe. Für die Kosten füge ich DM 2,- in Briefmarken bei.
- Bitte senden Sie mir eine kostenlose Probenummer
- Ich spende für die deutschsprachige Granma DM auf das Konto des NETZWERK CUBA bei der Sparkasse Bonn, Kto.-Nr.: 46 953, BLZ 380 500 00, Stichwort »Granma-Spende«.
- Bitte senden Sie mir/uns zum Weitervertrieb Exemplare gegen Rechnung
- Ich interessiere mich für die Arbeit des NETZWERK CUBA -Informationsbüro- e.V. und bitte um Informationsmaterial.

Name, Vorname

Organisation, Gruppe

Straße.....

PLZ/Ort.....

Tel./Fax

Datum/Unterschrift.....

Einsenden an: Netzwerk Cuba -Informationsbüro- e.V.,
Reuterstraße 44, 53113 Bonn, Tel./fax: 0228/ 24 15 05

Zu den Erfahrungen Chinas und Vietnams

Fidel Castro auf dem 4. Kongreß des Journalistenverbandes UPEC (Quelle: »Granma« vom 25.12.1993)

Am 23. und 24. Dezember 1993 fand in Havanna der 4. Kongreß des kubanischen Journalistenverbandes UPEC statt. An ihm nahmen 82 Delegierte teil. Unter den Gästen befanden sich 8 Mitglieder des Politbüros der KP Kubas. Zum Abschluß hielt Fidel Castro eine mehrstündige Rede die von der Zeitung »Granma« im Wortlaut wiedergegeben wurde. Wir dokumentieren daraus einen Abschnitt, der für das Verständnis der strategischen Überlegungen Fidel Castros wichtig erscheint.

Die Chinesen haben eine Menge Reformen durchgeführt. Aber dabei haben sie sich immer von 4 Prinzipien leiten lassen. Und daran erkennen sie die Unterschiede zwischen der Politik der Chinesen und der Politik der Sowjets. Die grundlegenden Prinzipien sind: Erstens - Beibehaltung des Sozialismus; zweitens - Beibehaltung der führenden Rolle der Partei; drittens - Beibehaltung dessen, was sie volksdemokratische Diktatur nennen, das heißt der Regierung der Werktätigen, der Regierung des revolutionären Volkes; viertens - das Stützen auf die Ideen von Marx, Lenin und Mao Tse-tung. Beachten Sie diese Weisheit. Obwohl Mao ernste Fehler unterliefen - sie geschahen während des großen Sprungs, der offensichtlich eine objektive Notwendigkeit darstellte, sowie zweifellos während der Kulturrevolution - und obwohl viele dieser chinesischen Führer unter der Kulturrevolution litten, haben sie die Figur und die Ideen von Mao hochgehalten. Sie haben seine Fehler kritisiert, haben sie berichtet, aber sie haben nicht das Bild von Mao zerstört, sie haben es erhalten: seine Geschichte, den großen Marsch, die großen Verdienste, welche er sich im Kampf gegen die Japaner erworben hat, im Befreiungskampf. Das heißt, sie haben die Ideen des Sozialismus bewahrt, die Partei erhalten, die Ideen von Marx, Lenin und Mao bewahrt, die Geschichte. Die Sowjets haben das ganze Gegenteil getan. Sie haben verstanden, das dieses gigantische Land mit fast 1.200 Millionen Menschen nicht ohne diese 4 Prinzipien geführt werden kann.

Deshalb haben die Chinesen bedeu-

tende Erfolge mit ihren Reformen erreicht.

Ich glaube, die Vietnamesen haben auch wichtige Fortschritte erreicht, sie lassen sich von ähnlichen Prinzipien leiten. Wir hatten viele Kontakte mit den Vietnamesen und den Chinesen, wir haben ihre Erfahrungen analysiert. Dies bedeutet nicht, daß wir jetzt beginnen, das zu kopieren, was die Chinesen und Vietnamesen machen. Sie waren die Ersten, die uns von dem Kopieren abrieten. Aber wir studieren diese Erfahrungen unter dem Gesichtspunkt, welche Erfahrung für uns nützlich sein kann.

Natürlich sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. In Kuba leben 80% in den Städten, die ganze Landwirtschaft ist mechanisiert. In China leben 75% der Menschen auf dem Land. Auch die Vietnamesen haben 80% auf dem Land. Gerade in der Frage des Geldüberhangs haben uns die Vietnamesen vor gewissen Fehlern gewarnt, die ihnen unterlaufen sind.

Wir müssen betonen, daß das Verhalten der Vietnamesen uns gegenüber außerordentlich freundschaftlich war, ebenso war die Haltung der Chinesen.

Für Kuba war es eine besondere Ehre, daß die erste Auslandsreise des gegenwärtigen Präsidenten Chinas, Jiang Zemin, Kuba gegolten hat. Die Kontakte waren für uns ungewöhnlich nützlich. Wir erhielten eine klare Vorstellung davon, was sie tun und wie sie es tun. Denn nur Kontakte dieser Art zusammen mit all den Informationen, die wir mit den verschiedenen Delegationen nach China gesammelt haben, konnten uns ein ausreichend breites Bild davon geben, was sie tun.

Ich muß hervorheben, daß er eine der interessantesten Persönlichkeiten ist, die Kuba besucht haben: Gebildet, fähig, kommunikativ, spricht verschiedene Sprachen - Englisch, Japanisch, Rumänisch, Russisch.

Der befriedigendste Eindruck, den wir aus den Kontakten mit den beiden Ländern erhielten, ist ihre Entschlossenheit, den Sozialismus aufzubauen. Sie führen ihre Reformen mit viel Weisheit, mit großer Vorsicht durch.

Für uns sind das großartige Nachrichten. Wir sehen, daß der Sozialismus sich in China konsolidiert, in einem Land mit 1.200 Millionen Menschen, sowie in einem anderen Land mit einer bedeutenden Geschichte und heroischen Traditionen, in Vietnam, einem Land mit 80 Millionen Bewohnern. Es leben ungefähr 1.500 Millionen Menschen im Sozialismus, deshalb kann man nicht von einem Ende des Sozialismus sprechen.«

Übersetzung: johnny nordén

(Dieser Text wurde vor längerer Zeit übersetzt und mit anderen Texten ehemaliger Redaktionsmitglieder freigegeben. d. Redaktion)

SANDINO SIMPÁTICO säurearm

direktimportierter Kaffee aus Nicaragua

Der Rohkaffee vom Simpático wird in einem speziellen Wasserdampfbadverfahren veredelt. Dadurch können wir ab sofort einen säurearmen, magenfreundlichen Solidaritätskaffee anbieten.

Wir suchen noch Verkaufsstellen, Betriebe, Kneipen etc., die unseren Kaffee verkaufen bzw. ausschenken wollen. Über genaue Lieferbedingungen informieren wir gern.

Unsere Kaffeesorten:

Dröhnung	
normal oder mild (suave)	500g - 10,— DM
La Cortadora	
(aus El Salvador)	500g - 10,— DM
Simpático (säurearm)	500g - 10,50 DM
Organico (biologischer Anbau)	
und Espresso	500g - 11,— DM



El Rojito, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040 / 390 68 98 • Fax. 040 / 390 45 12

Cuba und die deutsche Entwicklungspolitik nach der Vereinigung

Francisco Florentino (0)

Es ist offensichtlich, daß durch die Geschwindigkeit der Veränderungen in Osteuropa und ihre Konsequenzen für die Ost-West-Beziehungen in den hochentwickelten Industrieländern ein wachsender Abzug sowohl der Aufmerksamkeit und wie der für die unterentwickelten Länder bestimmten Finanzen zugunsten der Länder im Osten Europas auf kurze und mittelfristige Sicht zu beobachten ist. Dies läßt in der Dritten Welt die Sorgen wachsen, die dadurch verstärkt werden, daß durch diese Veränderungen eine eurozentristische Tendenz entsteht, die beginnt, die Kontinuität von in diesen Ländern begonnenen Projekten zu beeinträchtigen. Daher sind die Thesen, die vor mehr als einem Jahr durch die anerkannte Comisión Sur ausgesprochen wurden, nicht unbegründet, daß »trotzdem die westlichen Quellen Gegenteiliges versichern, uns eine mögliche Umlenkung der Aufmerksamkeit und der für die Entwicklung bestimmten Finanzmittel noch tief besorgt«. (1)

Bei Betrachtung der deutschen Vereinigung unter dem Gesichtspunkt dieser globalen Sorge der Dritten Welt in Bezug auf die Länder im Osten Europas kann das bedeutende Gewicht nicht übergangen werden, das für viele Länder dieses unterentwickelten Südens die ökonomische Zusammenarbeit und die Hilfsprogramme in ihren Entwicklungsplänen hatten, die von beiden deutschen Staaten bis zum Ende der achtziger Jahre bestanden, sowie die daraus resultierende Bedeutung, die für sie die Absorption der DDR durch die BRD hatte.

Daraus resultiert die Ungewißheit, die durch den Beginn des deutschen Vereinigungsprozesses entstand und sowohl 1. in den Ländern der Dritten Welt mit breiten Verbindungen zur DDR als auch 2. in den Ländern, die Empfänger offizieller Entwicklungshilfe der BRD, zweifellos Erwartungen weckte.

Es ist offensichtlich, daß es für die erste Gruppe von großer Wichtigkeit war, zu wissen, welche Haltung das

vereinigte Deutschland in Bezug auf die zahlreichen Projekte einnehmen würde, die von der DDR in diesen Ländern entwickelt wurden, größtenteils Mitgliedern des RGW oder sozialistisch orientiert. Dies betrifft, wenn wir vergleichsweise vom zahlenmäßigen Umfang der Zusammenarbeit ausgehen, neun Länder auf dem Wege der Entwicklung (Cuba, Vietnam, Mongolei, Nicaragua, Mozambique, Angola, Äthiopien, Laos und Kambodscha), mit denen die DDR auch ein hohes Niveau politischer Beziehungen hatte.

Für die zweite Gruppe (zu der 1990 fast 50 Länder gehörten, die staatliche Entwicklungshilfe der BRD erhielten) bedeutete dies, daß die traditionell Begünstigten der deutschen Entwicklungshilfe die Gefahr einer Neubeurteilung der Prioritäten der staatlichen Politik eines vereinten Deutschlands zugunsten jener Länder fürchten mußten.

Dies betrifft Mittelamerika, das im Zuge nachlassender Ost-West-Spannungen an Bedeutung verlieren wür-

de, wenn sich die staatliche Politik, sowie die aktive Kooperation der mächtigen nicht-staatlichen Organisationen der BRD auf jene Länder lenken würde, es betrifft auch Länder wie Somalia oder Tanzania, die mit der BRD als einem ihrer Hauptspender der für sie entscheidenden Entwicklungshilfe rechnen. In diesem Zusammenhang wurde es in den Studien, die über den externen Widerhall der deutschen Einigung in der Dritten Welt 1990 geschrieben wurden, zu einem Allgemeinplatz, den Wunsch auszudrücken, daß ein geeintes Deutschland - mit 80 Mio. Einwohnern, einem Drittel des Bruttosozialprodukts der EEG und dem größten Wirtschaftsüberschuß der Welt (62.800 Mio. Mark im Jahr der Vereinigung) - durch den Kraftzuwachs durch die Vereinigung nicht nur eine wichtige Rolle als »ökonomische Lokomotive der Entwicklung in Europa« spielen, sondern auch andere Regionen der Dritten Welt begünstigen könnte. ★

Als Wunsch wäre dies nicht illusorisch, wenn man von dem relativ niedrigen Niveau der staatlichen Entwicklungshilfe Deutschlands ausgeht, das zwischen 1985 und 1988 von 0,48% auf 0,39% seines Bruttosozialprodukts sank. Diese Zahl liegt weit unter dem Niveau von 0,7% des Bruttosozialprodukts, das 1970 von den Vereinten Nationen als Untergrenze der, Mitte der 70er Jahre von den Industrieländern zu erreichenden, staatlichen Entwicklungshilfe beschlossen wurde. (2) Obgleich die BRD eine deutliche Erhöhung in Richtung der 0,7% angekündigt hatte, erreichte diese 1990 nur 0,42%. (3)

Hinzu kommt, daß mit der Zunahme der Anzahl von Nationen, die in Pläne der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem vereinten Deutschland eingebunden waren (unter Berücksichtigung der bereits erwähnten 9 Länder), (4) diese Hilfe im Zuge der Vereinigung um mindestens 0,15% des Bruttoinlandsprodukts der BRD hätte zunehmen müssen. (5)

Veränderungen in der Entwicklungspolitik

Im allgemeinen wurden dieses Bestrebungen von Ländern der Dritten Welt, die wichtige Projekte der Zusammenarbeit mit der DDR unterhielten, nicht berücksichtigt. Man ging von einem juristischen Gebot aus, nach dem die

»Absorption« der DDR nicht dazu verpflichtete, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wenige Monate vor der deutschen Einheit wurde in der Stadt Konstanz von Repräsentanten der Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit der BRD und den neuen entsprechenden Autoritäten der DDR (Repnik und Ebellin)

eine Politik beschlossen, die ein differenziertes Niveau der Zusammenarbeit mit den zuvor bezeichneten Ländern in einer zukünftigen Gestaltung der Entwicklungshilfe festlegte.

Es ist bezeichnend, daß in diesen Momenten die offiziellen Verlautbarungen (6) in bezug auf die Probleme der Dritten Welt im Rahmen der Vereinigung einen gewissen altruistischen Ton hatten. Trotzdem gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen diesen Erklärungen und der Handlungsweise des Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BWZ).

Wenn wir diese Politik kasuistisch analysieren, beobachten wir, daß die anfänglichen Regierungserklärungen, daß die durch die DDR eingegangenen Verpflichtungen eingehalten würden, unter dem politischen Modell der BRD in erster Linie in Abhängigkeit von den politischen Richtungen der mit einem vereinten Deutschland in Beziehung stehenden Ländern berücksichtigt wurden. Die von dem BWZ angewandte Politik ließe sich in folgender Weise zusammenfassen:

- Zu Beginn wurden zwei Ausnahmen gemacht, um den Entwicklungsprogrammen Stabilität zu verleihen: Äthiopien und Angola - denn beide waren in Bürgerkriege verwickelt.
- Im Fall Mozambiques, Nicaraguas, Vietnams und Laos' wurde versprochen, die Mehrheit der bestehenden Projekte fortzuführen. (7)
- In Bezug auf die Mongolei und Kambodscha, Länder, die keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zur BRD hatten, wurden diese Beziehungen aufgenommen, aber es wurde angedeutet, daß diese Fälle gesondert berücksichtigt würden. Es wurde beschlossen, daß diese Hilfe im Falle Kambodschas auf die NGO's verwandt würde und es wurde angeregt, eine Studie über die Zusammenarbeit mit der Mongolei zu beginnen.
- Wie bekannt, war Cuba ein gesonderter Fall. Nach beiderseitiger genauer Inventur der bestehenden

Projekte der Zusammenarbeit mit der DDR, der Perspektiven, dieselben auf Basis gegenseitigen Vorteils fortzuführen, wurde von der Regierung der BRD offiziell eine Politik der Fortführung der Zusammenarbeit nur unter der Bedingung politischer Veränderungen im Land verkündet, was diesen Fall von den anderen bereits genannten unterscheidet. (8)

Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen Cubas mit Deutschland

Das Verknüpfen von Bedingungen, die für die Zusammenarbeit mit Cuba beschlossen wurde, ähnelt sehr den nordamerikanischen Bedingungen für die Beendigung der Blockade und die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Cuba (9), sie unterscheidet sich stark von den Darstellungen in den ersten Erklärungen, in denen die BRD proklamierte, die bestehenden Verpflichtungen zu »ehren«, und machte das Zustandekommen eines gewünschten besseren Klimas in den bilateralen Beziehungen Cuba - BRD unmöglich.

Die lebenswichtige Bedeutung, die für Cuba seine wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR hatten, ist nicht unbekannt. Um eine Vorstellung vom Umfang des Austausches zwischen den beiden deutschen Staaten und Cuba zu bekommen, läßt sich darauf verweisen, daß mit der DDR als zweitwichtigstem Handelspartner Cubas auf der Welt (Handelsumfang 2,4 mal höher als der gesamte Handel Cubas mit Lateinamerika) (10) 5% des gesamten cubanischen Austauschs abgewickelt wurden und sie außerdem, nach der UdSSR, der zweite Partner Cubas in Kooperationsabkommen zwischen Staaten war.

Selbstverständlich waren die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR wesentlich intensiver als mit Westdeutschland. Während der Gesamtumfang des Austauschs mit der BRD im Jahr 1989 (dem Rekordjahr des beiderseitigen Handelsaustausches) etwa 155 Millionen Dollar erreichte (11), betrug er mit der DDR 645 Millionen. Dies ist mehr als das Vierfache des Gesamtaustauschs dieses Jahres mit der BRD (12). Die Reduzierung des globalen Austauschs Cubas mit Europa durch die Veränderungen in Osteuropa und die zuvor erläuterten Elemente beeinträchtigten auch den Markt BRD - Cuba, der 1990 auf schätzungsweise etwa 126 Mio. Dollar absank (13), 1991 wurden sogar noch größere Verringerungen registriert.

Vielleicht ist der Tourismus der einzige Bereich von ökonomischer Bedeutung, in dem sich die Verbindungen BRD - Cuba intensiviert haben. Die Besuche von Touristen aus der BRD auf Cuba haben sich mit wachsender Geschwindigkeit erhöht und stiegen von 27.000 im Jahre 1987 auf 38.500 im Jahre 1988, 45.500 1989, 59.500 1990 und etwa 65.000 1991 (14), dadurch wurde die BRD nach Kanada das zweitstärkste Herkunftsland von Touristen auf Cuba.

Trotzdem wurde in Cuba allgemein geglaubt, daß bei Beginn des Vereinigungsprozesses durch das Verschwinden von Konfrontationspotential (speziell durch die Klausel über die Anerkennung Westberlins als Teil der BRD) ein flüssiger Austausch zwischen Cuba und der BRD entstehen und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen würde; eine Ansicht, die viele von uns CubanerInnen, die mit dem Auslandssektor zu tun haben, teilten.

Diese Einschätzung wurde von der Tatsache gestützt, daß von 1976 an eine bedeutende Phase der Beziehungen Cuba - DDR eingesetzt hatte, durch die Einrichtung von zwischenstaatlichen Krediten, terminiert auf 50 Jahre, bestimmt für verschieden industrielle Zwecke. Unter diesen sind folgende zu erwähnen: die Zementfabriken von Cienfuegos und Nuevitas, die Keramikfabriken auf der Isla de la Juventud, die Sauerstofffabriken in Marianao und Palmira, die Fabriken zur Verarbeitung von Zitrusfrüchten in Ciego de Avila, die Bananenmarkfabrik in Havanna, die Poligrafische Fabrik in Guantánamo, die Brauereien von Camagüey und Holguin etc. In vielen dieser Fälle bestanden Verpflichtungen im Rahmen gemeinsamer Produktionspläne mit der DDR und diese waren von gegenseitigem Nutzen.

Es gab auch wichtige multilaterale Abkommen im Rahmen des COMECON (beispielsweise in der Nickelproduktion), an denen die DDR maßgeblich beteiligt war, sowie andere Ausgleichsabkommen, unter denen sich besonders der Austausch von Futterhefe gegen Milchpulver auszeichnet, wegen seiner Bedeutung für Cuba und seiner Rentabilität für den deutschen Partner. Im Rahmen dieses Abkommens waren von cubanischer Seite Investitionen von Devisen in der DDR vorgenommen worden, um die Butterrückstände in Milchpulver umzuwandeln.

Hinzu kommt, daß aufgrund der bis zu diesem Zeitpunkt bereits durchgeführten Fortbildungspläne in der DDR für Tausende von SpezialistInnen, TechnikerInnen und ArbeiterInnen durch deren Beherrschung der deutschen Sprache die reale Möglichkeit der Zusammenarbeit zu beiderseitig vorteilhaften Bedingungen geschaffen war.

In diesem Sinne wäre auch ein effektiver und humanitärer Nutzen in deutschen Programmen zur Entwicklungshilfe vorhersehbar gewesen, aufgrund des hohen Niveaus effektiver Zusammenarbeit, das Cuba unter Dritte-Welt-Ländern erreicht hat. (15) Um nur zwei hypothetische Beispiele aus dem sozialen Bereich zu nennen:

- Im Bereich Gesundheit, der viele Ärzte und medizinisches Hilfspersonal der karibischen Insel in Länder Afrikas, Mittelamerikas und andere Teile der Welt gebracht hat, um gemeinsam mit entsprechendem deutschen Personal (sogar unter Nutzung von Ausrüstungen der BRD) für die Lösung der schweren Gesundheitsprobleme zu sorgen, unter denen viele Länder auf ihrem Entwicklungsweg leiden.
- Im Bereich Erziehung ging die Möglichkeit verloren, das cubanische Lehrpersonal mit Erfahrungen aus Nicaragua und anderen Ländern für Ausbildungsprogramme die von der deutschen Entwicklungshilfe initiiert werden heranzuziehen, ausgehend von der Sprache und den bedeutenden in Cuba eingerichteten poligrafischen Kapazitäten mit DDR-Technologie, die die Kosten für die Erstellung von Lehrmaterial verbilligen würden.

Für uns alle, die wir Optimisten waren, Träumer von einer spürbaren Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen, erfüllten sich diese Wunschträume nicht, und obgleich es manchmal schwierig ist, die Realitäten zu akzeptieren, sind die Fakten offensichtlich. Die von dem BWZ und der Bundesregierung eingenommene Position gegenüber Cuba beinhaltet eine deutlich diskriminierende Haltung gegenüber Cuba im Vergleich zu anderen Ländern mit ähnlicher Verbindung zur DDR, mit der Besonderheit, daß die cubanische Seite keine traditionelle »Entwicklungshilfe« im Sinne von Spenden erbeten hatte, sondern die Fortführung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf Basis der Gleichheit.

Obgleich viele Firmen der Neuen Bundesländer (ex-DDR) objektiv Interesse an der Fortführung von Kooperationsprojekten mit Cuba hätten (auf einer Basis gegenseitigen Nutzens, die in Cuba und der BRD bereits entwickelt wurde, in für sie interessanten Produktionsbereichen, in bereits existierenden Fabriken mit deutscher Technologie), verbieten ihnen dies die von den Bundesautoritäten beschlossenen Maßnahmen aus den bereits aufgezeigten politischen Gründen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nur in einzelnen Bereichen bilateralen Austausches, meist auf nichtstaatlicher Ebene, Möglichkeiten, die vorher existierenden Abkommen mit Partnern in den Neuen Bundesländern im deutschen Osten fortzuführen.

Dies ist der Fall bei der Fortführung von Stipendien für höhere Abschlüsse oder Promotionen und einige Austauschprogramme zwischen Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen, die als Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO's) relative Autonomie besitzen.

Einige bereits existierende Programme mit dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) der alten BRD wurden ebenfalls weiter fortgeführt und andere Austauschformen wissenschaftlicher Art haben Tendenz, sich auszuweiten, darunter die Zusammenarbeit einiger der politischen Stiftungen der BRD mit cubanischen wissenschaftlichen Institutionen.

Aufrechterhalten wurde auch über den Weg anderer NGO's der BRD ein gewisses Niveau der Zusammenarbeit, das Tendenzen einer Stabilisierung zu zeigen scheint. Diese Programme sind in erster Linie humanitärer Art und von Organisationen durchgeführt, die von den christlichen Kirchen der BRD unterstützt werden.

Zusammenfassend könnten wir sagen, daß eine strikte Einfrierung der offiziellen Beziehungen der Zusammenarbeit beibehalten wird und sich nur im Rahmen der NGO's begrenzte Formen der Kooperation mit Tendenz zu schrittweisem Wachstum stabilisiert haben.

Die neuen Zerstörer der deutschen Politik gegenüber der Dritten Welt

Im Zuge der Verkündung einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der

Dritten Welt wird von der 1991 gebildeten neuen Bundesregierung die These wieder aufgeworfen, daß infolge der Abrüstung die Nord-Süd-Kooperation durch das, was man in der BRD als »Dividenden des Friedens« (16) proklamierte, zunehmen würde, was sich zugunsten der Länder mit den größten Bedürfnissen auswirken würde. ★

Trotzdem zeigt sich in den Aussagen des neuen Ministers für Entwicklungszusammenarbeit, Carl-Dieter Sprangers, eine größere politische Konditionierung dieser Hilfe, wenn er darauf hinweist, daß, wo »die Ausweitung der Privatinitiative unterdrückt wird, die finanzielle Hilfe des Auslands wird wenig Effekt haben können« und daß eine neue Entwicklungspolitik »als Ausdruck der christlichen Verantwortung« gefördert werde. (17)

Diese Elemente, in Verbindung mit der Entscheidung, daß die Investition »in erster Linie zum Schutz der Umwelt und zur Förderung des privaten Sektors in der Dritten Welt« dienen soll, stellen die zuvor benannten wertvollen Teile der Aussagen zur Entwicklungshilfe in Frage und ersetzen sie durch eine Ansammlung von Bedingungen in Verbindung mit den Menschenrechten, der Existenz eines Rechtsstaats und dem Austausch des Kriegspotentials im Gegenzug für wirtschaftliche Entwicklung.

Zu diesen neuen Bedingungen politischen Charakters kommen andere Herausforderungen ökonomischen Charakters hinzu, die die Tendenz haben, die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt noch weiter zu begrenzen; so zum Beispiel:

- Die bedeutende wirtschaftliche Hilfe der BRD für die Länder Zentral- und Osteuropas (von gleichem Ausmaß wie die, die sie von den restlichen westlichen Ländern erhalten haben) und die Auswirkungen, die die Höhe dieser Hilfe auf die gesunde bundesdeutsche Wirtschaft gehabt hat.
- Der Golfkrieg, denn der substantielle Beitrag Deutschlands (19) wirkte sich negativ auf die Politik der Bundesregierung gegenüber der Dritten Welt aus, da, wie offiziell bemerkt wird, »sich die Entwicklungshilfe selbst aufgrund des Krieges im Persischen Golf mit neuen Herausforderungen konfrontiert sieht«.
- Der Tiefschlag, den es für Deutschland bedeutet, daß es nach mehreren Jahren des Handelsüberschusses

ses, wo den ersten Platz in der Welt erreicht hatte (in den letzten Jahren sogar vor Japan), 1991 zum ersten Mal von seinem Platz verdrängt wurde. Dies war in erster Linie bedingt durch die ungeheuren Produktionsmengen, die es den Neuen Bundesländern zukommen lassen mußte (wo die Konkurrenz große Teile der existierenden Industrie zerstörte), die von seinen Exporten auf den Weltmarkt abgingen.



Um auch den Umfang der Verteilung an die Neuen Bundesländer vergleichen zu können, können wir die Gesamtsumme von deren wirtschaftlichen Unterstützung durch die BRD verwenden, wobei die verbreitetste Schätzung bei etwa 150 Milliarden DM für das Jahr 1991 liegt. Trotzdem bezeichnen deutsche Wissenschaftler unter Einbeziehung der verschiedenen Entscheidungen hinsichtlich des Staatshaushaltes die Zahl von etwa 180 Mrd. - etwa 120 Mrd US-Dollar - als konservativ. (22)

Wenn wir dies mit den 127 Mrd. Dollar Auslandsschuld (1991) Afrikas im Subsahara-Gebiet vergleichen, sehen wir, daß diese beiden Zahlen vergleichbar sind. Der Vergleich gewinnt noch an Bedeutung, wenn wir wissen daß, wie die deutsche Presse aufzeigt, viele dieser Länder dank der Entwicklungshilfe überleben, wie es der Fall ist in Mozambique (66%), Tanzania (48%) oder Somalia (46%). (24)

Wenn wir auf der anderen Seite die 150/180 Mrd. DM, die 1991 in die Neuen Bundesländer investiert wurden, mit dem Haushalt der BRD für Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Welt vergleichen (7,96 Mrd. DM), nehmen wir an, daß die Kosten der Einheit jedwede Handlung der BRD nach außen beschränken.

Der Prozeß des gemeinsamen Marktes von 1993, in dem die EG den Ersatz der nationalen Wirtschaftspolitik durch eine übernationale Vereinheitlichung aller wichtigen Entscheidungen betreibt, in dem die »Politik der Entwicklungszusammenarbeit der EG sich eher in der Nachhut denn in der Vorhut befinden wird« (25), vermag zusätzliche Beschränkungen der Kooperation der BRD mit der Dritten Welt zu bewirken.

Perspektive der Beziehung Deutschland-Süden

Die Sammlung der folgenden Faktoren: das ungeheuere wirtschaftliche Gewicht der Vereinigung, der gemeinsame Markt 1993 und die Neuorientierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Osteuropa, abgesehen von dem großzügigen Beitrag Deutschlands zum Golfkrieg stellt uns einige Fragen:

Kann selbst ein so reiches Land wie Deutschland in dieser Situation gleichzeitig seinen neuen europäischen Verpflichtungen und den existierenden mit der Dritten Welt gerecht werden? Wenn es Mittel für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland abziehen muß, aus welchem der Bereiche wird es das tun?

Aus unserer lateinamerikanischen Sicht erinnern wir uns an den Ausspruch eines bekannten Wissenschaftlers der Friedrich-Ebert-Stiftung, der besagte, daß »die europäischen Länder sich in den neunziger Jahren vor allem um ihre eigene Entwicklung kümmern werden. Lateinamerika muß sich dessen sehr bewußt sein.« (26)

Trotz der zuvor aufgezeigten Beeinträchtigungen der bundesdeutschen Ökonomie sehen zahlreiche internationale Analytiker eine zunehmende Erholung in den kommenden Jahren voraus, nicht nur aufgrund der Existenz solider Reserven, die in Jahrzehnten großer Wirtschaftsüberschüsse angesammelt wurden, sondern auch aufgrund einer allmählichen Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. (27)

Selbst dadurch ist nicht wahrscheinlich, daß die Auslandsplanung der bisher gesunden deutschen Wirtschaft von den wirtschaftlichen Einschränkungen unbeeinträchtigt bleibt, da diese ihre Mittel kurz- und mittelfristig in bevorzugten Bereichen einsetzen muß.

Ein Beweis dafür ist, daß mit der Verabschiedung der Summe von 7,96 Mrd. DM 1991 im Staatshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit und der von 8,158 Mrd. 1992 diese Politik dadurch bestätigt wurde, daß nur eine bescheidene Steigerung von etwa 0,2 Mrd. DM im Verhältnis zum Vorjahr erreicht wurde. (28)

Wenn man berücksichtigt, daß die notwendige Erhöhung für die Erfüllung auch nur eines wesentlichen Teils der neu hinzugekommenen Abkommen über Entwicklungszusammenarbeit, die mit der Vereinigung übertra-

gen wurden, Milliarden DM jährlich umfassen würde, liegt die Summe von 0,2 Mrd. DM weit unterhalb der notwendigen Mittel, um selbige zu erfüllen und ist noch viel weiter von der Absicht entfernt, die Zusammenarbeit, wie angekündigt, im folgenden Jahr zu erweitern.

Daher wird die Unterstützung des Privatkapitals, der humanitären kirchlichen Hilfe und der anderer Nicht-Regierungs-Organisationen, sowie die Suche nach anderen Finanzierungswegen von der Regierung der BRD gefördert, um den bestehenden Verpflichtungen Kontinuität zu verleihen. Diese haben in der neuen Etappe die Tendenz, die Bedeutung der entsprechenden offiziellen Entwicklungshilfe zu übernehmen und konzentrieren sich auf Maßnahmen mit großem, sozialen Widerhall und den Bereich des Umweltschutzes in den neuen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt.

Daher ist die Perspektive für eine Zunahme der Entwicklungshilfe für die Länder mit einem engen Kooperationsverhältnis mit der Ex-DDR, auf die oben eingegangen wurde, ungeuß, denn sie wäre stark mit der Erfüllung von Maßnahmen aufgrund politischer Bedingungen verknüpft, wie sie bereits benannt wurden und ihre Kontinuität kann eben durch die Nicht-Erfüllung dieser Bedingungen unterbrochen werden.

In diesem Rahmen ist offensichtlich nicht absehbar, daß Cuba von der zukünftigen Politik des vereinten Deutschlands berücksichtigt werden wird und die zuvor mit der DDR erreichten Projekte der Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden.

Nun gut, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt der deutsche Pragmatismus überhand nehmen würde und unter realistischer Betrachtung die bilaterale Zusammenarbeit als wirtschaftlich erscheinen würde, könnte, ausgehend von einer reinen Kooperationsbeziehung auf Basis gegenseitigen Nutzens, die Stagnation unserer wirtschaftlichen Beziehungen überwunden werden und Projekte wiedererweckt werden, die beiden Seiten fraglos Vorteile bringen würden.

Abschließend möge es nützlich sein (als illustratives Beispiel für die existierende Perspektive für die unterentwickelten Länder in den Neunzigern, unter den tiefgreifenden Veränderungen, die derzeit in Europa stattfinden), den Text eines Plakates zu erwähnen, das man in deutschen Eisenbahnen lesen kann, von der deutschen religiö-

sen Organisation »Misereor« verfaßt, welches im Rahmen der Forderung nach ökonomischen Beiträgen für Hilfsmaßnahmen für die Dritte Welt besagt: »Ein Dach über dem Kopf, das Notwendige zum Essen, Arbeit und gerechter Lohn, Ausbildung für die Kinder, medizinische Versorgung für den Kranken. Auch die Armen in Afrika, Asien und Lateinamerika wünschen, würdig zu leben; genau wie wir!

Anmerkungen:

- (0) Lizentiat der Politikwissenschaft an der Universität von Havanna und Subdirektor des Zentrums für Europäische Studien.
- (1) Herausforderung für den Süden. Information der Kommission des Südens, Ausgabe Mexico, Fond Ökonomischer Kultur, 1991, S.224
- (2) In Prozent des Bruttosozialproduktes. Obwohl der Fall der BRD keine Ausnahme unter den hochindustrialisierten Ländern der EG ist, die sogar einen geringeren Durchschnitt aufweisen, im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern, in denen die prozentualen Anteile 1989 so bedeutend waren wie in Dänemark (0,94), Schweden (0,97) oder Norwegen (1,09). Sehen Sie die Tabellen im BMZ Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 89/90 Bonn 1989, S.53 und ebenso 91/92, Bonn 1991, S.78.
- (3) s.o., S.74.
- (4) Mosambik wurde jedoch trotz des Kampfes gegen die RENAMO nicht in diese Gruppe einbezogen, denn schon im V. Kongreß der FRELIMO war die sozialistische Orientierung aufgegeben worden. Auf der anderen Seite hatte Mosambik, obgleich es ein wichtiger Empfänger der Entwicklungshilfe der DDR war, lange vor den Veränderungen von 1989 in Osteuropa damit begonnen, die Hilfspläne für Länder der CAME mit Projekten des Westens zu unterstützen.
- (5) Nach dem Prinzip, daß der Umfang der Welt-hilfe zur Entwicklung nicht geringer sein darf, als der Umfang der Hilfe, die von beiden Staaten aufgebracht wird.
- (6) In Erklärungen bundesrepublikanischer Persönlichkeiten, vom Bundespräsidenten der BRD bis zu einem Staatssekretär im Außenministerium.
- (7) Obgleich dies in letzter Zeit nicht völlig erfüllt worden zu sein scheint, wie der Fall der öffentlichen Beschwerde Mosambiks zeigt.
- (8) Eine genauere Information zu diesen politischen Bedingungen für eine Entwicklungszusammenarbeit, die zu Beginn des Vereinigungsprozesses Anwendung fanden, entnehmen Sie dem Beitrag des Autors »Die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung auf die Dritte Welt« in: Die Krise des Sozialismus und ihre Auswirkungen auf die Dritte Welt. Hans-Seidel-Stiftung, München, 1991, S.11, 115 ff.
- (9) Daher schreiben dies nicht wenige Analytiker direktem nordamerikanischem Druck im Rahmen der bekannten Politik extraterritorialer Ausweitung des auf Cuba angewandten Embargos auf Drittländer zu. In dem analysierten Zeitraum hat sich dies durch die Diskussion der bekannten Verschärfungen verstärkt, die durch den Senator Connie Mack (1989/90) und den Abgeordneten Torricelli (1992) eingebracht wurden.
- (10) s. Anuario Estadístico 1989. Staatliches Komitee für Statistik, Havanna, April 1991, S. 249.
- (11) s. ebenso, S.249, 253 und 157; zum Vergleich: Cuba Business, London, Juni 1991, S.9.
- (12) s. Anuario Estadístico 1989 ... S.249.
- (13) Die Entscheidung der BRD, die wirtschaftliche Zusammenarbeit des vereinten Deutschland, mit Cuba zu bremsen, beeinträchtigte den bilateralen Handel gegen Ende 1990. s. Cuba Business, ... Juni 1991, S.9.
- (14) s. Cuba Business, ... August 1991, S.2 und Schätzungen der INTUR für 1991.
- (15) Es ist international wohlbekannt, daß die UN Cuba zu den Ländern zählt, die Mittel für Programme zur Entwicklungszusammenarbeit am besten nutzen.
- (16) s. die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vom 30. Januar 1991.
- (17) Zum Vergleich: Interpress Sonderdienst SD-7, S.10, Bonn 1991.
- (18) s. Regierungserklärung Kanzler Kohl wie oben.
- (19) Da Deutschland sich aufgrund von Nachkriegsverböten nicht militärisch beteiligte, verpflichtete es sich zunächst zur Zahlung von 15,3 Mrd. DM und zu einer zusätzlichen Unterstützung der Länder der Frontlinie von weiteren 1,6 Mrd. DM. in: Die Entwicklungspolitik als internationale Friedenspolitik. INPRESS Sonderdienst SDI, Bonn 1991, S.11.
- (20) Aus der Rede des neuen Ministers für Zusammenarbeit Carl-Dieter Spranger. s. INPRESS Sonderdienst SDI ... S.10.
- (21) Die BRD erreichte 1989 einen Handelsüberschuß von 71,8 Mrd. DM und von 52,8 im Jahr 1990 (dem Jahr, in dem es zu einer generellen Tendenz zur Verringerung kam), im letzteren übertraf sie zum ersten Mal so deutlich Japan (um 10 Mrd. DM), ein Land, das für seine beneidenswerte Handelsbilanz weltbekannt ist.
- (22) zu einem geschätzten Kurs von 1,50 DM pro US-Dollar während 1991. s. Jahrestabelle des The Economist, 4. Januar 1992, S.84.
- (23) s. im DIW Wochenbericht 49/91: Verschuldungslage der meisten Entwicklungsländer bleibt problematisch, Berlin, 5. Dezember 1991, S.696.
- (24) s. Tabelle in: Das Parlament: Die Woche im Bundeshaus, Bonn, 12/19, Juni 1992, S.1.
- (25) Ashoff, Guido: Entwicklungszusammenarbeit EG - Lateinamerika. In Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 106, 1990, S.180.
- (26) Sassenfel, Henrich: Lateinamerika in den Neunziger Jahren. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 2/1991, S.7.
- (27) Dank der nachhaltigen Erholung ihrer Finanzen während 1992, unter Gesichtspunkten wie dem Wirtschaftsüberschuß (wo sie auf den zweiten Platz in der Welt hinter Japan zurückkehrte) oder der wachsenden Erholung der DM auf dem Devisenmarkt. s. Economic and Financial Indicators. in: The Economist, erstes Semester 1992.
- (28) Für 1992 nahm diese nur um 62 Mio. auf 8,22 Mrd. zu und blieb 1993 und 1994 bei der geplanten Steigerung von 200 Mio. DM jährlich. s. Tabelle im BMZ Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1991/92, Bonn, 1991, S.66.

(AdSp.C.Sch.)

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

»Ich verurteile auf das schärfste die Blockade der USA gegenüber Kuba. Es ist ein Verbrechen, ein ganzes Volk auf diese Weise zu bestrafen, nur weil der US-Regierung das kubanische System nicht paßt. Ich glaube, es ist eine brutale Verletzung der Menschenrechte, z.B. die Lieferung von Milch für die kubanischen Kinder nicht zuzulassen.«

Prof. Peter Ludwig, Unternehmer und bedeutender Kunstsammler aus der BR Deutschland in Granma Internacional, Mai 1994

Milch für Kubas Kinder

Wir bitten, unsere Solidaritätskampagne mit Spenden - auch durch Dauerauftrag - zu unterstützen (steuerlich absetzbar).

Spendenkonto-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder. Spendeneingang bis Mitte Juni 1994: 1 742 520,- DM (davon 445 t Milchpulver ausgeliefert und 324 171,- DM für Pilotprojekt bezahlt). Aktueller Kontostand: 351 810,- DM. Wir danken allen SpenderInnen!

Cuba Si
Arbeitsgemeinschaft der PDS
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
Telefon: (030) 28 409 455/-456
Fax: (030) 28 409 409

Cuba Si

Hunger nach Kultur haben wir stets ★ gefördert

**Abel E. Prieto, Präsident des
Künstlerverbandes UNEAC und
Politbüromitglied der KP Cubas**

Auszüge eines Interviews aus ND, 23.2.94

Cuba öffnet sich: verstärkter Tourismus, Investitionen des kapitalistischen Auslandes, Legalisierung des Dollars als Zahlungsmittel ... Ist Ihr Land vorbereitet, dem Druck einer Welt zu widerstehen, in der die Kultur entweder Besitztum der Elite ist oder als Bagatelle gehandelt wird?

Wir sind uns der Herausforderungen bewußt. Da kommt viel Arbeit auf uns zu. Wir müssen immer wieder erklären, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen konjunkturellen Charakter haben, daß wir unsere Prinzipien nicht verscherbeln und die Kontrolle in der Hand behalten werden. Das geht nur Schritt für Schritt. Darum hat ja die Nationalversammlung Ende Dezember darauf verzichtet, schon Dekrete zu verabschieden. Wir wollen der Bevölkerung erst Gelegenheit geben, über die Entwertung des Pesos, den inflationären Geldumlauf, die unbefriedigende Arbeitsmoral und die anderen drückenden Probleme nachzudenken und sich bewußt zu werden, daß etwas geschehen muß. Der neue Mensch, der uns vorschwebte, hat nicht an der nächsten Straßenecke auf uns gewartet.

Aber die Mehrheit der CubanerInnen hat viel gelernt und verinnerlicht. In dieser harten Zeit tritt vieles zutage. Da taucht der Höcker auf, das Schlitzohr, der Spekulant, der Halunke, der Betrüger, ja ja, wir werden bedauerlicherweise Menschen verlieren. Aber da profilieren sich eben zugleich erst recht die Standhaften, die Ehrenwerten, die sich was einfallen lassen, um die Krise zu überwinden. Und die bilden ohne Zweifel die Mehrheit. Die garantiert undogmatische cubanische Kreativität.

Cuba hat 80 Prozent seiner in 30 Jahren gewachsenen Bidungen eingebüßt. Auch die Kultur ist in ein schwarzes Loch gestürzt: kein Papier, keine Farbe, keine Leinwand, kein Filmmaterial ...

Dabei haben wir einen enormen Bedarf an Kultur. Das Filmfestival, das Ballettfestival - immer ausverkauft. Diesen Hunger nach Kultur haben wir stets gefördert. Wie viele Kunstschulen sind entstanden: Und jetzt schlagen wir uns damit herum, daß wir für viele AbsolventInnen keine Arbeit haben.

In der Kulturszene beobachte ich zwei gegensätzliche Phänomene. Einerseits erhalten Künstler wie Eliseo Diego, Dulce María Loynaz, Miguel Barnet, Frank Fernández und andere, die hier leben, wichtige Preise und gute Kritiken im Ausland. Andererseits verlassen Künstler mit ebenso hohem professionellem Niveau das Land. Die Schlagersängerin Maggie Carlés zum Beispiel, die sagte, daß sie das Ave Maria nicht singen durfte, oder Jesús Díaz, den wie er sagte - das castristische Regime zu erdrücken schien.

Fest steht, daß die meisten KünstlerInnen in Cuba leben, und nicht die schlechtesten. Andere haben schon vor Jahren mit der Revolution gebrochen, erklärte Antikommunisten wie Jorge Manach. Das war normal. Dann gab es andere wie Cabrera Infante, die nicht ihr Antikommunismus forttrieb, er stammt ja sogar aus einer kommunistischen Familie.

Aber Cabrera Infante ist nicht nur ein begabter Schriftsteller, sondern zugleich ein Mensch mit großen Ambitionen. Er wollte in der cubanischen Kultur eine führende Rolle spielen. Als das nicht klappte, ging er. Wieder andere haben sich vorübergehend in Vene-

zuela, Mexiko oder Spanien niedergelassen. Die Beziehungen zu ihnen sind nie abgerissen.

Und Jesús Díaz?

Ach, Jesús Díaz. Der hat ja nicht um politisches Asyl nachgesucht, er ist nach wie vor cubanischer Bürger, hat allerdings der Solidaritätsbewegung beträchtlichen Schaden zugefügt. Das ist ein trauriger Fall. Jesús war ja 25 Jahre lang in der Partei, war Führungskader, nahm zeitweilig sogar extremistische Positionen ein. Aber ich ordne ihn nicht der Sorte Feinde zu, wie sie in Miami überwiegen.

Wir sollten nochmal auf die Wurzeln der Emigration zurückkommen.

Die ist hauptsächlich ökonomisch determiniert. Einigen konnten wir nicht die nötigen Arbeitsbedingungen bieten, andere sind gegangen, weil wir, töricht und ohne Professionalität, ihr Talent mißachtet haben. Wieder andere suchen einen Markt, auf dem sie sich gewinnbringend ausbreiten können, sie suchen Ruhm, der über die Grenzen Cubas hinausreicht, und hartes Geld. Und da meinen sie, dem Markt mit pseudopolitischen Erklärungen entgegenkommen zu müssen, wie eben Maggie, die diesen Unsinn mit dem Ave Maria erzählt, das hier bis zum Überdruß auf allen Sendern war und ist.

Trotzdem: Ich weiß nicht, ob bei Ihnen bekannt ist, daß wir hier, als wir das materiell noch einigermaßen konnten, auch Werke unserer KollegInnen aus dem Exil veröffentlicht haben. Zum Exil, das sich nicht von der Konterrevolution vereinnahmen ließ, unterhalten wir normale Kontakte.

Thema Toleranz. Der cubanische Film »Erdbeer und Schokolade«, inzwischen mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, füllt seit Wochen die Kinos. Im Mittelpunkt stehen ein Jungkommunist und ein homosexueller Intellektueller. Für Cuba eine ziemlich delikate Konstellation. Dazu eine Frage zum Verbot des Streifens »Alicia im Wunderdorf«.

»Erdbeer und Schokolade« (Fresa y Chocolate) ist ein sehr guter Film, sehr cubanisch, und er greift mit bemerkenswertem Fingerspitzengefühl und hohem künstlerischen Niveau ein außerordentlich delikates Problem auf. Und obgleich in Cuba der Machis-

mus nicht aus der Welt ist, kommt der Film auch beim Publikum glänzend an, auch bei denen, die Homosexualität nach wie vor für eine Perversion oder eine Krankheit halten. Das ist ein elementares Thema. Die ZuschauerInnen sind bewegt. Und dennoch wäre es allzu einfach zu behaupten, nun sei endgültig Schluß mit der Intoleranz gegenüber den Homosexuellen. Da haben wir eine weitere wichtige Aufgabe für die Kultur: dafür zu sorgen, daß diese Art von Diskriminierung auch von oben her verschwindet.

Und »Alicia«?

Den Film hat Daniel Torres gemacht, Mitglied der Partei, Mitglied der Nationalleitung der UNEAC, Professor an der Filmhochschule. Wegen »Alicia« hat er persönlich nie Schwierigkeiten gehabt. Aber sein Film kam unglückseligerweise in die Kinos, als - Stichwort: Untergang der sozialistischen Staaten - Unsicherheit um sich griff, als es für uns allein darauf ankam, zusammenzurücken, Überlebensalternativen zu finden, uns auf unsere Werte zu besinnen. Und da taucht dieser Film auf, der ausschließlich in unseren Fehlern herumrührt, zu viel in Frage stellt, wenn auch mit den Mitteln der Satire.

Da haben sich viele angegriffen, beleidigt gefühlt. 1988, 1989 wäre der Film ohne weiteres gelaufen. Und ich bin sicher; daß er auch bald wieder in die Kinos kommt. Vergessen Sie nie, in welcher Situation sich Kuba befindet, welch passiver Feindseligkeit und Bedrängnis es sich erwehren muß. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Rezeptivität von Kunstwerken. Ihr Entstehen darf allerdings keiner Konjunktur unterworfen sein.

Wie kommt ein unkonventioneller Mann wie Sie - die Mähne, Ihre Art zu reden, sich zu kleiden - im Politbüro klar, wo ja wohl die Genossen überwiegen, die sich dem rüden Alltag widmen müssen und der Gedankenwelt von Künstlern fern sind?

Ich bin ja nicht der einzige Intellektuelle im PB. Fidel zum Beispiel ist ein Mann mit hoher Kultur, der Bücher geradezu verschlingt, der in Geschichte und Literatur gleichermaßen bewandert ist, ein bestechender Partner für jeden Intellektuellen. Oder Carlos Rafael Rodríguez, der seit Jahrzehnten das geistige Leben Kubas mitgestaltet. Juan Almeida, Komponist und Schriftsteller. Andererseits hat jeder im Politbüro seine politische Auf-

gabe, das ist ja kein Kulturbund. Aber an Verständnis und Entgegenkommen fehlt's nicht.

Wie wird Cuba im Jahre 2.000 aussehen?

Es wird ein sozialistisches Land sein, in dem die meisten Probleme, die uns heute durchschüttern, bereinigt sind. Ein solidarisches Land, ohne bürokratische Hindernisse. Wir werden das Geld nicht mehr aus dem Fenster werfen, wir werden kreativer sein, demokratischer. ★

Lassen Sie mich eine Anekdote erzählen: Ich komme aus Pinar del Rio, wo der Rassismus sehr ausgeprägt war, und Reste davon gibt es noch. Meine Tochter ist weiß und blond, ihre Freundin schwarz. Eines Tages kommt meine Tante zu Besuch, eine alte Dame, die diese Freundschaft zumindest seltsam fand. Ich habe ihr gesagt, frage doch mal die Kleine, wie ihre Freundin aussieht. Die Tante fragt. Antwort: Sie heißt Tamara, hat viele kleine Zöpfchen, ist ziemlich dick, kennt alle Bäume und Sträucher. Und so zählt sie noch ein paar Dinge auf - die Hautfarbe erwähnt sie nicht, die nimmt sie gar nicht mehr wahr. Solche Menschen sind Cubas Zukunft.

Fresa y Chocolate

Kubas Wettbewerbsfilm durchbricht ein Tabu

Carola Hesse-Andres

Der Film Fresa y Chocolate (Erdbeer und Schokolade) erzählt mit Witz und Melancholie die Geschichte einer ungewöhnlichen Freundschaft. David der Jungkommunist lernt den schwulen Diego kennen. Zunächst steht er ihm mißtrauisch und ablehnend gegenüber, denn die Gesellschaft und seine Freunde haben ihm vermittelt, daß Homosexualität ein Defekt sei, der zugleich etwas Konterrevolutionäres in sich birgt. Dennoch ist er fasziniert von der unkonventionellen Lebensart des etwas älteren Diego, der, sehr belesten und reich an Lebenserfahrungen, sich in seiner Wohnung - voll mit Bildern und Kunstobjekten - eine eigene Welt geschaffen hat, umgeben von

Literatur, Musik und Kunst. Die Besuche bei Diego offenbaren David einen zuweilen witzigen Menschen, wenn dieser mit seinem Kühlschrankspricht, der gleichermaßen zärtlich und verletzlich sein kann. David, jung, unsicher, aber pflichtbewußt und enthusiastisch, meint, Diego auf rechten revolutionären Pfad verhelfen zu müssen. Schließlich ist es jedoch vor allem David, der sich durch diese intensive Freundschaft verändert, der begreift, daß mehr Toleranz und Verständnis gegenüber dem Anderen mehr zählt, als revolutionäre Phrasen, daß es darauf ankommt, den Menschen, seine Persönlichkeit zu entdecken. Der Homosexuelle bekehrt

den Revolutionär. Die Freundschaft wird jedoch auch für den schwulen Diego, der zunächst ein Abenteuer suchte, eine wichtige Erfahrung. Am Ende des Films offenbart sich David schließlich die gesamte Tragik einer gesellschaftlichen Ausgrenzung. Denn Diego hatte auch Träume von einer neuen Gesellschaft, wollte als Jugendlicher an der Alphabetisierung teilnehmen und Lehrer werden. Dies alles blieb ihm aufgrund seiner Homosexualität verwehrt. Schließlich wird eine Kunstaussstellung, die er vorbereitet hat, verboten. Verzweiflung und Resignation machen sich bei Diego breit. »Ich lebe nur einmal«, sagt er zu David und dieses Leben möchte er gestalten können. In Kuba sieht er keine Möglichkeiten einer persönlichen und beruflichen Entfaltung, und verläßt am Ende das Land mit den Sätzen: »Ich gehe nicht, sie werfen mich hinaus.«

Neben den Problemen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Intoleranz werden in Fresa y Chocolate auch humorvoll die Alltagsprobleme des heutigen Kuba thematisiert. Da ist beispielsweise Diegos Nachbarin Nancy, der es immer wieder gelingt, etwas auf

dem Schwarzmarkt zu organisieren und dabei auch eine Kleinigkeit zu verdienen. Äußerlich stark, ist sie dennoch ein sehr verletzlicher Mensch, der die Heiligen der katholischen Kirche genauso zur Hilfe ruft, wie die schwarzen Götter der Santeria.

★ Die beiden Regisseure des Films, Tomás Gutiérrez Alea, der das kubanische Filmwesen maßgeblich mitaufgebaut hat und zu den Altmeistern des kubanischen Kinos zählt, und Juan Carlos Tabío, haben in *Fresa y Chocolate* mittels witziger und tief-sinniger Dialoge, die viele kleine Anspielungen enthalten, konsequent und radikal Probleme der kubanischen Gesellschaft dargestellt. Nie zuvor wurden in der kubanischen Filmgeschichte so offen politische Fehler angeprangert, die Allmacht einer Partei kritisiert, die sich anmaßt über alle Bereiche des Lebens urteilen zu können, von der Sexualmoral, bis hin zu ästhetischen Fragen in der Bildenden Kunst.

»Es ist ein Film über Intoleranz und Freundschaft«, sagte der Drehbuchautor Senel Paz in einem Interview zu diesem ersten kubanischen Film, der sich mit dem Thema Homosexualität auseinandersetzt. Für seine Erzählung *Der Wolf, der Wald und der neue Mensch*, nach der Drehbuch und Film entwickelt wurden, hatte der Jungautor Senel Paz bereits den Juan-Rulfo-Preis von Radio France International erhalten, es ist auch das erste literarische Werk, welches in dieser Form Fragen behandelt, die in Kuba über 30 Jahre ein Tabu darstellten.

Homosexualität, zwar nicht strafbar, wurde in Kuba vor allem in den 60er Jahren von offizieller Seite verfolgt, als eine große Zahl Homosexueller, darunter auch viele Intellektuelle, in die Umerziehungslager UMAP gesteckt wurden. Auch in den 70er und

80er Jahren setzte sich die Diskriminierung fort. Homosexuellen blieb nicht nur der Zugang zu politischen Organisationen versperrt, sondern auch zu vielen Berufen, obwohl namhafte kubanische Künstler zu ihnen gehören. Etliche Homosexuelle sahen sich zur Emigration veranlaßt oder wurden in einigen Fällen sogar von den Behörden dazu gezwungen. Wie der Beitrag *Fresa y Chocolate* aber auch zeigt, ist die Diskriminierung von Homosexuellen nicht nur ein Problem offizieller Politik sondern das einer weit verbreiteten Intoleranz durch die Bevölkerung. Wie in anderen Ländern Lateinamerikas wird der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen in Kuba durch den vorherrschenden Machismo erschwert.

Fresa y Chocolate wurde erstmals im Dezember als Wettbewerbsbeitrag beim XV. Internationalen Festival des Neuen Lateinamerikanischen Kinos in Havanna präsentiert. In einem zur Zeit toleranteren und offeneren politischen Klima wurde der Film mit Beifall sowie Prämien geradezu überhäuft. Er erhielt den Hauptpreis des Filmfestivals, die Große Koralle, sowie Preise der internationalen und katholischen Filmkritik; Schauspieler-Preise gingen an Jorge Perugorria, der den schwulen Diego spielte, und Mirtha Ibarra für die beste weibliche Nebenrolle.

Nach den Erfahrungen mit dem Film *Alicia am Ort der Wunder*, eine bissige Satire über die politischen Verhältnisse in Kuba, der nach wenigen Tagen Spieldauer abgesetzt und eingezogen wurde, war der Publikumsandrang zu *Fresa y Chocolate* enorm groß. Seit Dezember läuft der Film in Kuba und immer noch bilden sich lange Schlangen vor den Kinos. Die Kubaner - aufgrund des Energiemangels täglich mit langen Stromabschaltungen im Alltagsleben massiv

eingeschränkt - nahmen während des Festivals sogar zusätzliche Stromsperrungen in Kauf, damit der Film in 16 Kinos Havannas, nicht nur an Wochenenden, wie sonst üblich, gezeigt werden konnte.

Sicher auch aufgrund der enormen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Kuba ist die Geschichte mit relativ geringem Aufwand verfilmt worden, was dem Film durchaus zugute kommt. Die Handlung stützt sich im wesentlichen auf drei Protagonisten, dem Jungkommunisten David, dem schwulen Diego und dessen Nachbarin Nancy; die meisten Szenen spielen in einem Raum, der Wohnung von Diego. Vor allem bei der technischen Entwicklung war die Kooperation mit Mexiko und Spanien sehr wichtig. Der Energiemangel in Kuba und die damit verbundenen Stromsperrungen haben auch im Filmsektor drastische Konsequenzen: Bei der Herstellung von Dokumentarfilmen und Wochenschauen wurde gekürzt; die Kopierwerkstatt mußte wegen Strommangels sowie veralteter Technik geschlossen werden. So war *Fresa y Chocolate* der einzige Spielfilm, der im vergangenen Jahr in Kuba gedreht werden konnte. Inhaltlich und künstlerisch überzeugend haben die kubanischen Cineasten, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, diesen Film realisiert.

Fresa y Chocolate,
Kuba/Mexiko/Spanien,
Regie: Tomás Gutiérrez Alea,
Juan Carlos Tabío;
mit: Jorge Perugorria,
Vladimir Cruz, Mirtha Ibarra;
110 Min.

(Dieser Text wurde vor längerer Zeit geschrieben und mit anderen Texten ehemaliger Redaktionsmitglieder freigegeben. d. Redaktion)

**Der Bundesvorstand der
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA ruft auf:**

Busse und Ersatzteile für Cuba!

Die Situation im cubanischen Transportwesen ist dramatisch. Mehrstündige Wartezeiten auf dem Weg zur Arbeit sind mittlerweile die Realität. Die Ursachen liegen einerseits im Mangel an Brennstoff, andererseits aber im katastrophalen Zustand des Fuhrparks.

Während der Karawane wurde damit angefangen, gebrauchte Busse und Ersatzteile hier einzukaufen und nach Cuba zu verschiffen. Damit wollen wir weitermachen, vor allem auch mit dem Ziel, in Cuba eine Infrastruktur zur Reparatur aufzubauen. Das alles geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem cubanischen Transportministerium.

Geldspenden bitte
auf folgendes Konto:

Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn

BLZ 380 101 11

Kto.-Nr. 1 202 999 900

Stichwort: Busse für Cuba

Im folgendem dokumentieren wir die Reden von Gaby Ströhlein, die sie auf zwei Veranstaltungen in München hielt. Zu diesen Veranstaltungen wird es in Kürze auch einen Reader geben.

»Cuba - Vietnam - Südafrika ★

Was drei Länder einander und uns zu sagen haben



Blick auf die Bühne

Fotos: Bill Mahl

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte Euch alle im Namen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zu unserer Veranstaltung »Cuba - Vietnam - Südafrika Was drei Länder einander und uns zu sagen haben begrüßen.

Ich freue mich ganz besonders, daß wir im Zusammenhang mit den Feierlich-

Pham van Chuong

keiten zum 20jährigen Bestehen unserer Freundschaftsgesellschaft gemeinsam mit der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam und mit Unterstützung vieler Freunde und Organisationen, dieses politisch-historisch bedeutsame und in dieser Form in der BRD bis heute wohl einzigartige Zusammenkommen durchführen können und möchte mich bei der Gelegenheit mit einem außerordentlich Dankeschön bei allen bedan-

Sergio Corrieri

ken, mit deren Hilfe es nur möglich war, daß diese Veranstaltung heute stattfinden kann.

Es ist mir eine große Ehre, Repräsentanten dreier Völker bei uns begrüßen zu dürfen, die einen unschätzbaren Beitrag geleistet haben für den Fortschritt der Menschheit in Richtung internationale Solidarität, Selbstbestimmung gegen imperialistische Bevormundung, gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung.

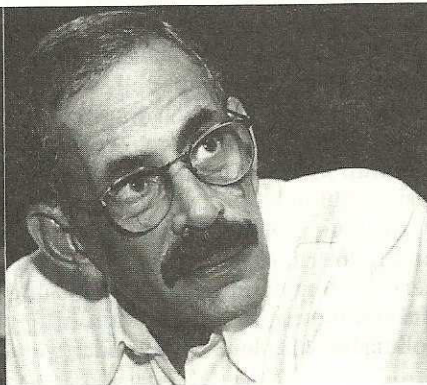
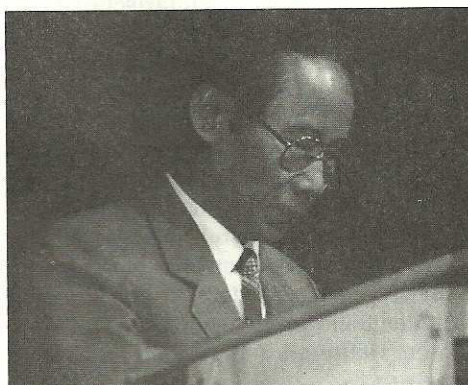
Ich begrüße aus Kuba Sergio Corrieri Präsident des Cubanischen Instituts für Völkerfreundschaft und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Cubas;

aus Südafrika -Sydney Khubeka von der Abteilung für Internationale Angelegenheiten des African National Congress;

aus Vietnam -Pham van Chuong den stellvertretenden Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams und Vizepräsident der Union der vietnamesischen Organisationen für Frieden, Solidarität und Freundschaft.

Weiter freut es mich sehr den Botschafter der Republik Cuba, Rodney Clemente Lopez und den 1. Botschaftsrat Marcelino Medina aus Bonn

Sydney Khubeka



sowie den leitenden Mitarbeiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Cuba Osvaldo Garcia aus Berlin begrüßen zu können, die die Entfernung nicht gescheut haben, diesen Tag mit uns zu verbringen.

Den weiten Weg aus Bonn hat auch der 1. Sekretär der Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam nicht gescheut, den ich hiermit ganz herzlich begrüßen möchte. Der Botschafter der Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam ließ uns mitteilen, daß es ihm aufgrund einer Erkrankung leider nicht möglich sei, an der Veranstaltung teilzunehmen und läßt sich dafür entschuldigen.

Was haben die drei Länder einander und uns zu sagen?

Hier steht wohl an erster Stelle, daß sie uns zeigten und zeigen, daß es möglich ist, um einen alternativen Entwicklungsweg für ein gesellschaftliches Leben, in dem soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde die Leitmotive sind, zu kämpfen - und das in einer

Daß trotz der nicht endenden Versuche der Feinde Kubas, es von seinem sozialistischen Weg abzubringen,

daß trotz der Widrigkeiten und Fehler, die auf dem Weg in ein Neuland - jenseits von kapitalistischer Ausbeutung und bürgerlicher Formaldemokratie - unvermeidlich sind,

daß trotz des Verlustes vieler ehemaliger Freunde und Partner, die sich auf die andere Seite geschlagen haben und dem neoliberalen Mainstream unter dem Diktat von IWF, Weltbank und den sogenannten Großen 7, verfallen sind,

daß trotz alledem wichtige Errungenschaften im sozialen Bereich und beim Zugewinn an Menschenwürde gehalten werden konnten, gibt allen um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und Bewegungen Beispiel, Hoffnung und Zuversicht.

Ein Gedanke ist dabei immer lebendig geblieben. Che Guevara hat ihn formuliert:

Ein Revolutionär - und ich möchte ergänzen: eine Revolutionärin - wird nie zufrieden sein und aufhören zu kämpfen, wenn irgendwo auf der Welt noch Unterdrückung herrscht. In diesem Sinne riet Che:

namesischen Volk gegen den gemeinsamen Feind zum Ausdruck.

Dieser revolutionäre Internationalismus kam zum Ausdruck in der Tatsache, daß für zahlreiche verfolgte und verwundete Befreiungskämpfer Kuba ein sicheres Hinterland war, wo sie Aufnahme und Hilfe fanden.

Er kam auch zum Ausdruck in der militärischen Unterstützung, die die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika fanden. Die von den spanischen Kolonialherren aus Afrika nach Kuba verbrachten Sklaven bildeten eine Wurzel des kubanischen Volkes und seiner Geschichte.

Nun kamen ihre Nachfahren als befreites Volk zurück und halfen ihren Klassenbrüdern und -schwestern im Kampf gegen die gegen die klassenmäßigen Nachfahren der ehemaligen Kolonialherren, gegen die südafrikanischen Rassisten und ihrer Helfeshelfer. - Und es gelang, der südafrikanischen Rassistenarmee eine entscheidende Niederlage beizubringen, die den Befreiungsprozeß in Namibia und dem ganzen südlichen Afrika einen entscheidenden Impuls gab.

Das kubanische Volk sowie das vietnamesische und das südafrikanische



Zeit, in der der kapitalistische Weltmarkt mit all seinen verheerenden Folgen den Gang der Geschichte zu bestimmen scheint.

Es war Cuba, das vor gut 30 Jahren der fortschrittlichen Welt gezeigt hat, daß es sogar im sogenannten Hinterhof einer imperialistischen Großmacht einen Weg erkämpfen kann, ohne Unterwerfung und, daß es sich sogar besser leben läßt, wenn ein Volk seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt, die Ausbeuter von innerhalb und außerhalb verjagt und sich den vielen Versuchen, es durch Intervention, Sabotage, politischen und ideologischen Druck und Blockaden klein-zukriegeln, nicht ergibt.

Schafft zwei, drei, viele Vietnams,

weil er den unschätzbaren Beitrag Vietnams in einer anderen Region der Welt für die Sache der Befreiung zu würdigen wußte. Diesem Gedanken Ches war die kubanische Revolution immer verbunden. Der daraus anwachsende Internationalismus war in Cuba nie nur lediglich Staatspolitik, sondern lebt in zahlreichen revolutionären Menschen Cubas.

Er lebte in den Technikern, Ärzten und Lehrern, die in zahlreichen Ländern der sogenannten 3. Welt Hilfe und Unterstützung gaben. Er kam in der Solidarität mit dem kämpfenden viet-

haben nie nur für eigene egoistische Ziele gekämpft, sondern sind Bahnbrecher in eine Welt - frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus.

Wer hätte es mehr verdient als diese drei Völker, volle solidarische Unterstützung von allen fortschrittlichen Menschen dieser Welt zu bekommen.

Und wir erklären hier: die Feinde dieser Völker sind die Feinde des Fortschritts und deshalb auch unsere Feinde.

Und die Übermacht an Geld, Militär und Einfluß der Feinde des Fortschritts wird sich letztlich als schwächer erweisen als die Macht der internationalen Solidarität, weil diese direkt aus dem Herzen der Menschen kommt.



20 Jahre Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba

20 Jahre Solidarität mit Cuba

Foto: Bill Mahl



Liebe Freundinnen, liebe Freunde, queridas companeras y companeros, liebe Gäste

Ich begrüße Euch im Namen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zu unserem Solidaritätsfest anlässlich des 20jährigen Bestehens unserer Organisation, die am 12. Juli 1974 gegründet wurde - nach der einer Arbeitsbrigade, die erstmals 1973 stattfand und vom damaligen Kowizuku (Komitée für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba) durchgeführt wurde.

Wir freuen uns und sind stolz über die große Zahl internationaler Gäste und kubanischer Freunde, die heute mit uns feiern. Ich begrüße Vertreter und Mitglieder von Organisationen, die sich in ihrem Wirken ebenfalls in der ein oder anderen Form solidarisch auf das Projekt der kubanischen Revolution beziehen.

Heute Nachmittag haben wir eine Veranstaltung mit Genossinnen und Genossen aus Kuba, Vietnam und Südafrika durchgeführt, aus Ländern, die der fortschrittlichen, antiimperialistischen und antirassistischen Bewegung in der Welt zur Zeit wichtige Impulse geben. Mit dieser Veranstaltung haben wir einmal mehr ein Zeichen an unserem 20. Geburtstag gesetzt für einen im Kopf und Bauch verankerten Internationalismus, den wir bewußt gegen das Gift des Nationalismus setzen wollen, der gerade in diesem Land zur Zeit besonders wuchert. Die Ausbeutung der sogenannten 3. Welt, Großmachtstreben, Unterdrückung von Emanzipationsbestrebungen, elitäres eurozentristisches Herrenmentum, diese uns so verhassten Charakterzüge deutscher Politik, die sich nach dem Scheitern der Versuche im Osten eine andere Gesellschaftsordnung zu entwickeln, noch ungehemmter verstärken, dieser Politik setzen wir die Solidarität mit dem Projekt der kubanischen Revolution entgegen.

Wir tun dies, weil die kubanische Revolution eben den Versuch ver-

körpert, sich nicht den Prinzipien zu unterwerfen, die die sogenannten Großen 7 mit ihren Instrumenten IWF, Weltbank, UNO und Eingreiftruppen der ganzen Welt aufzwingen wollen. Der »way of life« der sogenannten freien Marktwirtschaft hat das Elend in der Welt kontinuierlich verschärft und der Anspruch ist auch gar nicht da, alle Menschen in sozialer und menschlicher Würde leben zu lassen; die Geschichte der Welt wird dem Profitstreben einiger weniger unterworfen.



Foto: c. lehsten/argum

Kuba verkörpert für uns genau das gegenteilige Prinzip. Seine Revolution ist 15 Jahre älter als unsere Freundschaftsgesellschaft. Kubas Zielsetzung war von Anfang an Abschaffung von Ausbeutung, Internationalismus, Lebenslust und Lebensfreude, die sich auf solidarisches Miteinander gründet. Das ist schon Grund genug mit dieser Revolution und den Menschen, die dafür stehen, prinzipiell solidarisch zu sein.

Prinzipielle Solidarität heißt nicht, Kuba als fernes Paradies anzuhimmeln oder als gelobtes Land für enttäuschte und resignierte Eurolinke anzupreisen. Solidarität heißt immer auch, sich mit Entwicklungsproblemen, Fehlentscheidungen, Rückschlägen auseinanderzusetzen und auch Kritik zu üben. Wir wollen dies allerdings so tun, wie es unter Freunden üblich ist.

Und das heißt:

Die ganze Wahrheit der Probleme zu erfassen: Woher kommen sie? Wer

hat sie verursacht? Welche Faktoren begünstigen die Fehlentwicklungen?

Das heißt auch: Zuerst mit den kubanischen Freunden darüber zu reden, deren Einschätzungen zur Kenntnis zu nehmen und auch ihnen mehr zu traugen als den Sprechern und Schreibern der ausgewiesenen Feinde der kubanischen Revolution.

Das heißt auch:

Solidarische Hilfe und Unterstützung in politischer und materieller Hinsicht zu geben, wo dies möglich ist - und zwar ohne Anmaßung gegenüber Kuba und ohne Selbstüberschätzung der eigenen Kraft und Fähigkeiten.

Das heißt auch:

Deutliche Kritik, wo es angebracht ist, aber nie, nie in einer Form, die imperialistischen und konterrevolutionären Feinden Vorwand und Einladung vermitteln könnten, sich als Vollstrecker von Freiheit und Menschenrechten in Kuba aufzuspielen.

Die ärgsten und gefährlichsten Feinde Kubas sind sie nicht deswegen geworden, weil sie z. B. noch Defizite in der Demokratieentwicklung auf Kuba stört oder weil sie in verschiedenen Bereichen Probleme und unökologisches Verhalten sehen oder weil sie Sorge wegen der negativen Begleiterscheinungen des Tourismus haben - sie sind Feinde Kubas, weil sie eine andere gesellschaftspolitische und ökonomische Zielsetzung als die kubanische Revolution verkörpern.

Kuba soll sich nach deren Willen in die Reihe der neoliberal heruntergewirtschafteten, von der Gnade der kapitalistischen Weltmarktkonzerne abhängigen Hungerländer einreihen.

- Sie reden von Menschenrechten und meinen damit das Recht auf Eigentum zu Ausbeutungszwecken, das für sie einen höheren Stellenwert

hat als Freiheit von Hunger und Unterentwicklung.

- Sie reden von freien Wahlen und meinen damit, daß Wahlen erst dann als frei anerkannt sind, wenn das Ergebnis für die Konterrevolution stimmt.

- Sie reden von Pluralismus und meinen damit Betätigungsfreiheit für die, die die Revolution und ihre Errungenschaften abschaffen wollen.

- Sie reden von Öffnung und meinen damit, daß Kuba ein weiteres Objekt des kapitalistischen Weltmarkts werden soll, der 2/3 der Menschheit in Not und Elend hält.

Dieser Art sogenannter Kritik hat sich die Freundschaftsgesellschaft nie angeschlossen und wird dies auch nicht tun. Unser Anliegen ist, daß die kubanische Revolution mit ihren prinzipiellen Zielsetzungen überlebt und sich weiter entwickelt.

Weil die Freundschaftsgesellschaft an den politischen Zielsetzungen festhält, weil sie sich nicht als Instrument für antikubanische Propaganda gebrauchen ließ, weil sie nicht zu einer Folkware-Vereinigung degeneriert ist, die Kuba lediglich als Land von Palmen und Tropicana vermittelt, - deshalb war sie auch immer Anfeindungen ausgesetzt, tauchte sie regelmäßig in Verfassungsschutzberichten auf, wurde ihrem Vereinsstatus die Gemeinnützigkeit abgesprochen.

Wir sehen es aber auch als unsere Aufgabe an, kubanische Kultur und Geschichte zu vermitteln. Wir sehen das Lebensgefühl, die Freundlichkeit und Wärme der kubanischen Menschen, das Lachen und die Spontanität der kubanischen Kinder allerdings in einem Zusammenhang mit den Errungenschaften der kubanischen Revolution; - damit, was die kubanischen Menschen an Würde und Solidarität gewonnen haben. Wir feiern und tanzen nach kubanischen Rhythmen und trinken kubanische Rumcocktails mit diesem warmen Gefühl im Bauch.

Getanzt und gefeiert wird ja überall: in den reichen Metropolen in Miami und bei uns. Der Unterschied zum Tanzen und Feiern in Kuba aber ist, daß es nicht verbunden ist mit Gleichgültigkeit gegenüber Menschen, die verhungern und unterdrückt werden.

Kuba hat immer mit anderen geteilt, Tausende von Ärzten, Technikern, Lehrern waren und sind immer noch in den verschiedenen Ländern der sogenannten 3. Welt tätig. Kuba war

immer Hinterland für um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

Kuba hat als kleines 3. Welt-Land den Beweis geführt, daß es einen Weg ohne Unterwerfung gibt und dabei einen Entwicklungsstand in der medizinischen Versorgung, in der Bildung, an sozialer Sicherheit erreicht, von dem andere 3. Welt-Länder unter der Fuchtel des Imperialismus nur träumen.

Das macht es für viele zum Vorbild und Hoffnungsträger und deshalb ist die kubanische Revolution seit ihrer Existenz im Fadenkreuz des Imperialismus. Alle Destabilisierungsversuche, der Medienkrieg, Sabotageaktionen, offene Interventionen, Mordanschläge des CIA haben nicht zum Ziel geführt, Kuba wieder zum Ausbeutungsobjekt internationaler Konzerne zu machen.

Jetzt, da Kuba nach der weltweiten Wende zum Kapitalismus fast alle Partner aus den ehemaligen sozialistischen Ländern verloren hat, sieht der Imperialismus die Chance für gekommen, die kubanische Revolution zu erwürgen. Es ist verständlich, daß Feinde, aber auch Freunde sich kaum vorstellen können, wie ein kleines Land, das fast vom einen auf den anderen Tag 85 % seiner Wirtschaftsbeziehungen eingebüßt hat, überleben kann.

Man muß sich nur einmal ein vergleichbares Szenario in der reichen BRD vorstellen - vollständig von der Außenwirtschaft abgeschnitten. Hier würde in kurzer Zeit alles zusammenbrechen und Mord und Totschlag herrschen.

Darauf setzten auch Kubas Feinde: sie verschärften die jahrzehntelange Wirtschaftsblockade noch und erhöhten den politischen und propagandistischen Druck. Die Szenarien, wie sie in Nicaragua und anderen fortschrittlichen Ländern für die USA so erfolgreich verliefen, sind aber für Kuba bis heute nicht aufgegangen. Trotz dramatischer ökonomischer Lage zeigt Kuba Selbstbehauptungswillen und steht die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung hinter der Revolution. Daß in einer Zeit der absoluten ökonomischen Mängel allerorten, 90 % der Bevölkerung in der vergangenen Wahl zur Nationalversammlung für die Revolution votierten, sagt mehr über die Demokratie in Kuba aus als die Frage, ob nicht mehr CIA-unterstützte Contra-Vereinigungen auf den Wahlzetteln pluralistisch zur Auswahl stehen müßten.

Natürlich hat die kubanische Revolution Fehler gemacht. Aber sie lernt aus ihnen, diskutiert sie, versucht zu berichtigen, vieles mißlingt trotzdem.

Dabei war sie aber in einem Punkt gut beraten: daß sie den wohl oder übel meinenden Ratschlägen derjenigen nicht gefolgt ist, die vor 1985 immer die Anlehnung an die SU kritisiert haben; ab 1985 dann plötzlich das Nachhaken der Perestroika anempfohlen haben.

Dies nicht getan zu haben, war deutlicher Beweis der Autonomie Kubas und die letzten Jahre zeigen, daß dies die entscheidende Grundlage dafür war, daß Kuba als alternatives Projekt noch lebt - trotz seiner bedrohlichen Notlage. Kuba ist den anderen ehemaligen sozialistischen Ländern nicht auf



Foto: c. Iehsten/argum

Cubanische FreundInnen

dem Weg des profitorientierten Markt-radikalismus gefolgt. Es führt einen schweren Kampf zur Verteidigung seiner Errungenschaften, der nicht in allen Punkten siegreich ist, der große Opfer der Bevölkerung verlangt, für den es keine Patentrezepte gibt, außer dem einen: entweder kann sich Kuba auf dem Weg einer sozialistischen Alternative und Perspektive halten oder es wird ihm ergehen wie so vielen anderen 3. Welt-Ländern: Freiheit für Profit verbunden mit Massenelend, Hungertod, Strassenkindern ohne Perspektive.

Wir wollen Kuba in seinem schweren Kampf unterstützen und deshalb möchte ich noch einige Bemerkungen zu unseren aktuellen Aktivitäten machen.

Viele erinnern sich vielleicht oder waren sogar selbst dabei, die bundesweite Solidaritätsdemonstration mit Kuba im Oktober letzten Jahres, auf der wir zusammen mit vielen anderen Organisationen gegen die Blockadepolitik von USA, EG und BRD protestiert haben.

Inzwischen ist in diesen Bereich einige Bewegung gekommen. Es gab Resolutionen in der UNO, vom Europäischen Parlament und jüngst auf der Konferenz der lateinamerikanischen Staaten, die sich direkt bzw. indirekt gegen die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aussprachen. Dieser Prozeß der politischen Solidarität muß weitergetrieben werden.

Gleichzeitig versuchen wir konkrete materielle Unterstützungsprojekte durchzuführen. Wir freuen uns darüber, daß wir inzwischen längst nicht mehr die einzigen sind, die konkrete materielle Solidaritätsprojekte durchführen oder unterstützen. Es gibt sie inzwischen im gewerkschaftlichen Bereich, von verschiedenen Parteien und Organisationen, von Initiativen wie Taller de la Solidaridad oder Ciba Sí - um nur einige zu nennen. Inzwischen existiert auch ein Netzwerk Cuba - informationsbüro, das die verschiedenen Solidaritätsaktivitäten der verschiedenen Organisationen bundesweit koordiniert und vorantreibt.

Als Freundschaftsgesellschaft führen wir zur Zeit schwerpunktmäßig ein Unterstützungsprojekt für das Nationale Asthma-Zentrum in Havanna durch. Wir halten die Hilfe auf der medizinischen Ebene gerade deshalb für so wichtig, da Kuba in diesem Bereich unter der aktuellen Politik der BRD besonders zu leiden hat. Es existierten zahlreiche Verträge auf diesem Gebiet mit der ehemaligen DDR, die allesamt von der BRD nicht über-

nommen und gebrochen wurden, obwohl sich die BRD in dem sogenannten Einigungsvertrag zur Übernahme aller bestehenden Verträge verpflichtet hatte. Inzwischen hat sich dieser Vertrag eher als Kapitulationsurkunde der DDR erwiesen.

Eine größere Solidaritätskampagne für Kuba wird im Herbst in Form einer Solidaritätskarawane durch die BRD stattfinden. Angeregt durch die Aktionen der »Pastors for Peace« in den USA, die bereits drei solcher Karawanen durchgeführt haben, bringen wir uns damit in die europäische Aktion »Ein Schiff für Cuba« ein. Wir beteiligen uns an der Sammlung von Solidaritätsgütern und verbinden damit politische Aufklärung und Information über Kuba, um die politische Bewegung gegen die Blockade noch mehr zu verbreitern.

Dieses Projekt steht - und das ist einmalig in der Solidaritätsarbeit - im Zusammenhang mit einer europaweiten Kampagne und den Aktionen der »Pastors for Peace« in den USA. In anderen europäischen Ländern werden zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Karawanen durchgeführt, um dann mit einem gemeinsamen Schiff und allen Spenden erst die USA anzulaufen und von dort die Spenden nach Kuba zu bringen.

Die Blockade gegen Kuba muß aber nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politisch informeller Hinsicht durchbrochen werden. Wir wollen dem Medienkrieg gegen Kuba etwas entgegensetzen und ein authentisches Sprachrohr der kubanischen Revolution in unserem Land etablieren und unterstützen daher materiell und organisatorisch die Herausgabe der deutschsprachigen Ausgabe der Granma International. Die erste Ausgabe ist vor kurzem erschienen, die zweite Ausgabe ist unterwegs und wir möchten alle aufordern, recht zahlreich zu abonnieren und sich aus erster Hand zu informieren.

Als letztes möchte ich noch auf eine Einladung hinweisen, die die kubanische Revolution an alle Freunde und an die mit Kuba solidarischen Kräfte gerichtet hat. Vom 21. bis 25. November diesen Jahres veranstaltet das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) ein internationales Welt-

solidaritätstreffen, das für Kuba sehr wichtig ist und zu dem sie Tausende von Freundinnen und Freunden erwarten.

Wer sich für nähere Einzelheiten dieser oder auch anderer Aktivitäten interessiert, mitarbeiten oder sogar Mitglied der Freundschaftsgesellschaft werden möchte, mächtige sich an uns wenden. ★

Zum Abschluß möchte ich aus dem Aufruf für das weltweite Treffen der Solidarität zitieren:

»Rufen wir all diejenigen auf, welche sich der Arroganz einer Regierung widersetzen, die versucht, durch Hun-



Foto: c. lehten/argum

Almendra- cubanische Musik

ger und Zwänge den Willen eines Volkes, das unter solch widrigen Bedingungen für sein Recht, sein eigenes Schicksal zu entscheiden, kämpft, zu brechen.

Ein Dichter sagte, »Mit dem Tod verbindet sich das Schweigen.«

Aber es ist weder die Zeit gekommen, zu sterben noch zu schweigen, sondern um aufzustehen, um sich gegen die unmenschliche Politik gegen eine Nation, die ihre Unabhängigkeit und das Recht auf den Fortschritt seines Volkes verteidigt, in alle erdenklichen Richtungen zu wehren.«

Dem möchte ich nur noch hinzufügen:

Solidarität hilft siegen!

Cuba soll leben!

Dringender Aufruf!

Güter, die dringend benötigt werden:

Krankenhausbedarf

Verbandsmaterial,
Instrumente,
Medikamente
(originalverpackt,
nicht verfallen),
Reinigungs- und
Hygieneartikel,
Seife,
Bettwäsche, Handtücher,
Kindertextilien (leichte
Kleidung) - gewaschen,
Kinderschuhe und -spielzeug

Schul- und Bürobedarf

Papier, Fax-Papier, Hefte,
Bleistifte, Buntstifte, Kulis,
Radiergummis,
mechanische
Schreibmaschinen

Arbeitsmittel

Arbeitskleidung, Helme,
Arbeitshandschuhe,
Sicherheitsschuhe,
Werkzeug aller Art

Fahrräder

Fahrräder in allen Größen,
Ersatzteile aller Art,
Flickzeug,
Fahrradanhänger,
Kindersitze

Nach wie vor gewährleistet die cubanische Revolution ein vorbildliches Gesundheits- und Bildungswesen, ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und menschenwürdige Wohnverhältnisse. Jedoch verschlechtert sich die Versorgungslage auf Cuba von Monat zu Monat. Der Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten und die seit über 30 Jahren bestehende und 1992 weiter verschärfte Wirtschaftsblockade der USA gefährden zunehmend die Versorgung der Bevölkerung. Der cubanischen Volkswirtschaft fehlt es an fast allem. Materielle Unterstützung ist dringend notwendig, damit Cuba weiter seinen eigenen Weg gehen kann.

Wir rufen Sie auf: Spenden Sie jetzt für Cuba!
Seit einigen Monaten laufen cubanische Handelsschiffe regelmäßig Bremer an. Die gespendeten Hilfsgüter werden damit direkt nach Cuba transportiert.

Sachspenden können abgegeben werden bei:

Kulturwerkstatt Westend
Waller Heerstraße 294
28219 Bremen
(neben der Aral-Tankstelle)
Mo - Fr 9.00 - 22.00 Uhr

Alle Sachspenden müssen fest (transportfähig, z.B. Kartons - keine Tüten!) verpackt sein. Auf jedem Karton muß der Inhalt kurz benannt sein! Bei größeren Artikeln bitte unbedingt vorher anrufen!
Martin: 35 58 16 Frank: 59 36 73

Geldspenden für dringend benötigte Bedarfsgüter können überwiesen werden auf das Konto der Gruppe „Bremen-Cuba: Solidarität konkret“, Stichwort: SOFORTHILFE CUBA, Kto.-Nr. 1185 9592, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01 (U. Wächter)

Die Gruppe „Bremen-Cuba: Solidarität konkret“ trifft sich jeden letzten Donnerstag im Monat im Bandonion, Gertrudenstr., um 20h.

Wichtige Informationen über die Schiffstransporte nach Cuba:

- Wir sammeln nicht mehr allgemein Kleidung, sondern nur noch Arbeitskleidung und Schuhe, sowie Sommerbekleidung für Kinder. Wir haben soviel negative Erfahrungen - Schrott - Winterkleidung - machen müssen, daß wir mit dem Aussortieren etc. einfach überfordert sind.)
- Alle gespendeten Sachen müssen in festen, geschlossenen, transportfähigen Kartons oder ähnlichem verpackt

und mit einer Inhaltsangabe versehen sein. (Es gab schon Schwierigkeiten mit dem Zoll in Havanna.

- Wir bekommen von cubanischer Seite jeweils einen Container gestellt, der im Hafen abgestellt ist und mit den Solidaritätsgütern direkt von uns beladen wird.

- Die cubanischen Schiffe legen im Neustädter (Container) Hafen beim Schuppen 22 an.

Kontaktadresse für Bremen - Cuba
Solidarität konkret:

Frank Schwitalla
Biebricher Str. 9
28199 Bremen
Tel. 0421-593673
Fax. 0421- 506688

Das indigene Amerika und die marxistische Tradition

Kritik von VertreterInnen aus Trikontbewegungen am Eurozentrismus großer Teile der Metropolenlinken hat eine lange Tradition. Dafür stehen u.a. Maritegui, Franz Fanon, TheoretikerInnen der Black Panther und Frauen aus Trikontbewegungen.

Die vor Kurzem bei Agipa-Press erstmals auf deutsch erschienenen Essays allerdings dokumentieren eine Debatte zwischen »Weißen Linken« und indigenen AmerikanerInnen,

die nicht den Anspruch haben, auf blinde Flecken der Metropolenlinken hinzuweisen. Ihr Ansatz ist radikaler.

Beispielhaft hierfür ist der Beitrag des Lakota-Aktivistin Russel Means, der einen totalen Bruch mit den Traditionen einer weißen Linken vollzieht, die er in einer Reihe mit dem Christentum und dem Kapitalismus als Instrument zur Versklavung der amerikanischen Urbevölkerung durch die 'kaukasischen Rasse' (diese Bezeichnung für EuropäerInnen haben die Indigenas von der US-Einwanderungsbehörde übernommen) begreift. Die Antwort der maoistischen 'Revolutionary Communist Party' der USA, die in den 80er Jahren innerhalb der US-Linken eine größere Rolle spielte, atmet den Geist einer parteikommunistischen Dogmatik, die darin gipfelt, daß sie die Indigenas mit zweifelhaften ethnologischen Untersuchungen abwehren wollen, nach denen diese im Winter ihre eigenen Fäkalien verzehrt hätten. Der Kommentar darauf von Indigena-AktivistInnen: »Das ewig alte Lied und sein trauriger Refrain.«

Erstaunlich angesichts dieser nicht untypischen Ignoranz der Metropolenlinken, daß mehrere AutorInnen die marx'sche Philosophie und die Kritische Theorie reaktivieren und damit den Indigenas ein Instrumentarium für die Analyse der sie umgebenden Dominanzkultur an die Hand geben wollen. Im Essay, daß sich mit der Marx'schen Kulturtheorie beschäftigt, wird ein Herangehen an den Marxismus skizziert, daß internationalistisch nicht nur in der Theorie ist.

Obwohl gerade die Beiträge zur marx'schen Kulturtheorie nicht einfach zu lesen sind, sind sie nicht nur für MarxologInnen verständlich.

Allerdings gibt es auch einige Beiträge von Indigenas, in denen Vorstellungen geäußert werden, die denen der Neuen Rechten sehr nahe kommen.

Die Gegenüberstellungen einer synthetischen Welt der »Weißen« und der natürlichen Welt der UreinwohnerInnen findet ihre Entsprechung in Denkschemata der europäischen Rechten, wo der künstlichen (synthetischen) Stadt das naturverbundene Leben auf der Scholle gegenübergestellt wird.

Wenn der Herausgeber Ward Churchill Jugoslawien als Beispiel für ein künstliches Staatengebilde anführt, dessen Zerbrechen zwangsläufig erfolgt mußte, bewegt er sich ebenfalls im Diskurs der Neuen Rechten. Die Barbarisierung, die die Ethnisierung gerade am Balkan ausgelöst hat, findet bei ihm keine Erwähnung. Die Rückbesinnung auf nationale Rechte wird unkritisch positiv gesehen. In einem ak-Interview sprach

Churchill sogar von den teutonischen Wurzeln, auf die sich die MitteleuropäerInnen zurückbesinnen sollen.

Churchill schreibt vom langen und erfolgreichen Kampf der eingeborenen Völker Nicaraguas, der die Festigung und Hegemonie eines neuentstandenen sozialistischen Staates über ihre traditionellen Territorien verhinderte, ohne die US-Hilfe für die Contras zu erwähnen mit denen das sandinistische und nichtsozialistische Nicaragua in die Knie gezwungen werden sollte. Die Politik der SandinistInnen gegenüber den Indigenas war in den Anfangsjahren der Revolution von Ignoranz und Überheblichkeit geprägt. Allerdings haben sie nach indigenen Widerstand und massiver Kritik auch solidarischer Linker ihre Fehler berichtigt. Trotzdem haben die Indigenas mit Recht Wert darauf gelegt, nicht mit der Contra in Verbindung gebracht zu werden. Diese Distanzierung läßt Churchills Einlaßung vermissen.

Eine Kritik an diesen Positionen muß berücksichtigen, daß das vorläufige Scheitern sozialer Befreiungsversuche im Weltmaßstab zu einer reflexartigen Rückbesinnung auf vorgebliche Gemeinsamkeiten der »Nation« und der »Rasse« geführt hat. Statt sozialer Befreiung im internationalen Maßstab bestimmen auf biologistischen und nationalistischen Spaltungsmerkmalen aufgebaute Konkurrenzkämpfe das Weltbild.

Wer angesichts dieser desolaten Situation schnelle Lösungen erwartet, wird in diesem Buch vergeblich nach Rezepten suchen. Es geht vielmehr darum, zunächst die richtigen Fragen zu stellen. Dazu geben die Essays Anstöße

Peter Nowak

Das Indigene Amerika und die marxistische Tradition,

Eine kontroverse Debatte über Kultur, Industrialismus und Eurozentrismus,

Essays Herausgegeben von Ward Churchill bei Agipa-Press 1993,

285 Seiten, 32 DM

Südafrika:

Ende eines langen Tagewerks und Beginn eines anderen

Ein nicht-rassistisches Parlament, vor vier Jahren eine undenk-
bare Sache, und die Wahl des ehemaligen politischen Gefan-
genen, Nelson Mandela in das höchste Amt, zeigen, daß die
Welt Zeuge ist, bei der endgültigen Zerstörung des Apartheits-
systems.

Der Rassismus hörte jetzt auf, die offizielle Politik zu sein, nach-
dem er 1948 eingeführt worden war, erklärte Makhaya Mosia, der
Vertreter des Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) in Cuba.

Trotz der großen Bodenschätze und
der industriellen Entwicklung, sind die
Aufgaben riesig, die die neue Regie-
rung der nationalen Einheit bewälti-
gen muß. Präsident Mandela sagte,
dies sei das Ende eines schweren und
weiten Tagewerks voller Kämpfe und
der Beginn von anderen, ebenso
schwierigen.

Die neue Verfassung legt fest, daß
die Regierung für den Wiederaufbau
und die nationale Versöhnung eintre-
ten muß, darüber informierte Mosia
bei einer Versammlung des Arbeitsse-
kretariates der Organisation der Soli-
darität mit den Völkern Afrikas, Asiens
und Lateinamerikas.

Die Notwendigkeit, die Lebensbe-
dingungen und die Gesundheits- und
Bildungsverhältnisse der schwarzen
Bevölkerungsmehrheit zu verändern,
steht auf der Tagesordnung, sowie vor-
rangig das schwerwiegende Problem
der Gewalt zu lösen, die tausende
Opfer verursacht hat.

Die Neonazis, die extreme weiße
Rechte, drohen, die Regierung zu
destabilisieren und man wird Maß-
nahmen ergreifen müssen, um dies zu
verhindern, kündigte der südafrikanische
Vertreter an.

Mit der Zulu-Bewegung Inkatha
(Freiheitspartei) muß man weiterhin
verhandeln, gerade weil es keine Kraft
ist, die sich verbräutet hat und sie wird
besondere Anstrengungen erfordern,
gerade in der Provinz Natal, wo sie die
Wahl gewonnen hat.

Obwohl die Verfassung vorsieht, daß
die Parteien, die weniger als fünf Pro-
zent erreicht haben, nicht an der Regie-
rung teilhaben können (wie dies beim
Panafrikanischen Kongreß der Fall ist,
der anderen Freiheitsbewegung, die
etwa zwei Prozent hat), wird sie mit der

ANC Führung beraten, um zu sehen,
ob er ihre Teilnahme genehmigt.

Laut dem ANC-Vertreter werden die
sechs Atombomben, die Südafrika ins-
geheim hatte, vernichtet werden und
von jetzt an wird die Atomenergie zu
friedlichen Zwecken genutzt werden.
Das Außenpolitische Programm der
Regierung behandelt die Einrichtung
von umfassenden politischen und wirt-
schaftlichen Verbindungen in der
internationalen Arena.

Makhaya Mosia hatte Worte großer
Dankbarkeit für die Rolle, die Cuba
und die internationalistischen Trup-
pen gespielt haben bei den eingetrete-
nen radikalen Veränderungen im
Süden Afrikas. Er betonte, daß nach
den Sieg von Cuito Cuanavale in Ango-
la die schwarze Bevölkerung verstan-
den hatte, daß die südafrikanischen
Truppen so geschlagen werden könn-
ten. Diese Taten waren der Geist, durch
den sich der Kampf gegen die Apart-
heid verstärkte, meinte er.

Rodolfo Casals,

Granma internacional, 18.5.94

Kritische Solidarität - so?

gelesen in:
ILA Sonderheft Literatur,
November 93:

*Aufsehen erregte der Fall
des kubanischen Schriftstel-
lers Jesús Díaz (geb. 1941),
der im Anschluß an sein Sti-
pendium wegen der Bor-
niertheit kubanischer Kultus-
bürokraten 1991 in Berlin im
Exil bleiben mußte. ... Eine
ähnliche moralische Instanz
bedeutete der Argentinier
Osvaldo Bayer (geb. 1927),
der zur Zeit der Militärdiktatur
von 1976 bis 1983 mit sei-
ner deutschen Frau im Exil in
Berlin lebte und unermüdlich
die Menschenrechtsverlet-
zungen in seinem Land und
die Parallelen zum deut-
schen Faschismus anpran-
gerte.*

Diese »Parallele« der argenti-
nischen Militärdiktatur zur
Cubanischen Revolution
konstruierte Martin Franz-
bach in seinem einleitenden
Aufsatz. ms

Adelante Cuba

Eine Aktion der
Jugend
in der
IG Medien

In Zusammenarbeit mit "Atar de la Solidaridad" Darmstadt

Türbeschläge für's Theater

Das Theater "Amaldeo Roldán" in Havanna wurde 1928 als eine der bedeutendsten kulturellen
Einrichtungen Lateinamerikas eingeweiht. Es wurde lange Zeit als Konzerthaus genutzt und war Sitz des
sinfonischen und philharmonischen Orchesters. Weltberühmte Dirigenten und Künstler traten im
"Auditorium" auf, wie beispielsweise Kleiber, Feccia, Karajan, Strawinsky, Horowitz und Menuhin.
Im Jahre 1977 kam es zu einem Brandunglück, wodurch dieses wunderschöne Gebäude fast völlig zer-
stört wurde. Mit Hilfe von Krediten und technischer Beratung aus der DDR begann man 1985 mit der
Restauration. Alle Einrichtungsgegenstände - Teppiche, Sessel, Luster, Spiegel, etc. - wurden in der DDR
gekauft und auch von dort geliefert. Der einseitige Abbruch der Handelsbeziehungen durch die BRD, als
Rechtsnachfolger der ehemaligen DDR, haben jedoch ein Problem aufgeworfen, ohne dessen Lösung
die Bauarbeiten nicht abgeschlossen werden können.
Die Renovierungsarbeiten sind bereits, auch durch Mithilfe freiwilliger Arbeitsbrigaden aus Musikern und
Schauspielern, abgeschlossen. Es fehlen nur (!) noch hochwertige Scharniere und Panikschlößer für die
riesigen Akustiküren, damit diese eingebaut und im Theater wieder gespielt werden kann.
Der Direktor und die Künstler sind verzweifelt. Angesichts der derzeitigen Krise in Cuba haben andere
Bereiche - vor allem wirtschaftliche - Priorität. Deshalb ist es fast ausgeschlossen, daß die Regierung
Devisen für das Theater übrig haben wird. So bleibt nur die Möglichkeit auf Solidarität aus dem Ausland
zu hoffen.

Spendenkonto:

IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!

solidarität

Montevideo-Uruguay August 94

Massenmobilisierung und Generalstreik gegen die
Ausweisung von politisch verfolgten Basken

die Polizei schießt gezielt auf DemonstrantInnen:
2 Menschen werden ermordet, über Hundert verletzt



Radio Panamericana wird verboten



1. Mai '93 in Montevideo:
Solidarität mit den baskischen Gefangenen

Hände weg von Radio Panamericana!

**Liebe und Kraft für die kämpfenden
Volksbewegungen in Uruguay!**

Für politisches Asyl in Uruguay

und hier: Grenzen auf und Bleiberecht für Alle!



Nach tagelangen Demonstrationen mit zehntausenden von Menschen, Streiks und Protesten hat sich der Konflikt um die Auslieferung der drei in Haft gehaltenen Basken an den spanischen Staat am Mittwoch, 24.8., zugespitzt: Die Regierung besteht auf der Auslieferung, während gegen Abend noch 10.000 Menschen in den Zufahrtsstrassen um die Klinik versammelt sind, in der sich die drei Gefangenen im Hunger- und Durststreik befinden.

»Gegen 9 Uhr abends kamen die Ambulanzwagen zum Krankenhaus, die die Basken zum Flughafen bringen sollten, wo seit einigen Stunden die spanische Präsidentenmaschine wartete, um sie nach Spanien zu bringen. Die Leute buhten die Wagenkolonne aus, und in diesem Augenblick ging eine Repression los, wie sie dieses Land noch nicht gesehen hatte. Die Repressionskräfte schossen scharf in die Menge, die in diesem Moment etwa 10.000 Menschen umfasste. Die berittene Polizei drang in die Poliklinik SEMM (mobiler Notfalldienst) ein, richtete Zerstörungen an und schlug auf die dorthin Geflüchteten ein, auch auf die Verletzten. Der Krankenpfleger Esteban Massa, der von SEMM gerufen worden war, wurde vier Mal angeschossen, während er versuchte einem Verletzten erste Hilfe zu leisten. Sein Gesundheitszustand heute morgen war sehr ernst.

Das Grauensvollste des Polizeiterrors war, daß sie einige Stunden lang Jagd auf die Menschen machte, die in der Umgegend unterwegs waren - vermutliche DemonstrationsteilnehmerInnen, auf die aus Fahrzeugen gezielt geschossen wurde. Viele DemonstrantInnen flüchteten sich in die benachbarten Häuser, die generell ihre Türen für Männer, Frauen und Kinder öffneten, die versuchten, den Kugeln zu entkommen.

Jose´ Roberto Facal, einer der Toten, hat nicht an der Demonstration teilgenommen. Er wurde in seinem Hauseingang erschossen, als er sehr spät nach Hause kam.«

(nach einem Bericht der GenossInnen von Radio Panamericana)

Inzwischen ist bekannt, daß zwei Menschen ermordet wurden; über Hundert sind, teilweise schwer, verletzt. Radio Panamericana wurde die Sendelizenz entzogen, formal begründet mit Gesetzen aus der Zeit der Militärdiktatur.

Zum Hintergrund der Ereignisse:

Die drei baskischen Gefangenen in Montevideo, Uruguay, gegen deren Auslieferung an Spanien eine so breite und starke Massenmobilisierung entstanden ist, waren bereits seit 27 Monaten in Haft - seit einer Großaktion gegen BaskInnen in Montevideo am 15. Mai 1992. Damals waren 13 BaskInnen in Haft gehalten worden. Verhöre fanden direkt durch spanische Polizei, unter Leitung des Hauptkommissars der spanischen »policia de informacion«, Gabriel Fuentes, statt. Ein Mitglied der spanischen Delegation war Martinez Torres, bekannt als maßgebliches Mitglied der GAL (=paramilitärische Todesschwadronen in Spanien).

Schnell ist in Montevideo ein Unterstützungskomitee und eine beeindruckende Solidaritätsbewegung für die Freilassung und das politische Asyl der Gefangenen entstanden. Zigtausende demonstrierten, sammelten Unterschriften und es gibt viele Sprühereien für die Freilassung der BaskInnen in den Strassen Montevideos.

Von Anfang an hat Spanien erheblichen Druck auf Uruguay ausgeübt, um die Auslieferung durchzusetzen, u.a. wurde ein Kredit von 300 Mill. Dollar im »Austausch« angeboten. In der spanischen Presse waren die verhafteten BaskInnen sofort als DIE »Top-Terroristen« präsentiert worden - ihre Verhaftung als DER Schlag gegen die ETA. Nach und nach ließ die uruguayische Justiz die Gefangenen bis auf Drei wieder frei, da Spanien keine Beweise für eine Anklage liefern konnte. Die bürgerliche Regierung von Präsident Lacalle kam in eine Zwickmühle zwischen aussen- und innenpolitischem Druck.

Das Auftreten spanischer Polizeibeamter und der Druck auf die urug. Justiz stellen für viele UruguayerInnen die Frage nach der nationalen Sou-

veränität und mobilisieren ein breites Spektrum.

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich genauer mit der Situation in Spanien, mit Berichten von amnesty international (ai) über Folter in Spanien und mit dem Untersuchungsbericht der UNO (1993), der zu dem Schluß kommt, daß in Spaniens Kommissariaten und Gefängnissen regelmäßig gefoltert und mißhandelt wird. Die UNO kritisiert darin v.a. die spanischen Antiterrorgesetze. Sie erlauben z.B. der paramilitärischen Guardia Civil, auf Verdacht Festgenommene 5 Tage lang in völliger Isolation zu halten. Seit 1977 wurden in Euskadi (Baskenland) weit über 15.000 Menschen auf diese Art festgenommen. Zur Zeit sitzen 600 politische Gefangene in den Hochsicherheitsgefängnissen Spaniens.

Zurück zu Uruguay:

Im Oktober 1993 treten die gefangenen BaskInnen in einen Hungerstreik für ihre Freilassung und politisches Asyl. Der Streik dauert 26 Tage an und wird von draußen stark und auch von Mitgliedern aller Parteien unterstützt.

Am Donnerstag den 11. August '94 treten die drei noch gefangenen Basken, Jesu's Goitia, Mikes Ibanez und Luiz Maria Lizarralde erneut in einen Hungerstreik, den sie »bis zur letzten Konsequenz« führen wollen. Sie sagen dazu in ihrer Erklärung:«...Neun Monate danach (=nach dem letzten Hungerstreik) fühlen wir uns von der uruguayischen Exekutive verraten. Sie vergessen, was sie uns zugesichert haben und drehen uns den Rücken zu, um lächelnd neue Geschenkangebote der spanischen Regierung entgegenzunehmen. (...) Ein Beispiel ist der 60 Mill. Dollar-Kredit aus dem letzten Jahr, als Gegenleistung für die Änderung der uruguayischen Asylgesetze und unsere Auslieferung an den spanischen Staat.(...)«

Am Freitagabend, den 19. August treten die Gefangenen zusätzlich in den Durststreik - als Reaktion auf die Entscheidung des Gerichts, alle Verfahren gegen sie (wegen Paßvergehen) einzustellen. Damit ist eine sofortige Auslieferung an Spanien ermöglicht. Dies exakt an dem Tag, als der spanische Polizeikommissar Fuentes eintrifft.

Nachts werden die Gefangenen unter massiver Polizeibewachung in eine Klinik im Zentrum der Stadt verlegt. Seitdem sind rund um die Uhr hunderte von UnterstützerInnen vor

der Klinik präsent und fordern die Freilassung der Basken. Basisgruppen, Gewerkschaften, Frauengruppen etc schicken Solidaritätserklärungen und rufen für Montag zu einer Demo auf, an der sich 10.000 Menschen beteiligen. LehrerInnen und Angestellte des Öffentlichen Dienstes streiken am Montag für das Bleiberecht der Basken.

Der Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT ruft für Dienstag einen Generalstreik aus, eine weitere große Demo von 15.000 zieht zur Klinik, in der die Basken nach wie vor im Hunger- und Durststreik sind. Die Regierung gibt bekannt, daß sie ihre Haltung nicht verändern und die Basken an die span. Regierung ausliefern werde.

Die Madres der Plaza de Mayo in Argentinien und Menschenrechtsorganisationen wie SERPAU und ai bekunden ihre Solidarität mit den Protestaktionen und fordern politisches Asyl für die Basken.

Für Mittwoch wird der Generalstreik vom PIT-CNT zwar abgebrochen, Einzelgewerkschaften setzen den Streik aber fort und ziehen vor die Klinik. Radio Panamericana berichtet regelmäßig, inzwischen ununterbrochen, über die Lage vor der Klinik und über die politischen Aktivitäten in Uruguay und Spanien.

Nachmittags findet eine weitere Demo mit mehreren 10.000 Menschen zur Klinik statt. Am Abend sind noch immer 10.000 an den Absperrungen um die Klinik versammelt, als es zu

dem oben beschriebenen Massaker durch Polizeikräfte kommt.

Die Auslieferung der Basken konnte nicht verhindert werden.

Einschätzung:

Für das Ausmaß der politischen Mobilisierung ist es wichtig zu wissen, daß in Montevideo etwa 1,3 Mill. Menschen leben, das ist ca. die Hälfte der uruguayischen Bevölkerung. Während der Zeit der Militärdiktatur ('73-'85) hat eine halbe Million UruguayerInnen das Land verlassen. Viele haben die bittere Erfahrung des Exils selbst machen müssen oder haben Folter und Jahre im Knast erlitten. Das bestimmt ihr Bewußtsein und auch das der Jüngeren. Viele der Verletzten vom Mittwoch, 24.8. sind zwischen 18 und 26 Jahre alt.

Nach Einschätzung der GenossInnen vom Radio CX44 Panamericana war der Angriff der Polizei eine lang vorbereitete Operation mit Zielen, die weit über die Volksmobilisierung gegen die Auslieferung der Basken hinausgeht. So gab es an dem Mittwochaabend im Viertel um die Klinik um 17 Uhr Stromausfall (also keinen Telefonkontakt mehr). In einer Klinik in der Nähe wurden schon ab morgens Betten freigehalten. Noch nicht abzuschätzen ist, ob dieser Angriff von Teilen der Sicherheitskräfte ausgeht, die eigenständig und außerhalb der Kontrolle der bürgerlichen Regierung handeln, oder ob diese darin gemeinsame Ziele verfolgen.

Was aber klar ist: Es handelt sich um einen massiven Angriff auf eine starke fortschrittliche Bewegung, deren Stärke gerade in einer großen aktiven Basis liegt. In 3 Monaten finden in Uruguay Wahlen statt, bei denen der Frente Amplio (»Breite Front«, ein breites linksgerichtetes Bündnis) gute Chancen für einen Wahlsieg eingeräumt werden. ★

Radio Panamericana:

Das Radio CX44 - »Radio Panamericana« wird seit 1988 von der MLN-Tupamaros gepachtet und betrieben. Sie haben es zum »radio de la gente«, dem »Radio der Leute« gemacht - als Sprachrohr für Basisgruppen, Initiativen, Streikposten etc mit vielen Live-Berichten von der Strasse.

Weil es von der Werbung boykottiert wird (und der Sender hochverschuldet und veraltet übernommen wurde) kann das Radio nur durch Spenden, auch aus der ganzen Welt, überleben.

Bei der Mobilisierung für die Basken hat es, wie auch der Sender CX36, die letzten Tage pausenlos berichtet, zu Demos mobilisiert, Angehörige von Verletzten informiert, Krankenwagen gerufen... Die Antwort der Repression darauf sind telefonische Morddrohungen bei beiden Sendern und ein 48-stündiges Sende- und Empfangsverbot. Und Radio Panamericana wurde anschließend die Sendelizenz entzogen.

20. Bundesdelegiertenkonferenz

der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

am 14./15 Oktober 1994, 9.00 Uhr in der Jugendherberge Essen-Werden,

Patoratsberg 2, 45239 Essen, Tel.: 0201/491163 Fax: 0201/492505

Vorschlag zur Tagesordnung:

Samstag, 15.10.'94

1. Eröffnung
2. Konstituierung
3. Bericht des Vorstands,
Finanz- und Revisionsbericht
4. Diskussion der Berichte
5. Entlastung des Vorstands
6. Diskussion über Arbeitsvorhaben

Sonntag, 16.10.'94

1. Personaldebatte und Wahlen zur/zum:
 - Vorsitzenden
 - Stellv. Vorsitzenden
 - KassiererIn
 - weitere Vorstandsmitgliedern
 - Revisionskommission
2. Antragsdiskussion und
Beschlüßfassung

solidarität

Mexiko:**Die Agonie der einst****»perfektesten Diktatur Lateinamerikas«**

Noch wartet die EZLN...

Das System der korporativen Staatspartei (PRI) ist am Ende, zwei sechsjährige Regierungsperioden neoliberaler Wirtschaftshoffnung bei gleichzeitiger politischer Schließung haben keine Untertanen mehr übrig gelassen, die es zu »umar-men« und integrieren gilt. Die heimliche Basis des PRI-Systems, die ländliche Bevölkerung, ist vollkommen verschuldet: paradoxer- oder auch bezeichnenderweise geht es den marginalisierten Subsistenzbauern, die von der Regierung eh nur abgeschriebene Kleinkredite bekommen, noch am besten; schlimm ist die Lage besonders für die kommerziell produzierenden sogenannten (nicht so kleinen) Kleinbesitzern, die in das Schuldenkarussell der privatisierten Banken geraten sind und denen jegliche wirtschaftliche Perspektive versperrt ist, da eine Entschuldung im neoliberalen Dogma unmöglich ist.

Zwei Lösungen bleiben ihnen: zum einen geht eine wirkliche Selbstmordwelle durch die landwirtschaftlichen Musterländes v.a. Nordmexikos, und zum anderen entsteht mit »El Barzón« eine neue Produzentenorganisation, der es gelingt, innerhalb der Campesinobewegung ein Zweckbündnis aus ehemals »modernen« und kapitalintensiven Kleinbesitzern, um ihr Kommunal- bzw. Ejidoland kämpfende Kleinbauern und landlose Tagelöhner zu schaffen. Dadurch entsteht sogar in PRI- bzw. PAN-Hochburgen wie Jalisco, Zacatecas und Chihuahua ein Protestpotential, das sich (oh graus) auch

noch mit dem EZLN solidarisch erklärt. Während also einerseits die klassischen korporativen Wählermassen verloren gehen - allerdings eher in den »abstencionismo« (Wahlenthaltung) als zum Cardenismus -, geht der interne Selbstzerfleischungsprozeß in der PRI weiter.

Von Dinosauriern und deren Mutanten

Der lamentable »Jurassic Park« der Staatspartei besteht z.Zt. aus vier Fraktionen:

- 1) die »Dinosaurier« um den CTM-Kaziken (oberster Gewerkschaftsboss) Fidel Velásquez: sie waren zwar seit M. de la Madrid totgesagt, werden jedoch in Wahlkampfzeiten wieder benötigt, da nur der alte Korporativismus von CTM und CNC (staatlicher Bauernverband) massenhaft Stimmen einbringt; sie setzen wie eh und je auf Integration um jeden Preis, für sie besteht die Ursünde darin, den PRI-Austritt von Cárdenas und seiner »demokratischen Strömung« 1987 zugelassen zu haben;
- 2) die »Baby-Saurier«, die Gruppe der harten, neoliberalen Technokraten um Landwirtschaftsminister Carlos Hank González und dessen Zögling Ernesto Zedillo, die ihre Basis nicht in den »Massen«, sondern in der Gruppe der neureichen Privatisierungsgewinnler haben (v.a. die Millionäre Harp Helú von Banamex (Nationalbank) und Carlos Slim von TelMex (Telefongesellschaft), natürlich neben dem selbsternannten »ersten Parteisoldaten der PRI«, Azcárraga, dem Eigentümer von TELEvisa (Staatsfernsehen) und dessen Stellvertreter, die Zabloudowski-Familie); familiär, politisch und institutionell mit ihnen eng verflochten sind die sog. narcopolíticos,

die großen Drogenklans (Golf-Kartell, Kartell Ciudad Juárez), die Teile des Innen- sowie des Verteidigungsministeriums kontrollieren (laut einem Aussteiger, dem Privatberater vom Innenminister Carpizo, hat diese Gruppe den Mordauftrag gegen den PRI-Kandidaten Colosio ausgeführt, der wahrscheinlich direkt von den obersten Baby-Sauriern angeordnet worden ist);

3) die »pronasolistas« (Verfechter des staatlichen Hilfsprogramms PRONASOL), populistische Technokraten um Luis Donaldo Colosio (Möge er in Frieden ruhen!) und dessen Nachfolger im PRONASOL-Ministerium, Carlos Rojas; sie vertreten einen sozialstaatlich abgemilderten Neoliberalismus;

4) die Strömung »Democratie 2000« um den ehemaligen Chiapas-Verhandler Camacho Solís und Demetrio Sodí de la Tijera (Abgeordneter im D.F.-Stadtparlament und vor kurzem aus PRI ausgetreten), also der übriggebliebene sozialdemokratische Restbestand der ehemaligen »demokratischen Strömung« um Cárdenas. Die internen PRI-Kämpfe werden vor allem zwischen den Gruppen 2) gegen 3) ausgetragen (inkl. Colosio-Mord), im Hin-

tergrund auch zwischen den beiden schwächeren Gruppen 1) gegen 4). Was mit »der Glatze« Salinas ist? Er ist seit der Waffenruhe in Chiapas politisch verschwunden, der Mord an Colosio (seinem Wunsch Kandidaten) und die erzwungene Ernennung Zedillos haben ihn innerparteilich marginalisiert; sein einziges Ziel, weshalb er nach dem 21. wieder an Bedeutung gewinnen könnte: er möchte seinen Lebensabend in Genf als Präsident der GATT-Nachfolgeorganisation WTO verbringen, doch Clinton hat ihm bereits signalisiert, daß er die US-Unterstützung für seine Kandidatur nur bei »sauberen Wahlen« am 21.8. erhält... así que está cabrón!!!

Die Opposition der Opposition der Opposition

Die neoliberale Scheinalternative PAN gibt sich extrem populistisch, als Garantin von wirtschaftlicher Kontinuität (gegenüber den PRD-Chaoten) und von katholischer Sitte und Moral (Abtreibung stärker verfolgen, Arbeitslosigkeit durch »Rückkehr« der Frau an

den Herd bekämpfen); PAN scheint mit dieser Rhethorik und mit einem offenen »Schmusekurs« gegenüber dem PRI in der schwindenden Mittelschicht Fuß zu fassen. Gerade diese Schicht könnte der PRD bei den Wahlen - im Gegensatz zu 1988 - verlieren; dessen Wählerpotential umfasst einerseits urbane Intellektuelle und andererseits den sog. »grünen Stimmen«, die Campesinos. Doch gerade darin liegt die große Gefahr: es sind vor allem die ländlichen Gegenden, in denen sowohl die Wahlfälschung als auch die Enthaltung florieren; von beidem profitiert nur die Staatspartei. Alle Wahlumfragen (natürlich fest in Händen PRI-naher Unternehmer) sagen einen knappen Sieg von Zedillo gegen Diego (PAN) und abgeschlagen Cárdenas voraus, doch bei einer »absoluten Mehrheit« von Unentschlossenen und Nichtwählern. Folglich betreibt PRD bis zuletzt Kampagnen, damit die Leute wählen gehen, während PRI-nahe Gruppen versuchen, durch Verleumdungskampagnen (gegen NGOs, unabhängige Medien & kritische Wahlbeobachtungsorganisationen) und politische Mordanschläge (sowohl gegen Colosio als auch gegen den PRD-Kan-

Die »Nationale demokratische Konvention« in Aguascalientes 6. bis 9. August 1994

80 Jahre nach dem legendären Treffen der zapatistischen und villistischen Revolutionsparteien mit Generälen der Regierung Carranza in Aguascalientes, lädt Subcomandante Marcos von der EZLN zur »Convención Nacional Democrática (CND)« mitten in den lakandonischen Regenwald. Diesmal sollen sich Menschen der verschiedensten politischen und ideologischen Richtungen zusammenfinden, um über Mexikos Weg hin zur Demokratie und weg vom »mal gobierno« (schlechte Regierung) zu beratschlagen.

Nach einem ersten Arbeitstreffen in San Christóbal de las Casas am 6.08. kommen die ungefähr 7000 Personen - von Intellektuellen und Studenten des gesamten linken Spektrums bis hin zu Mitgliedern von Landkooperativen und Indígenas - nach einer anstrengenden Tagesreise am 7.08. auf der von EZLN Mitgliedern gebauten »Arche Noah/dem Schiff von Fitzcarraldo« zusammen. Obwohl das Treffen auf EZLN Initiative und auf deren Gebiet stattfindet, sieht sie sich nur als eine von vielen teilnehmenden Gruppen. Wie ihr charismatischer Führer Marcos betont »...ist diese Konvention die Suche nach einer friedlichen Veränderung, deshalb dürfen ihr in keinem Fall Bewaffnete vorstehen«. Und weiter: »Dem mexikanischen Volk kann niemand, wirklich niemand, nicht einmal die EZLN Fristen setzen oder Ultimaten stellen. Für die EZLN gibt es keine anderen Fristen als die von den zivilen und friedlichen Bewegungen gesetzt. Diesen ordnen wir uns unter, auch wenn wir dadurch als Alternative verschwinden sollten.« Die EZLN schließt sich dem Wunsch der Bevölkerung nach friedvollen Verän-

derungen an und überträgt die im Januar dieses Jahres geweckten Hoffnungen auf die zivilen Bewegungen: »Die größte Anstrengung der EZLN besteht momentan darin, die [bewaffneten] Kräfte dazu zu bewegen, sich mit der Mehrheitsbewegung in Mexiko zu vereinen, welche die ist, die sich momentan 'zivile Gesellschaft' nennt.« (alle Zitate von Marcos aus der mexikanischen Wochenzeitschrift »Proceso« Nr. 928)

Die Konvention von Aguascalientes ist der Anfang der Zusammenführung und Mobilisierung von weiten Kreisen der »sociedad civil«. Außer dem Aufruf, nicht für die PRI zu stimmen und diversen Forderungen, die sich stark an das 11 Punkte Programm der EZLN anlehnen (z. B. Bildung einer Übergangsregierung, Schaffung einer neuen Verfassung, Revision der internationalen Verträge, Autonomie der Indígenas und Plätze im Kongreß, Anerkennung der EZLN) beziehen sich die in San Christóbal erarbeiteten und von der Konvention verabschiedeten Resolutionen in erster Linie auf friedvolle Protestaktionen nach den Wahlen: die Besetzung des Zocalo (Platz vor dem Präsidentenpalast in Mexiko Stadt) vom 22. - 24. 08., verschiedene Meetings und Demonstrationen durch die Stadt bis hin zu der Möglichkeit eines Generalstreiks. Für Samstag, den 27.08. wurde zu einer großen Versammlung auf dem Zocalo aufgerufen, an der schließlich 300.000 Menschen (!) teilnahmen.

Ein zweites Treffen der Konvention ist vorgesehen, dann aber wohl an einem trockeneren und leichter zugänglichen Ort als Aguascalientes, Chiapas.

didaten für das chiapanekische Gouverneursamt, Amado Avendaño) ein Klima der Angst und damit der Enthaltung zu schaffen. PRD-intern besteht das Problem, das die Partei weiterhin einen reinen Cárdenas-Wahlverein darstellt und die Gretchenfrage (auch der bundesdeutschen Grünen) »Partei oder Bewegung« nicht beantwortet hat: Die PRD-Elite setzt sich aus PRI-abtrünnigen Berufspolitikern zusammen (Muñoz Ledo, Robles Garnica, Cristóbal Arias), die sich ein »come back« zur Macht erhoffen und denen ein Großteil der Basis offen mißtraut; dagegen besteht die PRD-Basis aus kritischen, aber total heterogenen Sektoren der Campesino- und Indígena-Bewegungen sowie aus den Überbleibseln der städtischen Volksbewegungen um Superbarrio Gómez & Co. Ein Großteil dieser Basis betrachtet sich heute eher als zapatistisch denn als cardenistisch, Cuauhtémoc bekommt also mit dem »Sub Marcos« einen möglichen Führungskonkurrenten. Neben PAN und PRD treten sechs Kleinstparteien bei den Wahlen an: die christlich-bürgerliche PDM-UNO (Partido Demócrata Mexicano - Unión Nacional Opositora, Chamorro läßt grüßen!), die schon historischen PRI-Splitter PARM (Partido Auténtico de la Revolución Mexicana), PFRCN (Partido Frente Cardenista (sic!) de Reconstrucción Nacional) und PPS (Partido Popular Socialista, extrem anti-zapatistischer Wahlkampf) sowie die neueren PRI-Satelliten PVEM (Partido Verde Ecologista de México, rechter Konservatismus) und PT (Partido del Trabajo, deren Kandidatin Cecilia Soto mit einem linken Diskurs erhebliches Protestpotential gewinnen kann; am Sonntag wohl vierstärkste Partei). All diese Parteien überleben durch teils verdeckte, teils offene PRI-Finanzierung und die Schenkung von Mandaten. Dadurch erreicht das System einen »pluralistischen« Anschein und schafft es gleichzeitig, die Oppositionswähler zu spalten und damit das PRD-Potential zu schwächen (1994 v.a. durch PT und PPS).

Theorie und Praxis des »fraude informático« (computerisierter Wahlbetrug)

Wie funktioniert nun die »Modernisierung der Wahlfälschung«? Sie beruht auf der Kombination alter Betrugs-Mechanismen und einer

Scheindemokratisierung der Wahlbehörde IFE. Die nach dem EZLN-Auftritt versprochene und in dem »unparteiischen« Innenminister Carpizo verkörperte Demokratisierung beschränkt sich auf eine Öffnung der nationalen Spitze des IFE, in der jetzt neben den PRI-hörigen Regierungsbeamten auch Vertreter aller 9 Parteien sowie 6 honorable Bürger sitzen; die unteren Etagen des Apparates, v.a. die Distriktvertretungen des IFE, bestehen laut Proceso-Analyse weiterhin zu 95% aus PRI-Mitgliedern, von denen viele eine berechtigte Karriere als sog. »Waschbären« (PRD-Wortschatz) oder »Wahlingenieur« (PRI-Jargon), also als an der Basis operierende Wahlfälscher, hinter sich haben. Hinzukommen alte Mechanismen: das Bundeswahlregister mit den viel gerühmten und viel gefälschten Foto-Wahlausweisen wurde 1993, also vor der »Öffnung« des IFE angelegt; in einer vom PRD beauftragten Studie haben Soziologen mithilfe des Auftretens statistisch vollkommen unwahrscheinlicher Häufungen von Namensgleichheiten nachgewiesen, daß es im Register nur so wimmelt von Gespenstern. Gleichzeitig wird angenommen, daß viele Wahlausweis-Inhaber am 21. nicht wählen können, da sie unerklärlicherweise nicht im Register stehen (die sog. »Wegrasierten«, fast ausschließlich bekannte PRD-Wähler); dies ließe sich durch ein vorzeitiges Auslegen der Listen in den Wahlkabinen leicht feststellen, eine PRD-Forderung, die vom IFE als »reine Demagogik« abgelehnt wurde. Die versprochene Öffnung der Massenmedien konnte nicht stattfinden (da man einem priva-

ten Unternehmen wie TELEVISIÓN Azteca, beide PRI-nah, natürlich nicht in die interne Firmenpolitik reinreden darf), so daß Zedillos Slogan »Wohlstand für deine Familie« (Für welche Familie? Fragt sich da oft der Nachbar) alle TV- und Radioprogramme dominiert. Da alle Werbung bezahlt werden muß (bis auf geringe kostenlose und obligatorische Wahlwerbung, die im letzten Moment zugelassen werden mußte), sind nur Zedillo und Diego in den Medien vertreten, während sich Cárdenas ganz auf Massenmeetings konzentrieren muß, um überhaupt zumindest in Nachrichtensendungen sporadisch präsent zu sein. Nachwievor wird die klassische Wahlfälschung praktiziert: in den entlegen-

Wahlkabinen kümmert sich der Dorfkazike um 100% PRI-Stimmabgabe, weshalb die Beobachtungs-NGOs eine Zusammenlegung von Wahlkabinen fordern. Weiterhin korporative PRI-Organisationen wie CTM, Eisenbahngewerkschaft und einzelne Ejidos haben schon jetzt gewählt, indem sie die Wahlausweise ihrer Mitglieder (zwangs-)einziehen lassen und am 22.8. zurückgeben. Und selbstverständlich funktioniert auch der Stimmenkauf, obwohl dem PRI direkt aufgrund der Privatisierung staatlicher Institutionen immer weniger Geld dafür zur Verfügung steht; Kopfzerbrechen bereitet dem PRI auch die PRD-Losung, alle Bestechungsgelder anzunehmen und am 21. doch gegen den PRI zu stimmen. Zur Zeit kostet im cardenistischen Bundestaat Michoacán eine Stimme (natürlich den Marktschwankungen ausgesetzt!) für



Demo gegen Wahlbetrug

eine um ihr physisches Überleben kämpfende und von Institutionen verschuldete Töpferin z.B. aus dem Dorf Huáncito maximal lächerliche fünf Neue Pesos (ganze drei Mark!), während das Kreiskomitee der PRI für die Stimme eines Campesino-Familienvaters bis zu 400 N\$ (= ein PRONA-SOL-Scheck) zahlt.

Beobachtet die Beobachter

Die Wahlbeobachtung ist ein weiterer Kampfplatz. Der einzigen unabhängigen und transparenten Organisation, der »Alianza Cívica Observación 94« (Bürgerallianz), einem breiten Bündnis von NGOs aus allen mexikanischen Bundesstaaten, stehen Massen von kleinen und großen Beobachtungsgruppen gegenüber, die vom PRI oder einer seiner Gewerkschaften oder von PAN-nahen Unternehmerkreisen finanziert werden (genannt seien nur die größten und bundesweit operierenden): Die »Cruzada Democrática Nacional por el Sufragio Efectivo«



Ständige Präsenz des Militärs

(Nationaler demokratischer Kreuzzug für eine effektive Stimmabgabe) umfaßt die wichtigsten korporativen Berufsverbände (Anwälte, Ärzte, Zahnärzte usw.); deren Vorsitzende verfügen über brillante PRI-Karrieren und stehen heute der PRI-eigenen Geldwäscherei »Fundación Cambio XXI« (jüngst scheinheilig umgetauft in

Stiftung Luis Donaldo Colosio) nahe. Die ONOEM (Nationale Wahlbeobachtungsorganisation der Lehrerschaft) ist ein Ableger der PRI-hörigen Erziehungsgewerkschaft SNTE), soll die Lehrer zur Zedillo-Wahl überreden und führt Denunziationskampagnen gegen PRD und PAN durch. Angeblich führen auch der mexikanische Arbeit-

Die saubersten Wahlen in der Geschichte der PRI Oder die neuen (und alten) Formen der Wahlfälschung in Mexiko

Die PRI-Saurier scheinen es wieder einmal geschafft zu haben: die bisherigen Zählungen verzeichnen für die seit 65 Jahren regierende institutionalisierte Revolutionspartei (PRI) knapp 50%, für die konservative Partei der Nationalen Aktion (PAN) 27% und für die linksgerichtete revolutionäre demokratische Partei (PRD) 17% der Wählerstimmen - und das bei einer Wahlbeteiligung von 70% der Bevölkerung! Es hat mexikanische und ausländische Beobachter gegeben (wenn auch größtenteils nicht unabhängige Gruppierungen), die Wahlergebnisse entsprechen im weitesten den vorher (zumindest von regierungsnahen Meinungsforschungsinstituten veröffentlichten Umfragen - es handelt sich also anscheinend um (fast) saubere Wahlen, Mexiko ist auf dem Weg zu einer echten Demokratie!

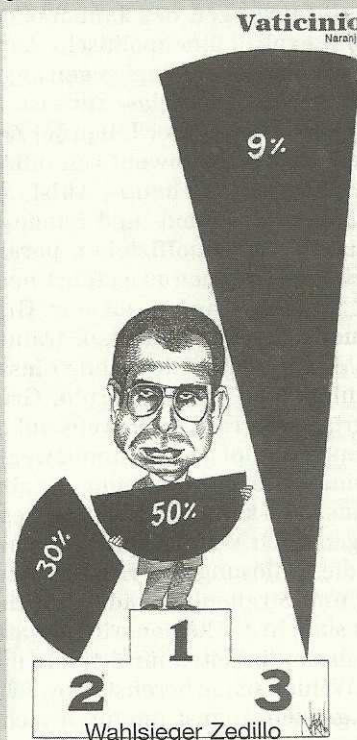
Schon nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen am Sonntagabend erklärt sich der Präsidentschaftskandidat der PRI, Ernesto Zedillo, als triumphaler Sieger, die ausländischen Investoren reagieren erfreut und an der Börse werden steigende Kurse verzeichnet.

Auch Kandidaten der Opposition wie Fernando de Ceballos von der PAN oder auch Cecilia Soto von der Partei der Arbeiter (PT) akzeptieren den erneuten Sieg der PRI rasch - und mahnen Cuauhtemoc Cárdenas, den Kandidaten der PRD, seine persönliche Niederlage doch mit Würde zu akzeptieren und nicht sofort »fraude« zu rufen.

Auch wenn Cárdenas (im Gegensatz zu 1988) nicht gegen den PRI Kandidaten gewonnen hat, so hat es auch bei dieser Wahl wieder einen Wahlbetrug gegeben, wenn auch auf den ersten Blick nicht ganz so offensichtlich wie beim letzten Mal. Die alten und neuen Formen der Wahlfälschung: »rasurados« (Getilgte) - Wähler, die in den Wahllisten nicht auftauchen, »fantasma« (Geister) - Wähler, die

in den Wahllisten doppelt auftauchen, abwaschbare Tinte, die nicht strikte Gewährleistung der geheimen Wahl, durch PRI Funktionäre erzwungene Stimmen (durch Drohung oder Bestechung), die Deskreditierung der Alianza Cívica/Observación 94 (die unabhängigste Wahlbeobachtungsorganisation), Manipulation durch Medien und Werbung, Abtransport von Wahlscheinen ohne begleitende Beobachter, Vernichtung von 'alten' Wahlausweisen u.s.w.

Diese 'Unregelmäßigkeiten', auf die die PRD zum Teil schon vor der Wahl hingewiesen hat, und die jetzt vorwiegend von der Alianza Cívica, aber auch von anderen, z. B. ausländischen Beobachtern bestätigt und weiteruntersucht werden, weisen immer mehr darauf hin, daß der Triumph der Staatspartei doch nicht so groß ist, wie man versucht, der Bevölkerung weis zu machen. Jetzt kommt es darauf an, ob die vielbeschworene »sociedad civil« es schafft, sich mit friedlichen Protestaktionen genügend Gehör zu verschaffen.





Zapatistinnen!

geberverband COPARMEX und der Arbeitgeberverband der Fernseh- und Radioindustrie Wahlbeobachtungen durch, allerdings ohne Spuren. Neben der parteipolitischen Abhängigkeit besteht der Hauptunterschied zwischen diesen Organisationen darin, daß die Bürgerallianz den gesamten Prozeß von der Ausstellung der Wahlausweise bis zur Veröffentlichung des offiziellen Endergebnisses untersucht. Dagegen beschränken sich die parteinahen Gruppen sowie die ausländischen Wahlbeobachter darauf, nur die Stimmabgabe an sich zu registrieren; diese Gruppen werden am 22. sofort die Wahlen für »sauber« und »exemplarisch« für ganz Lateinamerika erklären. Nicht nur die kurzfristig anwesenden internationalen Beobachter (v.a. Republikaner & Demokraten aus Gringo-Land), auch die UNO spielt eine unruhliche apologetische Rolle: Im Gegensatz zu Nicaragua, El Salvador und Südafrika werden die Wahlen nicht von der UNO organisiert, sondern von der mexikanischen Regierung. Die UNO unterstützt die Beobachtung nur finanziell und maßt sich außerdem an, das Wahlregister für unbedenklich zu erklären, ohne vor Ort »Gespenster« untersucht zu haben.

Repression gegen Information

Da in letzter Zeit die vorläufigen Berichte, die die Bürgerallianz über Wahlfälschungspraktiken veröffentlicht, Aufsehen erregt haben, hat der PRI-Apparat eine Organisation gebildet, deren ausschließliche Aufgabe darin besteht, die Arbeit der Bürgerallianz zu diskreditieren bzw. zu behindern. Diese MOPAC (Bewegung für Vergewisserung) genannte Gruppe

operiert von Zedillos Wahlkampfzentrale aus, indem sie die Bürgerallianz-Mitglieder und -Koordinatoren »enttarnt«, ihre »linken Lebensläufe« veröffentlicht und sie somit der politischen Verfolgung aussetzt. Verschiedene Büros der Bürgerallianz wurden bereits verwüstet, PCs und Beobachter-Ausweise geklaut und Mitglieder bedroht. Wahrscheinlich wird die Repression gegenüber Mitgliedern der Bürgerallianz, anderen NGOs, Jesuiten, kritischen Medien wie »Canal 6 de Julio« sowie gegen Oppositionspolitikern und angeblichen »Drogenguerillas« von der neugeschaffenen »Koordination für die öffentliche Sicherheit der Nation« aus gesteuert. Sie soll die Grenze zwischen Polizei und Militär verwischen, indem sie im Anschluß an die »Erfahrungen des Januars« dem Militär explizit innenpolitische Aufgaben vor allem im Kampf gegen angebliche »Drogenguerillas« zuweist. Die Repression gegenüber Teilen der Zivilgesellschaft wird sowohl von offiziellen Einheiten (Geheim-, Aufstandsbekämpfungs-, Land- und Bundespolizei, etc.) und inoffiziellen paramilitärischen Gruppen ausgeführt; neben den weißen Garden lokaler Großgrundbesitzer und Kaziken trainiert das Militär inoffizielle mobile Einsatzkommandos (Grupo Scorpio, Grupo Gueri, los Zorros), die jeweils auf den urbanen Kampf gegen Slumbewegungen im D.F., auf die Verteidigung abgelegener PRI-kontrollierter Kreisregierungen nach Wahlfälschungen sowie auf die Auflösung von Landbesetzungen und Straßenblockaden spezialisiert sind. In der Region wird erwartet, daß diese Einheiten für den Tag nach den Wahlen schon bereitstehen. Schon den ganzen August hindurch »schätzen« einzelne Militärkommandos den

Transport des Wahlmaterials und durchforsten die Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca und Michoacán nach möglicher Guerrilla-Präsenz. Offizielles Ergebnis: keine bewaffneten politischen Gruppen, nur Drogen-guerrilleros.

*Entnommen aus dem
El Rojito Info 7/94*

DER AUFSTAND VON CHIAPAS

Video - VHS - ca. 75 min. - Farbedt. Übersetzung

Gezeigt wird die Entwicklung des Aufstands vom Januar bis Juli 1994.

Schwerpunkte sind dabei:

- Aufnahmen aus den Kampfgebieten
- Interviews mit KämpferInnen in Chiapas
- Darstellung der allgemeinen Situation, der Solidaritätsbewegung und der Regierungspartei (PRI) in Mexiko

Der Film wurde zusammengeschnitten aus 2 Videos von „Canal 6 de Julio“. Beide Videos sind fast vollständig übernommen worden. „Canal 6 de Julio“ ist ein Zusammenschluß von Leuten, die versuchen der offiziellen Berichterstattung in Mexiko etwas entgegen zu setzen. Die meisten Szenen, die im Video zu sehen sind, waren so nie im mexikanischen Fernsehen. Die Videos von „Canal 6 de Julio“ werden aber auf öffentlichen Plätzen und auf Informationsveranstaltungen in Mexiko gezeigt.

Der Video (+ Infoblatt) ist für 20,- DM + 4,- Porto erhältlich bei

Emiliano Zapata
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

Für ca. 3 Pesos...



...gibt's die **CUBA LIBRE**,

die Zeitschrift der
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA.

4 x im Jahr 0-Ton aus CUBA zu allen Bereichen der
cubanischen Gesellschaft und aus der weltweiten
Solidaritätsbewegung.

Pesos hab' ich nicht,

deshalb abonniere ich die CUBA LIBRE
für DM 20,- pro Jahr

trotzdem möchte ich ein Probeexemplar

Name:

Adresse:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.,
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

José Martí am Ammersee..

(aus einer Speisekarte im Kloster Andechs)



Seit der Entdeckung Amerikas durch Columbus vor 500 Jahren gehört das kultivierte Rauchen zum Genuß für Leib und Seele. Eine gute Zigarre nach einem hervorragenden Essen in Muße genossen, ist die Krönung schöner Stunden.

Spezialitäten aus unserer Zigarrenkiste:

besonders von Pater Anselm empfohlen:
Eine Corona aus Honduras, speziell für Andechs:

- Los Especiales de Los Monjes DM 5,00
- Davidoff Mini Cigarillos DM 2,00
- St. Domingo Senorita DM 5,00
- Davidoff 1000 DM 14,00

Eine schöne "kleine" Zigarre, mit hoher Qualität:

- Hoyo de Monterrey des Dieux DM 17,00
- Der Name spricht für sich selbst:
- Davidoff Grand Cru DM 22,00

Kraftvoll mit abgerundeten Geschmack:

- Partagas 8-9-8 DM 22,00

Die Zigarre von Fidel Castro:

- Cohiba Siglo III DM 30,00

"Die Zigarre sei die Wonne der Grübler und das Glück der träumenden
Architekten luftiger Bauten, sie solle
den Müßiggänger unterhalten, Schmerzen
vertreiben und einsame Gedanken begleiten."



José Martí, Freiheitskämpfer und Befreier Kubas.

G 7911F

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

Theodor-Heuss-Ring 26

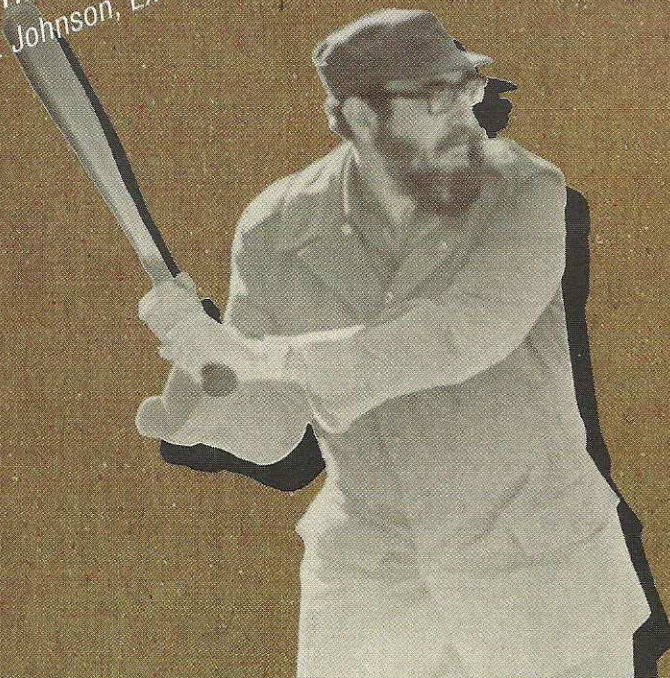
50668 Köln

Ron Ridenour

BACKFIRE

Der größte Flop der CIA

»Wir leiten eine Scheißfirma ...,
die die Aufgabe hat, zu morden.«
Lyndon B. Johnson, Ex-US-Präsident



Havanna, Juli 1987
Cuba beordert 27 KundschafterInnen
zurück. Sie haben seit über 10 Jahren
in der CIA verdeckt für Cuba gearbeitet.
In den cubanischen Medien enthüllen
sie die Versuche der CIA Cuba zu
destabilisieren. Durch ihre Arbeit ver-
hinderten sie Attentate auf Fidel, das

Einschleusen von Krankheiten und
Seuchen und Sabotageversuche.
Ron Ridenour berichtet in Backfire erst-
mals von diesen GenossInnen.
Backfire gibt Einblick in eine Etappe
des immer noch anhaltenden »unerklär-
ten Krieges« der USA gegen Cuba.

240 Seiten,
DM 18,-

Zu beziehen nur über:
Drucktechnik, Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.,
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln